



Isabel Vincent

# Das Gold der verfolgten Juden

Wie es in den Schweizer  
Tresoren verschwand  
und zur Beute der Banken  
und Alliierten wurde

D i a n a

Warum war die neutrale Schweiz bereit, Hitlers Nazi-  
regime bei seinen schmutzigen Geschäften mit dem Gold  
der Juden zu helfen?

Warum haben die Siegermächte ein halbes Jahrhundert zu  
dieser ungeheuerlichen Wahrheit geschwiegen, obwohl sie  
seit Kriegsende von ihr wußten?

»Hier geht es nicht um Geld, es geht um Gerechtigkeit.  
Dies ist das letzte Kapitel des Holocaust.«

*Edgar Bronfman*

Es ist »das letzte große Geheimnis des Zweiten Weltkriegs«, schrieb *US News and World Report* über die Geschichte des Goldes der verfolgten Juden. Doch Isabel Vincent erzählt auch eines der düstersten Kapitel der Nachkriegspolitik. Als im Frühjahr 1996 die ersten Dokumente ans Tageslicht kamen, die eindeutig bewiesen, daß Schweizer Banken während der gesamten Nazizeit die Geld- und Goldgeschäfte für das Hitlerregime abgewickelt hatten, war die Welt empört und die Schuldigen schnell genannt: die neutrale Schweiz und ihre Geldhäuser. Präzise deckt Isabel Vincent die geheimen Verbindungen der deutschen Reichsbank zur Schweizer Staatsbank auf, deren Milliardenengeschäfte auf dem Leid und der Vernichtung von Millionen verfolgter Juden begründet waren.

Doch das ist nur die eine Hälfte der entsetzlichen Wahrheit. Die andere macht viele der heutigen Ankläger zu Mitschuldigen. Denn nicht weniger detailbesessen weist Isabel Vincent nach, daß viele der Länder, die heute im Namen der Moral Anklage erheben, selbst zutiefst in die ungeheuerlichen Machenschaften verstrickt waren. Ausgerechnet »Operation sicherer Hafen« nannte der US-Geheimdienst seinen geheimen Report, der nach Ende des Krieges enthüllte, daß nicht nur das Vermögen der verfolgten Juden auf Schweizer Konten gelandet war, sondern genauso das zu Barren eingeschmolzene Zahn- gold der KZ-Opfer. Ja, daß die Schweizer Banken sogar Geldwäschegeschäfte für die Nazis erledigten und ihre »neutralen« Räume der deutschen Reichsbank zur Verfügung stellten. Aber anstatt das Unrecht anzuprangern, ließen sich die Siegermächte auf ein ungeheuerliches Geschäft ein: Man teilte sich die Beute.



Isabel Vincent ist für ihre journalistischen Arbeiten bereits mehrfach mit Preisen ausgezeichnet worden. Sie lebt in Toronto und arbeitet für das renommierte kanadische Blatt *Globe and Mail*.



ISABEL VINCENT

# Das **Gold** der verfolgten Juden

**Wie es in den Schweizer Tresoren  
verschwand und zur Beute der Banken  
und Alliierten wurde**

*Aus dem Amerikanischen von  
Klaus Fritz, Norbert Juraschitz  
und Thomas Pfeiffer*

Diana Verlag  
München Zürich

Titel der Originalausgabe: «Hitlers Silent Partners. Swiss Banks,  
Nazi Gold and the Crusade for Justice»  
Originalverlage: Alfred A. Knopf Canada, Toronto und  
William Morrow and Company, Inc., New York

Copyright © 1997 by Isabel Vincent  
Copyright © 1997 der deutschsprachigen Ausgabe  
by Diana Verlag AG, München und Zürich  
Umschlaggestaltung: Zero Werbeagentur, München  
Satz: Dr. Ulrich Mihr GmbH, Tübingen  
Druck und Bindung: Franz Spiegel Buch GmbH, Ulm  
Printed in Germany

Die Verwertung des Textes, auch auszugsweise,  
ist ohne Zustimmung des Verlags urheberrechtswidrig und strafbar.

ISBN 3-8284-5003-2

Eingelesen mit ABBYY Fine Reader 16

*James Cooper gewidmet,  
und in Erinnerung  
an Abraham Hammersfeld*

## *Einleitung*

IM HERBST 1938 sass ein zwölfjähriger Junge im Schneidersitz auf dem Bett seiner Eltern in einer gutausgestatteten Wohnung in der Wiener Innenstadt und beobachtete hingerissen, wie seine Mutter sorgfältig ein Paar schwere silberne Kerzenleuchter in zwei kostbare türkische Handtücher einrollte und sie zur Vorbereitung einer Reise in die oberen Schubladen eines altmodischen hölzernen Schrankkoffers legte. Die Kerzenleuchter waren an der Basis mit einer exquisiten Blumengravierung verziert. Sie waren ein Geschenk seines Grossvaters, des wohlhabenden Wiener Textilexporteurs Abraham Hammersfeld. In besseren Zeiten hatten sie den Kaminsims im Wohnzimmer der Familie geschmückt, und seine Mutter hatte sie, so lange der Junge zurückdenken konnte, jeden Freitagabend angezündet, um nach jüdischem Brauch den Sabbat zu begrüssen.

Wie die anderen Gegenstände, die sich auf dem Bett stapelten – der Teddybär seiner Schwester, Kleider, eine Zahnbürste –, nahmen auch die Kerzenleuchter einen wichtigen Platz in ihrem Leben ein, und seine Mutter war fest entschlossen, sie nicht in die Hände der Nazis fallen zu lassen, die der Familie schon fast den gesamten Besitz genommen hatten.

Am folgenden Tag stand die Familie in der Schlange auf dem Wiener Flughafen und musste zusehen, wie einige Gestapomänner ihren sorgfältig gepackten Koffer durchwühlten. Die Mutter des Jungen hielt den Atem an, als die Beamten die Handtücher mit den Kerzenleuchtern aufrollten. Einer von ihnen ergriff einen der schweren Leuchter und hielt ihn ans Licht. Dann warf er ihn achtlos zurück in die Schublade und schloss den Koffer. Ein anderer Gestapomann stempelte ein grosses rotes «J» für Jude in die Pässe der Hammersfelds und winkte sie in einen Warteraum.

Sie nahmen neben mehreren anderen jüdischen Flüchtlingen Platz, die ebenfalls das Glück hatten, Österreich lebend und mit einigen kost-



baren Besitztümern zu verlassen. In den folgenden drei Jahren wütete in Europa der Krieg, und Hitler bereitete die Vernichtung der Juden in seinem Herrschaftsbereich vor. In dieser Zeit machten die Hammersfelds eine lange, gefährliche Reise, die sie schliesslich nach New York führte. Bei jeder Zollkontrolle in den vielen Ländern, die sie durchreisten – Schweden, die Sowjetunion, Japan –, hielt die Mutter des Jungen jedesmal den Atem an, wenn ein Beamter den Familienkoffer durchsuchte und die türkischen Handtücher aufrollte.

Heute, fast sechzig Jahre später, sind die Kerzenleuchter matt und zerkratzt, aber sie haben trotzdem einen Ehrenplatz auf dem Kaminsims des Wohnzimmers in einem Hochhausapartment in Queens. Der Junge, der als Zwölfjähriger aus Wien fliehen musste, ist heute über siebzig, und die Kerzenleuchter sind die einzigen Erinnerungsstücke an seine brutal beendete Kindheit in Wien und an einen ganz besonderen Grossvater.

«Ich weiss heute, warum sie meiner Mutter so wichtig waren», sagt der alte weisshaarige Mann, der 1941 in die Vereinigten Staaten kam. «Sie waren das einzige, was wir noch von Grossvater Hammersfeld hatten, das einzige, was von unserem Leben in Wien geblieben ist.»<sup>1</sup>

Die Leuchter, die so liebevoll durch mehrere Kontinente transportiert worden waren, hat der Junge von seiner Mutter geerbt, als sie vor vielen Jahren starb. Und der alte Mann wird sie selbst weitervererben, in Erinnerung an den Grossvater, der ihn Hebräisch lehrte, ihn auf seine Bar-Mizwa vorbereitete und dann für immer in der Hölle versank, die sechs Millionen Menschenleben verschlang.

Wenn Kulturen brutal vernichtet werden, sind es ihre unbelebten Gegenstände – ihre Haushaltsgeräte, ihre Erbstücke und Andenken –, die als stille Zeugen ihres Untergangs übrigbleiben. Archäologen und Kunsthistoriker erforschen Objekte, um bestimmte Einsichten in die Vergangenheit zu gewinnen, doch sie werden nie etwas über den inneren emotionalen Wert erfahren, den diese Gegenstände für ihre Besitzer gehabt haben.

Was hätte ein Experte schon über Abraham Hammersfelds Kerzenleuchter zu sagen gewusst? Zweifellos, dass sie im 19. Jahrhundert von

österreichischen Silberschmieden hergestellt wurden. Doch er hätte nicht einmal erahnen können, dass sie für einen Mann, der in einem Hochhaus in Queens lebte, die einzige Verbindung zu seiner Vergangenheit waren – die einzigen Habseligkeiten, die seine Familie vor der Habgier der Nazis hatte retten können, die ihnen ihr Unternehmen und ihr Haus raubten und viele ihrer Angehörigen ermordeten. Wann immer der alte Mann heute die Kerzenleuchter betrachtet, leben seine glückliche Kindheit in Wien und sein jüdisches Erbe wieder auf, aber auch die entsetzliche Erfahrung des Völkermords, dem sein geliebter Grossvater zum Opfer fiel.

Im mehrere tausend Kilometer entfernten Wien drängten sich Kunsthistoriker, Sammler und Neugierige im Museum für Angewandte Kunst (MAK), um die letzten Relikte der österreichischenjüdischen Gemeinde aus der Vorkriegszeit zu sehen. Reste einer Kultur, die durch den NS-Terror gewaltsam und unterschiedslos ausgelöscht worden war. Mit dem gedämpften Flüstern von Trauergästen bei einer Beerdigung wanderten die Besucher unter den hohen Decken des Museums umher und erwiesen mit einer gewissen Befangenheit Menschen die letzte Ehre, die sie nie gekannt hatten und deren profane Haushaltsgegenstände und einstmals geliebte Habseligkeiten nun schweigende Zeugen des Unausprechlichen waren.

Die Befangenheit der Besucher war verständlich, denn es war tatsächlich schwer vorauszusehen, wie sie auf diese Ausstellung und Versteigerung von Gemälden, Kunstgegenständen, Büchern und Münzen reagieren sollten – auf insgesamt 8'000 Objekte, die die Nazis zwischen 1938 und 1945 aus jüdischen Haushalten in Österreich geraubt hatten und die meist aus dem 19. Jahrhundert stammten. Dies war der Rest der Schätze, die von den alliierten Truppen nach dem Krieg zusammengetragen und an verschiedenen Sammelpunkten im ganzen Land gelagert worden waren und deren Besitzer sich nicht gemeldet hatten. Im Jahr 1955 übergaben die Alliierten den nicht eingeforderten Besitz unter der Bedingung an die österreichischen Behörden, dass sie deren ursprüngliche Besitzer oder Erben ausfindig machten. Aber nur ganz wenige Ge-

genstände konnten ihren rechtmässigen Erben zurückgegeben werden. Die meisten zerfielen oder verstaubten in ihrem letzten Sammellager in einem im 14. Jahrhundert erbauten Kartäuserkloster in Mauerbach nördlich von Wien. Nach dreissigjährigem intensivem Drängen führender österreichischer Juden beschloss das österreichische Parlament im Juli 1995 endlich einstimmig, die Besitzrechte der Kunstgegenstände an die Vereinigung jüdischer Gemeinden in Österreich zu übertragen, unter der Bedingung, dass die Gegenstände zugunsten von Opfern des Holocaust versteigert werden würden.

Die Organisatoren des später als Mauerbach-Versteigerung bekannt gewordenen Ereignisses hatten keine Ahnung, was auf sie zukam, als sie im Oktober 1996 diese aussergewöhnliche Ausstellung und Versteigerung ankündigten. Wer würde kommen? Was würde gekauft werden? Im Gegensatz zu den meisten Versteigerungen, bei denen heute die Objekte wegen ihrer historischen Bedeutung oder ihres künstlerischen Wertes angepriesen werden, waren die interessantesten Objekte bei der Mauerbach-Versteigerung häufig nur von fragwürdigem künstlerischem Wert und hatten keine bemerkenswerte Geschichte. Es waren wenige Gemälde alter Meister oder wertvolle Skulpturen darunter. Die meisten Gegenstände waren vielmehr ihrer emotionalen Bedeutung wegen bemerkenswert – Andenken und *chachkas* der grösstenteils mittelständischen und hochassimilierten jüdischen Vorkriegsgemeinde Wiens.

Hauptberufliche Kuratoren des Washingtoner Holocaust-Museums und der Jerusalemer Gedenkstätte Yad Vashem prüften die Inventarlisten in der Hoffnung, Objekte zu finden, die für das Erbe der jüdischen Vorkriegsgemeinde Österreichs typisch gewesen wären. Zu ihrer Überraschung waren solche Gegenstände – siebenarmige Leuchter aus Silber oder Becher für den *kiddish*, hebräische Bücher oder kostbare Gebetstücher – in Mauerbach jedoch kaum vorhanden. Nur ein einziges, ziemlich sentimentales Gemälde zeigte ein osteuropäisches Shtetl. Es wurde prompt zu einem der begehrtesten Objekte der Versteigerung.

Die Mauerbach-Sammlung enthielt überwiegend Landschaftsgemälde und christliche religiöse Kunst des 19. Jahrhunderts, was viele

jüdische Sammler und Kuratoren sehr verblüffte. Warum, flüsterten sie ungläubig, haben österreichische Juden Bilder von Benediktinermönchen und von Christus und Maria gesammelt? Wiener Kunstexperten warteten mit der Erklärung auf, dass christliche religiöse Gemälde und Skulpturen bei Kunstkennern in Europa damals durchaus gefragt waren. Andere nahmen das Phänomen als Anzeichen für die fortgeschrittene kulturelle Assimilation vieler Wiener Juden unmittelbar vor dem Zweiten Weltkrieg.

«Warum sollte man über die Art der gesammelten Kunst erstaunt sein?» sagte ein prominenter Wiener Jude. «Der Kunstgeschmackjüdischer Sammler unterschied sich nicht von dem ihrer nichtjüdischen Zeitgenossen. Die jüdische Gemeinde in Wien war damals ziemlich assimiliert, was meiner Ansicht nach das Schicksal, das die meisten ihrer Mitglieder erlitten, umso schrecklicher macht.»<sup>2</sup>

Zur allgemeinen Verwunderung erbrachten die meisten Objekte bei der Versteigerung Erlöse, die ihren Listenpreis weit überstiegen. Fran Laufer, eine siebzugjährige Innendekorateurin und polnische Überlebende des Konzentrationslagers Bergen-Belsen, hatte die weite Reise von New York nach Wien gemacht, um für das Ölgemälde des Shtetls von Ludwig Kraus zu bieten. «Ich würde mich riesig freuen, wenn ich dieses Gemälde bekäme», sagte sie. «Es ist das einzige Gemälde auf der Auktion, das eine starke jüdische Ausstrahlung hat.»<sup>3</sup>

Als die Preise jedoch am ersten Tag der Versteigerung weit über die ursprünglichen Erwartungen gestiegen waren, gab Fran Laufer auf. Das Gemälde, das einen alten Juden umgeben von Kindern auf einer belebten Strasse in einer kleinen Stadt oder einem Dorf zeigt, erbrachte fast das Zehnfache des ursprünglich angesetzten Preises von 47'000 US-Dollar.

Nicht nur Kunsthändler, Museumskuratoren und private Sammler, die ihre Gebote von Orten auf der ganzen Welt telefonisch durchgaben oder aus so fernen Ländern wie Indonesien angereist waren und über grosse Budgets verfügten, standen an jenem ersten stürmischen Versteigerungstag vor den Toren des Museums, sondern auch viele andere

Menschen, die viel bescheidenere Ziele hatten. Sie wollten kleinere Gegenstände ersteigern, die besonders anrührend waren, weil sie jeder aus dem Wohnzimmer seiner Grossmutter kennt: die Tassen und Untertassen und die japanische Teekanne, die noch in der originalen Verpackung steckten, oder das Sammelsurium schlecht zusammenpassender Gläser und Vasen, deren Wert vom Auktionator auf 33 Dollar geschätzt wurde.

«Es ist erschütternd», sagte eine Wienerin mittleren Alters. Sie untersuchte vorsichtig mehrere verstaubte Bände einer Goethe-Ausgabe, die neben einem Stapel anderer alter Bücher und vergilbter, brüchiger Landkarten auf einem grossen Tisch lagen. Die elegante Frau, die einen goldenen Magen-David-Ring mit einer kleinen Perle trug, stellte sich nur als Susan vor und sagte, ihre Grosseltern seien während des Krieges in einem Konzentrationslager umgekommen. Sie suchte unter den Büchern und Gemälden nach Gegenständen, die ihrer Familie gehört hatten, allerdings ohne Erfolg. Andere jedoch hatten mehr Glück. Mindestens sieben Kunstwerke wurden von dem Auktionshaus Christie's, das die Versteigerung leitete, zurückgezogen, weil sie von Überlebenden des Holocaust oder ihren über die Welt verstreuten Erben als ihr Eigentum identifiziert worden waren.

«Ich möchte einfach etwas finden, das mich an sie erinnert», sagte Susan, und tupfte sich mit einem feuchten Papiertaschentuch die Tränen weg, während sie sich dem nächsten Bücherstapel zu wandte.<sup>4</sup>

Annette Landers, eine lebhaft Biochemikerin aus Sydney, suchte ebenfalls nach einem Relikt ihrer Familiengeschichte. Sie hatte die Reise nach Wien gemacht, um das Ölgemälde wiederzubekommen, das vor dem Krieg im Anwaltsbüro ihres Urgrossvaters im Zentrum Wiens gehangen hatte. Niemand wusste etwas über das Schicksal des älteren jüdischen Rechtsanwalts, der im Gegensatz zu seinen Angehörigen in Wien geblieben war, nachdem die Nazis 1938 Österreich annektiert hatten. Bewaffnet mit einem vergilbten Schwarzweissfoto des Gemäldes und einer auf ein altes Stück Papier gekritzelt Adresse hatte Annette Landers im ehemaligen Büro und der Wohnung ihres Urgrossvaters angeklopft und die verwirrten neuen Mieter nach dem geliebten Gemälde

gefragt, und sie hatte die Objekte im Mauerbach-Katalog studiert, war aber nicht fündig geworden. Trotzdem verlor sie nicht den Mut und besuchte die zweitägige Versteigerung in der Hoffnung jemanden kennenzulernen, der ihr bei der Suche nach dem Familienschatz weiterhelfen konnte.

«Allmählich werde ich ein bisschen müde», gestand sie am zweiten Tag der Auktion und blätterte zerstreut in dem Hochglanzkatalog. «Es ist wirklich schrecklich, sich all diese Dinge anzusehen und sich dabei vorzustellen, wem sie einmal gehört haben.»<sup>5</sup>

Alle Anwesenden mussten angesichts der im MAK ausgestellten Dinge an die Leiden der armen Familien denken, die man zur Herausgabe ihrer Schätze gezwungen hatte. Wo hatten die verschlissenen florentinischen Wandteppiche zuletzt gehangen, die nun in einem Raum neben dem grossen Saal des Museums ausgestellt waren? Und wem hatte das Porzellanhäschen gehört, dem jetzt ein Ohr fehlte? Wer hatte leidenschaftlich ledergebundene Abenteuerbücher gesammelt, darunter ein Werk über eine deutsche Expedition in die Antarktis in den Jahren 1938 bis 1939. Die Seiten hatten zahllose kleine Wurm Löcher, und auf der Titelseite war die fröhliche Widmung zu lesen: «In Erinnerung an unsere Zeit in Wien, Hans Friedrich.» Was war wohl aus den Besitzern der deutschen gusseisernen Geldkassette geworden, die jetzt als Posten 672 versteigert wurde? Die Schlösser waren offensichtlich von einem SS-Mann mit der Axt zerschmettert oder mit der Bajonettspitze aufgebrochen worden und wurden im Katalog euphemistisch als «beschädigt» beschrieben.

«Ich habe keine Ahnung, was wirklich passiert ist, aber ich kann mir nur vorstellen, dass die Geldkassette einer Familie gehört hat. Und dann kamen SS-Leute, brachen das Ding auf und suchten nach Geld und Juwelen», sagte Stephen Lash, der stellvertretende Vorsitzende des Auktionshauses Christie's International, das die Mauerbach-Versteigerung zum Selbstkostenpreis organisierte. «Dies ist mehr als nur eine Auktion von Kunstwerken. Wenn man einen Austeilungsraum betritt und sich diese Objekte ansieht, überläuft einen plötzlich ein Schauer, weil man daran denken muss, was diese Gegenstände wohl erzählen würden, wenn sie sprechen könnten.»<sup>6</sup>

Wilhelm Becker, ein sechsundsechzigjähriger pensionierter Lehrer aus Wien, stellte sich genau die gleiche Frage, als er durch die Eingangshalle wanderte. «Ich kann Ihnen eigentlich gar nicht sagen, warum ich hier bin. Ich hatte einfach das Gefühl, dass ich das sehen muss», sagte dieser nichtjüdische Lehrer, der den grössten Teil seiner Laufbahn an einem überwiegend von Juden besuchten Wiener Gymnasium unterrichtet hatte. «Schreckliche Dinge sind in diesem Krieg passiert, und wir Österreicher haben sie lange geleugnet. Ich schäme mich, wenn ich mir als Österreicher diese Bilder anschau. Es war ein furchtbares Unrecht, und wir werden es nie wiedergutmachen können.»<sup>7</sup>

Das «Unrecht», das Becker meinte, bestand nicht nur in der Ermordung von sechs Millionen Juden durch die Nazis, sondern auch in dem gut organisierten und in vielen Fällen gesetzlich sanktionierten Raub jüdischen Eigentums in ganz Europa. Die Beschlagnahmung jüdischen Eigentums, die manchmal als «Arisierung» bezeichnet wurde, war Teil eines komplexen rechtlichen Prozesses, der die allmähliche Aushöhlung der jüdischen Bürgerrechte mit einschloss und in Deutschland offiziell mit den sogenannten Nürnberger Gesetzen von 1935 begann. (In der Praxis waren die Juden allerdings schon 1933, im ersten Jahr des Dritten Reichs, aus dem Öffentlichen Dienst und aus anderen Berufszweigen verbannt worden.)

Einige Monate nach dem deutschen Einmarsch in Österreich am 12. März 1938 wurden die Juden per Gesetz gezwungen, ihren Besitz bei der Gestapo registrieren zu lassen. Ausserdem wurden sie im Rahmen der damaligen NS-Emigrationspolitik ermutigt, das Land zu verlassen. Sie mussten sich ihre Freiheit jedoch teuer erkaufen und ihren gesamten Besitz zu lächerlichen Preisen an verschiedene Regierungsbehörden abgeben. Nach dem Angriff der Wehrmacht auf Polen im September 1939 beschlagnahmte die SS in den besetzten Ländern Eigentum. Deutschland ignorierte den Artikel 46 der Haager Landkriegsordnung von 1907 souverän, der die Ehre und die Rechte der Familie, das Leben und das Privateigentum der Bürger sowie ihre religiösen Überzeugungen und Gebräuche schützt und die Beschlagnahmung von Privateigentum verbietet.

Zwar gelang es jüdischen Organisationen, die Entschädigung von Opfern des Naziregimes in Deutschland durchzusetzen, in anderen Ländern jedoch, die im Krieg von den Nazis besetzt worden waren, dauerte es extrem lange, bis man das Problem der Rückerstattung und Entschädigung öffentlich erörterte oder sich mit der eigenen historischen Mitverantwortung für die Ermordung von Millionen Menschen auseinandersetzte.

In Österreich wurde die Mauerbach-Versteigerung vielleicht zu einem der lebendigsten Symbole für die Neubewertung der Reaktion der modernen Gesellschaft auf den Holocaust – ein Thema, das viele zuvor gemieden hatten, weil es für sie entweder schmerzlich oder politisch zu brisant war. Obwohl die österreichische Regierung schon ein Jahr vor der Versteigerung einen Fonds für die Opfer des Nationalsozialismus eingerichtet hatte und jedem überlebenden österreichischen Opfer der Judenverfolgung etwa 7'000 Dollar zu bezahlen versprach, rückte diese Versteigerung das Thema der Rückerstattung und Entschädigung erneut ins Bewusstsein der Öffentlichkeit. In Mauerbach ging es nicht nur darum, ein paar Kunstgegenstände zu versteigern oder den rechtmässigen Eigentümern zurückzugeben, es ging um eine Neubewertung der Vergangenheit und um das Bekenntnis zur historischen Wahrheit. Jahrzehntlang hatten die Österreicher einfach verdrängt, dass die Mehrheit ihrer Bürger den Anschluss Österreichs an Nazi-Deutschland begeistert begrüsst hatte. Sie zogen es vor, sich historisch als erstes Opfer der Nazis zu betrachten – eine Sichtweise, die heute zunehmend als Geschichtsklitterung erkannt wird, die jedoch unmittelbar nach dem Krieg geopolitisch nützlich war. Damals war Österreich teilweise von der Sowjetunion besetzt, und im Kalten Krieg wollten die Westmächte das Land um jeden Preis in der Neutralität halten. Erst einundfünfzig Jahre nach dem Ende des Krieges entkräftete der damalige österreichische Bundeskanzler Franz Vranitzki bei der Gedenkfeier zur offiziellen Eröffnung der Mauerbach-Versteigerung endlich den Mythos von den Österreichern als Opfern und zeigte grosse Reue über die Rolle seines Landes im Zweiten Weltkrieg. Vranitzki hatte allerdings schon einige Jahre zu-



vor als erster politischer Führer Österreichs zugegeben, dass viele Österreicher willige Diener der Nazis gewesen waren.

Es sei allgemein bekannt, dass Österreicher Mitglieder der SS und SA gewesen seien, sagte er in einer Ansprache vor führenden Mitgliedern der jüdischen Gemeinde am Vorabend der Auktion. Die NS-Verbrechen in Österreich seien nur möglich gewesen, weil die Österreicher das Regime unterstützt hätten, das den Holocaust organisierte und durchführte.<sup>8</sup>

Mauerbach fand vor dem Hintergrund einer kritischen Neubewertung der Geschichte statt. Beliebte Mythen über den Zweiten Weltkrieg wurden reihenweise widerlegt, und überall wurden hitzige Debatten geführt. Über ein halbes Jahrhundert nach der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands machte der Zweite Weltkrieg auf den Titelseiten der Weltpresse wieder Schlagzeilen. Geschichte oder, besser gesagt, die Neubewertung der Geschichte wurde zur aktuellen Nachricht. In den Vereinigten Staaten behauptete ein Harvard-Historiker, reguläre deutsche Polizeieinheiten hätten der SS bereitwillig bei der Ermordung Tausender von Juden geholfen.

In Italien zwang der Prozess gegen den früheren SS-Hauptmann Erich Priebke ein ganzes Land zur ernsthaften Neubewertung seiner Rolle während des Zweiten Weltkriegs. Priebke war im Dezember von Argentinien nach Italien ausgeliefert worden und wurde wegen seiner Mitwirkung bei der Hinrichtung von 335 Zivilisten in den Ardeatinschen Höhlen bei Rom im Jahr 1944 vor Gericht gestellt.

In Frankreich führten Vorwürfe, dass einige prominente Pariser in luxuriösen Sozialwohnungen lebten, zu einem nationalen Skandal. Die Wohnungen waren auf Grundstücken von Juden errichtet worden, die die Vichy-Regierung enteignet hatte. Der Pariser Bürgermeister Jean Tiberi liess die Grundbucheinträge von Gebäuden überprüfen, die die Stadt verkauft hatte, nachdem der Vorwurferhoben worden war, dass bis zu 500 Gebäude mit Hunderten von Wohnungen im Marais-Distrikt auf den Grundstücken enteigneter Juden stünden, die in den Todeslagern der Nazis ermordet worden waren. Die Untersuchung wurde angeordnet, nachdem ein Journalist aufgedeckt hatte, dass Präsident Chiracs

Schwager in einer städtischen Wohnung auf dem Land eines 1944 in Auschwitz getöteten jüdischen Antiquitätenhändlers wohnte.

In Grossbritannien fanden Journalisten heraus, dass 400 frühere Mitglieder der Waffen-SS, Nazi-Kollaborateure und mutmassliche Kriegsverbrecher von der deutschen Regierung Pensionen im Wert von über zwei Millionen Dollar pro Jahr bezogen. Zwar betonte die deutsche Regierung, dass kein Ausländer, der Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen habe, einen Pensionsanspruch für seine Tätigkeit im Krieg erheben könne, doch die britische NS-Ermittlungsstelle bei Scotland Yard stellte fest, dass eine mögliche Beteiligung der Pensionsberechtigten an Kriegsverbrechen nie systematisch überprüft worden war.

Staatlich finanzierte Ermittlungen zu Ereignissen, die über ein halbes Jahrhundert zurückliegen, wurden in vielen europäischen Ländern unumgänglich. Nach der Osloer Konferenz des Jüdischen Weltkongresses im November 1996 versprach der norwegische Ministerpräsident Thorbjörn Jagland, die jüdische Bevölkerung des Landes für ihren Besitz zu entschädigen, der während des Krieges durch die Regierung Vidkun Quisling enteignet worden war. Etwa die Hälfte der schätzungsweise 2'000 jüdischen Bürger Norwegens war ins neutrale Schweden geflohen, doch von den 736 in nationalsozialistische Todeslager deportierten Juden hatten nur 26 überlebt. Eine Dienststelle für die Liquidation jüdischen Eigentums hatte ihren gesamten Besitz beschlagnahmt. Ein grosser Teil des Raubes war an norwegische Nazis gegangen; der Rest war einfach verschwunden. Auch in Polen ordnete die Regierung eine Untersuchung über den Verbleib von Wertsachen und anderem Eigentum an, das bei polnischen Opfern des Holocaust beschlagnahmt worden war.

Andere im Krieg neutrale Staaten gerieten wegen ihrer Geschäfte mit Nazi-Deutschland zum ersten Mal ins internationale Rampenlicht. Portugal hatte während des Krieges durch den Verkauf von Wolfram und anderen Gütern an Deutschland stattliche Gewinne erzielt und war vermutlich mit geraubten Goldbarren aus besetzten Ländern bezahlt worden. Ein Teil des Goldes stammte vermutlich auch von Opfern des Holocaust. Historiker vertraten die Ansicht, Portugal habe nach der deut-

schen Niederlage einen Teil des Goldes an Indonesien, die Philippinen und China verkauft. Es sei über die vor Hongkong gelegene portugiesische Kolonie Macao geliefert worden. Ausserdem war Lissabon eine wichtige Basis für den Transfer von Nazi-Gold nach Lateinamerika gewesen.

Die hitzigen Debatten blieben nicht auf Europa beschränkt. Tausende von Meilen entfernt, in Argentinien, verschärften jüdische Gruppen den Druck auf die Regierung unter Carlos Saul Menem, das sogenannte Nazi-Archiv des Landes besser zugänglich zu machen, um die Praxis der Regierung Juan Domingo Peron zu erhellen. Argentinien war unter Peron in den Jahren unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg zu einem sicheren Hafen für Nazi-Verbrecher geworden. Haben die Nazis mit argentinischer Hilfe Raubgold aus dem Krieg gewaschen? fragte eine neue Generation von Historikern und Journalisten. In Brasilien stellten jüdische Gruppen dieselben Fragen und verlangten von der Regierung Fernando Henrique Cardoso, das Archiv der brasilianischen Zentralbank zu öffnen, um festzustellen, ob Gold von der Reichsbank ins Land gelangt war.

Der bisher grösste Skandal betraf jedoch die Schweiz. Die Schlagzeilen sagten alles: «Heimliche Bankiers der Nazis» (Newsweek, 24. Juni 1996); «Schweizer Bankgeheimnis. Schmutziges Kapital im Tresorraum?» (The Economist, 11. Mai 1996) und «Schweizer Bankiers als ‚Hehler‘ des Holocaust» (SonntagsZeitung, Zürich 15. September 1996). In einer Flut von Artikeln, die nach Freigabe der Archive einiger amerikanischer Nachrichtendienste im Frühjahr 1996 erschienen, beschuldigte der Jüdische Weltkongress (WJC) Schweizer Bankiers, auf zynische Weise vom Holocaust profitiert zu haben, weil sie unter anderem Geld nicht ausgezahlt hatten, das verzweifelte Juden bei ihnen deponiert hatten und nach Kriegsausbruch auf ihrer Flucht vor den Nazis abheben wollten.

«Dies ist das letzte, nicht aufgearbeitete Kapitel des Holocaust», sagte Israel Singer, der Generalsekretär des WJC und Sohn österreichischer Juden, die aus Österreich hatten fliehen können. «Es wird Zeit für einen Schlussstrich und die Schliessung dieser Konten.»<sup>9</sup>

Seit Jahren setzen sich der WJC und die World Jewish Restitution Organization für eine Entschädigung der jüdischen Enteignungsoffer ein. Ihre mühevollen Aufgabe wurde durch die Öffnung der amerikanischen Geheimdienstarchive in Washington fünfzig Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs und durch den Fall der Berliner Mauer im Jahr 1989 sehr erleichtert. Vom Joch der Sowjetherrschaft befreit, begannen auch die Opfer des Nationalsozialismus in vielen Ländern des früheren Ostblocks nach Rückgabe ihres enteigneten Besitzes und nach Gerechtigkeit zu rufen. Und zum ersten Mal nach mehr als fünf Jahrzehnten gelangten bis dahin geheime Regierungsdokumente aus den früher hinter dem Eisernen Vorhang gelegenen Staaten an die Öffentlichkeit.

Im Jahr 1996 hatte der WJC die Unterstützung des einflussreichen US-Senators Alfonse d'Amato gewonnen. Er trug durch eine Reihe öffentlicher Anhörungen im Senat dazu bei, die Schweiz in den Mittelpunkt des Interesses der internationalen Öffentlichkeit zu rücken, und erstrebte eine Verurteilung der Schweizer Banken für ihre Rolle in der Kriegszeit an. Nach Ansicht D'Amatos und des WJC konnten Milliarden Dollar auf nachrichtenlosen Schweizer Konten liegen, die jüdischen Verfolgten des NS-Regimes gehörten hatten. D'Amato und die Führer des WJC forderten, dieses Geld entweder an die Überlebenden und ihre Erben zurückzugeben oder an karitative jüdische Organisationen rund um den Erdball zu überweisen.

D'Amato öffnete eine wahre Büchse der Pandora. Zahllose zwielichtige Geschäfte kamen ans Licht, die die Schweiz während des Krieges und danach mit den Achsenmächten abgewickelt hatte. Die Enthüllungen erschütterten nachhaltig den alten Mythos von der Schweizer Neutralität. Die Schweiz wurde nicht nur beschuldigt, sich jüdische Guthaben angeeignet zu haben, sondern auch gewaltige Mengen Gold, das in von deutschen Truppen besetzten Staaten geraubt worden war. Sogar Zahngold von den Leichen ermordeter Juden soll die Schweiz angenommen haben. Ein Historiker beschuldigte die Schweiz, herrenlose Guthaben von Opfern des Holocaust zur Deckung von Entschädigungsansprüchen von Schweizern verwendet zu haben, deren Auslandsbesitz von

den kommunistischen Regierungen Polens und Ungarns enteignet worden war.

Es gab keine Schweizer Institution, die nicht genau unter die Lupe genommen wurde. In einem nach fünfzig Jahren freigegebenen amerikanischen Geheimdienstbericht von 1945 wurde das Internationale Komitee des Roten Kreuzes beschuldigt, Geld und Wertsachen von Nazis in Diplomatengepäck durch Europa geschmuggelt zu haben. Ein anderer Geheimdienstbericht klagte den Schweizer Schuhkonzern Bally an, von den Nazis enteignete jüdische Firmen übernommen zu haben.

Es spielte keine Rolle, dass ein Grossteil dieser sogenannten «neuen Informationen» den Historikern seit Langem bekannt war. D'Amato und der WJC versuchten alle Kräfte zu mobilisieren, die Druck auf die Schweiz ausüben konnten, damit sie jene Opfer des Nationalsozialismus entschädigte, die Schweizer Banken ihr Vertrauen geschenkt hatten.

Die Schweiz sah sich mit einer politischen Zeitbombe konfrontiert. Zum ersten Mal war dieses stille, bescheidene Land mit der ausgewiesenen Scheu vor Auftritten in der internationalen Arena gezwungen, seine schmutzige Wäsche vor den Augen der Weltöffentlichkeit zu waschen. Der Ruf der Schweiz stand auf dem Spiel, und ihre Behörden erklärten sich schnell bereit, die Archive aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs einer kritischen Untersuchung durch die Weltöffentlichkeit zugänglich zu machen. Das Schweizer Parlament beschloss einstimmig, den Schleier des Bankgeheimnisses für fünf Jahre zu lüften, damit eine ordentliche Untersuchung der nachrichtenlosen Konten aus der Kriegszeit durchgeführt werden konnte.

Zur gleichen Zeit zwang interner Druck durch Schweizer Historiker das Land, seine Sicht der Vergangenheit zu revidieren. Wenn die Schweiz im Krieg wirklich neutral gewesen war, warum hatten die Schweizer Behörden dann nach 1938 etwa 30'000 jüdische Flüchtlinge wieder des Landes verwiesen? Eine geburtenstarke Nachkriegsgeneration war in dem Glauben aufgewachsen, die starke Armee ihres Landes und seine geographischen Besonderheiten hätten die Schweiz vor der Diktatur der Nazis gerettet. Nun musste diese Generation erkennen, dass

die Schweiz die deutsche Invasion dadurch verhindert hatte, dass ihre Banken die Geschäftsbeziehungen mit den Nazis fortgesetzt und von Weltkrieg und Holocaust profitiert hatten.

Verena Grendelmeier, die erste Schweizer Parlamentarierin, die sich, schon bevor sich 1995 der internationale Aufschrei der Empörung erhob, vehement für eine Aufhebung des Schweizer Bankgeheimnisses eingesetzt hatte, sprach von einer Psychoanalyse auf nationaler Ebene. «Wie jeder einzelne Patient, kann auch ein ganzes Land nicht mit einer Lüge leben, also werden wir eine ordentliche Untersuchung durchführen und die Wahrheit herausfinden müssen. Das ist kathartisch. Und es tut weh.»<sup>10</sup>

Viele Europäer nahmen über die Zeitungen, über Rundfunk und Fernsehen und über das Internet an dieser kollektiven Psychoanalyse teil. Und die Überlebenden des Holocaust und die Erben der Opfer auf der ganzen Welt verlangten, endlich den von Singer geforderten «Schlussstrich» zu ziehen. Wenn die Österreicher die Schätze aus dem Kloster in Mauerbach fünfzig Jahre nach Kriegsende zurückgeben konnten, dann mussten auch die Schweizer das Geld und andere Vermögenswerte in ihren Tresorräumen zurückgeben. Der WJC ging einen Schritt weiter, ja vielleicht sogar einen Schritt zu weit, wie seine Kritiker urteilen, und verlangte, dass die Schweizer Regierung sofort reagieren und den alternden Überlebenden des Holocaust mit einer finanziellen «Geste» entgegenkommen müsse, weil diese nicht warten könnten, bis die Schweiz eine womöglich langwierige Untersuchung abgeschlossen haben würde.

In der Schweiz lösten die Forderungen des WJC eine Kontroverse aus. Der scheidende Schweizer Bundespräsident Jean-Pascal Delamuraz bezeichnete die Forderung im Dezember 1996 in einem Genfer Blatt als «eine Art Schutzgeld-Erpressung». Die Bemerkung löste unter jüdischen Gruppen eine Welle der Empörung aus, darunter einen offiziellen Protest Israels und Drohungen der Jewish Agency in Jerusalem und des WJC, zu einem Boykott gegen Schweizer Banken aufzurufen und in den USA Sammelklagen zu erheben.

Verena Grendelmeier hatte vermutlich recht, als sie sagte, der kathartische Prozess werde schmerzhaft verlaufen. In den Jahren, die zur Klä-

rung der Streitfragen benötigt werden, wird es vermutlich weitere diplomatische Auseinandersetzungen, weitere Meinungsverschiedenheiten und weitere Entschuldigungen geben. Eines steht jedoch bereits fest: Ein Zurück gibt es nicht. «Wenn wir uns der Vergangenheit nicht stellen, wie können wir dann auf ehrenhafte Art in die Zukunft blicken?» fragte die Schweizer Parlamentarierin.<sup>11</sup>

In diesen globalen Zwist wurden auch Menschen wie Annette Landers hineingezogen. Sie waren alle von der Hoffnung erfüllt, dass sie vielleicht als kleine Geste im Namen der Gerechtigkeit einen Teil des von den Nazis und deren Kollaborateuren geraubten Eigentums zurückbekommen könnten, und zwar nicht nur ein Ölgemälde oder Geld von einem lang vergessenen Bankkonto, sondern ein Andenken an ihre Familie als Teil ihrer Identität.

Auch die Enkel von Abraham Hammersfeld kämpfen darum, einen Teil ihrer selbst wiederzuerlangen. Vor Beginn des Krieges wurde das Vermögen der Hammersfelds grösstenteils von den Nazis enteignet. Die Familie verlor alles, bis auf die beiden Kerzenleuchter, die sie durch mehrere Kontinente begleiteten, und ein Bankkonto in der Schweiz, das von dem fürsorglichen Grossvater eröffnet worden war, um einen Teil seines Erbes zu retten und um seinen Kindern und Enkeln in einer immer gefährlicheren Zeit die Zukunft zu sichern.

Über fünfzig Jahre nach Ende des Krieges sucht die Familie noch immer nach jenem Bankkonto. Ihre Suche wird durch rechtliche und bürokratische Hindernisse erschwert und ist zugleich eine qualvolle Reise in eine durch brutalen Raub gekennzeichnete Vergangenheit – den Raub von Vermögen, von Menschenleben und von Erinnerungen.

Über die Beschlagnahmung der grossen Kunstsammlungen und anderer Besitztümer prominenter jüdischer Familien wie der Rothschilds und der Warburgs ist bereits viel geschrieben worden. Nur wenig Aufmerksamkeit wurde dagegen der Enteignung von Kunstwerken, Geschäften und Bankkonten der jüdischen Mittel- und Arbeiterschicht durch die Nazis und ihre Helfershelfer gewidmet.

Die Hammersfelds sind eine jener normalen jüdischen Familien aus

Österreich, an die all die Objekte aus Mauerbach so lebhaft erinnern. Die Florentinischen Wandteppiche könnten einst in ihrem Wohnzimmer gehangen und die heute verstaubten Werke Goethes auf einem Ehrenplatz in ihrer Bibliothek gestanden haben. Die Nachkommen Abraham Hammersfelds können heute nur der einen Sache sicher sein: Ein Fragment des Erbes ihres Grossvaters ist ihnen in Gestalt zweier matt gewordener Kerzenleuchter in einem Hochhaus-Apartment in Queens geblieben. Der Rest lagert vielleicht in einem Tresorraum irgendwo in der Schweiz.



**I**SCHON IM SOMMER 1934 machte sich Abraham Hammersfeld auf das Schlimmste gefasst.

Dabei verlief das Jahr keineswegs besonders aussergewöhnlich für die Hammersfelds oder irgendeine andere wohlhabende jüdische Familie in Wien. Wie jeden Sommer schloss das 60jährige jüdische Familienoberhaupt seine Firma für den Export von Textilien im Geschäftsviertel von Wien und zog mit seiner Frau Charlotte, die er liebevoll Lotte nannte, in ihre ländliche Zuflucht in Bad Vöslau, einer kleinen, stillen Stadt im Süden der österreichischen Hauptstadt. Viele Bürgerfamilien aus Wien verbrachten hier die Sommermonate, wanderten in den Wäldern und plauderten mit Bekannten. Abraham freute sich schon auf seine Lieblingsbeschäftigung an ruhigen Tagen im Hochsommer: lesen, im Garten dösen und seine vier Kinder und fünf Enkel in der Villa Charlotte um sich versammeln, in dem prächtigen, zweistöckigen Sommersitz, den er nach seiner geliebten Frau benannt hatte.

Aber ein dramatisches Ereignis störte die sommerliche Idylle. Auch wenn die Nachricht für die meisten Österreicher wie ein heftiger Platzregen an einem trägen Sommer nachmittag kam und sie nur ebenso kurze Zeit aus dem Gleichmass der Sommerfrische brachte, sahen doch manche scharfsichtige politische Beobachter mächtigere und dunklere Gewitterwolken am Horizont heraufziehen.

Am frühen Abend des 25. Juli 1934 machte Abraham es sich mit seiner Familie in dem Sommersitz in Bad Vöslau gemütlich; er schaltete das Radio ein, um die Tagesnachrichten zu hören, und war entsetzt über das, was er hörte. Mit atemloser Stimme und wegen Übertragungsstörungen manchmal kaum zu verstehen, berichtete der Reporter, dass über 150 Mitglieder der damals in Österreich verbotenen nationalsozialistischen Partei in das Bundeskanzleramt in Wien eingedrungen waren und

ein Attentäter den österreichischen Kanzler Engelbert Dollfuss aus kürzester Entfernung in die Kehle geschossen hatte. Zwischen Pfeifen und Rauschen hörte Abraham, dass die Nazis Uniformen des österreichischen Bundesheeres getragen hatten. Noch am selben Tag erlag Dollfuss seinen Wunden, doch der kläglich organisierte Putsch der Nazis war bereits gescheitert. Österreichische Regierungstruppen unter der Führung von Dr. Kurt von Schuschnigg wurden rasch Herr der Lage. Sie verhafteten die Rebellen und verurteilten später 13 von ihnen zum Tod durch den Strang. In den Tagen nach diesem gewaltsamen Ausbruch wurde der Frieden wiederhergestellt, und Dr. Schuschnigg, ein kultivierter Ehrenmann mit den untadeligen Manieren der alten K.-u.-K.-Monarchie, wurde als neuer Kanzler von Österreich vereidigt.

Die schockierenden Ereignisse vom Sommer 1934 waren nicht gänzlich unerwartet eingetreten. Vor der Ermordung Dollfuss' hatten die österreichischen Nazis bereits monatelang das Land terrorisiert, um den faschistischen Diktator zu stürzen. Mit Zündern und Dynamit, die sie von der in Deutschland herrschenden NSDAP erhielten, sprengten sie Bahnlinien, Kraftwerke und Regierungsgebäude in die Luft. Die österreichische Regierung antwortete mit der Beschränkung demokratischer Freiheiten und zerschlug jede Form von Opposition mit eiserner Faust. Unter Dollfuss' klerikal-konservativer Diktatur waren weder die Nazis noch sozialdemokratische Arbeiter vor brutalen Repressionen sicher. Die Regierung wollte beispielsweise im Februar 1934 die österreichischen Sozialdemokraten einschüchtern und besetzte mit 17'000 Regierungssoldaten Arbeitersiedlungen in Wien. Bei Demonstrationen und Schiessereien kamen mindestens 1'000 Menschen ums Leben, darunter viele Frauen und Kinder, und weitere 4'000 wurden verwundet.

Abraham Hammersfeld war zwar ein gebildeter Mann, der gewiss alles, was um ihn vorging, genau verfolgte, doch er hatte wenig Zeit für die Politik. Er neigte dazu, sich intensiv seinen Alltagsgeschäften zu widmen, und er verbrachte seine Zeit mit dem Export von Textilien, mit seiner Familie und mit den Angelegenheiten der kleinen orthodoxen Synagoge, deren Vorsteher er war.

Doch die Ereignisse des Sommers 1934 müssen ihn nachdenklich gestimmt haben.

«Aus irgendeinem Grund blieb mir das Attentat auf Dollfuss im Gedächtnis haften», sagte Renée, Abrahams älteste Enkelin, die zur Zeit der Ermordung elf Jahre alt war. «Ich verstand natürlich nicht, was das bedeutete. Ich war ein junges Mädchen in den Sommerferien. Doch ich erinnere mich, dass mein Grossvater unablässig im Radio Nachrichten hörte, und ich habe diesen Sommer als den Beginn einer Zeit in Erinnerung, in der die Dinge in Österreich anfangen sich zu verschlimmern.»<sup>1</sup>

An jenem Abend, als die Dunkelheit sich niedersenkte und eine unangenehme Brise mit den bestickten Vorhängen im Wohnzimmer in der Villa Charlotte spielte, setzte sich Abraham vielleicht in seinen Lieblingssessel, zündete sich eine Zigarre an und grübelte über das Ereignis dieses Tages. Er stellte womöglich einen Bezug her zu einem ähnlichen Putschversuch, der sich ereignet hatte, als er und sein Sohn Adolf elf Jahre zuvor auf Geschäftsreise in München waren. Am Abend des 8. November 1923 hatte eine Bande von Nazi-Schlägern unter der Führung eines kleinen, eher komisch wirkenden Österreichers mit einem Charlie-Chaplin-Schnurrbart den waghalsigen Versuch unternommen, die Regierung zu stürzen. Zu diesem Zweck hatten sie den Münchner Bürgerbräukeller gestürmt, als der bayerische Landesherr Gustav von Kahr dort gerade eine Rede hielt. Hitlers Putsch war ein grandioser Fehlschlag. Er endete mit dem Verbot der nationalsozialistischen Partei und der Inhaftierung ihres aufrührerischen Führers. Doch er erwies sich als ein prophetisches Ereignis, denn bereits ein Jahrzehnt danach kamen dieser charismatische Führer und seine Schlägerbande in Deutschland an die Macht.

Im Jahr 1933 wurde Adolf Hitler als Reichskanzler von Deutschland vereidigt, und seine Pläne, das Deutsche Reich zu seinem einstigen teutonischen Glanz wiederzuvereinigen, waren jedem bekannt, der sich die Mühe gemacht hatte, die erste Seite von *Mein Kampf* zu lesen. Diese schwülstige Autobiographie enthielt zugleich sein politisches Programm. Sie wurde nach der Vereidigung Hitlers als Kanzler in Deutschland ein Bestseller. Gleich am Anfang dieses Werkes legte Hitler dar,

dass die Wiedervereinigung von Österreich und Deutschland ein unverzichtbares Ziel deutscher Politik sein müsse.

Obwohl Hitler sich offiziell von der Ermordung Dollfuss' distanzierte und sie als innerösterreichische Angelegenheit bezeichnete, war das Attentat dennoch Anlass zur Besorgnis in Österreich. Es war ein Vorgeschmack darauf, was sich nur vier Jahre später abspielen sollte, als deutsche Soldaten in Wien einmarschierten und Österreich zu einem Teil des Deutschen Reiches machten, worauf sogleich eine Terrorwelle gegen die Juden des Landes folgte.

Aber selbst wenn manche bürgerliche Juden vom Format eines Abraham Hammersfeld die Sturmwolken bereits 1934 heraufziehen sahen, so gerieten doch die wenigsten in Panik. Sie haben vielleicht daran gedacht, ihr Vermögen auf verschiedene Weise anzulegen, suchten nach Möglichkeiten für Investitionen im Ausland oder horteten einen Teil ihrer Ersparnisse auf einer ausländischen Bank in einem sicheren Land wie der Schweiz – für alle Fälle. Doch die meisten lebten weiter ihr gewohntes Leben, zufrieden mit der Gewissheit, dass sie aufrechte, hart arbeitende Staatsbürger waren, die in einer der zivilisiertesten Städte der Welt lebten.

Mit seiner hohen Wertschätzung von Religion und weltlicher Bildung war Abraham Hammersfeld das typische Beispiel eines modernen, aufgeklärten jüdischen Ehrenmannes. Auch mit seinen 60 Jahren war er noch ein stattlicher, breitschultriger Mann mit einem tadellos geschnittenen graumelierten Schnurrbart. Wangen und Kinn rasierte er täglich nass mit Hilfe einer faulig riechenden Rasiercreme auf Schwefelbasis und einem scharfen Stab als Hartholz. Er hielt sich peinlich genau an die Vorschriften der jüdischen Orthodoxie und lehnte es deshalb ab, sich seinem Gesicht mit einer Klinge zu nähern. Folglich war Abraham am Morgen jedes Arbeitstages in dem kleinen Badezimmer in seinen Geschäftsräumen im sechsten Stock in der Wipplingerstrasse anzutreffen. Er seifte sein Gesicht mit der Schwefelcreme ein, wodurch die Barthaare ein wenig gelockert wurden, damit er sich mit dem hölzernen Schaber rasieren konnte. Lotte erlaubte ihm nicht, sich zu Hause zu ra-

sieren, weil sie die Wohnung sonst stundenlang hätte lüften müssen, um den Schwefelgeruch zu vertreiben.

Abraham verkehrte nicht in der gehobenen Gesellschaft, doch er schätzte die schönen Dinge des Lebens. Deshalb bestand er auch darauf, dass die Familienaufnahmen der Hammersfelds von S. Weitzmann gemacht wurden, Wiens erstem Porträtfotografen, der auch für die Mitglieder der kaiserlichen Familie arbeitete. In der Stadt liess sich Abraham meist in einem tadellos gebügelten, dunklen dreiteiligen Anzug sehen, mit einer Seidenkrawatte und der goldenen Taschenuhr aus Schaffhausen in der Westentasche – seinem am höchsten geschätzten Besitz. Als erfolgreicher Geschäftsmann, der sein eigenes Textilunternehmen in Wiens geschäftiger Wipplingerstrasse betrieb, war er zugleich ein tief religiöser und gebildeter Mensch mit einer grossen Passion für die Wissenschaften.

«Er sprach perfekt Deutsch und hegte eine tiefe Liebe für die deutschen Klassiker», erinnerte sich sein Enkel Hans. «Ich weiss noch, dass er mein Deutsch stets verbesserte, als ich ein kleiner Junge war. Jedesmal, wenn ich ihm einen Brief schrieb, strich er meine Rechtschreibfehler an.»<sup>2</sup>

Wie viele gebildete und assimilierte österreichische Juden in seinem Alter hatte Abraham Hammersfeld eine höhere deutsche Erziehung genossen. Er wurde am 24. Dezember 1874 in Galizien geboren, der Region, die nach der Ersten Teilung Polens im Jahr 1772 Österreich zugeteilt worden war. Wie viele jüdische Schüler, die am Gymnasium in der galizischen Stadt Tarnow lernten, wo Abraham sich als junger Mann niedergelassen hatte, betrachtete er Deutschland zweifelsohne als grosses Symbol für Modernität und Fortschritt. Aber obwohl er in der Schule Goethe und Schiller las, blieb er ein tief religiöser orthodoxer Jude.

Viele Juden glaubten, der Ausgleich zwischen den weltlichen und religiösen Bereichen des Lebens sei eine Folge der Aufklärung, jener philosophischen Hauptströmung des 18. Jahrhunderts, die Vernunft und die Freiheitsrechte des Individuums höher bewertete als Traditionen, kirchliche Dogmen und erblichen Adel. Die französische Revolution im Jahre 1789 versetzte ganz Europa in Unruhe. Im Jahr ihres Ausbruchs

versuchte Kaiser Joseph II. von Österreich, die Lage der Juden im Habsburger Reich zu verbessern, indem er sie vollständig assimilierte. Er hob die Autonomie der jüdischen Gemeinden und der rabbinischen Rechtsprechung auf und riss damit einen tiefen Graben auf zwischen den Juden, die sich assimilieren wollten, und denen, die ihre Eigenständigkeit behalten wollten.

Nirgends waren diese Konflikte deutlicher zu spüren als in der überwiegend wohlhabenden jüdischen Gemeinde von Galizien, wo es häufig zu Spannungen zwischen orthodoxen Traditionalisten, den Chassidim, der Haskalah und später den zionistischen Gruppierungen kam. Seit dem 18. Jahrhundert war Galizien ein Zentrum des Chassidismus und wurde auch die Wiege der Haskalah (das hebräische Wort für Aufklärung), einer jüdischen Geistesströmung, die ihre Wurzeln in der Aufklärung hatte und deren Vertreter die Assimilation befürworteten. Die Anhänger des Chassidismus konzentrierten sich auf patriarchalische religiöse Führer, legten die Thora betont fundamentalistisch aus und verachteten weltliche Bildung; im Gegensatz dazu waren die ersten Anhänger der Haskalah der Ansicht, dass weltliche Bildung ein wesentlicher Teil des Lebenslaufs eines jeden Juden sein sollte. Im Wesentlichen gründete sich die Haskalah, eine erste Vorläuferin der Reformbewegungen im modernen Judentum, auf die Auffassung, das jüdische Glaubensbekenntnis werde von weltlichem Wissen nicht in Frage gestellt. In Wahrheit sollte weltliches Wissen als ein wesentlicher Bestandteil religiösen Denkens betrachtet werden. Die Maskilim oder Anhänger der Haskalah bekundeten auch ihre Loyalität zu dem Staat, in dem sie lebten. Aus diesem Grund betrachteten sich viele Maskilim eher als Deutsche oder als Österreicher denn als Juden.

In Galizien blickten viele Anhänger der Haskalah nach Deutschland. Immerhin war der Mann, der als Gründervater der Haskalah galt, ein deutscher jüdischer Philosoph namens Moses Mendelssohn gewesen. Er hatte unter anderem gelehrt, dass die jiddische Sprache ein Ausdruck sittlichen Verfalls sei. Das Jiddische wurde vom Deutschen und Hebräischen beeinflusst und hauptsächlich von Juden der Shtetl in Mittel- und Osteuropa gesprochen. Gebildete und assimilierte Juden sollten die

Sprache ihres Herkunftslandes sprechen, forderte Moses Mendelssohn. Der Historiker Steven Beller vertritt die Ansicht, dass im 19. Jahrhundert ausschliesslich die deutsche Sprache den assimilationswilligen Juden in Galizien und Ungarn den Zugang zur westlichen Kultur geöffnet habe. In seinem Buch *Wien und die Juden* heisst es: «Der reaktionäre Stil der Polen und die Rückständigkeit des ruthenischen Bauerntums bewogen die meisten assimilationswilligen Juden, die sich den Prämissen der Aufklärung verschrieben hatten, den Zugang zur Gesellschaft über das Deutsche zu suchen.»<sup>3</sup> Er führt weiter aus, was die osteuropäischen Juden für die deutsche Kultur empfunden hätten, könne «rational gesehen nicht einfach als Versuch abgetan werden, es im Leben zu etwas zu bringen oder sich einer Welt anzupassen. Sie flohen nicht so sehr vor ihrem jüdischen Schicksal, sondern waren vielmehr bestrebt, in das gelobte Land der Freiheit einzutreten bzw. überzuwechseln. Aufgrund der historischen Gegebenheiten war dieses gelobte Land für viele Juden innerhalb und auch ausserhalb Deutschlands eben zufällig Deutschland. Dieses Land war die Erfüllung, das Symbol all ihrer Wünsche, und wurde wie der Liberalismus zum Inbegriff ihrer Sehnsüchte.»<sup>4</sup>

Obwohl die Diskriminierung der Juden durch Gesetze Ende des 19. Jahrhunderts praktisch aufgehoben war, schwelte der Judenhass weiter, vor allem in Mitteleuropa. Galizien ging durch politische Instabilität zugrunde. Der polnische Antisemitismus wuchs in dem Masse, wie der Zionismus oder die politische Manifestation eines jüdischen Nationalismus an Boden gewannen. Die Zionisten zerstritten sich ihrerseits mit den assimilierten Juden, die nach und nach ihre Anhängerschaft in Galizien verloren. In regelmässigen Abständen kam es zu Gewalttaten gegen die Juden. Zwischen 1881 und 1910 verliessen über 230'000 Juden (von insgesamt 800'000) Galizien in Richtung Westen, oder sie übersiedelten nach Palästina. Auch Abraham Hammersfeld, inzwischen ein angesehener Tuchhändler, und seine Frau Charlotte (geborene Faust) machten sich vor dem Ersten Weltkrieg mit ihren vier Kindern auf den Weg, um ihr Glück in Wien zu suchen. Die Hauptstadt Osterreich-Ungarns war damals ein kulturelles und intellektuelles Zentrum Europas.

Diesen Juden, die im Geist der deutsch-jüdischen Aufklärung aufgewachsen waren und jene beengenden Traditionen des osteuropäischen Shtetls oder Ghettos hinter sich lassen wollten, muss Wien zu Beginn des 20. Jahrhunderts geradezu wie ein Paradies erschienen sein. Abraham Hammersfeld war bereits ein Jahrzehnt nach seiner Ankunft in Wien ein erfolgreicher Kaufmann und baute einen einträglichen Handel mit Textilien auf. Er exportierte industriell gefertigte Leinenstoffe an einige der nobelsten Hotels, Pensionen und Restaurants in ganz Europa.

Andere geschäftstüchtige jüdische Intellektuelle und Künstler trafen aus den entlegensten Regionen Österreich-Ungarns in der Hauptstadt ein und versammelten sich in verrauchten Kaffeehäusern wie dem Café Griensteidl oder dem Café Central, um über Politik und Philosophie zu diskutieren. Ende des 19. Jahrhunderts zogen Schriftsteller wie Joseph Roth und Siegfried Lipiner (geborener Salomo) nach Wien, um sich in einer weltoffenen Stadt von ihrer strengen jüdischen Erziehung zu distanzieren. Theodor Herzl, der in Ungarn geborene Vater des modernen Zionismus und der Gründer des Zionistischen Weltkongresses, fand ebenfalls den Weg nach Wien, wo er als Journalist arbeitete und später einer der bedeutendsten jüdischen Denker wurde.

«Das Wiener Judentum war einzigartig», sagte die österreichische Historikerin Gertrude Schneider, die in einem wohlhabenden jüdischen Haushalt im Wien vor dem Zweiten Weltkrieg aufgewachsen war. «Es war eine Kombination von Orthodoxie und Modernität.»<sup>5</sup>

Die jüdische Gemeinde im Wien der Jahrhundertwende war zwar sehr heterogen und nach der sozioökonomischen Herkunft und dem Grad der Religiosität untergliedert, doch die meisten Juden waren weitgehend assimiliert. Beller schreibt dazu: «Im Gegensatz zu anderen Städten, wo es die Tradition einer jüdischen Gemeinde – und damit auch ein Ghetto – gab, galt das für Wien nicht... [Die Folge war,] dass sich die einzelnen Juden im Hinblick auf die nichtjüdische Gesellschaft und Kultur und ihre eigenen jüdischen Traditionen viel freier und ungezwungener fühlten als in dem Ghetto. Mit dem Abstand zur patriarcha-



lischen Reglementierung des Ghettos kam es zu einer umfassenden Säkularisierung.»<sup>6</sup>

Aber auch wenn die Juden aus der Provinz mit staunenden Augen glaubten, sie hätten sich an eine grosse und glanzvolle Kultur assimiliert, entsprach dies nicht ganz der Realität, denn was die Juden betraf war die Wiener Gesellschaft alles andere als fortschrittlich. Für Juden, die in den Kreis der österreichischen kulturellen Elite aufgenommen werden wollten, war die Konversion ein Muss. Österreich war ein katholisches Land, und die Habsburger Monarchie war entschlossen, den Katholizismus zu schützen. Auch wenn die Juden bereits 1867 die vollen Bürgerrechte erhalten hatten, waren sie de facto vom Militärdienst, vom diplomatischen Dienst und vom Staatsdienst ausgeschlossen. Der Komponist und Dirigent Gustav Mahler musste sich katholisch taufen lassen, um seine Stellung als Direktor der Wiener Hofoper im Jahr 1897 zu festigen. Überdies hatten viele Juden Schwierigkeiten, Studienplätze an Universitäten zu bekommen. Obwohl Herzl oder der Wiener Nervenarzt Sigmund Freud mit ähnlichen Problemen auf ihrem Berufsweg zu kämpfen hatten, weil sie Juden waren, trat keiner von ihnen zum Katholizismus über.<sup>7</sup> Stattdessen entsagte Herzl völlig jeglicher Neigung zur Assimilation. In seiner Abhandlung *DerJudenstaat* aus dem Jahre 1895 vertrat er einen jüdischen Nationalismus als unmittelbaren Ausdruck seiner Desillusionierung durch den wachsenden Antisemitismus in ganz Europa. Freud war zwar kein praktizierender Jude, doch auch er verleugnete niemals seine Religion.

Anders als einige seiner Zeitgenossen übte Abraham Hammersfeld seinen Glauben in Wien aus. Jeden Freitagabend ging er zum Sabbath-Gottesdienst in die orthodoxe Synagoge Levias-Chaim in seiner Nachbarschaft. Obwohl er kein Rabbiner war, vertiefte er sich in religiöse Studien, und Familienmitglieder erinnern sich, dass er regelmässig in die kleine Synagoge, der er vorstand, gerufen wurde, um Fragen der Halacha oder des jüdischen Rechts zu erörtern. Er war auch ein begabter hebräischer Schriftsteller. Abraham wurde häufig gebeten, eine Inschrift für eine Gedenktafel zur Jahrzeit oder einen Gedenkspruch zu verfassen, wie es in der jüdischen Religion zur Feier des Todestages eines gelieb-

ten Menschen üblich ist. Die gestärkten Quadrate aus Leintuch, die Abrahams raffinierte Schöpfungen enthielten, wurden für jeden sichtbar an der Wand der winzigen orthodoxen Synagoge in der Hollandstrasse aufgehängt.

Nichts erfreute Abraham mehr, als das Passahfest und die hohen jüdischen Feiertage im Kreise seiner harmonischen Familie und ausgewählter Freunde zu begehen. Obwohl seine Kinder über die ganze Stadt verteilt waren, bestand Abraham nämlich darauf, dass sie an jüdischen Feiertagen in Levias-Chaim zusammenkamen.

«Er war so stolz auf diese kleine Synagoge, und bei besonderen Anlässen kamen wir gewöhnlich alle dort zusammen», sagte seine Enkelin Renée. Ihre Mutter Selma bestand darauf, dass die Familie zu Fuss von ihrem Haus im achten Bezirk zu Abrahams Synagoge im zweiten Bezirk ging, damit die Familie gemeinsam den Festgottesdienst begehen konnte. «Abraham war zwar stolz auf seine Religion», berichtete sie später, «aber er war keinesfalls ein Fanatiker. Er lachte gewöhnlich über Leute, die in religiösen Dingen fanatisch waren.»<sup>8</sup>

Nach den Gottesdiensten kehrten die Familienangehörigen und Freunde in Abrahams und Lottes komfortable Wohnung in der Negerlegasse zurück, einer kleinen, ruhigen Strasse in einem versteckten Winkel des zweiten Bezirks. Sie lag nur ein paar Schritte vom Donaukanal entfernt. Dem jeweiligen Anlass entsprechend, setzte sich die Familie zu einem herzhaften Mahl zu Tisch und zog sich dann ins Wohnzimmer zurück, wo die Familienmitglieder abwechselnd auf dem Klavier spielten, dem liebsten Zeitvertreib von Grossmutter Lotte. Beim Passahfest nahm Heinz Stillman, Abrahams ältester Enkel, den Ehrenplatz neben seinem Grossvater an der langen Speisetafel ein. Heinz erhielt als einziger Enkel, der damals Hebräisch lernte, die Aufgabe, die vier Fragen vorzutragen, die Abraham als die «Ma Nischtaness» bezeichnete. (Die vier Fragen betreffen den Auszug aus Ägypten und die zur Erinnerung gebräuchlichen Feierlichkeiten. A.d.Ü.) An Purim, einem jüdischen Freudenfest und dem Lieblingsfesttag der Familie, weil er nach dem jüdischen Kalender häufig mit Grossmutter Lottes Geburtstag zusammen-

fiel, wurden für die Enkel Süßigkeiten unter dem Bett der Grosseltern versteckt, und sie durften sie mit nach Hause nehmen, wenn die Feier vorüber war.

Seiner eigenen Erziehung getreu, legte Abraham Wert auf weltliche Bildung, achtete aber gleichzeitig darauf, dass seine Kinder und Enkelkinder ein ausgeprägtes jüdisches Bewusstsein entwickelten. Alle vier Kinder – Selma, Adolf, Paula und Harry – genossen zwar eine gründliche deutsche Bildung, doch sie teilten offenbar nicht die Leidenschaft ihres Vaters für den jüdischen Glauben. Anders als ihr Vater hielten sie sich weder streng an die Speisevorschriften, noch besuchten sie regelmässig die Synagoge. Als dann die nächste Generation – die Enkelkinder – auf die Welt kam, war der Sinn für eine jüdische Identität, der in den Seelen der Grosseltern loderte, bereits nahezu erloschen. Die Enkel wuchsen vor dem Zweiten Weltkrieg in Wien auf, und es fiel ihnen viele Jahre später schwer, sich an eine Zeit zu erinnern, in der sie sich ihres jüdischen Glaubens bewusst gewesen oder Opfer eines offenen Antisemitismus geworden wären.

«Ich hatte jüdische Freunde und nichtjüdische Freunde», sagte Renée und erinnerte sich, dass sie auch samstags in die Schule ging. «Es spielte keine Rolle, dass ich Jüdin war. Ich dachte nie wirklich darüber nach. Jude zu sein wurde erst nach dem Anschluss im Jahr 1938 zu einem Thema.»<sup>9</sup>

Im Winter 1937-38 besuchte Renée Lang, ein gescheites, hübsches, brünettes Mädchen von 15 Jahren, das exklusive Albert-Gymnasium, eine private Mädchenschule im achten Bezirk von Wien. Eine ihrer engsten Freundinnen, eine Nichtjüdin namens Ruth Langer, hatte damit geprahlt, dass sie soeben in eine grossartige Jugendgruppe eingetreten sei, die sich nach dem Unterricht treffe. Die Teenager würden dort wandern und skifahren, Lieder singen und Diskussionen veranstalten. Doch es gebe da auch Probleme, räumte Ruth ein. Zum ersten sei die Gruppe geheim, und zum zweiten könne man ihr nicht beitreten, wenn man Jude sei.

Mit dem Wort «Hitlegugend» konnte die junge Renée Lang nichts anfangen. Sie war ein wenig irritiert von Ruths Begeisterung für die Gruppe. Renée ging alles leicht von der Hand, und sie lebte weiter ihr gewohntes Leben. An sechs Tagen in der Woche ging sie morgens zur

Schule und machte nachmittags ihre Hausaufgaben, traf sich mit Freunden oder ging ins Museum, begleitet von der Haushälterin der Familie Lang. Wenn sie eine besonders gute Note für einen Aufsatz bekommen hatte, was häufig vorkam, setzte sie sich jedesmal in die Strassenbahn zu Grossvaters Büro in der Wipplingerstrasse im Herzen des ersten Bezirks. Abraham war sehr stolz auf Renées Erfolge in der Schule. Er unterbrach stets sogleich seine Arbeit und las den Aufsatz laut vor. Die nach ihrer Urgrossmutter benannte Renée war das selbstbewusste Lieblingsenkelkind. Sonntagnachmittags trafen sich Renée, ihr Bruder Siegfried und ihre Eltern mit ihren Grosseltern im Café Sweden, ein paar Schritte von der Wohnung der Grosseltern, um gemeinsam Karten zu spielen, Zeitung zu lesen und sich an einer ausgezeichneten Sachertorte oder einem Strudel gütlich zu tun.

Aber am Samstag, dem 12. März 1938, brach die Welt der Hammersfelds jäh zusammen. Am Vorabend, dem Beginn des Sabbath, hatten die älteren Familienmitglieder ganz untypisch die Vorbereitungen des Festmahls unterbrochen und sich um das Radio im Wohnzimmer der Wohnung in der Negerlegasse versammelt. Die Hammersfelds gaben sich Mühe, durch das Rauschen des Radios und durch den Lärm grölender österreichischer Nazi-Banden, die unten auf der Strasse randalierten, die ergreifende Abschiedsrede von Kanzler Schuschnigg an die Nation zu vernehmen:

«...Die deutsche Regierung hat heute Bundespräsident Miklas ein zeitlich befristetes Ultimatum überreicht und von ihm verlangt, eine von der deutschen Regierung genannte Persönlichkeit zum Bundeskanzler zu ernennen,... andernfalls würden deutsche Truppen in Österreich einmarschieren... Ich erkläre vor der Welt, dass die von Deutschland aus lancierten Berichte von Arbeiterunruhen, Blutvergiessen und einer Entwicklung, über die die österreichische Regierung keine Gewalt mehr habe, von A bis Z erlogen sind. Bundespräsident Miklas hat mich gebeten, dem österreichischen Volk zu sagen, dass wir vor der Gewalt zurückgewichen sind, weil wir selbst in dieser furchtbaren Stunde nicht bereit sind, Blut zu vergiessen. Wir haben beschlossen, den Truppen zu

befehlen, keinen Widerstand zu leisten. So nehme ich Abschied vom österreichischen Volk mit einem Wort, das mir aus tiefstem Herzen kommt: Gott schütze Österreich!»<sup>10</sup>

Seit Dollfuss' Ermordung im Jahr 1934 hatte Schuschnigg fortwährend Hitler Zugeständnisse gemacht, weil er meinte, dies sei der beste Weg, um Österreich die Unabhängigkeit zu erhalten. In geheimen Absprachen willigte Schuschnigg ein, politische Gefangene der Nazis zu amnestieren und Parteigenossen der Nazis mit Ämtern der österreichischen Regierung zu betrauen. Das ganze Jahr 1937 hindurch infiltrierten die Nazis die österreichische Polizei und das Militär, säten Zwietracht in der Bevölkerung und beschworen die Gefahr eines kommunistischen Staatsstreiches herauf.

Am 11. Februar 1938 zitierte Hitler den österreichischen Kanzler in sein Haus in Berchtesgaden und leitete die letzte Phase der Aushöhlung der österreichischen Unabhängigkeit ein. Unter Androhung einer deutschen Invasion in Österreich forderte Hitler, dass das Verbot der nationalsozialistischen Partei aufgehoben und dass der Wiener Anwalt und NS-Sympathisant Arthur Seyss-Inquart zum Innenminister ernannt werden sollte. Seyss-Inquart wäre in diesem Amt oberster Dienstherr der österreichischen Polizei und der Staatssicherheit gewesen. Schuschnigg wusste, dass «die Annahme des Ultimatums das Ende der Unabhängigkeit Österreichs bedeutet haben würde».<sup>11</sup> Aber Schuschnigg muss auch erkannt haben, dass es tollkühn gewesen wäre, Hitler die Stirn zu bieten, weil er keine Verbündeten hatte, auf die er zählen konnte. Die Regierungen Frankreichs und Grossbritanniens waren damals nicht zur Verteidigung Österreichs bereit. Diese Regierungen waren angesichts von Hitlers zunehmender Aggressivität passiv geblieben und hatten 1936 tatenlos und stumm zugesehen, wie Hitlers Truppen kühn in das Rheinland einmarschiert waren und damit eklatant gegen den Versailler Vertrag von 1919 verstossen hatten.

Unter dem übermässigen Druck kapitulierte Schuschnigg bei dem Treffen in Berchtesgaden, doch er teilte Hitler mit, dass nach der Verfassung lediglich der Präsident der österreichischen Republik seinen Forderungen zustimmen könne. Bundespräsident Wilhelm Miklas

sträubte sich zwar anfangs gegen Hitlers Forderungen. Doch als österreichische Nazis auf Befehl aus Berlin im ganzen Land Massendemonstrationen initiierten mit dem Ziel, die Ordnung zu stören und Österreich noch tiefer ins Chaos zu stürzen, gab er widerstrebend nach. In einem letzten Versuch, die österreichische Unabhängigkeit zu retten, beschloss Schuschnigg, am 13. März eine Volksabstimmung durchzuführen und das Volk von Österreich zu fragen, ob es ein «freies und unabhängiges, deutsches und christliches Österreich» wolle. Die Ankündigung des Plebiszits brachte Hitler in Rage. Er befahl die Invasion in Österreich, obwohl die deutsche Wehrmacht zu dem Zeitpunkt schlecht für diese Aufgabe gerüstet war. Am 11. März rief Feldmarschall Hermann Göring in Wien an und verlangte Schuschniggs sofortigen Rücktritt und die Ernennung von Seyss-Inquart zum Bundeskanzler. Da Schuschnigg eine blutige Auseinandersetzung scheute, sagte er die Volksabstimmung ab und trat zurück. Seyss-Inquart schickte ein von den Nazis verfasstes Telegramm nach Berlin und ersuchte um eine deutsche Militärintervention, um Ruhe und Ordnung wiederherzustellen. Über Nacht war Österreichs Unabhängigkeit verloren, und das Land wurde ein Vasallenstaat des Dritten Reichs.

Am frühen Morgen des 12. März zogen triumphierende NS-Truppen in Adolf Hitlers Heimatstadt Linz ein, wo sich die Massen bereits in Erwartung der Ankunft des Führers am Nachmittag versammelten. In Wien ging Renée Lang, den Ranzen auf den Rücken geschmalt, die wenigen Häuserblöcke zu ihrer Schule. Behutsam stieg sie über die Scherben und den Unrat, die nach den Strassenschlachten der Nazis in der vergangenen Nacht überall herumlagen. Doch als sie das Albert-Gymnasium erreichte, verwehrten ihr Schulbeamte den Zutritt und schickten sie nach Hause. Juden, sagten sie, seien hier künftig nicht mehr erwünscht.

Renées sichere Welt des gehobenen Bürgertums brach zusammen. Für Renée «endete alles im Jahr 1938»<sup>12</sup>: das Ski- und Eislaufen im Winter, die Ausflüge ins Theater und in die Oper, die Sommerferien in Bad Vöslau und die Torten und Strudel am Sonntagnachmittag im Café

Sweden mit ihrer Familie. Schon nach wenigen Monaten wurde Familie Lang gezwungen, ihre elegante Wohnung im achten Bezirk zu verlassen. Renée, ihr älterer Bruder Siegfried und ihre Eltern mussten sich in Abrahams und Lottes enger Wohnung in der Negerlegasse notdürftig einrichten. Der zweite Bezirk mit seiner Vielzahl von Synagogen und koscheren Lebensmittelläden war das am stärksten jüdisch geprägte Viertel Wiens; deshalb wurde es von den NS-Funktionären in ein inoffizielles jüdisches Ghetto umgewandelt. Die Nazis wollten die 180 000 Juden der Hauptstadt in einem einzigen Stadtteil zusammenpferchen.

«Schon eine Stunde nach dem Anschluss war alles völlig verändert», sagte Renée. «Die Juden mussten alles aufgeben. Viele Bekannte von uns begingen Selbstmord oder versuchten verzweifelt, das Land zu verlassen.»<sup>13</sup>

Die Nazis hatten fünf Jahre Erfahrung mit der völligen Entrechtung der Juden in Deutschland. Nun richteten sie ihre ausgeklügelte Schreckensherrschaft gegen die Juden von Österreich und legalisierten die Ausplünderung dieser Bevölkerungsgruppe. Hermann Göring, der zweite Mann nach Hitler, hatte angekündigt, er werde das Land bis 1942 «judenrein» machen. Der Feldzug gegen die österreichischen Juden wurde mit ausserordentlicher Brutalität und beispielloser Effizienz geführt. In vieler Hinsicht wurden die Juden viel härter und entschlossener verfolgt als in den vorhergehenden Jahren in Deutschland, wo der NS-Terror von 1933 bis 1938 kontinuierlich gewachsen war.

In den ersten Tagen nach dem Anschluss, als hochrangige NS-Funktionäre und der Führer selbst eintrafen, um die Annexion mit üppigen Festessen in Wiens nobelsten Restaurants zu feiern, fegte eine Welle des antijüdischen Terrors über die Stadt hinweg, die weit grausamer und sadistischer war als alles, was sich bislang in Deutschland abgespielt hatte. Der US-Auslandskorrespondent William Shirer, der damals in Wien tätig war, schreibt:

«In den ersten paar Wochen führten sich die Wiener Nationalsozialisten schHmmer auf, als ich es irgendwo in Deutschland gesehen hatte. Es war eine Orgie des Sadismus... Hunderte von jüdischen Männern und

Frauen wurden auf der Strasse ergriffen und mussten öffentliche Bedürfnisanstalten und Klosetts der SA- und SS-Quartiere säubern. Zehntausende kamen ins Gefängnis. Ihre Besitztümer wurden beschlagnahmt oder gestohlen. Ich selbst beobachtete von meiner Wohnung in der Plösslgasse aus, wie SS-Trupps aus dem benachbarten Palais Rothschild fuhrenweise Silbergegenstände, Teppiche, Gemälde und anderes Beutegut herausholten.»<sup>14</sup>

Nach den Plünderern kamen auch deutsche Unternehmer in Scharen nach Wien, um jüdische Besitztümer und Betriebe zu Schleuderpreisen aufzukaufen. In einigen Fällen, wie bei der Plünderung des Palais der Rothschilds, wurde der Besitz einfach beschlagnahmt. Albert Sternfeld, ein wohlhabender Jude, der 1938 in Wien lebte, erinnert sich, dass die Nazis den Sommersitz seiner Familie am Stadtrand übernahmen, um ihn als Trainingslager für die Hitlegugend zu benutzen. Als er nach dem Krieg zurückkehrte, war das Haus völlig verwahrlost. «Als ich in die Häuser meiner Nachbarn trat, um nachzufragen, was geschehen war, bemerkte ich, dass sie Dinge aus dem Haus entwendet hatten, die meinen Eltern gehört hatten – Wandteppiche, Bücher, Möbel», berichtete er. «Der Gärtner hatte die Bücher meines Vaters an sich genommen. Wir bekamen nie etwas zurück.»<sup>15</sup>

In der Woche nach dem Anschluss wurden Adolf Hammersfeld und sein Geschäftspartner und Schwager Georg Stillman von Nazi-Schlägern übel zugerichtet; sie plünderten ihre Firmenräume und zwangen die beiden, die Strasse zu säubern. Die 24jährige Handelsgehilfin Aloisia Celnar, die damals für Adolf Hammersfeld arbeitete, beobachtete voller Entsetzen, wie ihrem geliebten Arbeitgeber eine alte Zahnbürste und ein Eimer kochend heisses Wasser gereicht wurden und wie er von einer Meute johlender Nazi-Schläger gezwungen wurde, Parolen für Schuschnigg von den Wänden und vom Gehsteig abzuschrubben. Georg Stillman wurde ein Besen in die Hand gedrückt, und er musste die Mariahilferstrasse fegen, die breite Hauptverkehrsstrasse unmittelbar in der Nähe seines Ladens. Adolfs junger Sohn Hans, damals acht Jahre alt, erinnert sich, dass sein Vater an diesem Abend mit schweren Verbrennungen an Armen und Händen heimkam.



Hans wusste nicht, was er von der Erniedrigung seines Vaters durch die SS halten sollte. In der unschuldigen Welt des Kindes waren die SS-Männer liebenswürdige Offiziere, die nett zu kleinen Kindern waren. Ein paar Monate vor diesen Ereignissen war Hans mit seinem österreichischen Kindermädchen und ihrem Bruder, einem Bauern aus einer Kleinstadt, in den Park gegangen. Annas Bruder war ein grosser, athletischer Jugendlicher mit einer rötlichen Gesichtsfarbe, weil er meist im Freien arbeitete. Er war soeben Mitglied der SS geworden. Um dies zu feiern, führte er seine Schwester und Hans in den Park, kaufte dem Jungen eine Eiswaffel und steckte ein Hakenkreuz an seine Brust. Warum waren diese netten Menschen so gemein zu seinem Vater?

In der ganzen Stadt erlitten hochgestellte Juden ähnliche Erniedrigungen. «Man gab mir einen Kübel kochend heisses Wasser», erinnerte sich Moritz Fleischmann, ein ranghoher Repräsentant der jüdischen Gemeinde von Wien, «und ich wurde angewiesen, die Stufen zu putzen. Ich legte mich auf den Bauch und begann, das Pflaster zu schrubben. Es stellte sich heraus, dass der Kübel zur Hälfte mit Säure gefüllt war; sie verbrannte mir die Hände... die SS-Posten zerrten Oberrabbiner Dr. Taglicht hinaus, einen Mann im Alter von 70 Jahren, und wie mir wurde auch ihm befohlen, das Pflaster zu schrubben. Um die Erniedrigung und die Demütigung für ihn auf die Spitze zu treiben, wurde er in seinem Rabbinergewand und mit seinem Gebetsschal hinausgezerrt.»<sup>16</sup>

Die österreichischen Nazis verschonten niemanden, auch jüdische Frauen wurden öffentlich erniedrigt. Nach einem österreichischen Historiker, der die öffentliche Erniedrigung der Juden nach dem Anschluss mit verfolgte, wurden jüdische Hausmütter gezwungen, die Strassen mit ihren Mänteln zu säubern, und orthodoxe Frauen wurden gezwungen, ihre Perücken abzunehmen und den Gehsteig zu säubern. Auch die jüdischen Frauen wurden von österreichischen Nazi-Schlägern wiederholt getreten und geschlagen. «Selbst die neu eingetroffenen deutschen Soldaten konnten die Greuelthaten dieser antisemitischen Österreicher nicht

verhindern und mussten den Übergriffen auf ihre Gefangenen tatenlos zusehen. In einigen Fällen jedoch verhinderten ausgerechnet die Deutschen diese sinnlosen Grausamkeiten und sorgten dafür, dass die Juden nicht länger belästigt wurden, indem sie sie heimschickten», schreibt Gertrude Schneider.<sup>17</sup>

«Die Leute waren wie von Sinnen, als die Nazis nach Wien kamen», sagte Aloisia. Ihre Augen füllten sich mit Tränen, als sie erzählte, wie die Nazis ihren Arbeitgeber misshandelt hatten. «Es war schrecklich. Sie [die Juden] hatten keinerlei Rechte mehr.»<sup>18</sup>

In der Tat hatte Adolf Hitler es binnen weniger Jahre geschafft, ein Jahrhundert der jüdischen Emanzipation auszulöschen. Als Hitler und seine Soldaten im Jahr 1938 Österreich annektierten, waren die Juden in Deutschland bereits völlig aus der Gesellschaft ausgeschlossen. Im Jahr 1935 erliess Hitler eine Reihe von Gesetzen, die von seinem Glauben an die rassische Überlegenheit inspiriert wurden. Die sogenannten Nürnberger Gesetze vom 15. September 1935 dienten dazu, die Juden auszugrenzen. Hitler verglich sie mit der Spreu, welche die edle arische Herrenrasse verderbe.

Das erste Nürnberger Gesetz – das «Reichsbürger-Gesetz» – entzog den Juden ihre Rechte als deutsche Staatsbürger. In dem Gesetz wurde bestimmt, dass lediglich Personen «deutschen oder verwandten Blutes» deutsche Reichsbürger sein könnten. Das «Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre» untersagte Eheschliessungen und sogar den Geschlechtsverkehr zwischen Juden und Ariern. Juden wurde es ferner untersagt, Deutsche unter 45 Jahren als Hausangestellte zu beschäftigen.

Um diesen Entrechtungsprozess zu vollenden, wollte Hitler auch keine Juden mehr in der deutschen Wirtschaft dulden. Schon ab 1933 wurden Juden nach und nach durch die Terrortaktik der Nazis aus der deutschen Wirtschaft verdrängt. Als Hitler im Januar dieses Jahres die Macht übernahm, wurden die ersten Juden aus dem Staatsdienst, dem Pressewesen, der Landwirtschaft und aus künstlerischen Berufen ausgeschlossen. Im Jahr 1934 wurde ihnen der Zugang zur Börse verwehrt. Am 14. Juni 1938 legte das Reichsinnenministerium eine Verordnung

vor, die alle privaten Firmen zwang, jüdische Direktoren und Geschäftsführer zu entlassen; Juden wurde es ausserdem untersagt, eine Arztpraxis oder eine Anwaltskanzlei zu führen. Danach richteten die Nazis ihr Augenmerk auf das Kleingewerbe und trafen damit den eigentlichen Kern der jüdischen Gemeinde in Deutschland, denn 60 Prozent der jüdischen Bevölkerung von etwa 500'000 Juden bezogen ihren Lebensunterhalt aus kleineren oder mittleren Unternehmen, die häufig reine Familienbetriebe waren. Selbständige Läden und andere Betriebe sollten in einem Vorgang, der «Arisierung» genannt wurde, von deutschen Besitzern übernommen werden. Das Innenministerium ordnete auch an, dass alle Juden ihren gesamten Besitz über 5'000 Reichsmark staatlich registrieren lassen mussten.

Bei der freiwilligen Arisierung durften die Juden auf eigene Initiative ihre Firmen an Arier verkaufen. Dieser Prozess war in Deutschland bereits seit Januar 1933 in vollem Gange, doch ab 1938, als freie Kaufverhandlungen und angemessene Bewertung der Firmen nicht mehr stattfinden durften, mussten die Juden auch gegen ihren Willen verkaufen. Bis 1938 wurde der Druck immer grösser und die Preise immer niedriger. Die Nazis verstärkten noch den Druck auf die jüdischen Unternehmer durch offizielle Boykotte von jüdischen Geschäften und Produkten.

Als die Nürnberger Gesetze und die Zwangsarisierung per Verordnung am 20. Mai 1938 in Österreich eingeführt wurden, schloss sich Abraham Hammersfeld in seiner Bibliothek ein und tippte dort mehrere Stunden lang ununterbrochen Briefe an Geschäftspartner in der Tschechoslowakei, in Schweden und Lettland. Verzweifelt versuchte er, Ausenstände einzutreiben und seine Geschäftsverbindungen im Ausland auszudehnen. In Österreich hatte er wegen der von den Nazis angezehtelten Boykotte Schwierigkeiten, seine Ware – industriell gefertigte Leinenstoffe für Hotels und Restaurants – an Stammkunden zu verkaufen. Wenn er einmal von der Arbeit aufblickte, war es gut möglich, dass seine Augen an den zerlesenen Bänden von Goethe und Schiller hängen blieben, die sich auf den unter der Last so vieler Bücher knarrenden Holzbrettern türmten. Als Kind der Aufklärung und als tief religiöser

Mensch mit einer kolossalen Ehrfurcht vor dem Recht (sowohl dem religiösen wie dem weltlichen) muss es Abraham schwergefallen sein, das Chaos zu verstehen, das um ihn herum herrschte.

Das ist der Grund, weshalb Abraham und so viele andere zunächst versuchten, unter der NS-Rechtsprechung weiterzuarbeiten. In Briefen an seine Söhne, die durch ganz Europa reisten, um Geschäftsverbindungen zu knüpfen und sicherere Orte zum Leben zu finden, äusserte Abraham immer noch seine Überzeugung, dass vielleicht doch alles gut werde, wenn er sich nur an die Gesetze halte, und dass man ihn und seine Familie vielleicht in Wien in Ruhe werde leben lassen. Die Kra- walle der Nazis, die Plünderungen, die Übergriffe auf Juden würden vermutlich vorübergehen, schrieb er in Briefen an seinen Sohn Harry, der unterwegs war, um Aufträge von bekannten Geschäftspartnern in der Tschechoslowakei und in Skandinavien zu beschaffen. Er bat Harry und seine Frau Bronia, in künftigen Briefen «einige Einzelheiten über das jüdische Leben in Prag zu schreiben. Wie steht es in Finnland? Gibt es dort eine jüdische Gemeinde, und können die Speisevorschriften eingehalten werden? Ich bitte euch, schreibt mir alles.»<sup>19</sup>

In seinem Glauben, Recht und Ordnung würden die Oberhand gewinnen, machte Abraham sich am 13. Juli 1938 auf, den neu eingeführten Formalitäten für in Österreich lebende Juden nachzukommen. Er ging zu der Vermögensverkehrsstelle, der NS-Behörde, die eingerichtet worden war, um den jüdischen Besitz zu registrieren, und gab pflichtgetreu in seiner winzigen altdeutschen Schrift sein Vermögen und seine Aussenstände an.

Abraham Hammersfeld schrieb seinen Namen in ein offizielles Formular mit der darauf gestempelten Nummer 10024, das mit folgenden Worten begann: «Ich bin Jude und habe die deutsche Staatsbürgerschaft. Da ich Jude mit deutscher Staatsbürgerschaft bin, habe ich mein gesamtes Vermögen in diesem Land und im Ausland angegeben und seine Höhe genannt.» Auf den folgenden Seiten nannte Abraham gewissenhaft den Besitz eines halben Wohnhauses an der Hauptstrasse im dritten Bezirk, seinen Textilgrosshandel in der Wipplingerstrasse und andere Vermögenswerte, darunter auch ein Wertpapier über 66,50

Reichsmark und seine geliebte Schaffhausener Uhr, deren Wert er auf 200 Reichsmark bezifferte. Vielleicht verschwieg er einige Dinge und war nicht ganz aufrichtig gegenüber den deutschen Behörden, aber mit Sicherheit hat er einen Blick auf den Anfang des Formulars geworfen, wo unmissverständlich davor gewarnt wurde, dass das Verschweigen von Vermögenswerten oder falsche Angaben mit Gefängnisstrafe geahndet werden konnten.<sup>20</sup>

Die offizielle Registrierung jüdischen Besitzes bei der Gestapo war ein geschicktes Mittel der NS-Behörden, um ein Inventar der Vermögen und Wertgegenstände aufzustellen, die wohlhabenden Juden gehörten. Im Sommer 1938 verfolgten die Nazis in Österreich eine Politik, die sie in Deutschland inoffiziell seit 1933 betrieben hatten: die Zwangsaussiedelung von Juden aus dem Deutschen Reich. Juden, die genügend Geld hatten, wurden zur Auswanderung gezwungen, in einigen Fällen auch zur Finanzierung der Auswanderung ärmerer Juden. Für die Ausreise mussten Juden ihren gesamten zuvor registrierten Besitz zurücklassen, der von verschiedenen Regierungsbehörden weit unter Wert aufgekauft wurde.

In den Monaten nach dem Anschluss drängten die Nazis weiterhin die Juden, das Land zu verlassen. In einem offiziellen Memorandum zur Lage der Juden, das im Sommer 1938 an das amerikanische Außenministerium geschickt wurde, schildert der amerikanische Generalkonsul in Wien, John C. Wiley, die Vorgehensweise der Nazis:

«Bezüglich der jüdischen Aktivitäten im Allgemeinen zeigt sich anscheinend keine Spur von einem Nachlassen des Drucks, den die Behörden ausüben. Umfassende Verhaftungen werden weiterhin in noch zunehmendem Ausmass vorgenommen. Überdies kam es zu einer neuen, anhaltenden Welle von Übergriffen gegenüber Juden in verschiedenen Teilen Wiens, wie auch in mehreren Landeshauptstädten Österreichs. In zahllosen Fällen werden Einzelpersonen vor die Wahl gestellt, Österreich innerhalb einer bestimmten Frist zu verlassen, die zwischen zwei und acht Wochen schwankt, oder nach Dachau geschickt zu werden. In vielen Fällen werden den Individuen polizeiliche Führungszeugnisse ausgestellt, in denen die Tatsache bescheinigt wird, dass nichts gegen

sie vorliegt. Diese Neuerung ist insofern interessant, weil deutsche Behörden deutsche Staatsbürger vertreiben und häufig Auswanderer, die gern in die Vereinigten Staaten wollen, zwingen, das Land zu verlassen, noch ehe ihnen ein Quotenplatz verschafft werden kann... Ein Teil der Bevölkerung, der besonders darunter leidet, sind die Mischlinge oder Halbjuden. Ich kenne den Fall eines ausgezeichneten Komponisten, dessen Besitz beschlagnahmt wurde und der nun schwerkrank ist. Ihm wurde die Aufnahme in ein jüdisches Krankenhaus mit der Begründung verweigert, er sei kein Jude. Das städtische Krankenhaus verweigerte ihm die Aufnahme, gerade weil er einer war. Er ist nun im Haus eines Freundes und lebt von privaten Almosen. Er ist 59 Jahre alt; trotz der Tatsache, dass er ehemaliger Offizier ist und im Krieg dreimal verwundet wurde, schickte man ihn in die Steiermark zur Zwangsarbeit, wo nach drei Tagen Arbeit in den überfluteten Gebieten seine Krankheit ausbrach. Ich zitiere diesen Fall als typisches Beispiel für die Behandlung der Juden.»<sup>21</sup>

Die ganze Terrorwelle war Teil eines brillanten Plans, der in Deutschland von einem jungen SS-Offizier namens Adolf Eichmann erdacht und in Österreich vervollkommen wurde. Dieser arbeitssüchtige NS-Bürokrat sollte seine Aufgabe bei der Zwangsaussiedelung von Juden aus Österreich so gut machen, dass er Ende 1939 ins Reichssicherheitshauptamt in Berlin geholt wurde, wo er später der Architekt der «Endlösung» zur «Ausmerzungen» der europäischen Juden werden sollte.

Als ehemaliger Verkäufer für Wiens Vacuum Oil Company und gescheiterter Ingenieurstudent war Eichmann erst 32 Jahre alt, als ihm im August 1938 die Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Wien unterstellt wurde. Mit eiserner Entschlossenheit und skrupelloser Effizienz hatte sich Eichmann als Bürokrat im Sicherheitsdienst (SD) verdient gemacht, dem Nachrichten- und Abwehrdienst der SS, der die Mitglieder der NSDAP überwachte. Um 1935 war er innerhalb des SD offiziell zuständig für die «Judenfrage» und spezialisierte sich auf die zionistische Bewegung. Er galt als Experte für jüdische Angelegenheiten. Er lernte Hebräisch und Jiddisch und besuchte 1937 sogar Palästina, um die

Möglichkeit einer jüdischen Auswanderung aus NS-Deutschland in diese Region zu erkunden.

Eichmanns Erfolg bei der Zwangsaussiedelung von Juden aus Österreich beruhte auf dem Grundsatz, dass wohlhabende auswanderungswillige Juden nur ihren Besitz dem Staat übertragen mussten, dass sie aber noch eine weitere Summe aufbringen sollten, um die Auswanderung ärmerer Juden zu finanzieren. Diesen Plan, der in Wien erstmals angewandt wurde, hatte ein holländischer Anwalt namens Erich Rajakowitsch entworfen, den Eichmann «zur Bearbeitung juristischer Fragen bei den Zentralstellen für jüdische Auswanderung in Wien, Prag und Berlin verwendet» hat.<sup>22</sup> In ihrer bahnbrechenden Studie von Eichmanns Karriere schildert Hannah Arendt, wie der Plan von Rajakowitsch und Eichmann in der Praxis funktionierte, nachdem den Juden alle Rechte auf ihren Besitz entzogen worden waren und sie praktisch nicht mehr genügend Mittel für die Ausreise hatten: «Man konnte nämlich diese Juden gar nicht allen Geldes berauben, weil kaum ein Land sie zu jenem Zeitpunkt ohne Geld aufgenommen hätte. Sie brauchten und bekamen ihr ‚Vorzeigegeld‘, die Summe, die sie vorzeigen mussten, um ihre Visa zu erhalten und um die Einwanderungskontrollen der Aufnahmeländer zu passieren. Für diese Summe brauchten sie ausländische Währung, und das Reich hatte nicht die geringste Neigung, Devisen an Juden zu verschwenden. Diesem Mangel konnte nicht mit jüdischen Guthaben im Ausland abgeholfen werden, an die man in jedem Falle nur schwer herankam, da sie seit vielen Jahren illegal waren; so schickte Eichmann jüdische Funktionäre ins Ausland, um Fonds von den grossen jüdischen Organisationen zusammenzubringen, und diese Fonds wurden dann von der jüdischen Gemeinde mit beträchtlichem Profit an die künftigen Emigranten verkauft – 1 Dollar wurde zum Beispiel für 10 oder 20 Mark verkauft, während sein Marktwert nur 4,20 Mark betrug. Diese Methode verschaffte auch der Gemeinde das Geld, das für die armen Juden und für die Leute ohne ausländische Konten erforderlich war, und bestritt obendrein die laufenden Ausgaben, die die Gemeinde für ihren eigenen enorm erweiterten Betrieb brauchte.»<sup>23</sup>

Eichmanns raffiniertester Coup lag jedoch in der Delegation eines Grossteils der Verantwortung für den Ablauf der Emigration an jüdische Organisationen in Österreich. In Wien war die Israelitische Kultusgemeinde weitgehend verantwortlich für die Verwaltung des Auswanderungsprogramms, allerdings unter der bedrohlichen Überwachung durch Nazi-Schläger in ihren Büroräumen. Zwangsweise wurden diese jüdischen Organisationen von autonomen Gemeindegruppen als Vermittler benützt, mit deren Hilfe die Nazis die österreichischen Juden vertrieben.

Die Zentralisierung der Registrierung und des Auswanderungsverfahrens in einer Behörde brachte eine grössere Effizienz mit sich. In Berlin prahlte Eichmanns Vorgesetzter Reinhard Heydrich 1938, dass Österreich von April bis November 50'000 Juden losgeworden sei, während Deutschland im selben Zeitraum lediglich 19'000 verlassen hätten. In einem Jahr erzwang Eichmanns Behörde die Auswanderung von 100'000 Juden, schreibt Nora Levin in ihrem Buch *The Holocaust. The Destruction of European Jewry, 1933-1945* – Sie merkt an, dass Eichmanns Vorgehensweise so erfolgreich war, dass sie 1939 in Deutschland übernommen wurde und den schwerfälligen bürokratischen Apparat ablöste, der die Juden zwang, mehrere Behörden nacheinander aufzusuchen, um die notwendigen Unterlagen für die Ausreise zusammenzubekommen: «In Deutschland musste sich jeder angehende Emigrant mehr als ein Dutzend offizieller Dokumente beschaffen, in denen seine Gesundheit, seine gute Führung, sein Vermögen, seine Steuerzahlungen, die Auswanderungsmöglichkeiten und andere Einzelheiten bescheinigt wurden. Viele Behörden waren an diesem Verfahren beteiligt und bremsten den Exodus der Juden. Eichmann regte den Gedanken an, zahlreiche Verwaltungsbehörden in einer einzigen Abteilung der Gestapo zusammenzufassen, um die Auswanderung zu beschleunigen.»<sup>24</sup>

Trotz Eichmanns effizienten Einsatzes war das Verfahren, bei dem Juden ihren Besitz verloren und das Land verliessen, von Willkür und Korruption gekennzeichnet. Die Arisierung oder Enteignung von Adolf Hammersfelds Wiener Firma machte vermutlich der Familie und insbe-



sondere Abraham unmissverständlich klar, dass die deutschen Regeln von Recht und Ordnung aus der alten Welt endgültig der Vergangenheit angehörten.

Bald nach dem Anschluss machte sich Adolf Hammersfeld, Abrahams ältester Sohn und ein gewiefter Geschäftsmann, entschlossen daran, seine geschäftlichen Angelegenheiten zu ordnen, um so rasch wie möglich mit seiner Familie auszuwandern. Sein Vater beschäftigte sich mit den Angelegenheiten der Synagoge oder schloss sich ein und schrieb zahllose Briefe an seine Geschäftspartner im Ausland; im Gegensatz dazu beeilte sich Adolf, den Vorschriften der Nazis zur Arierisierung seines Ladens in der Reindorfstraße rasch Folge zu leisten, damit er mit seiner Frau und seinem jungen Sohn Hans das Land verlassen konnte. Adolfs Bruder Harry, der geschäftlich in Stockholm zu tun hatte, war es gelungen, Visa zu beschaffen für Adolfs Familie und ihre Schwester Paula, den Schwager Georg Stillman sowie deren Kinder Heinz und Sylvia.

Im Sommer 1938 beschloss Adolf, seinen Laden im Zuge der Arierisierung an Johann Greisinger, einen Angestellten, zu übergeben. Adolf vertraute Greisinger völlig und behandelte ihn eher wie einen Sohn als wie einen Angestellten. Greisinger war 14 Jahre alt, als er 1929 seine Lehre in Adolfs Laden begonnen hatte. Vor fast zehn Jahren hatte Greisinger an einem kalten Tag im Januar den Laden als schüchternen, linkischen jungen Mann betreten, gekleidet in ein steifes weisses Hemd und mit blitzblank polierten schwarzen Schuhen an den Füßen. Inzwischen war er unter Adolfs Anleitung zu einem gereiften, schwer arbeitenden Geschäftsführer herangewachsen. Adolf wusste, dass Greisinger sich gut um den Laden kümmern würde, bis die Hammersfelds eines Tages wieder nach Wien zurückkehren könnten.

Für den inzwischen 24jährigen und verlobten Greisinger wurde mit dem vorübergehenden Erwerb des Ladens ein Traum wahr – ein glücklicher Umstand, der einem jungen Paar in zunehmend schwierigeren Zeiten finanzielle Sicherheit bieten würde. Der stattliche, ehrgeizige und fleissige junge Mann war bis über die Ohren in Aloisia Celnar verliebt, eine hochgewachsene brünette Frau mit zwinkernden braunen Augen und einem gewinnenden Lächeln. Mit achtzehn hatte Greisinger sie

zum erstenmal gesehen. Aloisia war soeben als Verkäuferin angestellt worden in dem Textilgeschäft, das Hammersfeld mit seinem Schwager Georg Stillman betrieb, bevor sie ihre geschäftlichen Aktivitäten aufteilten. An ihrem ersten Arbeitstag legte eine nervöse Aloisia gerade Unterwäsche im Ladenraum zusammen; es dauerte einige Minuten, bevor sie bemerkte, dass der stattliche junge Mann seine Inventur unterbrochen hatte und sie anstarrte. Schliesslich blickte sie auf, wurde puerrot und lächelte dem betörten Mann zu. Es war, wie sich Aloisia beinahe 60 Jahre später glücklich erinnert, Liebe auf den ersten Blick. Greisinger machte ihr die ganzen folgenden sechs Jahre den Hof, selbst als Stillman einen eigenen Laden am anderen Ende der Stadt eröffnete und Aloisia künftig dort arbeitete. Die zwei wollten heiraten, doch sie machten sich Sorgen wegen ihrer wirtschaftlichen Existenz.

Als Adolf Hammersfeld Greisinger vorschlug, er solle den Laden «arisieren», muss es diesem so vorgekommen sein, als habe er soeben in der Lotterie gewonnen. Aloisia erinnert sich, dass sie und Johann regelrecht gerührt waren, als Adolf sagte: «Bevor ich meinen Laden irgendetwas anderem gebe, gebe ich ihn euch.»<sup>25</sup>

Natürlich wurden Bedingungen ausgehandelt. Greisinger musste wenigstens 5'000 Reichsmark aufbringen, um das Geschäft zu übernehmen. Aloisias Vater, der für die Wiener Brücken- und Eisenbaugesellschaft arbeitete, konnte mit seinem Gehalt einen Kredit für den Kauf des Ladens sichern. Greisinger und seine Verlobte waren glücklich. In seinem Brief an die Vermögensverkehrsstelle, in dem er den Erwerb des Geschäfts von Hammersfeld beantragte, bemühte sich der gewissenhafte Johann Greisinger, sich bei den NS-Behörden nach Möglichkeit einzuschmeicheln:

«Ich wurde am 29. September 1914 in Wien geboren, und ich bin römisch-katholisch getauft und ledig. Ich habe die Volksschule besucht, und ich begann am 7. Januar 1929 meine Lehre in dem Textilgeschäft von Adolf Hammersfeld. In den drei Jahren meiner Lehrzeit besuchte ich auch die Berufsschule für die Textilindustrie. Seither verbrachte ich mein gesamtes Arbeitsleben in dieser Firma. In den letzten Jahren führte ich den Laden selbst... Fräulein Aloisia Celnar, meine Verlobte, die

ebenfalls bei Adolf Hammersfeld gelernt hat, hat in den letzten sechs Jahren für Georg Stillman in einem anderen Textilgeschäft gearbeitet. Wir haben die Absicht, in naher Zukunft zu heiraten, und dieser Laden wird die Grundlage für unser künftiges gemeinsames Leben bilden. Ich und meine Braut sind nachprüfbar arischer Herkunft und Mitglieder der DAF (Deutschen Arbeitsfront) sowie der NSDAP. Darüber hinaus bin ich auch Musiker und Mitglied der Musikabteilung 94 des NSKK (Nationalsozialistischen Kraftfahrer-Korps) der städtischen Verkehrsbetriebe.»<sup>26</sup>

In einem darauffolgenden Brief an die Behörden, der von seinem Anwalt Walter Mardetschlager unterzeichnet war, betonte Greisinger nochmals die Reinheit seiner Rasse: «Ich lege eine beeidigte Erklärung des oben genannten Anwalts zu meiner rassischen Reinheit und auch die zwei erforderlichen Antragsformulare bei. Adolf Hammersfeld und ich ersuchen Sie darum, den Kauf zu genehmigen.»<sup>27</sup>

Am 31. August 1938 überreichte Greisinger seinem Arbeitgeber die 5'000 Reichsmark, für die sein künftiger Schwiegervater gebürgt hatte, und übernahm den Laden von Hammersfeld. Als Teil des Handels hatte Adolf die Greisingers beauftragt, sich um seine älteren Schwiegerleute Josef und Theresa König zu kümmern. Sie sollten die magere Pension der alten Leute mit einer geringen monatlichen Rente aufbessern. Nachdem alles geregelt war, packten Adolf und seine Familie ihre Sachen und bestiegen gemeinsam mit den Stillmans Anfang September 1938 ein Flugzeug nach Schweden.

In den ersten Wochen nach der Arisierung lief das Geschäft wie gewöhnlich in dem Laden. Aber beinahe zwei Monate nach dem Verkauf schrieb Adolf, der inzwischen mit seiner Familie nach Riga gelangt war: «Ich habe schreckliche Nachrichten aus Wien erhalten. [Johann] hat mir geschrieben, sie hätten die Schaufensterscheibe mit meinem Firmenzeichen ebenso eingeschlagen wie die Schaufenster anderer Geschäfte von Juden und sie würden den Laden ebenfalls boykottieren. Es gibt also nur schlechte Neuigkeiten. Gott wird Mitleid haben.»<sup>28</sup>

Aber so etwas wie Mitleid gab es in Wien nicht, nicht einmal für gute, schwer arbeitende Arier wie die Greisingers. «Acht Tage vor

Weihnachten, um die Mittagszeit, schloss der Bezirksleiter wie ein Blitz aus heiterem Himmel den Laden in einem Überraschungsangriff», schrieb Aloisias Vater Franz Celnar in einem Beschwerdebrief an Josef Bürckel, den Reichskommissar für die Wiedervereinigung Deutschlands und Österreichs (Bürckel hatte mehr zu sagen als der Reichsstatthalter Arthur Seyss-Inquart).<sup>29</sup>

Der Laden wurde von Hans Allnoch übernommen, einem Geschäftsmann und Mitglied der NSDAP, der bessere Beziehungen zur Partei hatte als die Greisingers oder Celnars. Allnoch, der bereits ein anderes jüdisches Textilunternehmen in Wien arisiert hatte, war schon vor 1938 Parteimitglied gewesen, als die Nazis in Österreich noch im Untergrund tätig gewesen waren.

Durch Allnochs schändliche Übernahme des Ladens und die Beschlagnahmung des Inventars geriet das Leben des jungen Paares aus den Fugen. Sie mussten ihre Heiratspläne aufgeben, ihre Familien verarmten. In zahllosen Briefen flehte Greisingers Schwiegervater NS-Funktionäre an, das grosse Wahrzeichen der deutschen Gesellschaft zu achten: das Recht. «Ich frage Sie: Kann es sein, dass in einem Land mit Gerechtigkeit anständige Landsleute ihres rechtmässig erworbenen Besitzes beraubt werden, ohne offizielle Billigung oder Gerichtsurteil, rein aus persönlichem Interesse und egoistischen Zielen? Ich frage Sie: Kann es in einem kultivierten Land mit der höchsten Zivilisation, mit einer neuen und vorbildlichen Führung wirklich sein, dass rechtmässig und vorschriftsmässig erworbene Besitztümer auf eine vollkommen willkürliche Weise beschlagnahmt werden, ohne Gerichtsverfahren?» schrieb ein wütender Franz Celnar. Anschliessend legte er seine Gründe dar, weshalb er seiner Tochter geholfen hatte, das Geschäft der Hammersfelds zu erwerben: «Durch die Vertreibung von Juden aus den Betrieben verloren meine Kinder ihre Arbeit und mussten ihre Heiratspläne aufgeben. Um meinen Kindern die Arbeitslosigkeit zu ersparen und ihnen die Hoffnung auf eine Heirat zu erhalten, beschloss ich nach reiflicher Überlegung – ‚ein Volk hilft sich selbst‘ –, das Geschäft von Adolf Hammersfeld in bar und auf gesetzlichem Weg, das heisst mit einem Notar und einem Kaufvertrag, zu kaufen... und dem Paar eine Lebensgrundlage zu schaffen... Als treuer Deutscher kann ich mir nicht

vorstellen, dass dieses Verhalten in irgendeiner Weise Anstoss erregt hat bei der NSDAP.»<sup>30</sup> Franz Celnar schloss seinen Brief mit einem patriotischen «Heil Hitler».

Die Greisingers und die Celnars waren nicht die einzigen, die plötzlich mittellos wurden. Die älteren Königs sahen sich nun mit der schrecklichen Erkenntnis konfrontiert, dass ihre Rente ab sofort gestrichen wurde. Nach den Bestimmungen der Vereinbarung, die ihr Schwiegersohn Adolf mit Greisinger ausgearbeitet hatte, sollte letzterer ihnen monatlich 60 Reichsmark zahlen zur Ergänzung ihrer Pensionen. In einem verzweifelten Brief an die NS-Behörde, die den Verkauf beaufsichtigt hatte, schreibt Josef König: «Mein Schwiegersohn war nicht in der Lage, uns irgendeine Unterstützung zukommen zu lassen, bevor er abreiste, und diese Vereinbarung sollte uns vor der schlimmsten Not bewahren ... Wir sind zwei alte Menschen. Ich bin 78 und meine Frau 71 Jahre alt und so gut wie blind, und wir können von unseren Kindern nichts erwarten. Das eine lebt in der Emigration und das andere ist mittellos und wird bald das Land verlassen müssen. Da dokumentarisch belegt ist, dass ein geräumiges Warenhaus zurückgeblieben ist, das die Vermögensverkehrsstelle in ihrem Besitz hat und somit veräußern kann, flehen wir Sie an, bitte nehmen Sie Rücksicht auf unsere hoffnungslose Lage und ersparen Sie uns Leid und Elend, indem Sie eine positive Entscheidung fällen.»<sup>31</sup> Die Königs wurden später in ein Konzentrationslager gebracht.

Abraham Hammersfeld war jetzt juristisch verantwortlich für die Zahlungen seines Sohnes Adolf an dessen Schwiegereltern und wurde nunmehr in die tragische Enteignung verwickelt: Ein mittelloser Greisinger wandte sich an ihn um Hilfe, um die Schulden für den Kauf des Ladens begleichen zu können, die Allnoch nach der Übernahme bei ihm einklagte.

Abraham war wie vom Donner gerührt und erkannte wie Celnar, dass es in diesem «kultivierten Land mit der höchsten Zivilisation» keine Achtung mehr gab vor korrekten Verträgen und dass ihn kein Gesetz mehr schützte.

In diesem Sommer brach Abrahams deutsches Ideal von Recht und Ordnung und Gerechtigkeit zusammen, und der 63jährige Familienvater verlor sein Geschäft und das Vertrauen in seine Familie. Sein Textil-

grosshandel war von den Nazis übernommen worden. Er verbrachte jetzt lange Stunden in seiner Bibliothek und schrieb verzweifelte und wütende Briefe an seine Kinder im Ausland. An Adolf schrieb er lange vorwurfsvolle Sendschreiben, dass er nach Schweden abgehauen sei und in Wien eine Menge unerledigter Geschäfte zurückgelassen habe. Er beklagte sich auch über die nachlassende Gesundheit seiner Frau. Die von Natur aus nervöse Lotte konnte die Tatsache nicht verwinden, dass die Firma der Familie kurz vor dem Zusammenbruch stand und die Zukunft immer ungewisser wurde.

Dennoch fiel es Abraham schwer, sich mit dem Gedanken, Österreich zu verlassen, anzufreunden. In Briefen an Harry erging er sich unsicher in Detailfragen. «Was schlägst du vor, sollen wir mit den Möbeln tun?» schrieb er Harry im Sommer 1938. «Mutter will alles mitnehmen, doch ich bin dagegen... Selbst wenn wir und die Kinder uns eine grössere Wohnung nehmen, wird ohnedies nicht viel Platz bleiben, so dass ich nicht die ganze Wohnung mit Möbeln vollstellen möchte... Deshalb denke ich, wir sollten zumindest das Esszimmer und die Küche verkaufen (mit Ausnahme des Klaviers). Bist du einverstanden? Leider liegen die Dinge hier gerade so, dass man für Möbel kaum etwas bekommt. Jeder rennt herum und will verkaufen, du kannst dir nicht vorstellen, wie die Preise gefallen sind.»<sup>32</sup>

Doch bis zum Herbst 1938, während Abraham sich noch den Kopf über Detailfragen zerbrach, schwanden seine Chancen zur Flucht fast täglich. In der Tschechoslowakei hatte Abraham gute geschäftliche Verbindungen zu einem Geschäftsmann mit Namen Heinrich Klinger, und die Familie hatte die Absicht, dorthin zu ziehen; doch nach dem September 1938, als Hitlers Griff nach dem Sudetenland die Westmächte und das Dritte Reich beinahe in einen Krieg geführt hätte, war ihnen auch diese Möglichkeit verwehrt.

Kurz vor Hitlers Annexion des Sudetenlandes verliessen Adolf, seine Frau Edith und ihr Sohn Hans gemeinsam mit Harry und seiner Frau Bronia leichtsinnigerweise ihre Zuflucht in Schweden für eine Geschäftsreise zu Heinrich Klingers Fabrik, um sich die neue Kollektion

industrieller Leinenstoffe für die kommende Saison anzusehen. Harry und Adolf hofften darauf, eine Vertretung für Klingers Unternehmen in Skandinavien zu bekommen, und wagten deshalb die Reise zu dessen Fabrik in Zwittau, einer grösseren Stadt im Sudetenland, trotz der wiederholten Warnungen von Georg und Paula, die wohlweislich mit ihren Kindern in Stockholm blieben. Harry und Adolf und ihre Familien gelangten nur bis nach Riga an der Ostseeküste. Da sie weder in die Tschechoslowakei reisen, noch nach Schweden zurückkehren konnten, weil das Land seine Grenzen für Flüchtlinge geschlossen hatte, sassen die beiden Familien nun in Riga fest. Unverzüglich beantragten sie Einreisevisa in die Vereinigten Staaten.

In Wien wiederum wurde Abraham immer verbitterter, weil er erkannte, dass seine Familie wegen der politischen Lage in Europa auseinandergerissen wurde. Wenn er sich und seine Familie retten wollte, musste er einige sehr schwere Entscheidungen treffen. In einem Brief an seine Kinder im Ausland umreisst Abraham Pläne, wie die Familie aufzuteilen sei, wenn sie die behördliche Genehmigung erhalten sollten, in die Vereinigten Staaten einzureisen, wo eine Schwester Abrahams lebte. «Ich erhielt einen Brief von meiner Schwester in den Vereinigten Staaten, in dem es heisst, sie hätten zwei Bürgen für zwei Familien gefunden, doch für Dolfi [Adolf] und seine Familie und Georgs Familie wird es schwieriger werden... Erst als ich ihr das am Telefon erklärt habe, hat sie meiner Ansicht zugestimmt und Georgs Familie für Harry und seine Frau eingesetzt, genau genommen sogar mit Freuden, weil Harry nur zu zweit ist anstelle von Georgs vieren. Nun, lieber Georg! Du wirst nun zustimmen müssen, dass dies das einzig Richtige war.»<sup>33</sup>

Bis Winter 1938 versuchte die inzwischen über mehrere europäische Länder verstreute Familie Hammersfeld immer noch, Visa für die Vereinigten Staaten zu bekommen. Selma, Renée und ihr älterer Bruder Siegfried lebten noch in der Wohnung in der Negerlegasse und konnten das Land nicht verlassen, weil sie die österreichische Staatsangehörigkeit nicht besaßen und ihnen nicht ohne Weiteres ein Pass ausgestellt wurde. Als Renées Vater Oskar Lang kurz vor dem Ersten Weltkrieg aus Polen nach Österreich eingewandert war, hatte er es versäumt, die

österreichische Staatsangehörigkeit anzunehmen. In dieser verzweifelten Lage kehrte Oskar, immer noch polnischer Staatsbürger, in sein Heimatland zurück, um sich freiwillig zur polnischen Armee zu melden. Dieser Schritt erwies sich als verhängnisvoller Fehler. Als der Zweite Weltkrieg im September 1939 ausbrach, sass auch Oskar fest. Bis 1940 verboten die Nazis polnischen Juden und Staatenlosenjuden polnischer Herkunft, die noch im Reich lebten, deutsches Territorium zu verlassen.<sup>34</sup>

In Wien mussten die verbliebenen Hammersfelds, die sich in Abrahams und Lottes Wohnung drängten, nun täglich ums nackte Überleben kämpfen. Die Lebensmittelmarken, die an Juden ausgegeben wurden, deckten nicht den Bedarf der Familie. Es wurde zunehmend schwieriger, koschere Lebensmittel zu bekommen, und Abraham sah sich gezwungen, seine religiösen Überzeugungen hintanzusetzen und Lebensmittel auf dem blühenden Schwarzmarkt in Wien zu kaufen. Eines Tages, in einer besonderen Notlage, kaufte er einen Schinken für die Familie, doch gemäss seinen religiösen Überzeugungen liess er nicht zu, dass das Fleisch auf ein Geschirr der Familie gelegt wurde. Stattdessen schnitt er ein Stück von dem Papier ab, in das der Schinken gewickelt war, und schnitt sorgfältig Streifen von dem Fleisch ab, wobei er sie alle nur mit dem Papier anfasste. Seine Hände berührten also nie den Schinken selbst. Immer noch mit dem Papier nahm er dann die Streifen und legte sie direkt in die Mäuler seiner Enkel.

«Er war ein sehr religiöser Mann, aber auch ein moderner Mann», sagte Renée über ihren Grossvater. «Er kaufte den Schinken, weil er fürchtete, dass wir nicht genügend Protein bekamen.»<sup>35</sup>

Renée war nun fast sechzehn, und sie wurde unruhig und gereizt. Nicht genug, dass sie nicht mehr zur Schule gehen konnte, sie durfte wegen der Sperrstunde nach der Dämmerung auch nicht mehr aus dem Haus gehen. In einem Brief an ihre Kusine Sylvia beschreibt Renée ihren typischen Tagesablauf:

«... Und jetzt schreibe ich dir, was ich den ganzen Tag über so mache: Ich stehe gegen 8 Uhr auf, wasche mich und ziehe mich an, frühstücke und lüfte die Betten. Danach streiten wir uns in der Regel ein



wenig, und dann gehe ich mit Grossmutter einkaufen oder bleibe zu Hause und mache sauber. Dann gibt's meist irgendwas zu schälen, und so vergeht die Zeit bis zum Mittagessen. Danach spülen wir schnell das Geschirr, und dann ziehe ich mich an und gehe zu Trude. Jeden Tag machen wir einen Spaziergang die Hauptallee entlang. Um 5 Uhr kommen wir heim in Trudes Wohnung, essen einen kleinen Imbiss und schlagen irgendwie die Zeit tot. Gegen 8 Uhr gehe ich nach Hause, oder manchmal bleibe ich auch über Nacht dort, und am nächsten Tag geht das Ganze wieder von vorn los. Tja, so ist das, tagein, tagaus, und es ändert sich nur, wenn man mal gegen die Regeln verstösst. Spannend, was? Ich darf weder ins Kino gehen noch ins Theater.»<sup>36</sup>

Renée verzweifelte immer mehr in ihrer Isolation. Am Ende des Briefes ihres Grossvaters an den geliebten Onkel Harry, der ihr vor seiner Abreise ein Paar hochhackige Schuhe – die ersten Damenschuhe – geschenkt hatte, flehte sie ihn an, einen Job für sie zu suchen, weil sie Wien verlassen wollte: «Bitte frag' [Heinrich] Klinger, ob er mich nicht brauchen könnte [in der Tschechoslowakei]», schreibt sie in einer kleinen Notiz an ihren Onkel im Sommer 1938 vor Hitlers Vorstoss ins Sudetenland. «Ich kann perfekt Englisch, ich spreche ein wenig Französisch. Ich kann ein bisschen Stenographie, Maschinenschreiben und habe Buchhaltung gelernt. Ich könnte ihm bei der Korrespondenz behilflich sein.»<sup>37</sup>

Renées Verzweiflung nahm nach der Nacht zum 9. November noch zu. Die umherziehenden Schlagerbanden begannen in dieser Nacht einen offenen Krieg gegen Juden und deren Besitz. Das Pogrom, die sogenannte «Kristallnacht», wurde im ganzen Dritten Reich inszeniert, nachdem ein jüdischer Jugendlicher namens Herschel Grynszpan in die deutsche Gesandtschaft in Paris eingedrungen war und kaltblütig aus kürzester Entfernung auf einen deutschen Konsularbeamten geschossen hatte, um gegen die Verfolgung der Juden durch die Nazis zu protestieren. Als Ernst vom Rath, der deutsche Beamte, zwei Tage später am Nachmittag des 9. November starb, benutzten die Nazis dies als Vorwand, um alle Juden im Dritten Reich zu verfolgen.

In Wien plünderten marodierende Nazihorden, die auf Parteibefehl Zivil trugen, jüdische Läden und verwüsteten Synagogen. In einem offiziellen Bericht einer Wiener SD-Einheit vom 10. November heisst es, die Operation sei gründlich und rasch ausgeführt worden. Der Schreiber berichtet, es sei ganz natürlich, dass die Operation einen tiefen Eindruck bei den Juden hinterlassen habe. Die Ereignisse hätten die Juden so sehr gelähmt, dass sie nicht einmal zu den üblichen Verzweiflungsausbrüchen fähig gewesen seien. Mit grosser Sicherheit sei festzuhalten, dass den Juden nach den heutigen Ereignissen auch der letzte Rest eines Wunsches, ihr Geschäft weiterzuführen, vergangen sei. Tatsächlich begingen in Wien am 10. November, kurz nach Ende der Krawalle, 680 Männer und Frauen Selbstmord.<sup>38</sup>

Die aus Österreich stammende Historikerin Gertrude Schneider, Tochter einer wohlhabenden Wiener Familie, berichtet ihre eigenen Erlebnisse am Tag nach der Kristallnacht: «Fünf Männer in braunen SA-Uniformen kamen zwischen 10 und 11 Uhr vormittags in unsere Wohnung. Unter ihnen war Rudolf Randa, der Sohn des Besitzers von unserem Lebensmittelladen. Stolz trug er das Abzeichen des ‚illegalen‘ Parteimitglieds und überredete seine Bande, unsere Wertgegenstände nicht zu zerschlagen, sondern in zwei grosse ovale Wäschekörbe zu packen, die für den monatlichen Waschtage im Foyer bereitstanden. Sie nahmen die Gemälde von den Wänden, darunter wunderschöne Ölbilder von Pettenkofen, sie nahmen die Statue aus Augarten-Porzellan von Prinz Eugen auf dem Pferd... sie nahmen das Kristall und Silber, Geld und Juwelen, sie durchsuchten systematisch jede Schublade. Als sie zum Schreibtisch meines Vaters kamen, fanden sie seinen Degen, das Bajonett seines Vaters und einen kostbaren, gravierten Krummsäbel aus dem 17. Jahrhundert. Sie warfen ihm vor, er sei ein Mörder, der Arier mit diesen antiquierten Waffen ermorden wolle, zückten die Handschellen, brüllten niederträchtige Schimpfwörter und wollten ihn auf der Stelle verhaften. Randa überredete sie aber, dass eine Verhaftung meines Vaters völlig unnötig sei. ‚Nehmen wir die Waffen und gehen, wir haben noch andere Besuche zu machen‘, sagte er.»<sup>39</sup>

Die Plünderungen und Gewalttaten waren im zweiten Bezirk besonders schlimm, in dem die verbliebenen Juden der Stadt zusammengepfercht worden waren. Die Bewohner verfolgten voller Entsetzen, wie ein rasender Mob die grösste orthodoxe Synagoge in der Nachbarschaft niederbrannte, die am Ort das «Schiffshul» genannt wurde, nach dem Namen der Strasse – die Grosse Schiffgasse –, wo sie 1864 errichtet worden war.

Für Abraham war die Kristallnacht ein Wendepunkt in seinem Leben. Als gebrochener Mann starrte er vom Fenster seines Wohnzimmers aus in die Flammen der brennenden Synagoge. Wenn in ihm noch ein Rest von Glauben an Recht und Ordnung verblieben war, so wurde er von den Flammen verzehrt, die in dieser schauerlichen Nacht im November jüdische Häuser und Geschäfte vernichteten.

«Nach der Kristallnacht kam alles, wie wir es erwarteten», sagte Renée. «Wir waren nicht mehr überrascht, was sie den Juden alles antaten. Wir wussten jetzt, dass alles möglich war, und wir taten, was wir konnten, um herauszukommen.»<sup>40</sup>

Renées Mutter wollte nach dem Laden ihres Schwagers sehen und wurde von einer Gruppe Schläger ohne Umschweife hinausgeworfen. In einem Brief bemerkt Georg: «Selma schreibt mir, es sei ihr nicht mehr erlaubt, den Laden zu betreten, aber ich verstehe das nicht. Ich weiss nicht, wer den Laden übernommen hat. Vermutlich ist es ein Verbrecher wie all die anderen. Wir Juden üben keine Rache, aber der Himmlische Vater wird mit ihnen abrechnen. Dessen kannst du gewiss sein. Mein Schwager sagt, viele unserer Bekannten seien eingesperrt worden, alle, weil sie Juden sind.»<sup>41</sup>

Einige Tage nach der Kristallnacht zertrte eine wütende Meute Abraham Hammersfeld von seiner Wohnung im dritten Stock auf die Strasse. Die Männer warfen ihn zu Boden und traten ihn mit Füßen. Abrahams Gesicht war bereits blutverschmiert, er gab sich Mühe, sich zumindest eine Weile zusammenzunehmen, um seine Peiniger zu überzeugen, dass er als Exporthändler, als Geschäftsmann, der seine Leinenstoffe an Hotels und Restaurants in ganz Europa verkaufte, dringend benötigtes ausländisches Kapital nach Österreich schaffe und es deshalb nicht verdie-

ne, so gedemütigt zu werden. Seine Äusserungen schienen auf den SS-Offizier, der die Meute anführte, Eindruck zu machen; er befahl den Männern, Abraham in Ruhe zu lassen. Abraham tupfte sich mit einem gestärkten Taschentuch aus Leinen das Blut vom Gesicht und blickte seinen Peinigern nach, bis sie hinter der Ecke der engen, gepflasterten Strasse verschwanden, dann taumelte er benommen ins Foyer seines Wohnhauses. Er machte halt, um Atem zu schöpfen, ehe er die Wendeltreppe zu seiner Wohnung wieder hinaufstieg.

Nach diesem greulichen Vorfall traf Abraham in fieberhafter Eile alle Vorkehrungen, um Wien zu verlassen. Bis Anfang 1939 war es Harrys Frau Bronia gelungen, für Abraham und Lotte Visa für eine Ausreise nach Riga zu bekommen. Um den Vorschriften der Nazis für die Auswanderung Folge zu leisten, machte Abraham sich darauf gefasst, sich von den letzten Familienerbstücken der Familie Hammersfeld zu trennen. Renée half ihm, das Silber einzupacken, einen Leuchter, das China-Porzellan, den Schmuck ihrer Grossmutter und die geliebte Schweizer Taschenuhr ihres Grossvaters. Abraham verfrachtete Renée und den Familienschatz in ein Taxi und wies den Fahrer an, sie zum Dorotheum zu bringen, einem vornehmen Auktionshaus, das von den Nazis zu einer Art öffentlichen Annahmestelle umgewandelt worden war, die jüdische Wertgegenstände aufkaufte. Die Beamten im Dorotheum schätzten die Waren weit unter Wert und verlangten 10 Prozent des Wertes für ihre Dienste.

Renée ging danach zum Hauptquartier der Gestapo, einige Blocks vom Dorotheum entfernt in dem beschlagnahmten Palais der Rothschilds. Renée wartete aufgeregt in der Reihe, um mit dem Gestapo-Beamten zu sprechen, der für jüdische Besitztümer zuständig war. Ihr Grossvater hatte sie geschickt, um einen Pfandbrief zu melden, den er in Polen besass. Ohne aufzusehen führte der Gestapo-Beamte Renée in sein Büro in einem der Wohnräume des Palais, wo Fresken aus der Zeit der Renaissance die Zimmerdecke zierten. Der Beamte muss von dem hochgewachsenen, hübschen Teenager, der ihm gegenüber sass, sehr angetan gewesen sein. Denn kaum hatte er zu ihr aufgeblickt, als er erstaunt murmelte: «Sie können doch keine Jüdin sein!? Sie sehen überhaupt nicht jüdisch aus.»

Tatsächlich wusste Renée, dass sie ohne Weiteres für eine Arierin gehalten werden konnte. Kurz nach dem Anschluss war sie in ein Fotoatelier in der Nähe des Büros ihres Grossvaters, der Wipplingerstrasse, gegangen, um für Visaanträge ein Bild von sich machen zu lassen. Einige Tage später war sie erstaunt, dass der Fotograf in einem Anfall patriotischen Eifers ihr Porträt im Schaufenster ausstellte als ein Musterbeispiel für die «perfekte österreichische Frau». Das Porträt, das über ihrem im Schaufenster hing, zeigte keinen geringeren als den triumphierenden Adolf Hitler mit der Inschrift «Unser ruhmreicher Führer».

Renée sass kerzengerade auf ihrem Stuhl gegenüber dem Gestapo-Beamten und war über ihre Kühnheit selbst überrascht. «Ich bin nicht nur eine Jüdin, ich bin sogar eine Ostjüdin», sagte sie in ihrem perfekten Schuldeutsch. Sie wollte betonen, dass ihre Familie von osteuropäischen Juden abstammte, weil diese Juden von der NSDAP am meisten verachtet wurden.

Der Gestapo-Beamte war ein wenig verlegen wegen ihres Ausbruchs und vertiefte sich in Abraham Hammersfelds Akte. «Nah Wir haben die Juden gern», sagte er sachlich und wieder ohne aufzusehen. «Vor allem tote Juden.»<sup>42</sup>

Wenn Renée von dieser Bemerkung erschüttert war, so zeigte sie es zumindest nicht. Sie hatte wichtigere Sorgen. Es war Frühjahr 1939. In einigen Tagen sollten ihre Grossmutter und ihr Grossvater Wien in Richtung Riga verlassen, und Renée und ihre Mutter würden allein in Wien Zurückbleiben. Renées Bruder Siegfried war es bereits gelungen, mit anderen jüdischen Jungen aus Österreich ein Visum nach England zu erhalten. Obwohl Abraham alles Erdenkliche versucht hatte, seine verbliebene Tochter und Enkelin aus dem Land zu schaffen, nachdem sein Schwiegersohn in Polen verschollen war, konnte er nun nichts mehr für sie tun. Er versprach ihnen, er werde schreiben und regelmässig Lebensmittelpakete aus Riga schicken. Irgendwie werde er über seine Schwester in New York für sie Visa für Amerika beschaffen. Er sagte ihnen, sie sollten stark sein, auf Gott vertrauen und sich keine Sorgen machen.

Kurz vor seiner Abreise nach Riga rief Abraham Hammersfeld seine Enkelin Renée in seine Bibliothek, in der jetzt ein Grossteil der Famili-

enmöbel und der Bücher fehlten. Abraham tat sein Bestes, um seine Lieblingsenkelin zu trösten, der die Tränen über die Wangen liefen.

Damals erzählte er ihr von dem Bankkonto in der Schweiz, ein Geheimnis, das er selbst vor seinen eigenen Kindern streng gehütet hatte. Juden im Dritten Reich war es verboten, im Ausland nicht gemeldete Konten zu haben, und Abraham hatte niemandem ein Wort von dem Konto gesagt. In ruhigen, gemessenen Worten sagte er Renée, dass sie, falls ihm irgendetwas zustossen sollte, sich mit seiner Schweizer Bank in Verbindung setzen solle. Womöglich hat er ihr auch den Namen der Bank genannt, eine Kontonummer oder die Adresse eines Geschäftspartners oder Treuhänders. Doch in dem Kummer dieser letzten Umarmung achtete Renée nicht auf solche Details. Sie machte sich Sorgen ums nackte Überleben. Wie sollte sie auf dem Schwarzmarkt Essen kaufen und wie konnten sie und ihre Mutter aus Wien herauskommen?

Am 21. April 1939 verwandelten die Nazis Abraham Hammersfeld in eine Nummer der Statistik. Im Gestapo-Hauptquartier in den Räumen des ehemals prunkvollen Rothschild-Palais, wo die kostbaren Perserteppiche und Stilmöbel längst durch Schreibmaschinen fürs Militär und Holzschreibtische ersetzt worden waren, klebte ein NS-Bürokrat ein breites Stück rotes Klebeband über die Nummer 10024: Abraham Hammersfeld, ein Jude, war offiziell in ein anderes Land ausgewandert. «Akte geschlossen» wurde in gothischen Lettern oben auf das Dokument gestempelt. Keine Kleinigkeit war dem NS-Bürokraten zu gering, er vermerkte in einer winzigen, platzsparenden Schrift: «Eigentum zur Zeit der Emigration: Ein Klavier.»

**2** DIE ERSTEN ANRUFE aus Deutschland kamen irgendwann 1935. Die Stimme am anderen Ende der knisternden Leitung klang immer stockend, gehetzt und manchmal ein wenig verzweifelt. Es war dieser Tonfall der Furcht, der Veit Wyler einen Schauer über den Rücken jagte. Stets setzte er sich aufrechter hin und griff auf dem überfüllten Schreibtisch in seiner Züricher Anwaltskanzlei zu einem Füllfederhalter und einem Stück Papier.

Der junge jüdische Rechtsanwalt hatte vor nur drei Jahren sein Studium abgeschlossen und war doch bereits von vollendeter Diskretion. Er hütete sich, seine Arbeit am Telefon zu erledigen, insbesondere, wenn die Stimmen am anderen Ende der Leitung so nervös klangen. Er versuchte dann, die verzweifelten Anrufer zu beruhigen, so gut er konnte. Häufig wusste er, ohne zu fragen, dass die Anrufer Juden waren, dass sie seine Telefonnummer vom Freund eines Freundes oder von einem Geschäftspartner bekommen hatten und warum sie anriefen – ja selbst die Formulierung war fast immer die gleiche: «In einer sehr delikaten Angelegenheit.»

Manchmal vereinbarte Wyler mit seinen künftigen Klienten einen Termin in seinem Züricher Büro; in der Regel zogen sie es jedoch vor, ihn irgendwo in der Stadt zu treffen, um möglichst wenig Aufmerksamkeit zu erregen. Die Begegnung konnte dann in einem Park, in der Lobby eines Hotels oder in einem der überfüllten Cafés im Finanzzentrum der Stadt Zürich abseits der geschäftigen Bahnhofstrasse stattfinden.

Die meisten Klienten hatten kein grosses Vermögen. Sie waren ganz ähnlich wie Abraham Hammersfeld Geschäftsleute des Mittelstandes, die über ein bescheidenes Vermögen verfügten und angesichts der politisch instabilen Lage und des wachsenden Antisemitismus im Dritten Reich beunruhigt waren. Manchmal brachten sie Bargeld mit, das sie in

Schweizer Franken umtauschen wollten. Häufiger jedoch hatten sie Goldbarren, Aktien, Schmuck, Testamente oder Besitzurkunden dabei.

Wyler hatte Mitleid mit diesen Opfern des Antisemitismus und half ihnen mit grossem Eifer, ihre Vermögenswerte zu retten. Er war Sohn einer orthodoxen jüdischen Familie, geboren in Baden, einer kleinen Stadt nordwestlich von Zürich, wo sein Vater der Vorsitzende der jüdischen Gemeinde war, und hatte eine wohlbehütete Kindheit hinter sich. Doch in der Grundausbildung bei der Schweizer Armee hatte er Bekanntschaft mit dem Antisemitismus gemacht. In den Monaten seines Wehrdiensts war seine Mutter jeden Tag mit einer warmen koscheren Mahlzeit für ihren Sohn in der Kaserne erschienen, und Wylers Lebensstil als orthodoxer Jude war von seinen Kameraden schon bald mit zahlreichen abfälligen Bemerkungen bedacht worden. Wyler war tief gekränkt, weil er Ziel antisemitischer Bosheiten wurde, und obwohl er hätte Offizier werden können, schied er aus der Armee aus und studierte Jura.

Die bitteren Erinnerungen an seine Dienstzeit bei der Armee wurden jedesmal wieder wach, wenn er sich mit einem verzweiferten Klienten aus dem Ausland traf. Sie erzählten schreckliche Geschichten über den brutalen Antisemitismus, der im Deutschen Reich wütete. Aus diesem Grund kam es häufig vor, dass zwischen Anwalt und Klienten schon nach einem zehnmütigen Gespräch ein unsichtbares Band entstand. Ein unwissender Beobachter wäre vielleicht verblüfft gewesen über das Vertrauen, mit dem diese erfahrenen Geschäftsleute Wyler ihr Vermögen anvertrauten, manchmal ohne Verträge oder sogar ohne Quittung. Ein fester, langer Händedruck und das Wort des jungen Anwalts, dass er die Vermögenswerte unter seinem eigenen Namen auf einem Nummernkonto einer Schweizer Bank deponieren würde, genügten ihnen als Sicherheit.

Wyler, ein Kommunist mit dem Ruf absoluter Professionalität und Ehrenhaftigkeit, wurde Mitglied eines geheimen Netzwerks von Juristen und Finanzfachleuten, die Juden behilflich waren, ihre Vermögenswerte bei Schweizer Banken in Schliessfächern und auf Nummernkonten zu deponieren. Ausser für Juden aus Deutschland, die über die offi-



zielle antisemitische Politik am Vorabend des Zweiten Weltkriegs alarmiert waren, arbeitete Wyler später auch für Klienten aus ganz Europa, die vor den Armeen der Nazis flohen.

Die Anrufe in Wylers Kanzlei wurden zahlreicher, als Hitler 1936 sehr strenge Devisenkontrollgesetze einführte und den Besitz von Auslandsguthaben für illegal erklärte. Dies war in der deutschen Wirtschaftspolitik eigentlich nichts Neues. Sie war von strengen devisenrechtlichen Beschränkungen geprägt, seit Hjalmar Schacht nach seiner Ernennung zum Reichswährungskommissar im Jahr 1920 versucht hatte, die galoppierende Inflation zu bekämpfen, die die deutsche Wirtschaft destabilisierte. Schon er hatte deutschen Staatsbürgern, die Geld ins Ausland transferieren wollten, umfassende Beschränkungen auferlegt. Wyler war damals in Wiesbaden zur Schule gegangen und erinnert sich noch, dass im Zug häufig verzweifelnde Deutsche an ihn herantraten und Reichsmark in Schweizer Franken umtauschen wollten.

«Was sie damals taten, war illegal», sagte Wyler. Er hatte die 100 Franken, die ihm sein Vater für den Lebensunterhalt mitgab, häufig im Zug umgetauscht. «Wenn die Deutschen beim Schwarztauschen erwischt wurden, mussten sie schon damals mit Gefängnisstrafen rechnen.»<sup>1</sup>

Im Dezember 1936 aber war das Risiko ungleich höher. Wer Hitlers Gesetz gegen die sogenannte Wirtschaftssabotage missachtete, riskierte sein Leben. Nach dem Gesetz, das auch für deutsche Staatsbürger im Ausland galt, wurde jeder deutsche Staatsbürger, der vorsätzlich, aus Eigennutz oder anderen niedrigen Beweggründen Vermögenswerte ins Ausland brachte und dadurch die deutsche Wirtschaft schädigte, mit dem Tode bestraft.<sup>2</sup> Das Gesetz sollte Deutsche auch zu einem Rücktransfer ihrer Auslandsguthaben veranlassen. Wer ausländische Guthaben meldete und repatriierte, musste zwar zwei Drittel an die Reichsbank überweisen, durfte aber ein Drittel behalten.

Die kleine, beschauliche Schweiz wurde zum sicheren Hafen für Reichsbürger, die diese Gesetze umgingen. Das Bankgeheimnis wurde in der Schweiz 1934 durch ein Gesetz noch gestärkt, und jede Verletzung wurde mit hohen Strafen bedroht.

Das Konzept selbst ist jedoch über 300 Jahre alt. Der weit verbreitete Mythos, die Schweizer Gesetze zum Bankgeheimnis seien erlassen worden, um jüdische Guthaben vor dem Zugriff des NS-Regimes zu schützen, entbehrt jeder Grundlage. Die Schweiz wurde bereits im 17. Jahrhundert ein Zufluchtsort für Kapital aus Europa, als französische Hugenotten in das Land einwanderten, um der religiösen und politischen Verfolgung und Enteignung durch die katholischen Könige Frankreichs zu entgehen. Während der Französischen Revolution nutzte dann das Königshaus der Bourbonen die Schweiz als Zufluchtsort für Vermögenswerte, weil die Regierung der Revolutionäre den königlichen Besitz konfiszieren wollte.

Ausserdem hat das Bankgeheimnis in den demokratischen und rechtlichen Prinzipien der Schweiz seinen Ursprung. Denn die Gesetze der Schweiz sehen als Schutz für die Rechte jeder Einzelperson und jeder Firma eine sogenannte Geheimsphäre vor. Diese Geheimsphäre kann sich auf den Gesundheitszustand, die Familienverhältnisse und die finanziellen Angelegenheiten eines Individuums erstrecken. Die verfassungsrechtlich gesicherte Privatsphäre des Individuums in den USA gilt dagegen nur für Bereiche, die vom Obersten Gerichtshof als grundlegend angesehen werden. Dagegen gilt die Privatsphäre in der bürgerlichen Rechtstradition der Schweiz als unverletzlich. Im finanziellen Bereich verbietet das Bankgeheimnis den Angestellten einer Bank, Informationen weiterzugeben, die sie im Geschäftsverkehr mit ihren Kunden erhalten haben.

Im Jahr 1932 versuchten die Schweizer Gesetzgeber, das Bankgeheimnis durch ein allgemeines Bankgesetz zur Regulierung des gesamten Schweizer Bankwesens zu stärken. Der unmittelbare Anlass für die Geheimhaltungsbestimmungen in dem Gesetz war ein gewaltiger Steuerehinterziehungsskandal in Frankreich im Januar jenes Jahres, bei dem auch Schweizer Bankiers gesetzeswidriger Handlungen beschuldigt wurden. Im Oktober 1932 durchsuchte die Polizei die Pariser Niederlassung der Basler Handelsbank, um einen grossangelegten Steuerschwindel aufzudecken. Überdies veröffentlichte der sozialistische Abgeordnete Fabien Albertin in einer separaten, aber mit der Durchsu-

chung in Zusammenhang stehenden Aktion eine Liste prominenter französischer Bürger, darunter Minister, hohe Militärs und Angehörige des Klerus, die geheime Konten unterhielten, um Einkommensteuern zu hinterziehen. Albertin hatte die Liste angeblich von in Paris lebenden Schweizer Bankiers zugespielt bekommen, die später von der Polizei festgenommen wurden. In beiden Fällen forderten die französischen Strafverfolger die Schweizer Bankiers auf, sie bei ihren Ermittlungen zu unterstützen. Die französische Polizei wollte die Akten aller Franzosen einsehen, die Kunden der Basler Handelsbank waren, und sie wollte wissen, wer Albertin die Liste prominenter Steuerhinterzieher zugespielt hatte. Die Schweizer Behörden waren über dieses Ansinnen empört, und die Vorfälle führten zu einem diplomatischen Konflikt zwischen den beiden Ländern. Der Schweizer Bundesrat verweigerte die Zusammenarbeit mit Frankreich, und die Schweizer Gesetzgeber machten sich daran, ein Gesetz zu entwerfen, das die Privatsphäre der Schweizer Bankkunden schützen sollte und das unter keinen Umständen verletzt werden konnte.

Das Bundesgesetz über Banken und Sparkassen vom 8. November 1934 sah für Bankiers, die das Bankgeheimnis verletzten, schwere Strafen vor. In Artikel 47b wird Bankbeamten oder Bankangestellten, Buchprüfern bei Unternehmen und Mitgliedern der Bankenkommission und den Beamten und Angestellten dieser Institution bei vorsätzlichem Bruch der für diese Berufe geltenden Schweigepflicht und Geheimhaltung eine Geldstrafe von bis zu 20'000 Franken oder Gefängnis bis zu sechs Monaten angedroht. Auch die bloße Anstiftung zu einem solchen Vergehen kann mit derselben Strafe geahndet werden.<sup>3</sup>

Für einen fahrlässigen Bruch des Bankgeheimnisses betrug die Strafe 10'000 Franken. (Das Bankgesetz wurde 1971 durch eine Erhöhung der Geldstrafe für Finanzbeamte bei einem Bruch des Bankgeheimnisses ergänzt.) Das Gesetz stellte ausserdem eine Zentralisierung der Schweizer Bankaufsicht dar. Bis dahin hatten die Banken nicht der Kontrolle des Bundes unterstanden, und dies hatte nach dem Ersten Weltkrieg verschiedene Krisen und Konkurse zur Folge gehabt. Nun wurde die Eidgenössische Bankenkommission geschaffen. Sie über-

wachte die Durchführung des Gesetzes und erliess Vorschriften zu den Anhörungsverfahren und der Reorganisation der Banken.

Der Finanzplatz Schweiz war also attraktiv für Juden, die ihre Guthaben absolut sicher anlegen wollten. In den Jahren unmittelbar vor dem Krieg suchten viele Juden in der Schweiz Anwälte, Buchhalter, Treuhänder oder andere Agenten, die ihnen beim Anlegen von Geheimguthaben behilflich waren. Als Abraham Hammersfeld sein Schweizer Bankkonto eröffnete, hatte er vielleicht ebenfalls mit dem geheimen Netzwerk jüdischer Fachleute in Zürich oder in einem der anderen deutschsprachigen Bankzentren der Schweiz Kontakt aufgenommen. Es war zwar für einen österreichischen Juden ziemlich schwierig, nach dem Anschluss im Jahr 1938 eine kurze Reise in die Schweiz zu machen, aber Hammersfeld hätte leicht einen von den unzähligen europäischen Kunden seiner Textilexportfirma bitten können, eine Summe, die er seiner Firma schuldete, auf ein Schweizer Nummernkonto einzuzahlen, das er selbst oder ein Mittelsmann eröffnet hatte. So hatte Hammersfeld zum Beispiel ein Konto bei einer Filiale der Stockholmer Enskilda Bank, auf das die schwedischen Kunden seiner Firma die Rechnungsbeträge für gelieferte Waren überwiesen. Nach Aussage eines Verwandten, der während des Krieges Zugriff auf das Konto bei der Enskilda Bank hatte, lagen auf Hammersfelds Konto über 30'000 US-Dollar, für die damalige Zeit eine beachtliche Summe.

Das Schweizer Bankgesetz hatte zur Folge, dass ein Kontoinhaber seinem Schweizer Bankier oder Treuhänder in Geldangelegenheiten häufig mehr vertraute als seiner eigenen Familie. Wenn der Eigentümer sein Geld im Namen eines gewissenhaften Treuhänders wie etwa Wylers deponiert hatte, bekam er es zweifellos – mit Zinsen – zurück, falls er den Krieg überlebte. Weniger ehrenhafte Finanzfachleute behielten das Geld jedoch häufig selbst und scheuten auch nicht davor zurück, Vermögenswerte von Nazis zu deponieren. «Die unterschiedlichsten Leute zogen in der Schweiz umher und suchten nach Treuhändern oder Anwälten, die ein Konto für sie eröffneten», sagte Wyler. «Ich habe immer versucht, meine Klienten zu überprüfen, so gut es ging, und wissentlich habe ich von Nazis keinen Pfennig genommen.»<sup>4</sup>

Auch die Neutralität der Schweiz hat viel dazu beigetragen, dass sie für ausländische Anleger besonders attraktiv wurde. Sie wurde schon im 16. Jahrhundert zu einem wichtigen Prinzip erhoben. Von den meisten Staaten Europas wurde die Neutralität der Schweiz auf dem Wiener Kongress von 1815 offiziell anerkannt. Die Eidgenossenschaft wurde damals auf ihre heutige Grösse erweitert und galt nun offiziell als wichtiges Land für das Kräftegleichgewicht in Europa. Die Schweiz beheimatet ausserdem das Internationale Komitee des Roten Kreuzes (IKRK), eine humanitäre Organisation, die auf der ganzen Welt wegen ihrer Neutralität und ihres unerschütterlichen Eintretens für das Völkerrecht und den Schutz der Zivilbevölkerung hohes Ansehen genießt.

Auf dieses Ansehen und auf die Neutralität der Schweiz bauten auch Mitglieder des Maquis, einer Organisation der französischen Resistance. Der Maquis verhalf mit grossem Einfallsreichtum und unter hohem Risiko Juden zur Flucht aus den nationalsozialistisch besetzten Gebieten Frankreichs. Viele Maquis-Agenten überschritten mit Koffern voller Gold und anderen Wertgegenständen, die französischen und belgischen Juden gehörten, die Schweizer Grenze. Dabei nahmen sie jüdische Kinder mit, um einreisen zu dürfen. Anfang der vierziger Jahre hatte das Rote Kreuz durchgesetzt, dass Flüchtlingskinder an der Grenze nicht abgewiesen wurden, und Männer des Maquis konnten zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: Sie brachten jüdische Kinder, die sonst in ein Konzentrationslager deportiert worden wären, in ein sicheres Land, und sie konnten jüdische Vermögenswerte bei Kontaktleuten der Schweizer Banken deponieren.

«Es gibt viele Geschichten von Schweizer Bankiers und anderen, die der französischen Resistance Geld spendeten und beispielsweise in London für ihre Kredite bürgten», sagte Antoine Fleury, Historiker an der Universität Genf. «Es ist eine alte schweizerische Tradition, Menschen zu helfen und sie vor noch grösserem Unglück zu bewahren.»<sup>5</sup>

Willy Halpert, ein Jude, dessen Vater dem Maquis angehörte, berichtet, dass seine Eltern eines Tages in ihrem Haus in Antwerpen alles Gold und Silber der Familie einschmolzen. Dann unwickelten sie die Gold-

und Silberbarren mit Wolle und packten sie in Koffer für den Transport in die Schweiz. Halpert ist heute 63 Jahre alt und lebt in Israel. Er erzählte, dass seine beiden jüngeren Schwestern Solange und Lillianne einen Maquis-Mann auf seiner gefährlichen Reise in die Schweiz begleiteten und zusammen mit dem Familienschatz in Sicherheit gebracht wurden. Die beiden Kinder wurden vom IKRK für die Dauer des Krieges bei einer Schweizer Familie in der Nähe von Lausanne untergebracht.

«Wir hatten all unsere Wertsachen in Wollknäueln versteckt», erzählte Halpert. Er war gerade acht, als seine Schwestern mit dem Gold und Silber der Familie in die Schweiz geschickt wurden. Nach einem Pogrom in Antwerpen im Jahr 1942 teilte Halperts Vater seinem Sohn mit, wo das Familienvermögen in der Schweiz deponiert war.

«Mein Vater sagte, ich solle mir keine Sorgen machen, er habe es geschafft, insgesamt 80'000 Pfund Sterling in die Schweiz zu schaffen. Als mein Vater abgeholt wurde und ich in ein Waisenhaus kam, hatte ich die Adresse und Kontonummer auswendig gelernt und wiederholte sie jeden Tag wie einen Katechismus. Schliesslich vergass ich dann doch den Namen der Bank und alles andere, was ich über das Bankkonto wusste. Nach dem Krieg wollte ich an diese ganze Zeit nicht mehr erinnert werden.»<sup>6</sup>

Halpert und seine Schwestern überlebten den Krieg. Er selbst wurde von Mitgliedern des belgischen Widerstands in einem abgelegenen Kloster versteckt. Seine Eltern starben in Auschwitz. Nun versucht er seit über 20 Jahren, das Bankkonto seines Vaters ausfindig zu machen.

Als sich der wirtschaftliche Terror gegen die Juden im Dritten Reich Ende der dreissiger Jahre verschärfte, wollten die NS-Behörden auch die Schweizer Guthaben der Juden plündern. Nicht selten reisten Agenten der Gestapo in die Schweiz und gaben sich als Kontoinhaber aus, um Informationen über Schweizer Bankkonten zu beschaffen. Manchmal bestachen sie auch Bankbeamte. Ab 1936 traten sie auch als Zollbeamte oder Firmenvertreter auf und wiesen Vollmachten der Anleger vor, oder sie erschienen sogar in Begleitung eines verängstigten Konto-

inhabers. Für die militärische Abwehr im Oberkommando der Wehrmacht und für den Sicherheitsdienst der SS operierten im ganzen Land besonders ausgebildete Agenten, die über die deutsche Botschaft in Bern und die deutschen Konsulate gelenkt wurden. Auch in der Schweiz lebende deutsche Staatsbürger liessen sich von den Nazis als Spione anwerben, obwohl Hochverrat in der Schweiz drakonisch bestraft wurde. Zwischen 1942 und 1943 fanden in der Schweiz zahlreiche Hochverratsprozesse statt. Eine Reihe von Angeklagten, darunter auch Offiziere der Schweizer Armee, wurden für schuldig befunden, militärische Geheimnisse an Deutschland verraten zu haben. Neunzehn Angeklagte wurden zum Tode und dreiunddreissig zu lebenslanger Haft verurteilt.<sup>7</sup>

Um jüdische Guthaben in der Schweiz ausfindig zu machen, plazierte die Deutschen, wie aus amerikanischen Geheimdienstberichten hervorgeht, «französischsprachige fanatische Nazis in führenden Schweizer Banken». In einem besonderen Fall erlaubten die Nazis Heinrich Löwinger, einem reichen Österreicherjuden, der eine Kette von Wäschereien in Wien betrieb, sich freizukaufen. Er musste seine Bankguthaben in der Schweiz der Gestapo überschreiben. Nach einem Dokument des US-Geheimdienstes «wusste die Gestapo genau, wie hoch Löwingers Guthaben waren und wo sie lagen». Als Gegenleistung für sein Auslandsvermögen liessen die Nazis Löwinger und seine Frau in die Schweiz ausreisen.<sup>8</sup>

Einige Schweizer Banken waren jedoch auf den Spionageangriff der Nazis in den späten dreissiger Jahren gut vorbereitet und hatten Experten für Gegenspionage eingestellt. Der britische Journalist Nicholas Faith berichtet über die Abenteuer von Dr. Max Homberger, einem Mitte der dreissiger Jahre vom Schweizerischen Bankverein (SBC) angestellten Anwalt, der sich zu einem furchtlosen Experten für Gegenspionage und zu einer der führenden Persönlichkeiten im Kampf gegen den Faschismus im Schweizer Bankwesen entwickelte. In den späten dreissiger Jahren wurde Homberger nach Deutschland entsandt, um herauszufinden, warum ein Hochschullehrer, der bei der SBC ein Konto hatte, seinen Bankier brieflich angewiesen hatte, sein gesamtes Guthaben im Wert von etwa 45'000 Schweizer Franken an das Deutsche Win-

terhilfswerk, eine bekannte nationalsozialistische Wohltätigkeitsorganisation, zu überweisen. Homberger spürte den verängstigten Dozenten auf, und dieser gestand ihm, dass er von den Nazis zu dieser «Spende» gezwungen worden war. Daraufhin entwarf die Rechtsabteilung der SBC eine Reihe von Antwortschreiben auf nicht plausible Anfragen bezüglich der Rückführung von Geldmitteln nach Deutschland oder auf Anfragen nach Informationen über ein von einem Deutschen gehaltenes Konto. Wann immer die Bank eine verdächtige Anfrage erhielt, antwortete sie mit einem vorgedruckten Brief, in dem unter Berufung auf Artikel 47b des Bankgesetzes erklärt wurde, dass die Bank die Existenz eines Kontos weder bestätigen noch bestreiten und keinerlei Informationen über einen bestimmten Kontoinhaber weitergeben könne. Als die Gestapo ihre Spionageaktivitäten unmittelbar vor dem Krieg verstärkte, half Homberger, eine weitere Strategie zur Abwehr der nationalsozialistischen Anschläge auf das Bankgeheimnis zu entwickeln. Homberger berichtet, «dass die Bank mit einem Kunden namens Weiss vereinbart hatte, briefliche Instruktionen des Kunden keinesfalls auszuführen, wenn er bei seiner Unterschrift das Tüpfelchen auf dem ‚i‘ weggelassen hatte. Ein anderer Kunde gab der Bank die Hälfte einer zerrissenen Spielkarte: Wenn jemand mit einer Vollmacht, aber ohne die andere Hälfte der Karte erscheinen sollte, hatte die Bank die Auszahlung zu verweigern.»<sup>9</sup>

Wyler berichtet, er habe die Namen von Klienten niemals preisgegeben, die ihm Vermögenswerte anvertraut hatten. Er habe nicht einmal ordentlich Buch über seine Kunden geführt. «Ich musste den Namen im Gedächtnis behalten», sagte der inzwischen achtundachtzigjährige Wyler, der fünfundsechzig Jahre als hochangesehener Jurist in der Schweiz gearbeitet hat.

In seinem gemütlichen Wohnzimmer mit Schweizer Gesetzeswerken, alten hebräischen Texten und einer Sammlung silberner *Kaddisch-Becher* auf den Regalen sass Wyler in einem alten Lehnstuhl und erinnerte sich an die schwierigsten Momente seiner Laufbahn als Treuhänder von Juden. Unmittelbar nach Kriegsbeginn im Jahr 1939 hatte ihn ein Gestapoagent in Begleitung eines seiner früheren Kommilitonen an



der juristischen Fakultät besucht. Der junge Mann war «ein ernster, blonder Brillenträger, der in Zürich als fanatischer Nazi bekannt war».<sup>10</sup> Der Gestapomann hatte eine Vollmacht, die ein Klient Wylers ausgestellt hatte. Der Klient war kurz zuvor verhaftet worden, weil er sein Vermögen in die Schweiz geschmuggelt hatte. Wyler überprüfte die Vollmacht. Sie schien in Ordnung zu sein, und er begleitete den Gestapomann und seinen früheren Mitstudenten in das Bankhaus Julius Bär, in den dreissiger Jahren die bekannteste jüdische Bank in der Schweiz. Wyler war ein treuer Kunde dieser Bank und hatte alle Vermögenswerte seiner Klienten dort deponiert. Der Gestapoagent befahl Wyler, das Guthaben seines Klienten abzuheben. In diesem Augenblick stand der junge Jurist vor einem der schwersten Konflikte seiner Laufbahn. Wenn er dem Gestapomann gehorchte, hatte sein Klient vielleicht eine gute Chance, sich aus der Haft «freizukaufen», und wenn er nicht kooperierte, wurde der Klient vielleicht getötet. Als Wyler die Schalterhalle der kleinen Bank betrat, überlief ihn ein Schauer bei dem Gedanken an die Folter, mit der die Gestapo seinen Klienten, einen wohlhabenden deutsch-jüdischen Geschäftsmann, zur Preisgabe seines Geheimnisses gezwungen hatte.

In diesem Moment kehrte Carl Künzler, der Geschäftsführer der Bank, vom Mittagessen zurück und sah den jungen jüdischen Rechtsanwalt in Begleitung der beiden Männer. Das Bankhaus Bär war in den dreissiger Jahren noch ein relativ kleines Unternehmen, und die Angestellten kannten alle Kunden der Bank persönlich. Künzler war ein scharfer Beobachter und merkte sofort, dass mit dem jungen Wyler etwas nicht stimmte. Ihm war die Begleitung der beiden grossen, vornehm wirkenden Herren sichtlich unangenehm, und einer dieser Herren war ein unter Züricher Juristen wohlbekannter Nazi.

Der achtundvierzigjährige Künzler war ein gewiefter Finanzexperte und hatte als Getreidehändler gearbeitet, bevor er mit achtundzwanzig Jahren in das Bankhaus Bär eingetreten war. Künzler erinnerte Wyler mit seinem athletischen Körperbau und seinem markanten Gesicht an einen Boxer. Er trat entschlossen auf den jungen Anwalt zu, und dieser übergab ihm die Vollmacht und bat ihn um Rat. Künzler warf einen kur-

zen Blick auf das Dokument und stellte dann klipp und klar fest, dass das Bankhaus Julius Bär nicht mit Nazis zusammenarbeite.

«Wir bezahlen Nazis kein Geld aus», sagte der weisshaarige Bankier. «Nicht einen Pfennig.» Dann gab er dem Gestapoagenten die Vollmacht zurück und wies ihm die Tür.

Wyler erinnert sich, dass er über Künzlers Verhalten zugleich entsetzt und erleichtert war und sich noch jahrelang Sorgen um seinen deutsch-jüdischen Klienten machte. Doch der Mann überlebte, kehrte nach dem Krieg in die Schweiz zurück und hob sein Guthaben ab.

Nicht nur Juden, auch prominente Nazis profitierten vom Schweizer Bankgeheimnis. Auch sie brachen während des Krieges deutsche Gesetze und schmuggelten grosse und kleine Vermögen in die Schweiz. Hochrangige Nazis reisten häufig in die Schweiz. Das Land war im Krieg nicht nur ein Zentrum des europäischen Bankwesens, sondern auch ein Tummelplatz der Geheimdienste geworden. Nazis brachten persönlich oder durch Kuriere auch Kunstschatze, Schmuck oder andere Wertsachen, die sie Juden geraubt hatten, in die Tresore der Schweizer Banken. Amerikanischen Geheimdienstberichten zufolge gelang es Hermann Göring, dem designierten Nachfolger Hitlers, der ein eifriger Kunstsammler war, per Diplomatengepäck ein Selbstporträt Van Goghs, das den Maler mit abgeschnittenem Ohr zeigt, und ein Gemälde Cezannes in einen Schweizer Tresorraum zu deponieren.<sup>11</sup> Und er verfügte, wie aus einem anderen Geheimdienstbericht hervorgeht, über beträchtliche Guthaben in Lausanne und Davos.<sup>12</sup>

Um wertvolle Kunstwerke aufzuspüren, liess Göring auch bekannte Figuren der Unterwelt für sich arbeiten. Wie ein nach Ablauf der vorgeschriebenen Geheimhaltungsfrist von 50 Jahren erst kürzlich freigegebenes amerikanisches Geheimdienstdokument vermuten lässt, setzte Göring bei seiner Jagd nach wertvollen Kunstschatzen französischer Juden sowohl Kriminelle als auch Kriminalbeamte ein. In dem Dokument wird ein Brief zitiert, den Göring am 21. November 1940 an den hochrangigen Nazi Alfred Rosenberg schrieb. «Die Kunstwerke waren sehr

gut versteckt, und ich bekam sie ... durch Bestechung und indem ich mich französischer Kriminalbeamter und Krimineller bediente.» Göring berichtete keine Details über die von ihm beschäftigten Personen, aber Historiker nehmen an, dass er sich auf Organisationen wie die «Bony-Laffont-Bande» bezog. Sie spürte für die Nazis Resistance-Kämpfer und Juden auf und wurde als Gegenleistung bei ihren kriminellen Aktivitäten von der Polizei unbehelligt gelassen. Der vermutlich in kriminelle Aktivitäten verwickelte Pariser Kriminalbeamte Bony und der Pariser Gangster Henri Laffont arbeiteten gemeinsam für die Gestapo und folterten ihre Opfer, bis sie verrieten, wo sie ihre Wertsachen versteckt hatten.<sup>13</sup>

Hitlers Aussenminister Joachim von Ribbentrop transferierte sein Vermögen vermutlich zwischen 1941 und 1944 an eine Schweizer Bank in Genf. Franz von Papen, Hitlers Vizekanzler bis 1934 und später Botschafter in Ankara, deponierte 500'000 Franken bei einer Raiffeisenkasse in St. Gallen. Angeblich legte der deutsche Aristokrat das Geld für seine Kinder an.<sup>14</sup>

Selbst Adolf Hitlers früherer Schneider war vermutlich in den Transfer von Nazi-Geldern in die Schweiz verwickelt. In einem amerikanischen Geheimdienstbericht heisst es, «der Schweizer Staatsbürger Scherr und frühere Leibschneider Hitlers, der nach Morcote bei Lugano in den Ruhestand ging», habe «zwischen 1941 und 1943 300'000 Schweizer Franken durch Scheidt, den Kassierer der NSDAP in Lugano, angelegt. Die beiden sind heute wegen transferierter Vermögenswerte in Streit geraten und vor Gericht gezogen. Besagter Scheidt, ein Deutscher, war Schatzmeister der NSDAP in Lugano und anscheinend am Transfer von Wertsachen und Wertpapieren in die Schweiz beteiligt. Als er von der Schweizer Polizei zum Verhör festgenommen wurde, trug er 38'000 Schweizer Franken bei sich.»<sup>15</sup>

Aus einem Memorandum der britischen Gesandtschaft in Bern an das US-Finanzministerium geht nicht nur hervor, dass einzelne Nazis Konten bei Schweizer Banken hatten, sondern auch, wie sie ihr Vermögen geschickt vermehrten:

Wie mich der Berner Manager einer der wichtigsten Schweizer Banken gestern vertraulich informierte, ist ihm persönlich bekannt, dass alle führenden Mitglieder der regierenden Gruppen in den Achsenmächten Geldmittel in der Schweiz deponiert haben. Einige führende Persönlichkeiten haben hier ein Vermögen deponiert, und sogar bei einigen der kleineren Fische sind es beträchtliche Summen, das heisst eine halbe Million Schweizer Franken oder mehr. Das Schweizer Bankensystem ist dafür gut geeignet, denn Konten werden in der Regel nicht unter Namen, sondern unter Nummern geführt, und die Liste mit den Namen und Nummern der Kontoinhaber wird vom Geschäftsführer in seinem Safe aufbewahrt und niemals an eine dritte Partei weitergegeben.

Wie der Informant hinzufügte, wurden die meisten dieser Konten ursprünglich mit US-Dollar eröffnet und die Inhaber blieben bis mehrere Monate nach Kriegsbeginn bei dieser Währung. Später begannen sie ihre Guthaben in Schweizer Franken umzutauschen, und noch später legten sie, wie er seinen Kunden selbst riet, «Gold-Guthaben» an. Der Umtausch der Dollarguthaben in Schweizer Franken hat den Wechselkurs zwischen Dollar und Schweizer Franken beträchtlich beeinflusst.

In den letzten paar Wochen haben viele Kunden diese Gold-Guthaben aufgelöst und das zugrundeliegende reale Gold in einem Schliessfach ihrer Bank deponiert. Durch dieses Verfahren erreichen die Kunden des Informanten ihrer eigenen Aussage zufolge maximale Sicherheit, wenn sie Bürger einer der Achsenmächte sind.<sup>16</sup>

Die Gewinne aus der Enteignung jüdischer Firmen und anderen jüdischen Eigentums im Deutschen Reich landeten häufig in einer Schweizer Bank. Wie amerikanische Geheimdienstbeamte herausfanden, existierte bei Johann Wehrli & Co., einer bei den Nazis beliebten Züricher Bank, die sogenannte Gustloff-Stiftung, ein nach dem ermordeten Führer der schweizerischen Nazi-Partei benannter «Fonds», in dem «Vermögenswerte und Besitztitel der von den Nazis in Deutschland und in

den besetzten Ländern enteigneten jüdischen Geschäftsleute plaziert wurden».<sup>17</sup> Johann Wehrli, ein Privatbankier aus einer vornehmen deutschen Familie, überwachte die Tagesgeschäfte seiner Bank während des Krieges nicht persönlich, sondern überliess seinem altgedienten Angestellten Karl Kessler, einem fanatischen Schweizer Nazi, die Leitung der Bank. Amerikanische Geheimdienstleute hegten den Verdacht, dass Kessler auch Görings private Finanzgeschäfte in der Schweiz abwickelte.<sup>18</sup>

Amerikanische Ermittler kamen auch Richard Holtkott auf die Spur, der «während der NS-Herrschaft phantastische Gewinne erzielt» haben soll, indem er in Deutschland den Besitz «enteigneter oder durch das NS-Regime von Enteignung bedrohter jüdischer Personen erwarb» und die Gewinne bei Schweizer Banken anlegte. Der Geheimdienstbericht über Holtkott enthält eine Liste mit einigen der von ihm erworbenen jüdischen Besitztümer, darunter auch die Rheinischen Linoleum Werke in Bedburg bei Köln, bei denen Holtkott vor 1933 im Vorstand gewesen war. Holtkott, heisst es in den Akten des Geheimdiensts, «machte persönlich diverse Versprechungen gegenüber jüdischen Freunden und Familien und bot ihnen an, sie gegen eine angemessene Summe vor dem Konzentrationslager zu retten. Wie es scheint, war unser Informant mit einer Jüdin verheiratet und gab Holtkott Geld, wofür er ihren Eltern zur Flucht verhelfen sollte. Später versicherte Holtkott immer wieder, dass sie aufgrund dieser Zahlungen gerettet worden seien. Unser Informant hat jetzt erfahren, dass sie im Krematorium eines Vernichtungslagers verbrannt wurden, und dies hat ihn zu der vorliegenden Denunziation veranlasst.»<sup>19</sup>

Während in Europa der Krieg wütete, begannen viele hohe Nazis ihre Guthaben nach Argentinien zu transferieren, weil dort ein relativ grosser Anteil der Bevölkerung von Deutschen und Schweizern abstammte. In einem amerikanischen Geheimdienstbericht heisst es: «Karl Kessler hat Geld von privaten Konten hoher Nazis bei der Wehrli Bank abgezogen und teilweise nach Argentinien transferiert, um die drei ‚S‘-Gesellschaften Securitas, Sanjuan und Stella zu gründen.» Diese Firmen führten, vermutlich für Deutsche, geheime Nummernkonten. «Es gibt Beweise,

dass Konten, die zum Schein für Bürger neutraler Staaten eingerichtet wurden, in Wirklichkeit deutschen Interessengruppen zur Verfügung stehen. Auf einem Konto, das unter dem Namen des Schweizers Moritz Karl Bunge aus Zürich eröffnet wurde, liegen über drei Millionen Pesos. Diese Summe gehört erwiesenermassen der Familie Henkell aus Wiesbaden in Deutschland, der die Frau Joachim von Ribbentrops entstammt. Mit Eröffnung dieser Konten transferierte Wehrli & Co. von der Bank gehaltene Vermögenswerte aus der ganzen Welt nach Argentinien.»<sup>20</sup>

Der Transfer von Nazi-Geldern aus der Schweiz nach Argentinien nahm in den letzten Kriegsmonaten so stark zu, dass der amerikanische Finanzminister Henry Morgenthau einen Vertreter des Finanzministeriums nach Argentinien entsandte, der Ermittlungen zu Vermögenswerten der Nazis durchführen sollte. In einem vor Kurzem veröffentlichten Bericht schrieb Morgenthau, «Planung und aktives Eingreifen» seien «nirgendwo so dringend erforderlich wie in Argentinien. Wir brauchen beide die lange Reihe von Depeschen nicht nochmals zu lesen, die wir von der Gesandtschaft über die NS-Aktivitäten und die Durchdringung der argentinischen Wirtschaft erhalten haben, um uns die Wichtigkeit des Problems vor Augen zu führen. Aus neueren Berichten geht klar hervor, dass Argentinien nicht nur ein beliebtes Fluchtland für NS-Verbrecher ist, sondern auch das Zentrum der nationalsozialistischen finanz- und wirtschaftspolitischen Aktivitäten auf diesem Kontinent. Angesichts dieser Fakten gehen Sie sicher mit mir konform, dass wir dort jemanden haben sollten, der mit den finanziellen Aspekten dieses Problems wohlvertraut ist.»<sup>21</sup>

Nach Durchführung einer vorläufigen Untersuchung berichtete ein Vertreter der amerikanischen Botschaft in Buenos Aires von beträchtlichen deutschen Holdings in dem südamerikanischen Land: «Die zuverlässigsten Schätzungen gehen von folgenden Kapitalanlagen aus: in Versicherungsgesellschaften 40 Millionen [argentischer] Pesos; in Haciendas und Fincas 500; in Banken 105; in Handelsfirmen 500. Patente, Aktien, Bargeld und Wertgegenstände sind dabei nicht berücksichtigt; sie stellen jedoch mit Sicherheit ebenfalls einen Wert von vielen Millionen Pesos dar... »<sup>22</sup>

In einem Bericht des US-Aussenministeriums von 1945 werden einige Vermögenswerte hochrangiger Nazis in Argentinien aufgelistet: Göring transferierte frühzeitig über 20 Millionen Dollar seines persönlichen Vermögens... über die Schweizer Bank in Genf... Göring soll ausserdem mit einem U-Boot im Frühjahr 1945 Geld nach Argentinien geschickt haben... NS-Propagandaminister Joseph Goebbels verfügt über 1'850'000 Dollar in einem Schliessfach unter dem Namen eines deutschstämmigen Freundes in einer von Deutschen kontrollierten Bank in Buenos Aires. Aussenminister Joachim von Ribbentrop hat im Namen seines Vettters, eines Deutschen namens Martin, eine hohe Summe angelegt. [Martin] wurden vor Kurzem von einer Schweizer Bank 500'000 Dollar vom Konto des NS-Diplomaten überwiesen.»<sup>23</sup>

Der argentinische Journalist Jorge Camarasa hat viel über Argentiniens Verbindungen zum NS-Regime geschrieben. Er berichtet, dass zwischen 1942 und 1944, als der Sieg der Alliierten absehbar wurde, über 200 deutsche Firmen Büros in Argentinien eröffneten und über argentinische Filialen deutscher Banken, etwa über die Deutsche Bank, die Banco Aleman Transatlantico und die Banco Germanico del Rio de la Plata riesige Summen nach Argentinien transferierten.<sup>24</sup>

Camarasa stellte ausserdem fest, dass zahlreiche Kunstschätze, einschliesslich mehrerer Werke des italienischen Malers Antonio Canaletto, die bei jüdischen Familien in Frankreich geraubt worden waren, in der inzwischen nicht mehr betriebenen Galerie Wildenstein in Buenos Aires aufgetaucht waren. In den sechziger Jahren machten argentinische Ermittler in Buenos Aires ein Gemälde des venezianischen Meisters Francesco Guardi ausfindig, das von den Nazis beschlagnahmt und in das südamerikanische Land gebracht worden war. Wie Camarasa vermutet, wurden auch beträchtliche Mengen Nazigold und andere Wertesachen im letzten Kriegsjahr von deutschen U-Booten nach Argentinien gebracht.<sup>25</sup>

Ein Gutteil der NS-Beute, die bei Kriegsende nach Argentinien gelangte, dürfte bald wieder bei Schweizer Banken deponiert worden sein. Im Sommer 1947 machte Eva Peron, die berühmte Frau des argentini-

schen Führers Juan Domingo Peron, eine Europareise. Sie traf mit berühmten Faschisten wie dem kroatischen Führer Ante Pavelic zusammen und eröffnete mindestens ein Bankkonto bei einem Besuch in Bern. Juan Domingo Peron kümmerte sich erst nach dem Tod seiner Frau im Jahr 1952 um solche Konten. Er schickte eine Gruppe argentinischer Ermittler in die Schweiz, die in einer Filiale der Schweizerischen Kreditanstalt in Bern ein unter dem Namen Juan Duarte registriertes Schliessfach aufspürten. Duarte war Evas Bruder und hatte bei ihrer Europareise im Juni und August 1947 als Koordinator fungiert. Eine erst kürzlich freigegebene CIA-Akte legt den Schluss nahe, dass Eva Peron auf ihrer Europareise «Millionen Dollar» bei einer Schweizer Bank deponierte.<sup>26</sup>

Die Schweiz fungierte nicht nur als sicherer Zufluchtsort für private Anleger, sondern bot auch eine Reihe finanzpolitischer Dienste an, die unter direktem Verstoss gegen die völkerrechtlichen Bestimmungen über die neutralen Staaten die Kriegsanstrengungen der Achsenmächte unterstützten. Während des ganzen Krieges landete ein Teil der Goldreserven der besetzten Länder bei der Schweizer Nationalbank und der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) in Basel.

Die BIZ war eine Art Weltbank und hatte als solche einzigartige finanzpolitische Vollmachten, wie etwa Goldreserven für die Zentralbanken der Staaten Europas aufzubewahren. Sie wurde 1930 von den Notenbanken europäischer Staaten und Japans sowie einer amerikanischen Bankengruppe gegründet und sollte die Zusammenarbeit der Banken bei der Abwicklung der Reparationszahlungen aus dem Ersten Weltkrieg fördern. Charles Higham schreibt in seinem Buch *Trading with the Enemy*: «Die Bank verwandelte sich jedoch bald in ein Instrument mit entgegengesetzter Funktion. Sie sollte... Hitler beim Aufbau seiner Kriegsmaschinerie behilflich sein.»<sup>27</sup> Bei Ausbruch des Zweiten Weltkriegs war die Bank völlig unter Hitlers Kontrolle. Neben Walther Funk und Emil Puhl von der Reichsbank sassen auch Hermann Schmitz, der Chef des deutschen Chemiekonzerns I.G. Farben, und Baron Kurt von



Schroeder, Direktor des Kölner Bankhauses J.H. Stein und wichtiger Finanzier der Gestapo, im Aufsichtsrat der Bank. Chef der BIZ war von 1940 bis 1946 der amerikanische NS-Sympathisant Thomas Harrington McKittrick, ein Harvard-Absolvent und internationaler Finanzier aus St. Louis.

Die Nazis brachten die Goldreserven besetzter Staaten mit bewaffneten Konvois in die Reichsbank nach Berlin, schmolzen die Goldbarren um und versahen sie mit dem Prägestempel der Reichsbank. Anschließend wurde das Gold für Schweizer Franken, die damals stabilste Währung in Europa, an die Schweizer Nationalbank verkauft. Die Deutschen brauchten Devisen zur Finanzierung ihrer Kriegsanstrengungen, und die Reichsbank hatte in flagranter Verletzung des Versailler Vertrags von 1919 bereits seit 1933 heimlich Gold gehortet. Um die deutsche Wiederbewaffnung zu erleichtern, ernannte Hitler Hjalmar Schacht zum Generalbevollmächtigten für die Wehrwirtschaft. Schacht, der in der Weimarer Republik Reichsbankpräsident gewesen war, erhielt die Anweisung, für das NS-Regime doppelte Buchführung zu treiben und das Land auf die Kriegswirtschaft vorzubereiten.

Nachdem die deutschen Goldreserven in den ersten Monaten des Krieges verbraucht waren, raubte das NS-Regime unter flagranter Verletzung des Völkerrechts das Gold der besetzten Staaten. Doch wie konnte das geraubte Gold gewaschen werden? In seiner Aussage vor dem Nürnberger Militärgerichtshof betonte der Reichsbankpräsident Walther Funk, die Schweiz sei als einziges neutrales Land bereit gewesen, geraubtes Gold zu kaufen.

Die anderen Staaten, mit denen Deutschland Geschäftsbeziehungen unterhielt, verhängten ein Goldembargo. Schweden akzeptierte überhaupt kein Gold. Die Schweiz war der einzige neutrale Staat, in dem Deutschland Gold gegen Devisen tauschen konnte.<sup>28</sup> Es gibt unterschiedliche Schätzungen über den genauen Wert des in die Schweiz verbrachten Raubgoldes. Der Historiker Arthur C. Smith Jr. schätzt, dass das NS-Regime im Verlauf des Krieges in den besetzten Staaten Gold im Wert von insgesamt 621'847'038 US-Dollar raubte,<sup>29</sup> und es wird angenommen, dass ein Grossteil dieser Summe in der Schweiz gewaschen wurde. Ausserdem schätzt Smith, dass Deutschland unmittelbar

vor Beginn des Krieges über Goldreserven im Wert von 150 Millionen US-Dollar verfügte. Insgesamt dürfte Hitler zur Finanzierung des Krieges also über Gold im Wert von über 770 Millionen US-Dollar verfügt haben.

Aus einem Bericht des US-Geheimdienstes geht jedoch hervor, dass Schweizer Banken für Deutschland während des Krieges höchstwahrscheinlich finanzielle Transaktionen in Höhe von 6 Milliarden Dollar durchführten (15 Milliarden Reichsmark nach dem Wechselkurs von 1939). Diese Zahl basiert nicht nur auf dem Raubgold, das in die Schweiz verkauft wurde, sondern auch auf Gewinnen aus der Währungsspekulation und aus den in den besetzten Ländern von den Nazis enteigneten Unternehmen. In dem Bericht wird ein Interview mit Dr. Landwehr, dem früheren Chef der Devisenabteilung des Reichswirtschaftsministeriums erwähnt. «Bei dem Gespräch erfuhr ich zu meiner Überraschung», schreibt der amerikanische Geheimdienstbeamte, der Landwehr verhörte, «dass seine Schätzungen über den Gesamtumfang der durchgeführten Transaktionen stark von denen der Schweiz abwichen und sich eher mit der Sichtweise der Alliierten deckten. Dr. Landwehr schätzte, dass die in die Schweiz transferierten deutschen Vermögenswerte sich insgesamt auf mindestens 15 Milliarden Reichsmark belaufen hätten. Die Schätzung der Schweizer Verrechnungsstelle quittierte er mit einem ironischen Lächeln. Ich konnte meine Überraschung nicht verhehlen... »<sup>30</sup>

Die Nazis begannen ihren Raubzug mit der Liquidierung der Goldreserven der österreichischen Zentralbank am 17. März 1938, fünf Tage nach dem Einmarsch. Die Reichsbank erhielt von der Österreichischen Nationalbank 91256 Kilogramm Gold und transferierte es grösstenteils auf ihr Konto bei der BIZ.

Die Nazis bedienten sich bizarrer juristischer Fiktionen und einer sehr einfallsreichen Buchführung, um ihrem Raubzug in den Zentralbanken Europas den Anschein der Legalität zu verleihen. Beispielsweise versuchte die Reichsbank eine Einhaltung des internationalen Okkupationsrechts vorzuschützen und den Diebstahl der Goldreserven fremder Länder zu legalisieren, indem sie in ihrer eigenen Berliner Zentrale Konten für besetzte Länder eröffnete und entsprechende Eintra-

gungen in ihre Hauptbücher machte. So wurden etwa nach der Kapitulation der Niederlande im Mai 1940 die geraubten Goldreserven des besetzten Landes im Wert von insgesamt 193 Millionen US-Dollar zum Schein auf einem Konto der Niederlande in Berlin deponiert. Später erfanden die Nazis einen grotesken Vorwand für die Konfiskation: Angeblich würden die Niederlande sich am Krieg gegen den Kommunismus beteiligen und monatliche Zahlungen an das Reich leisten, um diesen Krieg gegen die Sowjetunion mitzufinanzieren.

Das 1939 in der Tschechoslowakei geraubte Gold ist ein weiteres Beispiel für die kreative Buchführung des NS-Regimes und seine Neigung zu «legalisierter» Expropriation. In diesem Fall war die BIZ das Instrument, das den Raub der tschechoslowakischen Goldreserven erleichterte. Hitlers Truppen wurden bei ihrem Einmarsch in Prag am 15. März 1939 von Beamten der Reichsbank begleitet, die sofort den Transfer des auf 44 Millionen Dollar in Gold geschätzten Staatsschatzes der Tschechoslowakei an die Reichsbank anordneten. Ein Teil der tschechischen Goldreserven (im Wert von circa 26 Millionen Dollar) war jedoch zur Sicherheit auf einem Konto der BIZ bei der Bank von England deponiert. Das NS-Regime konnte sich dieses Gold also nur aneignen, wenn eine offizielle Aufforderung tschechischer Beamter an die Bank von England gerichtet wurde, das Gold nach Prag zu transferieren. Sie erfolgte durch ein Telegramm an die BIZ, zu dem Beamte der tschechischen Nationalbank fünf Tage nach dem Einmarsch mit vorgehaltener Pistole gezwungen wurden. Der BIZ wurde die Weisung erteilt, das zum Wohl der Tschechoslowakei bei der Bank von England deponierte Gold auf ein Konto der Reichsbank zu transferieren. Zuerst musste das Gold allerdings auf das deutsche Konto bei der Bank von England transferiert werden. Der Gouverneur der Bank von England, Montagu Norman, selbst ein Sympathisant der Nazis und Mitglied im Direktorium der BIZ, autorisierte die BIZ unverzüglich, das tschechische Gold von ihrem BIZ-Konto bei der Bank von England abzuziehen. Als die komplizierte Transaktion an die Öffentlichkeit drang, ging ein Aufschrei der Empörung durch Grossbritannien, und der Bank von England wurde vorgeworfen,

sie habe sich zum Komplizen der nationalsozialistischen Räuber gemacht. Weil die britische Regierung jedoch weder die BIZ noch die Bank von England kontrollierte, hatte die Transaktion für Montagu Norman keine rechtlichen Konsequenzen.

Am 5. Mai 1939 wurde eine dem tschechoslowakischen Guthaben bei der Bank von England entsprechende Summe auf ein Konto der Nationalbank von Böhmen und Mähren bei der Reichsbank in Berlin eingezahlt. In seinem Bemühen, den Anschein der Legalität zu wahren, hatte das NS-Regime die tschechoslowakische Zentralbank nicht liquidiert oder mit der Reichsbank verschmolzen, wie das mit der österreichischen Zentralbank geschehen war. Stattdessen nannten die Nazis die tschechoslowakische Bank künftig Nationalbank von Böhmen und Mähren, «was nach aussen hin den Eindruck erweckte, als sei sie eine autonome Institution in dem neuen Protektorat».<sup>31</sup>

Die bei Weitem grösste Goldlieferung aus den besetzten Ländern, die zum Umschmelzen nach Berlin gebracht wurde, stammte aus dem belgischen Staatsschatz. Der Wert belief sich auf circa 223 Millionen Dollar. Beamte der belgischen Zentralbank hatten den Raub zu verhindern versucht, indem sie ihre Reserven vor der deutschen Invasion bei der Bank von Frankreich deponiert hatten. Die Franzosen wiederum hatten das belgische Gold zur Sicherheit in ihre Kolonie Senegal verfrachtet. Die Deutschen bestanden jedoch darauf, dass das vor dem französischen Zusammenbruch im Jahr 1940 nach Dakar geschickte Gold zurückgeholt und der Reichsbank übergeben wurde. Im Oktober 1940 wurde ein formelles Abkommen zur Rückholung des Goldes unterzeichnet. Im Lauf der folgenden zwei Jahre machten die 4854 Kisten belgischen Goldes mit einem Gewicht von über 240 Tonnen eine unglaubliche Reise. Sie wurden mit leichten Lastwagen durch Nordwestafrika transportiert, mit Flussbooten auf dem Niger verschifft, auf Kamelen durch die Sahara und zuletzt mit dem Zug nach Algier transportiert. Von dort aus gelangten sie auf dem Luftweg nach Marseille und wieder per Lastwagen nach Berlin. Im Sommer 1942 kam das Gold bei der Reichsbank an, wo es zum Verkauf an Banken in der Schweiz und in Portugal umgeschmolzen wurde. Kürzlich freigegebene Geheim-

dienstberichte beweisen, dass schwedische Banken kaum deutsches Gold akzeptierten, weil sie vermuteten, dass es geraubt war. Dagegen nahm es die Schweizer Nationalbank bereitwillig an. «Wie können die Schweizer behaupten, sie hätten beim Erwerb des Goldes in gutem Glauben gehandelt... obwohl sie wussten, dass es von den Schweden nicht angenommen wurde?» heisst es im Dokument eines amerikanischen Nachrichtendienstes von 1946.<sup>32</sup> Von dem belgischen Gold, das in Portugal landete, wurde ein Grossteil für Importe aus den Vereinigten Staaten verwendet.<sup>33</sup>

Den Akten der Alliierten zufolge war Portugal, ein neutrales Land mit einem faschistischen Regime, das stark mit den Nazis sympathisierte, nach der Schweiz der grösste Abnehmer für Nazigold. Aus den Akten geht hervor, dass ungefähr 100 Tonnen dieses Goldes, nachdem es von Schweizer Banken gewaschen worden war, nach Portugal gebracht wurden. Ab Herbst 1941 bis 1944 wurde Gold per Lastwagen über mehrere Tausend Kilometer von Bern nach Lissabon transportiert. Die Nazis kauften ausserdem mit geraubtem Gold in Portugal Wolfram, ein Metall, das zur Härtung von Stahl benötigt wird und von der deutschen Rüstungsindustrie dringend gebraucht wurde.

In einem Dokument aus dem Jahr 1942 informierte ein Beamter der britischen Botschaft in Washington über den Transport von Gold der Reichsbank durch die Schweiz nach Portugal: «Wie wir gerade aus sehr verlässlicher Quelle erfahren, sind in der Zeit von Ende Oktober bis Anfang Dezember 1941 über 21 Tonnen Gold, begleitet von Beamten der Reichsbank, von Berlin über Basel nach Bern gebracht worden. Dieser Transport spricht für unsere Theorie, dass es sich um deutsches Gold handelt, das ab und zu von der Schweizer Nationalbank an die Banco de Portugal verkauft wird, wobei der Gegenwert in der Regel der Schweizer Nationalbank in Escudos gutgeschrieben, manchmal jedoch auch von dem Konto der Banco de Portugal bei der Schweizer Bank abgebucht wird... Wie wir wissen, hat die Schweizer Nationalbank der Banco de Portugal mitgeteilt, dass sie vermutlich in der Lage sein wird, zweimal monatlich mindestens 1'000 Kilogramm (1 Tonne) Gold zu liefern, vermutlich von Bern nach Lissabon.»<sup>34</sup>

Wie die Schweizer Nationalbank kürzlich einräumte, lieferte sie während des Krieges tatsächlich Nazigold sowohl nach Spanien als auch nach Portugal. Die Bank fungierte jedoch nur als Clearing-Stelle, um den Handel zwischen Deutschland, Portugal und Spanien zu erleichtern. «Portugal und Spanien», sagte Jean-Pierre Roth, ein Bediensteter der Schweizer Nationalbank, «exportierten während des Krieges Güter nach Deutschland und wurden in Gold bezahlt. Die Zahlungen wurden in Bern abgewickelt. Die Reichsbank zahlte auf Konten der beiden Zentralbanken ein, die diese dort bei der Schweizer Nationalbank unterhielten.»<sup>35</sup>

Auch wenn die Nazis geraubtes Gold durch die Banken mehrerer neutraler Länder schleusten, fanden die wichtigsten Anstrengungen zur Waschung des Goldes in der Schweiz statt. Damit unterstützten die offiziellen Banken der Schweiz nicht nur den Aufbau der deutschen Kriegsmaschinerie, sondern erleichterten es den Nazis auch, die besetzten Länder auszurauben. Dazu heisst es in einem amerikanischen Geheimdienstbericht: «Die deutsche Reichsbank unterhielt während des gesamten Krieges ein wichtiges Golddepot bei der Schweizer Nationalbank: geraubtes belgisches Gold im Wert von annähernd 123 Millionen Dollar... ging nach dem Umschmelzen an die Schweizer Nationalbank; und ein Teil des von Deutschland während des Krieges geraubten Goldes ging an die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich.»<sup>36</sup>

Doch die Schweizer Banken fungierten nicht nur als Geldwäscher für die Nazis. Für Schweizer Banken «war kein Geschäft zu kompliziert... und kein Kunde zu übel beleumundet... Jede Variation war möglich: Wenn beispielsweise Gestapomänner bestochen wurden, um die Deportation der jüdischen Bevölkerung der Slowakei nach Polen aufzuhalten, dann wurde das Geld bei der Schweizerischen Bankgesellschaft eingezahlt, und wenn die Reichsbank einen deutschen Agenten in Dublin, einer anderen neutralen Hauptstadt, mit Geld versorgen wollte, dann überwies die Schweizer Volksbank und der Schweizerische Bankverein den gewünschten Betrag bereitwillig an einen gewissen ‚William Greene‘.»<sup>37</sup>

Schweizer Bankiers, die den Nazis halfen, machten dabei gewaltige Gewinne, insbesondere durch das Netz von Konzernen und Firmen, das deutsche Gesellschaften in der Schweiz besaßen. Schweizer Unternehmen wurden von den Deutschen als «Briefkastenfirmen» genutzt, um ihre Rolle bei internationalen Geschäften und Transaktionen zu vertuschen. Die Komplexität der Schweizer Gesetze erleichterte die Vertuschung. Das Schweizer Firmenrecht ist so kompliziert, dass es für alliierte Ermittler fast unmöglich war, das unüberschaubare Netz von Beteiligungen aufzuklären, das die deutschen Transaktionen vor den Augen des Feindes verbergen sollte. Durch die Geheimhaltungsbestimmungen der Schweizer Banken und die von Schweizer Rechtsanwälten ausgehandelten Beteiligungen bot die Schweiz sichere Deckung für die internationalen Geschäfte vieler deutscher Firmen. In manchen Fällen erteilte die deutsche Regierung einer Schweizer Firma eine Lizenz zum Verkauf deutscher Technologie oder eines deutschen Produkts nach Grossbritannien, wodurch die britische Blockade Deutschlands unterlaufen wurde, und als Gegenleistung importierte die Schweizer Firma Material aus Grossbritannien für die deutsche Industrie.

Amerikanische Geheimdienstberichte legen ausserdem die Vermutung nahe, dass Schweizer Bankiers während des Krieges durchaus korrumpierbar waren und es mit den strengen Vorschriften des Schweizer Bankwesens nicht so genau nahmen, wenn hohe Gewinne erzielt werden konnten. Die falsche Bewertung von Inhaberaktien, die sich die Nazis als Besitzer in Frankreich, Holland und Belgien angeeignet hatten, ist ein Beweis dafür. Ein amerikanischer Geheimdienstbeamter skizziert, auf welche Weise sich viele Bankiers juristischer Tricks zur Überbewertung geraubter Aktien bedienen. Ganz ähnlich, wie die Nazis geraubtes Gold umschmolzen und die Barren mit Vorkriegsstempeln versahen, beteiligten sich Schweizer Bankiers an der betrügerischen Rückdatierung geraubter Aktien zugunsten skrupelloser Kunden, mit denen sie die Gewinne teilten:

«Angesichts der gewaltigen Dividenden, die auf Aktien bezahlt werden, die sich seit 1938 ständig im gleichen Besitz befinden, wurde von

Käufern aus den Jahren nach 1938 häufig ein kriminelles Verfahren angewandt, um die Ausschüttung der Dividenden zu umgehen. Zu diesem Zweck lokalisieren Finanzagenten in der Schweiz Besitzer von Schliessfächern bei Schweizer Banken, die ihre Schliessfächer entweder seit 1938 nicht geöffnet haben oder, noch besser, seit 1938 gar nicht in der Schweiz gewesen sind. Sie treten an solche Schliessfachinhaber heran und schlagen ihnen ein Geschäft vor, das wie folgt funktioniert: 1. Der Inhaber kommt in die Schweiz und hinterlegt die fraglichen Aktien heimlich in seinem Schliessfach. Dazu muss er einen Bankbeamten bestechen. 2. Später erscheint er mit einem Notar und einem hohen Beamten der Bank und beweist entweder durch seinen Pass, dass er seit 1938 nicht in der Schweiz gewesen ist, oder unterzeichnet eine eidesstattliche Erklärung, dass er sein Schliessfach seit 1938 nicht geöffnet hat, je nachdem wie der Fall liegen mag; 3. Das Schliessfach wird in Anwesenheit des Notars, des Bankbeamten und anderer Zeugen geöffnet und alle unterzeichnen eine eidesstattliche Erklärung, dass die Aktien seit 1938 in dem Schliessfach lagen. Der Gewinn aus einem solchen Geschäft beträgt zwei- bis dreihundert Prozent, und die an der Transaktion beteiligten Bankiers, Bankangestellten und Zeugen werden reichlich entlohnt.»<sup>38</sup>

Die Verwicklung der Schweiz in die deutschen Bankgeschäfte wurde in den vierziger Jahren so intensiv, dass die Alliierten sich zur Operation Safehaven entschlossen, einer Aktion zur Nachrichtenbeschaffung, die allein dazu diente die Aktivitäten im Finanzsektor jener neutralen Länder zu überwachen, die von den Alliierten der «wirtschaftlichen Kriegsführung» beschuldigt wurden. Safehaven war eine gemeinsame Operation der USA und Grossbritanniens, die Deutschland in der letzten Phase des Krieges daran hindern sollte, in verschiedenen neutralen Ländern Geld zu waschen. Obwohl Safehaven auch die deutschen finanziellen Aktivitäten in anderen neutralen Ländern wie Schweden, Portugal und der Türkei untersuchte, war sie hauptsächlich auf die Schweiz konzentriert. In einem amerikanischen Geheimdienstbericht heisst es dazu: «Man sollte deutlich machen, dass die Schweiz durch die Hilfe, die sie dem Feind im Bankwesen leistet, weit über die Verpflichtungen eines



neutralen Staats zur Fortsetzung des Handels mit einem kriegführenden Land hinausgeht und dass dies allein durch das Gewinnstreben der Schweizer Banken begründet ist. Die Schweiz sollte für diese unstatthafte Unterstützung des Feindes haftbar gemacht werden, die wir bis jetzt geduldet haben.»<sup>39</sup>

Solange der Krieg dauerte, machten jedoch weder die Schweiz noch Deutschland Anstalten, ihre vorteilhaften finanziellen Transaktionen aufzugeben. Auch nachdem am 5. Januar 1943 die Erklärung der Alliierten veröffentlicht worden war, die den Raub und das Waschen der Staatsschätze besetzter Länder streng verbot, wurden die Goldlieferungen aus Deutschland nicht nur fortgesetzt, sondern sogar noch erhöht. Nach Schätzungen amerikanischer Ermittler schickten die Nazis allein im Jahr 1943 Raubgold im Wert von 120 Millionen Dollar in die Schweiz. Tatsächlich gelang es Emil Puhl, dem Vizepräsidenten der Reichsbank, sogar noch im April 1945, einen Monat vor der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands, Ernst Weber, den Präsidenten der Schweizer Nationalbank, zum Kauf von drei Tonnen geraubten Goldes zu überreden. Die Annahme des Goldes durch die Schweizer Nationalbank stellte eine direkte Verletzung eines Abkommens dar, das die Schweizer Regierung im März 1945 mit den Alliierten geschlossen hatte. In dem Abkommen war vereinbart worden, dass die Schweiz den Handel mit Deutschland komplett einstellen und alle deutschen Vermögenswerte in der Schweiz einfrieren würde. Ausserdem hatte sich die Schweiz bereit erklärt, alles «identifizierbare» Gold an seine rechtmässigen Eigentümer zurückzugeben.

Die Schweizer Bankbeamten behaupteten, sie hätten «wissentlich» kein geraubtes Gold von der Reichsbank gekauft. Nach dem Krieg erklärte die Schweizer Nationalbank, sie habe sicherstellen wollen, dass sie nur sauberes Gold aus Deutschland erhielt. Vertreter der Bank betonten, die Herkunft jeder Goldlieferung sei von einem hochrangigen Beamten der Reichsbank wie etwa Emil Puhl zertifiziert worden, und alle Goldbarren hätten den Stempel der Reichsbank getragen. Um ihre Kriegsbeute zu tarnen, hatten die Nazis das Gold jedoch in Berlin umschmelzen lassen und durch Reichsbankbeamte neue Dokumente über

die Herkunft der Barren aufsetzen lassen. Es gab also kein «identifizierbares» Gold. Amerikanische Geheimdienstbeamte schätzten, dass die Schweiz Raubgold im Wert von 398 Millionen Dollar gewaschen hatte, was heute über 4 Milliarden Dollar entspricht. (1939 kostete eine Unze Gold 35 Dollar, 1996 war sie 370 Dollar wert.)

Warum waren so viele Bankbeamte in einem neutralen Land, das als anständig, pragmatisch und demokratisch gilt, so eifrig bemüht, den Deutschen bei ihren finanziellen Transaktionen während des Krieges behilflich zu sein?

Zum einen fürchtete die Schweiz die militärische Macht des Deutschen Reiches und wollte eine Invasion um jeden Preis verhindern. Zum anderen war das Land völlig von den Achsenmächten abhängig. Sie konnten der kleinen, rohstoffarmen Schweiz jederzeit die Brennstoffversorgung abschneiden. Ausserdem wurde die Schweiz von Genua aus über eine Bahnlinie mit Lebensmitteln und Rohstoffen versorgt. Am 9. August unterzeichneten die Schweiz und Deutschland ein Handelsabkommen, in dem das Dritte Reich sich verpflichtete, die Schweiz mit Rohstoffen einschliesslich Kohle und Eisen zu versorgen. Im Gegenzug erklärte sich die Schweiz bereit, die Transportmittel für den Warenaustausch mit Italien zu stellen, räumte Deutschland einen Kredit über 150 Millionen Schweizer Franken ein und lieferte Waffen und Munition für die deutschen Kriegsanstrengungen.

Nach der Niederlage Frankreichs im Juni 1940 schien die Neutralität der Schweiz in Gefahr, weil das Land nun von feindlich gesinnten faschistischen Staaten umzingelt war. Tatsächlich plante das deutsche Oberkommando für den Herbst nach der französischen Niederlage eine grossangelegte Invasion in der Schweiz. Der Plan sah eine schnelle Niederschlagung des schweizerischen Widerstands und die Aufteilung des Landes zwischen Deutschland und Italien vor, wurde jedoch nie verwirklicht, weil das NS-Regime sich auf andere Eroberungen konzentrierte. Mit dem Unternehmen «Weihnachtsbaum» hätte Deutschland den Nordteil des Landes übernommen, und Mussolinis Streitkräfte hätten das Land südlich einer vom Genfer See nach Osten verlaufenden Linie besetzt. Im Jahr 1943 verschärfte sich der deutsche Druck auf die

Schweiz erneut, da Hitler wegen der hartnäckigen politischen Neutralität der Schweiz beunruhigt war. Er fürchtete, dass die Schweizer den Alliierten bei einer Invasion in Europa ihr Land als Aufmarschbasis zur Verfügung stellen könnten. Heinrich Himmler, der «Reichsführer SS» und Chef der Gestapo, befürwortete eine Besetzung der Schweiz, aber Hitler liess sich von seinem Generalstab und wirtschaftlichen Beratern überzeugen, dass ein solcher Schachzug strategisch unklug gewesen wäre. Dank ihrer Berge war die Schweiz kaum zu erobern, und ausserdem hätte sie als Abwehrmassnahme den St. Gotthard und den Simplon-Tunnel sprengen und damit die wichtigste Transitroute für den deutschen Nachschub nach Italien kappen können.

Trotzdem war die Gefahr einer deutschen Invasion nie ganz gebannt, und von Zeit zu Zeit schwirrten Gerüchte durch das kleine Land, dass Hitler, unterstützt von einem Aufstand der Nazi-Sympathisanten in St. Gallen, im deutschsprachigen Teil der Schweiz einmarschieren wolle. Für den grössten Teil der Kriegszeit setzte das NS-Regime in der Schweiz eine allgemeine Verdunklung durch, die mit den Rechten eines neutralen Landes unvereinbar war. Die Schweizer vertraten zwar die Ansicht, dass alliierte Bomber neutrales Gebiet erkennen könnten, wenn es beleuchtet sei, doch die Italiener bestanden auf der Verdunklung, weil eine unverdunkelte Schweiz es den alliierten Bomberkommandos erleichtert hätte, ihre Ziele in Norditalien zu finden. Nach der französischen Niederlage kapitulierte die Schweizer Regierung vor den Forderungen der Achsenmächte und verhängte eine Verdunklung über ihr gesamtes Territorium. Sie begann im November 1940 und wurde erst vier Jahre später aufgehoben. Alliierte Bomber verfehlten dennoch ihre Ziele bei Angriffen auf norditalienische Städte sehr häufig und warfen versehentlich Bomben auf Schweizer Gebiet.

Vielleicht waren die Schweizer Bankiers, die den Nazis halfen, auch von der offiziellen Politik der Schweizer Regierung beeinflusst. Der Bundesrat in Bern ging lange von der Annahme aus, dass Deutschland den Krieg gewinnen würde. Noch 1944, zwei Jahre nach der katastrophalen deutschen Niederlage bei Stalingrad, schienen die Schweizer in

einer Scheinwelt zu leben. «Es war wie die Rückkehr in den klimatisierten Salon eines Passagierdampfers», telegrafierte der britische Botschafter in Bern Clifford Norton, als er 1944 nach einem kurzen Besuch in England wieder in die Schweiz zurückgekehrt war. «Durch die Bullaugen konnte man den Sturm und das brausende Meer sehen oder die Hitze der Tropen wahrnehmen, aber nur wenn man an Deck ging, lernte man die Bedingungen kennen, denen der Kapitän und die Mannschaft ausgesetzt waren und die sie abhärteten und prägten.»<sup>40</sup>

Diese unrealistische Haltung war zum Teil eine Folge der strengen Schweizer Pressezensur während des Krieges und jener Appeasement-Politik, die viele führende Politiker des Landes gegenüber den Nazis praktizierten. Die sieben Männer im Bundesrat der Schweiz vertraten fast während des gesamten Krieges überwiegend eine deutschfreundliche und antikommunistische Haltung. Dagegen artikulierte Henri Guisan, der Oberbefehlshaber der Schweizer Armee während des Krieges, den Willen der Bevölkerungsmehrheit, als er sich nach der französischen Niederlage im Jahr 1940 dafür aussprach, bei einer Bedrohung der Schweizer Unabhängigkeit den Nazis, aber auch den Alliierten entschlossen Widerstand zu leisten. Guisan sehnte den Sieg der Alliierten so sehr herbei, dass er sich sogar für Gespräche zwischen seinem Stab und den Franzosen eingesetzt hatte. Auch die Schweizer Bevölkerung war nach Aussage ausländischer Diplomaten und anderer Beobachter, die während des Krieges in der Schweiz akkreditiert oder wohnhaft waren, mehrheitlich gegen die Nazis. «Die Schweizer Bevölkerung», sagte der britische Diplomat John Lomax, «hätte sich mit der Unterstützung der deutschen Kriegsanstrengungen nie abgefunden, wenn die Öffentlichkeit angemessen über die Fakten informiert worden wäre ... Die Haltung der kleinen herrschenden Gruppe war keineswegs repräsentativ für die Sympathien der Schweizer Bevölkerung für die Alliierten. In der Regierung waren ein oder zwei Mitglieder tatsächlich für die Achsenmächte, und andere waren überzeugt, dass Grossbritannien unterliegen würde; deshalb waren sie – wie die Franzosen es formulierten – geneigt, den Siegern zu Hilfe zu eilen.»<sup>41</sup>

Viele Zeitzeugen in der Schweiz behaupten jedoch, die Schweizer hätten mehrheitlich auf einen Sieg der Alliierten gehofft. «Die Schweizer Bevölkerung war nicht für die Nazis», sagte Rolf Bloch, der Präsident des schweizerischen Israelitischen Gemeindebundes. «Eine Unterstützung der Nazis widersprach den wichtigsten Grundsätzen der Schweizer. Sie widersprach dem alten demokratischen System der Schweiz. Der Nationalsozialismus war antiliberal, antiparlamentarisch und inhuman.»<sup>42</sup>

Trotzdem wurde es zu einer Überlebensstrategie, die Nazis zu beschwichtigen, und einige Schweizer machten riesige Gewinne bei diesen Geschäften. Es trifft zu, dass Schweizer Banken auch Geschäfte mit den Alliierten abwickelten. So stellte das Bankhaus Julius Bär dem Office of Strategie Studies (dem Vorläufer der CIA) die Devisen zur Verfügung, die für die Operationen dieses Geheimdienstes in Europa gebraucht wurden. Insgesamt jedoch waren die Hauptnutznießer des schweizerischen finanzpolitischen Know-hows die Nazis.

Die Schweiz half dem NS-Regime nicht nur mit Finanzdienstleistungen. Sie lieferte auch Munition, Werkzeugmaschinen, Kugellager und elektrische Geräte. 1943 schrieb der amerikanische Vorsitzende des Vereinigten Generalstabs, Admiral William Leahy, an den US-Aussenminister Cordell Hull, dass die Schweizer Munitionslieferungen an Deutschland «die militärische Wirksamkeit unserer Luftangriffe auf die Achsenmächte erheblich mindern».<sup>43</sup> Leahy, ein scharfer Kritiker der Schweiz, war besorgt, dass die Schweizer ihre Munitionslieferungen erhöhen könnten, «just zu dem Zeitpunkt, da die kombinierte britische und amerikanische Bomberoffensive die deutsche Munitionsherstellung erheblich zu beeinträchtigen beginnt».<sup>44</sup> Leahy wies daraufhin, dass der effektivste Weg zur Verhinderung der Schweizer Lieferungen eine Wirtschaftsblockade des Landes wäre.

Auch viele Mitglieder der schweizerischen Bundespolizei halfen dem NS-Regime. Sie schoben jüdische Flüchtlinge wieder ab, die vor der Verfolgung durch die Nazis in die Schweiz geflohen waren. Neuere Berichte lassen vermuten, dass die Schweiz zwar über 25'000 Flüchtlin-

ge ins Land Hess, in der Kriegszeit jedoch 30'000 weitere abwies. Die Schweizer Polizei legte so grossen Wert darauf, jüdische Flüchtlinge identifizieren zu können, dass der Berner Polizeichef Heinrich Rothmund schon ein Jahr vor Kriegsbeginn dem NS-Regime vorschlug, die Pässe der Juden mit einem grossen roten «J» zu stempeln. Den Nazis gefiel das Verfahren so sehr, dass sie es bald im gesamten Reichsgebiet und in den besetzten Gebieten praktizierten.

Jüdische Flüchtlinge, die das Glück hatten, in der Schweiz Aufnahme zu finden, wurden auf andere Weise gedemütigt. So diskriminierte die Regierung die Juden, indem sie der jüdischen Gemeinde sämtliche Kosten für die Versorgung der 25'000 jüdischen Flüchtlinge aufbürdete, die sie ins Land gelassen hatte. Wie sich Rolf Bloch erinnert, definierten die Schweizer Behörden die Flüchtlinge als Transitflüchtlinge und erteilten ihnen keine unbefristete Aufenthaltserlaubnis. Ab 1940 war die Schweiz jedoch von faschistischen Ländern umgeben, und die Flüchtlinge konnten nicht mehr ausreisen. Laut Bloch brachte die jüdische Gemeinde der Schweiz, die nicht mehr als 15'000 Mitglieder zählte, über 10 Millionen Schweizer Franken für den Unterhalt jüdischer Flüchtlinge auf, die aufgrund ihres Status keine Arbeitserlaubnis erhielten.<sup>45</sup>

Doch dies war nicht die einzige Diskriminierung von Juden durch die Schweizer Behörden. Die Juden mussten als Gegenleistung für den Aufenthalt in einem sicheren Land ihre finanziellen Verhältnisse offenlegen. Das war ein Bruch eines der heiligsten Grundsätze der Schweiz! Jeder Flüchtling musste ein Formular ausfüllen und eine Erklärung unterzeichnen. Sie mussten versichern, den Behörden genaue und wahrheitsgemässe Auskunft über ihre finanzielle Lage zu geben und ihnen jede Änderung sofort und unaufgefordert mitzuteilen. Ausserdem mussten sie alle Personen, die beruflich oder juristisch mit ihnen zu tun hatten, also Banken, Vertrauenspersonen, Rechtsanwälte usw., ermächtigen, den Schweizer Behörden Informationen über ihre Finanzlage mitzuteilen.<sup>46</sup>

Kürzlich veröffentlichte Dokumente legen die Vermutung nahe, dass das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) seit 1942 über die Deportation und Vernichtung der Juden im Herrschaftsbereich des Drit-

ten Reichs informiert war, die Angelegenheit jedoch bewusst verschwieg. 1989 veröffentlichte der Schweizer Historiker Jean-Claude Favez einen vernichtenden Bericht über die Untätigkeit dieser humanitären Organisation, nachdem er im Genfer Archiv des Roten Kreuzes sorgfältige Recherchen in den Akten der Organisation aus dem Zweiten Weltkrieg angestellt hatte. Favez entdeckte einen detaillierten Bericht über eine Geheimkonferenz des IKRK am 14. Oktober 1942 in Genf. Auf der Konferenz forderten mehrere Mitglieder der Organisation die Veröffentlichung der Informationen über den Massenmord an den Juden, die an verschiedene Rotkreuz-Delegierte übermittelt worden waren. Der damalige Präsident der humanitären Organisation, Carl Jacob Burckhardt, forderte jedoch absolute Geheimhaltung. Und der damalige Regierungschef Philipp Etter, der als Mitglied des IKRK ebenfalls anwesend war, pflichtete ihm bei. Laut Burckhardt und Etter verfügte das Rote Kreuz über keine legale Basis für eine Intervention gegen die Massenvernichtung der Juden, und sie fürchteten, durch eine Veröffentlichung der Fakten die Schweizer Neutralität zu gefährden.<sup>47</sup> Schon einige Monate vor der Geheimkonferenz hatte das IKRK einen Grossteil seiner Anstrengungen auf die «Verstärkung unserer Delegationen in den lateinamerikanischen Staaten» konzentriert, «wo uns mit Hilfsleistungen für viele Ausländer einschliesslich Tausender Deutscher grosse und schwierige Aufgaben erwarten».<sup>48</sup>

Die offizielle Flüchtlingspolitik der Schweiz schien von Untätigkeit und Antisemitismus geprägt zu sein. Doch viele Bürger des Landes unternahmen grosse Anstrengungen, um den Juden zu helfen. Neben engagierten Fachleuten wie Veit Wyler beherbergte die Schweiz auch die fortschrittlichsten jüdischen Organisationen. Der Jüdische Weltkongress (WJC) wurde 1936 in Genf gegründet, um die antijüdische Politik Hitlers zu bekämpfen und die jüdischen Gemeinden in Osteuropa zu verteidigen, wo ein radikaler Antisemitismus grassierte.

Der Jüdischen Weltkongress unterhält heute Büros auf der ganzen Welt. Er wurde von einer internationalen Gruppe zumeist junger Rechtsanwälte gegründet, die sich für den Schutz der europäischen Juden enga-

gierten. 1936 unterbrach der junge Rechtsanwalt Gerhart Riegner seine Karriere – für ein paar Wochen, wie er zunächst glaubte – und wurde Generalsekretär der Organisation in Genf. Riegner ist heute fünfundachtzig und arbeitet noch immer für den WJC. Er berichtet, er habe 1942 aus einer sehr verlässlichen Quelle in Deutschland Informationen erhalten, dass die Nazis eine grossangelegte Kampagne zur Vernichtung der europäischen Juden gestartet hätten.

In jenem Sommer versuchte Riegner, die Alliierten durch ein Telegramm auf das Verbrechen aufmerksam zu machen, das als «Endlösung der Judenfrage» in die Geschichte einging. Alle Juden sollten in den Osten deportiert werden, schrieb er am 8. August 1942, und anschliessend «auf einen Schlag vernichtet» werden. Riegner fügte hinzu, dass er die Information mit allen notwendigen Vorbehalten weitergebe, weil die Richtigkeit nicht bestätigt werden könne. Sein Informant habe jedoch sehr enge Verbindungen zu den oberen Rängen des NS-Regimes.<sup>49</sup> Das Telegramm wurde über das amerikanische und das britische Konsulat in Genf verschickt und war an Rabbi Stephen Wise, den bekanntesten Führer der amerikanischen Juden, und an den britischen Abgeordneten Sidney Silverman gerichtet. Silverman erhielt die Information, Wise jedoch nicht. Silverman übermittelte die Botschaft jedoch an Wise, der sie an den Staatssekretär im amerikanischen Aussenministerium, Sumner Welles, weiterleitete. Der Staatssekretär ersuchte Riegner, die Information nicht zu veröffentlichen, bis man den Versuch gemacht habe, sie detailliert zu überprüfen. Am Ende unternahm die Alliierten jedoch nichts.

«Es war die grösste Tragödie meines Lebens», sagte Riegner über ein halbes Jahrhundert später und starrte in die wirbelnden Schneeflocken vor dem Fenster seines Genfer Büros hinaus. «Es war schrecklich. So viele Juden starben, und niemand glaubte mir.»<sup>50</sup>



**3** BEI DEM VERZWEIFELTEN VERSUCH, den Nazischergen in Wien zu entkommen, mag Renée Lang auch erwogen haben, im Schutze der Nacht in die Schweiz zu fliehen. Falls sie diesen Weg tatsächlich erwogen hat, dann sicherlich nur flüchtig und erst, nachdem ihr Grossvater ihr von der Existenz seines Bankkontos in der Schweiz berichtet hatte.

Denn Renée wusste nur zu gut, dass die Schweiz kein sicherer Hafen für Juden war. Kurz nach Ausbruch des Krieges im Herbst 1939 hatten ein paar ihrer Studienkollegen bei einer riskanten Aktion versucht, in die Schweiz zu gelangen, doch sie waren gescheitert. Eine Woche, nachdem sie sich auf den Weg gemacht hatten, waren sie wieder in Wien und erzählten allen, die es überhaupt hören wollten, wie es ihnen ergangen war. Die Schweizer Grenzbehörden hatten den Studenten nicht nur die Einreise verweigert, sondern ihre Ausweise gleich auch noch mit einem roten «J» gestempelt und sie unverzüglich nach Österreich zurückgeschickt.

«Wir fanden schnell heraus, dass die Schweiz neutral war – neutral gegenüber den Deutschen», erzählte Renée, die damals mit ihrer Mutter Selma in der ausgeräumten Wohnung ihrer Grosseltern in der Negerlegasse lebte.<sup>1</sup>

Auch die jüdische Historikerin Gertrude Schneider, die mit ihrer Familie bis zu ihrer Deportation nach Riga im Jahre 1942 in Wien lebte, erfuhr aus erster Hand, wie viel die Schweizer Neutralität für Juden wert war. Im Sommer 1938 schickte ihr Vater, ein reicher Wiener Kaufmann, seine jüngste Tochter Rita im Rahmen eines vom Wiener Jüdischen Gemeindezentrum organisierten Jugendprogramms in ein Ferienlager ins schweizerische Städtchen Appenzell. Das Gemeindezentrum, das in dem Sommer einen Ferienaufenthalt für rund einhundert Kinder in der Schweiz organisierte, hütete sich wohlweislich, die Reise offiziell als Versuch anzupreisen, jüdische Kinder ausser Landes zu schaffen.

Dennoch planten die meisten jüdischen Familien, die ihre Kinder für das Ferienlager anmeldeten, die Gelegenheit zur illegalen Einreise in die Schweiz zu nutzen. Waren erst einmal ihre Kinder in der Schweiz, dann würden die Grenzbeamten auch sie kaum zurückweisen können. Das glaubten oder hofften die meisten. Aber es kam anders: Nachdem die illegal eingereisten Eltern einiger Kinder den Behörden in die Hände gefallen waren, schickten die Schweizer die meisten jüdischen Kinder, darunter auch die kleine Rita Schneider, wieder nach Wien zurück – eine unmissverständliche Botschaft an die Adresse der österreichischen Juden, dass die Eidgenossen keinen Wert auf ihre Gesellschaft legten.

«Wir waren wie vor den Kopf geschlagen. Wir waren alle überzeugt, dass die Schweizer die Kinder niemals zurückschicken würden. Und doch taten sie es», erinnerte sich die Historikerin, die mit ihren damals zehn Jahren selbst zu alt war, um an dem Ferienaufenthalt teilnehmen zu dürfen. «Meine Schwester schickte uns einen Brief aus Appenzell und berichtete, dass sie von den Behörden nicht gerade gut behandelt wurden.»<sup>2</sup>

Auch ehemals sehr wohlhabende Wiener Juden im Zweiten Bezirk lebten nach dem Anschluss am 10. April 1938 in grosser Not. In dem Bezirk, in dem Renées Grosseltern gelebt hatten und den sie seit jeher mit Augenblicken des Glücks verband – mit Geburtstagsfeiern, jüdischen Festtagen und langen Sonntagnachmittagen im Café Schweden –, herrschte jetzt eine unheimliche Stille. Der Zweite Bezirk war das Zentrum der jüdischen Gemeinde Wiens gewesen. Einst waren die kopfsteingepflasterten Gassen mit den koscheren Fleischmärkten und Hebräischschulen voller Leben gewesen. Nun mutete ein Spaziergang an wie ein Gang durch eine Ruine aus einer anderen, längst vergangenen Zeit. Wie Renées Familie, so hatte ein Grossteil der jüdischen Mittelklasse Wien längst verlassen, und wer noch da war, dachte an nichts anderes als die Flucht. Die Gesichter der Frauen auf dem Weg zum Schwarzmarkt, wo sie Familienerbstücke gegen Nahrungsmittel eintauschten, waren von Sorge und Angst gezeichnet. Renée schlich mit

gesenktem Kopf durch die Strassen und vermied jeden Blickkontakt. Sie eilte vorbei an den geplünderten Läden und zerstörten Synagogen, deren Wände mitjudenfeindlichen Parolen beschmiert waren, um so schnell wie möglich nach Hause zu kommen.

«Wir mussten uns eingestehen, dass wir keine Freunde hatten», erinnerte sich Renée an die fast vier Jahre, die sie im Zweiten Bezirk verbrachte, nachdem ihre Grosseltern nach Riga geflohen waren. «Jeder war sich selbst der nächste. Begriffe wie Freundschaft oder Hilfe hatten keine Bedeutung mehr. Niemals wurde mir von anderen Juden im Gerdingen geholfen, nicht einmal im Zweiten Bezirk.»<sup>3</sup>

Als Renée Ende Dezember 1939 ihren siebzehnten Geburtstag feierte, war sie weit über die Zahl ihrer Jahre hinaus gereift. Ihre Gedanken kreisten darum, wie sie das Land verlassen konnten, um den Gesundheitszustand ihrer Mutter und um das Essen des nächsten Tages. Getrennt von ihren Freunden und in engstem Kontakt zu ihrer Mutter, verlor sie ihr sorgloses Wesen und wurde zusehends ängstlich und verschlossen. «Ich Sorge mich um meine kleine Renée», schrieb Selma in einem Brief an ihre Schwester. «Es schmerzt mich, sie so voller Angst zu sehen. Sie sieht gar nicht gut aus.»<sup>4</sup>

Renée und Selma setzten ihre Hoffnungen immer noch auf eine Einreisegenehmigung in die Vereinigten Staaten. Doch seit dem Ausbruch des Krieges in Europa war die Warteliste für Visaanträge im amerikanischen Konsulat in Wien unermesslich lang geworden. Nach wie vor galt für Einwanderer aus Europa die Quotenregelung, und um überhaupt für ein Visum in Frage zu kommen, musste jeder Ausreisewillige eine beträchtliche Summe als Sicherheit hinterlegen.

In der Zwischenzeit bemühten sich Mutter und Tochter, das Beste aus der Situation zu machen. Selma war eine exzellente Köchin und eröffnete in der Wohnung ihres Vaters ein improvisiertes Restaurant für die Bewohner des Ghettos, die sich noch ein Essen leisten konnten. Renée belegte einen Schneiderkursus, um für ein neues Leben in einem anderen Land etwas zu lernen. An den Wochenenden begleitete sie ihre Mutter in ein kleines Café im Dritten Bezirk, wo sie sich in Träumen

über das Leben in Amerika verlor, während ihre Mutter mit einigen ihrer noch in Wien weilenden Freundinnen Gerüchte und Rezepte austauschte.

Doch die Lage im Ghetto wurde immer hoffnungsloser. Lebensmittel waren extrem knapp, und Selmas Ersparnisse waren fast aufgezehrt. Sie war inzwischen auf die regelmässig von ihrem Vater aus Riga und ihrer Schwester aus Stockholm geschickten Pakete mit Lebensmitteln angewiesen. Den Grossteil ihrer freien Zeit verbrachte sie eingeschlossen in der ehemaligen Bibliothek ihres Vaters, wo sie stundenlang Briefe an die Familienmitglieder schrieb. In einem Brief an Paula berichtet sie: «Unglücklicherweise gehen die Chancen, das Land verlassen zu können, derzeit praktisch gegen Null. Wie ich gehört habe, kann man über Russland noch ausreisen, doch dazu braucht man 750 Reichsmark und eine Schiffspassage von Japan nach Amerika, die noch einmal 200 Dollar kostet. Aber wer könnte uns schon eine solche Summe vorstrecken? K.G. nicht, weil sie selbst kein Geld mehr haben. Und wenn wir, wie wir befürchten, keine Wohlfahrtsunterstützung mehr erhalten, können wir selbst auch nichts für die Reise auf die Seite legen. Es gibt aber offenbar noch einen anderen Weg, durch Spanien, aber zur Zeit können wir nichts tun, ausser hoffen und warten... Paula Fish würde uns bestimmt Geld geben, aber sie hat selbst keines. Und was Rosenbluth angeht, der hat zwar Geld, aber kein Herz. Darum machen wir uns auch so wenig Hoffnungen. Wie es aussieht, werden wir den Winter über in Wien bleiben müssen. Ich bin schon dabei, Vorkehrungen für diesen Fall zu treffen; ich habe Eier eingelegt und ein paar Karotten und Gerste... Vielleicht kann ich sogar ein bisschen Kohle einlagern.»<sup>5</sup>

Aber nicht nur der Mangel an Nahrungsmitteln machte ihnen das Leben schwer. Die Ausschreitungen gegen Juden wurden von Tag zu Tag schlimmer. Im Februar 1940 wurden in Wien die ersten Juden in den «Osten», ein Euphemismus für Konzentrationslager, deportiert. Die paar Geschäfte in der Stadt, die noch von Juden betrieben wurden, verwüsteten die Nazischläger immer wieder. Den Juden war der Besuch der meisten kulturellen Veranstaltungen verboten, und sie mussten sich

strikt an die Sperrstunden halten. «Nun, was sonst gibt es noch zu sagen?» schrieb Selma in einem Brief im Sommer 1940 nach Kopenhagen. «Wir sehen nicht viel Schönes, und über das Schlechte will ich nicht schreiben ...»<sup>6</sup>

Zu allem Überfluss erlitt Renées Bruder Siegfried, der zu seiner eigenen Sicherheit nach London geschickt worden war, während der verheerenden Bombenangriffe der Deutschen auf London im Herbst 1940 einen Nervenzusammenbruch. Siegfried wurde in ein Londoner Hospital eingeliefert, wo er bis Kriegsende blieb. Es gab nichts, was die Familie für ihn hätte tun können. Und auch von Oskar, Selmas Ehemann, der immer noch in Polen festsass, hatte man seit Langem nichts mehr gehört.

Im Laufe des Jahres 1940 wurde das Leben in Wien für die Langs immer unerträglicher. Um einigermaßen zu überleben, musste Selma zwei der Zimmer der Wohnung in der Negerlegasse an fünf andere Juden vermieten. «Jetzt wird von uns ein Höchstmass an Geduld und Leidensfähigkeit gefordert. Leider sind meine Nerven nicht mehr besonders gut», schrieb sie an Paula Anfang Januar 1941. «Wir leben nun zu siebt in der Wohnung. Wenn man beide Augen schliesst, kann man es aushalten. Schlimmer kann es eigentlich nicht mehr kommen.»<sup>7</sup>

Aber es kam noch schlimmer, nicht nur für die Langs, sondern für alle Juden in Europa. Ab dem 1. September 1941 mussten alle im Dritten Reich lebenden Juden über sechs Jahre als Erkennungsmerkmal einen gelben Davidsstern tragen. (Der Judenstern war zwei Jahre zuvor in Polen eingeführt worden.) Damals waren in Berlin die Vorbereitungen für Hitlers «Endlösung der Judenfrage» bereits weit fortgeschritten. Im Sommer 1941 wies Richard Heydrich, Chef des Reichssicherheitshauptamtes und der für die Koordinierung des Massenmordes an den europäischen Juden hauptverantwortliche Naziführer, den überaus fähigen Adolf Eichmann an, die logistischen Voraussetzungen für den Transport der europäischen Juden in die Vernichtungslager zu schaffen. Im Herbst 1941 führten die Nazis erste Versuche mit dem Giftgas Zyklon B im KZ Auschwitz durch. Gleichzeitig wurde in Kulmhof, Belzec und Majdanek an weiteren Vernichtungslagern gebaut. Eichmann, der sich als ebenso

effizienter wie skrupelloser Organisator der Deportation der österreichischen Juden Ende der dreissiger Jahre hervorgerufen hatte, stieg in den Rängen der SS schnell auf. Im November 1941 wurde er zum SS-Obèrsturmbannführer ernannt und mit der Umsetzung der Pläne zur Auslöschung der europäischen Juden betraut.

Während Eichmann und seine Helfershelfer den Genozid vorbereiteten, sorgte sich Abraham Hammersfeld in Riga um das Schicksal seiner Tochter und seiner Enkelin in Wien, seines Schwiegersohnes in Polen und seines Enkels, der in eine Heilanstalt für Geistesranke in London eingewiesen worden war. Abraham und Lotte teilten ihre winzige Wohnung in der lettischen Hauptstadt mit ihren Söhnen Harry und Adolf, deren Ehefrauen und dem zehnjährigen Enkelsohn Hans. Abraham versuchte, den Anschein eines normalen Lebens aufrecht zu erhalten, so gut es ging. Er engagierte sich in einer kleinen Synagoge in Riga, schrieb lange Briefe an Paula in Stockholm und unterrichtete seinen Enkel am Küchentisch in Hebräisch. Wohl als Erinnerung an das komfortable Leben, das die Familie in Österreich geführt hatte, mietete Abraham für die langen, heissen Sommermonate ein Ferienhäuschen an der Ostsee.

Kurz vor dem Passahfest 1940 schrieb Abraham in einem Brief an Paulas Mann Georg von seiner brennenden Sehnsucht, die Familie wieder einmal vereint um einen Tisch zu sehen, zumal jetzt, an den jüdischen Feiertagen: «Es wäre für uns alle doch wundervoll, wenn wir endlich wieder einmal zusammen sein könnten. Werde ich das noch einmal erleben dürfen? Glaubst du, ich werde das? Oh, wie schön es doch wäre... wenn wir unseren Sederabend wieder gemeinsam feiern könnten und mein [Enkelsohn] Heinz – wie gut ich mich an sein tränenüberströmtes Gesicht erinnern kann – die ‚Ma Nischtanes‘ rezitieren würde. Gibt es für einen Juden schönere Momente? Wohl kaum. Sollten wir das nochmals erleben dürfen, dann werden diese ‚Ma Nischtanes‘ mit einem ganz anderen Sinn und mit noch mehr Enthusiasmus gestellt werden. Gebe Gott, dass ich das noch einmal miterleben darf...»<sup>8</sup>

Doch so sehr sich die Hammersfelds auch bemühten, das glückliche Leben von einst lag in unerreichbarer Ferne. Die Belastung, in diesen

unsicheren Zeiten so beengt wohnen zu müssen, scheint allen an den Nerven gezerrt und Zwistigkeiten in der Familie verschärft zu haben. In vielen Briefen an Paula und Georg beklagte sich Abraham über das Leben in Riga, die Familie und den mangelnden Respekt seines Sohnes Adolf (oder Dolfi, wie er ihn nannte) gegenüber seiner Mutter Lotte, die mit zunehmendem Alter immer gebrechlicher wurde. «Als wir hier ankamen, kam Harry immer noch mit uns aus und war höflich genug, ein paar nette Worte zu seiner schwerkranken Mutter zu sagen. Dolfi dagegen scheint zu glauben, er sei kein Pole mehr. Er hat von seiner Frau Edith und seinen Kollegen den Wiener Habitus übernommen und fühlt sich fast schon als Patriarch. Da jedoch niemand bereit ist, sich von ihm herumkommandieren zu lassen, kühlt er sein Mütchen an deiner kranken Mutter. Was macht es einer alten Frau schon aus, sagt er, wenn sie allein Kartoffeln für sieben hungrige Münder schält und dreimal am Tag den Abwasch macht; junge Frauen wie Edith müssen nach dem Essen mit ihren lackierten Fingernägeln ausgehen können.»<sup>9</sup>

Die meisten Familienmitglieder fassten Riga lediglich als eine Zwischenstation auf dem Weg in die Vereinigten Staaten auf und warteten ungeduldig auf ihre Einreisegenehmigungen. Obwohl Abraham um die Sicherheit seiner Familie fürchtete, hielt er die Vereinigten Staaten immer noch nicht für die beste Lösung. In einem Brief an Paula vom Frühling 1940 sorgte er sich darum, wie er die Familie zusammenhalten sollte, und liess ein wenig die für viele Europäer typische Verachtung für Amerika durchscheinen. «Was die Frage angeht, ob du deine beiden Kinder vorschicken solltest, muss ich (und alle stimmen mir hierin zu) leider meine Einwilligung ganz entschieden verweigern. Erstens ist es undenkbar, die Kinder alleine auf eine Reise von, wie du selbst gesagt hast, drei oder vier Monaten zu schicken. Nicht einmal Erwachsene entscheiden sich angesichts des Krieges so mir nichts dir nichts für eine Schiffsreise. Zweitens scheinst du in der Tat zu glauben, dass Amerika nur auf dich wartet und nicht weiss, wen es mit seinen vielen Dollars beglücken soll. Ich muss dir sagen, dass dir keine gebratenen Tauben in den Mund fliegen werden. Amerika leidet unter einer hohen Arbeitslo-

sigkeit, und du musst dir jeden Dollar durch harte Arbeit verdienen. Wir selbst machen uns berechnete Hoffnungen auf ein Visum, und dennoch weiss ich nicht, ob wir nach Amerika gehen würden, wenn sich die geringste Chance bieten würde, an einen sicheren Ort irgendwo in Europa zu gelangen.»<sup>10</sup>

Zwei Monate später verkündete Abraham seinen Entschluss, nicht mit seiner Familie in die Vereinigten Staaten auszureisen. Er konnte sich einfach nicht vorstellen, in seinem Alter noch einmal ganz von vorne anzufangen. Lotte und er, erklärte er, wollten in Riga bleiben. Sie hatten sich inzwischen einigermassen in der Stadt eingerichtet, und Abraham hatte sich sogar mit einigen Rabbis der jüdischen Gemeinde von Riga angefreundet. «Angesichts meines fortgeschrittenen Alters ziehe ich es vor, hier zu bleiben, wo die Juden zu ihrem Judentum stehen und mich ehrerbietig behandeln», schrieb er am 31. Mai 1940 an Paula. «Der hiesige Rabbi lädt mich oft auf einen Besuch ein, und an schönen Tagen machen wir sogar einen gemeinsamen Spaziergang. Muss ich noch mehr sagen? Und jetzt soll ich in den riesigen amerikanischen Schmelztopf geworfen werden, obwohl ich mir weiter nichts wünsche als Frieden und Ruhe?»<sup>11</sup> Abrahams Starrsinn und seine antiamerikanische Haltung sollten sich bitter rächen.

Ein paar Tage, nachdem Abraham diesen Brief an Paula abgeschickt hatte, marschierte die Rote Armee in Lettland, Estland und Litauen ein. Bis Ende Juni hatten die Sowjets die lettische Regierung aufgelöst, die Kommunistische Partei Lettlands legalisiert und alle anderen Parteien verboten. Die Sowjets trieben alle politisch unliebsamen Personen und Industriellen zusammen, derer sie habhaft werden konnten. Wer nicht hingerichtet wurde, verschwand in einem Arbeitslager in Sibirien.

Die russischen Behörden wiesen alle Ausländer an, die grösseren Städte zu verlassen. Die Hammersfelds packten abermals ihre Habseligkeiten und machten sich auf den Weg nach Mitau, einem Zentrum der Textilindustrie 50 Kilometer südwestlich von Riga, wo ein Viertel der 35'000 Einwohner Juden waren. Die Stadt wurde von plündernden Soldaten terrorisiert, die reiche Geschäftsleute und Landbesitzer verhafteten, Bauernhöfe und Industriebetriebe kollektivierten und jegliche



Opposition brutal unterdrückten. Harry und Adolf, die vor dem Einmarsch der Sowjets für eine Baustoffhandlung in Mitau gearbeitet hatten, wurden von den Sowjets übernommen, die zur Fortführung des Betriebes auf das unternehmerische Wissen der beiden Brüder angewiesen waren.

Inmitten des Krieges, der nun in fast ganz Europa tobte, scherte sich niemand gross um das Schicksal der baltischen Staaten. Zudem hatten Deutschland und die Sowjetunion kurz vor dem Überfall der Deutschen auf Polen einen Nichtangriffspakt unterzeichnet. Der am 23. August 1939 vom sowjetischen Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten, Wjatscheslaw Molotow, und dem deutschen Aussenminister Joachim von Ribbentrop unterzeichnete deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt enthielt zwei geheime Zusatzprotokolle, in denen Polen aufgeteilt und Estland und Lettland der Sowjetunion zugeschlagen wurden. Litauen sollte Deutschland bekommen; es wurde erst später zugunsten einer Verschiebung der polnischen Demarkationslinie den Russen zugeschlagen.

Doch dem Nichtangriffspakt war nur eine kurze Lebensdauer beschieden. Nachdem Hitler Frankreich, Belgien, die Niederlande, Luxemburg, Dänemark und Norwegen unterjocht hatte, plante er den Vorstoss in die endlosen Weiten Russlands. In Einklang mit seiner erklärten Absicht, neuen «Lebensraum» für das deutsche Volk zu erobern, die Welt von Juden und slawischen «Untermenschen» zu säubern und – vor allem – das Imperium des Kommunismus zu zerschlagen, erteilte Hitler den Befehl zum Angriff auf die Sowjetunion. Am 22. Juni 1941 lief das Unternehmen Barbarossa an, das Russland fast in die Knie zwingen sollte.

Die Russen waren von der Hinterhältigkeit der Deutschen und dem Bruch des Nichtangriffspakts vollkommen überrascht. Die Deutschen ihrerseits behaupteten, das Abkommen eingehalten zu haben und von der Sowjetunion, die gegenüber dem Reich «Sabotage, Terrorismus und Spionage» betrieben habe, zum Angriff gezwungen worden zu sein. Der amerikanische Journalist William Shirer bezeichnete diesen Vorwand als eine «mit fadenscheinigen Lügen und Erfindungen durchsetzte Er-

klärung, wie sie Hitler und Ribbentrop zuvor schon so oft zusammengebraut hatten, um eine unprovokierte Aggression zu rechtfertigen. Im Verfassen solcher Verlautbarungen haben sie es inzwischen zur Meisterschaft gebracht.»<sup>12</sup>

Hitler setzte die Heeresgruppe Nord gegen das Baltikum in Marsch, und bereits in der ersten Juliwoche war Lettland in deutscher Hand. Die Hammersfelds, die zwei Jahre zuvor wegen der Neutralität Lettlands und dem beträchtlichen deutschsprachigen Bevölkerungsanteil nach Riga geflohen waren, verfolgten voller Entsetzen die Wendung der Ereignisse und fanden sich plötzlich inmitten eines furchtbaren Krieges wieder. Harry hatte gleich nach dem Angriff auf die Sowjetunion beschlossen, nicht mehr länger auf ein Visum für die USA zu warten, und war mit seiner Frau Bronia nach Russland geflohen. Hans, der mit seiner Tante und seinem Onkel in der Wohnung der Familie in Mitau gelebt hatte, hatte sie begleitet. Die drei waren auf einen nach Moskau gehenden Viehzug aufgesprungen und hatten die verängstigten Grosseltern in Mitau zurückgelassen.

Die deutschen Besatzer verloren keine Zeit. Sie annekierten die baltischen Kleinstaaten und fassten sie in einer von Hitler auf den Namen Ostland getauften Provinz zusammen. Der Wehrmacht folgten die SS-Todeskommandos. Sie hatten den Auftrag, alle Juden der Region zu eliminieren. Die Einsatzgruppen, die aus lokalen Kollaborateuren Mordkommandos bilden sollten, machten sich in Lettland fast unmittelbar nach der Eroberung an die Arbeit. Wie in anderen besetzten Gebieten wurden die Juden aus ihren Häusern vertrieben und in Ghettos in den heruntergekommensten Vierteln der Städte und Gemeinden zusammengepfercht. Martin Gilbert schreibt dazu: «Am 15. August erteilte Hinrich Lohse, der Reichskommissar für das Ostland, das Litauen, Lettland, Estland und Weissrussland umfasste, eine Anweisung, nach der alle Juden sich registrieren lassen und zwei gelbe Sterne, einen auf der Brust und einen auf dem Rücken, tragen mussten. Ausserdem wurde Juden verboten, auf Gehwegen zu gehen, öffentliche Verkehrsmittel zu benutzen, Parks, Spielplätze, Theater, Kinos, Bibliotheken oder Museen zu besuchen oder Automobile oder Rundfunkgeräte zu besitzen. Der gesamte

jüdische Besitz ausserhalb der Ghettos wurde zur Konfiskation freigegeben, die Ghettos wurden abgeriegelt und durften nur mit Nahrungsmitteln versorgt werden, die nicht zur Deckung des lokalen Bedarfs benötigt wurden. Alle arbeitsfähigen Juden waren verpflichtet, Zwangsarbeit zu leisten.»<sup>13</sup>

Im Baltikum wurde die Verfolgung und Ermordung der Juden mit einer rücksichtslosen Brutalität betrieben, wie sie selbst für das Dritte Reich ungewöhnlich war. Womöglich lag das daran, dass die Einsatzgruppen mit der Verpflichtung lokaler Kollaborateure einem tief verwurzelten Antisemitismus Tür und Tor geöffnet hatten. In Riga, einer Stadt mit 360'000 Einwohnern und einem jüdischen Bevölkerungsanteil von rund zehn Prozent, fiel es den Deutschen nicht weiter schwer, genügend Leute für die Mordkommandos zusammenzutrommeln. Paul Salliter, Hauptmann eines deutschen Polizeibataillons, das einen mit deutschen Juden beladenen Zug nach Lettland begleitete, schrieb über die Menschen vor Ort, dass «sie die Bolschewiken hassen, weil in fast allen Familien mindestens ein Angehöriger von den Sowjets getötet wurde. Insbesondere die Juden werden gehasst. Darin muss wohl auch der Grund gesehen werden, dass sie sich seit der Befreiung mit so grosser Begeisterung an der Vertilgung dieser Parasiten beteiligen.»<sup>14</sup> Die Bewohner Rigas waren überzeugt, die Russen hätten nach dem Einmarsch im Frühjahr 1940 gezielt Juden in Machtpositionen gehievt, und setzten nun den Bolschewismus mit dem Judentum gleich.

Obwohl Harry seine Eltern angefleht hatte, mit ihm nach Russland zu fliehen, hatten die Hammersfelds sich nicht an den Gedanken gewöhnen können, ein drittes Mal alles hinter sich zu lassen. Nach dem Einmarsch der Deutschen in Lettland war Abraham, der eindrucksvolle, allseits verehrte Patriarch, ein gebrochener Mann. In einem der letzten Briefe, die er an seine Tochter in Stockholm schickte, schrieb er: «Sollte es dich überraschen, dass ich einen Ausdruck wie ‚gottverlassen‘ in den Mund nehme, glaube nicht, ich sei meschugge. Ich vertraue dir unter dem Siegel der strengsten Verschwiegenheit an, dass ich, hätte ich nicht so viel Toleranz üben gelernt, mir schon längst das Leben genommen

hätte ... Aber nun weiss ich mir nicht mehr zu helfen. Man kann nur eine begrenzte Zeit durchhalten.»<sup>15</sup>

Abraham war am Ende, ein verbitterter, zutiefst desillusionierter Mann, der zusehen musste, wie das aufgeklärte deutsche Ideal seiner Jugendzeit von gewalttätigen und bewaffneten Pöbelhorden zerstört wurde. Falls bis zu diesem Zeitpunkt noch eine Spur seines einstigen Glaubens an die Grösse der deutschen Zivilisation, an ihre humanistischen Qualitäten und ihre Wertvorstellungen vorhanden gewesen war, so hatte er diese Illusion nun endgültig verloren.

Der letzte Brief, den Paula von ihrem Väter erhielt, klang sehr verbittert: «Wer hätte vorherzusagen vermocht, dass in solchen Zeiten der Fortschritt uns von unserem Ziel abbringen würde, dass Menschen einzig und allein deswegen Menschen erschlagen, weil sie geboren wurden und nach einer Tradition leben, der sie sich nicht zu schämen brauchen. Alles versinkt hier im Chaos, und die uralte Bestie, die in den Menschen wohnt, lässt sich nicht mehr zügeln, sondern versucht im Gegenteil mit allen Kräften, aus dem Dunkel hervorzubrechen. Rohe Kräfte, die von den Schranken der Kultur und Zivilisation in Schach gehalten wurden, sind freigesetzt worden und zerstören, was so viele Generationen mit so harter Arbeit aufgebaut haben. Sie haben die Oberhand gewonnen über Mitgefühl, Ehre, Scham und Rücksicht. Heute hat Rechte, wer stark ist; der Schwache hat keine Rechte. Wer jemanden erschlagen kann, hat jedes Recht, das zu tun; wer sich nicht wehren kann, hat alle Rechte verloren... Wir fühlen uns verraten, die Leute hier behandeln uns noch schlechter als Tiere.»<sup>16</sup>

In Mitau, wo die alten Hammersfelds nach dem Ausbruch des Krieges geblieben waren, schrieb der befehlshabende Offizier der Einsatzgruppen in einem am 5. August 1941 ausgefertigten Bericht, dass «die 1550 Juden, die sich noch in der Stadt befinden, ohne Ausnahme» von der Bevölkerung «ausgesondert» wurden.<sup>17</sup>

Im Herbst 1941 hatte sich, so schien es, für Renée und Selma endlich ein Weg in die Vereinigten Staaten eröffnet. Sie buchten eine Passage auf einem nach Kuba gehenden Schiff und waren gerade dabei, ihre Sa-

chen zu packen, als die Japaner am 7. Dezember 1941 Pearl Harbour angriffen und die USA zum Eintritt in einen Krieg zwangen, der nun auf der ganzen Welt wütete. Washington strich nun die Einwanderungsquoten drastisch zusammen, insbesondere für Personen, die in Feindgebieten lebten. Zudem schränkte die Tatsache, dass nun in nahezu jedem Winkel des Erdballs gekämpft wurde, den Zivilverkehr erheblich ein. Zu allem Überfluss verboten die Nazis Ende 1941 jegliche Auswanderung von Juden aus von Deutschen beherrschten Gebieten. Damit konnten Renée und Selma Österreich nicht mehr auf legalem Wege verlassen.

Mehrere tausend Kilometer entfernt sass Georg Stillman, der seinen Namen zwischenzeitlich in das amerikanisch klingende «George» umgewandelt hatte, in einem Rechtsanwaltsbüro in Manhattan, weil er Atlantic Tours Inc. verklagen wollte. Atlantic Tours war die Reisegesellschaft, bei der er Selmas und Renées Passage nach Kuba gebucht hatte. Die Insel war in den ersten Jahren des Krieges als Zwischenstation für Flüchtlinge beliebt, die auf eine Einreisegenehmigung in die USA warteten. George war ein gewiefter Geschäftsmann und eröffnete gerade eine neue Wäscherei. Er war fest entschlossen, sich die 1150 Dollar zurückzuholen, die er für die Passage von Selma und Renée bezahlt hatte.

«Mein Vater gab praktisch unser gesamtes Geld für die Schiffstickets und Schmiergelder für kubanische Beamte aus, die uns die Transitvisa besorgten», erzählte Heinz Stillman, der sich seit der Ankunft in den Vereinigten Staaten nicht mehr Heinz, sondern «Herbie» nannte. «Wir bezahlten die Tickets, die Renée und ihre Mutter in Sicherheit bringen sollten, und damit schmolz unser Guthaben auf unserem Bankkonto auf 18 Dollar zusammen.»<sup>18</sup> Die gesamte Stillman-Familie trug ihren Anteil zur Finanzierung der Tickets bei. Herbie, damals Schüler an der Abraham Lincoln High School in der Bronx, jobbte für zwölf Dollar die Woche bei Royal Leather Goods. George nahm einen Nebenjob in einer Wäscherei an, Paula sass zu Hause über Akkordarbeit, und Herbies Schwester Sylvia steuerte bei, was sie mit Babysitten verdiente.

Die Stillmans waren fast ohne einen Cent in der Tasche in New York angekommen. Das Geld, das Abraham für George, Paula und ihre beiden Kinder auf einem Bankkonto in Schweden deponiert hatte, war für die Finanzierung ihrer eigenen Reise in die USA aufgebraucht worden. Mehrere Monate zuvor – vor dem Angriff der Japaner auf Pearl Harbour – hatten die Stillmans ihre US-Visa erhalten und im Februar 1941 Stockholm den Rücken gekehrt. Mit dem Transsibirien-Express fuhren sie nach Wladiwostok, von dort weiter in die japanische Hafenstadt Yokohama, wo sie ein Schiff nach Seattle bestiegen. Die letzte Etappe ihrer Reise von Seattle nach New York legten sie wieder im Zug zurück. Nach zwei Monaten, Ende April 1941, erreichten sie schliesslich New York. Diese lange und umständliche Route war notwendig gewesen, um eine direkte Atlantiküberquerung zu vermeiden, die sie mitten in den U-Boot-Krieg geführt hätte. In New York nahmen sie eine Wohnung an der Grant Avenue in der Bronx, unweit der Wohnung von Abrahams Schwester, die ihren Enkelkindern bloss als Grosstante Schneewittchen bekannt war.

Doch so sehr Paula und George auch erleichtert waren, endlich in den Vereinigten Staaten zu sein, die Sorge um das Schicksal des Rests der Familie in Europa liess sie nicht los. Seit dem letzten Brief von Abraham, den Paula in Stockholm erhalten hatte, hatten sie weder von ihm noch von ihren Brüdern Harry und Adolf etwas gehört.

Wie erging es wohl ihrer Mutter in Lettland? Wer kümmerte sich um die Ausbildung ihres jüngsten Neffen Hans? Und was machten Selma und Renée? Seit die Vereinigten Staaten auf Seiten der Alliierten in den Krieg eingetreten waren, sassen Selma und Renée hinter den feindlichen Linien fest. Es gab keine Möglichkeit, mit ihnen in Verbindung zu treten oder ihnen Pakete mit Lebensmitteln zu schicken. Die folgenden Jahre waren eine Zeit des bedrückten Schweigens, eine Zeit, in der Paula und George nichts anderes übrig blieb, als zu versuchen, nicht an das Martyrium zu denken, das der Rest ihrer Familie in Europa womöglich durchlitt. Das Jahr 1944 brachte einen weiteren Schicksalsschlag. Herbie war gerade volljährig geworden. Er wurde zum Militärdienst einge-

zogen und nach Europa geschickt. Paula und George versuchten, die Kriegsberichte in der Zeitung und im Rundfunk so gut wie möglich zu ignorieren. Um sich abzulenken, stürzten sie sich mit Feuereifer in die Aufgabe, sich eine neue Existenz aufzubauen, und redeten sich gegenseitig ein, dass ihre Familie in Europa in Sicherheit sei, dass sie keinen Mangel litten und dass es ihnen gut gehe.

Doch Selma und Renée waren sich keineswegs so sicher, dass sie in Wien in Sicherheit waren, denn ab 1942 stieg die Zahl der Deportationen in die Konzentrationslager sprunghaft an. Getrieben vom Mut der Verzweiflung, beschlossen die beiden, den Zweiten Bezirk zu verlassen und sich zu verstecken, statt geduldig darauf zu warten, bis sie von den Nazis bei einer Razzia zusammengetrieben und in einen Güterzug nach Polen gesteckt wurden. Ein nichtjüdischer Freund Selmas besorgte ihnen ein Versteck in einem alten Haus im Ersten Bezirk. Mehrere Wochen lang verschwanden Mutter und Tochter von der Bildfläche, wurden zu, wie die Österreicher es so treffend umschrieben, U-Booten. Im Wien der Kriegszeit bezeichnete dieser Begriff Juden, die sich versteckten oder in den «Untergrund» gegangen waren. Laut der Historikerin C. Gwyn Moser, die das U-Boot-Phänomen in Wien untersuchte, hingen die Erfolgchancen eines U-Boots vor allem davon ab, einen vertrauenswürdigen arischen Beschützer zu finden: «Erfolgreiches Abtauchen setzte voraus, eine dauerhafte Unterkunft zu finden, sei es in einer Wohnung, einem Haus oder einem Sommerhaus, in einem Laden, einem Keller oder auf einem Dachboden. Ein paar U-Boote wechselten ständig ihre Verstecke und verbargen sich in verlassenen Häusern oder auf Friedhöfen. Wer kein Versteck fand, trieb sich tagsüber auf den Strassen herum und verbrachte die Nächte in Bahnhöfen oder Ladenpassagen. Die meisten von ihnen fielen den Nazis in die Hände und wurden deportiert. Da sie nicht registriert waren, erhielten sie auch keine Lebensmittelkarten, und früher oder später trieb sie der Hunger zurück in das jüdische Ghetto, wo die Nazis regelmässig Razzien durchführten. Überleben bedeutete selbstauferlegte Einkerkung in der Wohnung oder dem Haus eines

Gönners. Fast die Hälfte aller U-Boote hatte nur eine einzige Adresse.»<sup>19</sup>

Nach Mosers Zählung überstanden in Wien mehr als 600 U-Boote die Kriegszeit. Obwohl die Nazis jeden hart bestraften, der Juden half, gab es in den wirtschaftlichen Notzeiten des Krieges offensichtlich doch einige Österreicher, die bereit waren, das Risiko auf sich zu nehmen.

Doch Selma und Renée ahnten, dass sie den Krieg in Wien kaum überleben würden. Selmas Ersparnisse waren fast aufgebraucht. Als ein Freund ihr mitteilte, dass es eine Möglichkeit gebe, sie und Renée über die Grenze nach Ungarn zu bringen, ergriff sie die Gelegenheit beim Schopf.

«Zu der Zeit war Ungarn das einzige sichere Land, das uns noch offenstand», sagte Renée. «In Ungarn herrschte noch Frieden, und nach allem, was wir gehört hatten, wiesen die Ungarn jüdische Flüchtlinge nicht zurück.»<sup>20</sup>

Im Frühjahr 1943 packten die beiden ihre Habseligkeiten in einen Koffer und schlichen mit Hilfe eines anderen U-Bootes, der seinen Lebensunterhalt damit verdiente, Juden aus dem Land zu schleusen, in der Nacht über die ungarische Grenze. Jenseits der Grenze verlor der Führer in einem dichten Wald die Orientierung, und sie irrten durch die Nacht, bis sie von der ungarischen Polizei aufgegriffen wurden. Renée und ihre Mutter wurden sofort interniert.

Damit begann für die beiden Frauen eine mehr als einjährige Odyssee durch ungarische Gefängnisse. «Ich kenne jedes einzelne Gefängnis zwischen der österreichischen Grenze und Budapest», erzählte Renée. Doch sie hat auch positive Erinnerungen an die Zeit, denn in diesem Jahr bezeugten viele Mitgefangene ihr und ihrer Mutter echtes Mitgefühl. In einem Gefängnis nahe der österreichischen Grenze sassen Renée und Selma in einer Zelle mit Prostituierten, die das Essen, das ihnen ihre Familien schickten, mit den beiden Flüchtlingen teilten. Und so unglaublich es klingen mag, aber in einem Internierungslager in Budapest durften die Insassen alle zwei Wochen ein paar Stunden in die Stadt gehen. Renée nutzte die Gelegenheit, um die Museen in Budapest und andere Kulturdenkmäler zu besuchen.



«Ich sagte meiner Mutter immer wieder, dass alles gut werden würde, dass wir nicht ins Konzentrationslager kommen würden, wenn wir nur bis Kriegsende in Ungarn bleiben könnten», sagte Renée. «Damals gab es in Ungarn weder Nazis noch Konzentrationslager.»<sup>21</sup>

Noch Ende 1943 verlies ein nach Ungarn geflüchteter polnischer Jude in einem Brief seiner Verwunderung darüber Ausdruck: «Juden – viele Juden – in Festtagskleidung ungestört beten zu sehen, das war ein Anblick, den wir beinahe vergessen hatten ... In der Dohany-Strasse, dort, wo die Grosse Synagoge steht, regelten ungarische Polizisten mit weissen Handschuhen den Verkehr. Wir hatten das Gefühl, als habe der Krieg Ungarn noch nicht erreicht, ja, als würden die Menschen hier, einschliesslich der Juden, gar nichts vom Krieg wissen wollen... »<sup>22</sup>

Doch schliesslich erreichte der Krieg auch Ungarn. Dass Selma und Renée und andere jüdische Flüchtlinge in Ungarn so lange relativ freundlich behandelt wurden, lag weniger an der Achtung der Ungarn vor den Menschenrechten, sondern vielmehr an den diplomatischen Spannungen zwischen Ungarn und Deutschland wegen der Frage, was mit fast einer Million ungarischer Juden geschehen sollte. Auch wenn die Ungarn auf Hitlers Seite im Kampf gegen die Sowjetunion standen, änderte das nichts daran, dass sie eifersüchtig über ihre Souveränität wachten, zumal wenn es um innenpolitische Angelegenheiten ging. Unter dem prodeutschen Ministerpräsidenten Laszlo Bárdossy hatte das Land zwar mit den Deutschen in der Frage der Endlösung kooperiert und beispielsweise im August 1941 18'000 aus Galizien geflüchtete Juden über die Grenze in den sicheren Tod abgeschoben. Und 1942 hatten ungarische Armee-Einheiten in Novi Sad, einer Ungarn zugeschlagenen jugoslawischen Stadt, mehrere tausend Juden und Serben abgeschlachtet. Doch als Bárdossy im selben Jahr zugunsten von Miklos Kallay abdanken musste, kam es zu einer Veränderung der ungarischen Haltung zur Judenfrage. Kallay versicherte den Deutschen gegenüber zwar wiederholt, Ungarn von Juden säubern zu wollen, machte aber zugleich unmissverständlich klar, dass dies eine «rein interne Angelegenheit»<sup>23</sup> sei und Ungarn sich keineswegs zum blossen Befehlsausführer der Deut-

schen degradieren lassen wolle. Davon abgesehen hätte die Deportation von mehr als 800'000 Juden bei einer Gesamtbevölkerung von 14 Millionen die Behörden vor erhebliche Probleme gestellt.

Kallay war zwar bereit, aus dem Reich nach Ungarn geflohene Juden auszuliefern, weigerte sich aber standhaft, ungarische Juden zu deportieren. Eichmann war mit dieser Variante der «Lösung» jedoch nicht zufrieden. Er sah darin, wie der Historiker Christopher Browning schrieb, «lediglich eine ‚partielle Aktion‘, die nur die auf illegalem Wege nach Ungarn gelangten Juden betraf. Eine Deportation dieser Juden würde ebenso viel Vorbereitungen und Aufwand nach sich ziehen wie die Evakuierung aller ungarischen Juden. Er [Eichmann] betrachtete es deshalb als ‚unzweckmässig‘, auf dieser Grundlage den ‚gesamten Evakuierungsapparat‘ in Bewegung zu setzen. Besser wäre es zu warten, bis Ungarn bereit war, alle Juden in diese Massnahmen einzubeziehen.»<sup>24</sup>

Doch nachdem die Deutschen am 19. März 1944 Ungarn besetzt und ein deutschfreundliches Marionettenregime installiert hatten, war jeder in Ungarn lebende Jude Freiwild. Kaum einen Monat nach der Besetzung des Landes wurden die ersten Juden aus Ungarn in die Konzentrationslager deportiert. Renée und Selma, die bislang den Nazihäschern entkommen waren, wurden zusammen mit mehreren tausend anderen Juden bei einer Razzia festgenommen und nach Auschwitz gebracht.

«Man pferchte uns in einen Viehwaggon voller verzweifelter Menschen», erinnerte sich Renée. «Es war so eng, dass wir nicht sitzen konnten. Ein Klo gab es auch nicht. Die Leute verrichteten ihre Notdurft im Stehen. Es war unbeschreiblich.»<sup>25</sup>

Im Mai 1944 trafen Selma und Renée in Auschwitz ein. Als sie geschwächt von der langen Reise aus dem Viehwaggon ausstiegen und ihre Augen gegen die grellen Lichter abschirmten, die die Rampe ausleuchteten, hörten sie die schneidende Stimme eines SS-Offiziers, der irgendwelche Befehle brüllte. Renée, zu Tode erschöpft und fast am Verdurstenden, versuchte sich darauf zu konzentrieren, was der Offizier sagte. In klarem, exaktem Deutsch wies der hochgewachsene und er-

staunlich junge Offizier alle schwachen und erschöpften Juden an, zu den Rotkreuz-Lastwagen zu gehen, die auf der einen Seite des Bahndamms bereitstanden. Dort würde man ihnen zu essen und zu trinken geben und sie medizinisch versorgen. Den Bruchteil einer Sekunde lang fühlte sich Renée versucht, seinen Worten Glauben zu schenken. Doch irgendetwas in der Stimme des geschniegelten Deutschen liess sie zögern. Sie sah, wie viele ältere Juden, vor Hunger und Erschöpfung dem Zusammenbruch nahe, auf die Rotkreuz-Lastwagen zuwankten. Zugleich eilten Häftlinge, die in gestreifte, zerschlissene Sträflingskleider gehüllt waren, die Verladerampe hinauf und sammelten Koffer, Mäntel und Taschen ein – alles, was die erschöpften Juden beim Aussteigen aus den Waggons hatten stehen lassen. Mit bemerkenswerter Willenskraft zwang sich Renée, aufrecht zu stehen, nahm ihre Mutter an der Hand und steuerte durch die Masse der verängstigten Juden direkt auf die gelende Stimme zu. «Wir sind gesund», rief Renée, als sie vor dem Offizier stand. Es war, wie sie später herausfand, Dr. Josef Mengele, ein für seine menschenverachtenden medizinischen Versuche mit jungen Zwillingen berühmter Lagerarzt. «Wir brauchen keine medizinische Hilfe. Wir können arbeiten.»

Mit diesen Worten, hervorgestossen in dem besten Deutsch, dessen sie fähig war, rettete sie ihr eigenes und das Leben ihrer Mutter. Während sie in der Schlange der Frauen standen, die auf ihre Registrierung warteten, fragte Renée, was mit den Juden geschehen würde, die zu schwach waren, um sie zu begleiten. Einer der Lagerwärter deutete auf die Rauchschwaden und die Asche, die von einem in der Nähe stehenden Kamin ausgespuckt wurden. «Die brennen», erwiderte der Mann ohne jede Gefühlsregung. Es dauerte ein paar Sekunden, bis Renée die Bedeutung dessen erfasste, was der Wärter gesagt hatte.

Dann brachen der Schrecken, die Erschöpfung und die Angst sich plötzlich Bahn, und sie fing an, hysterisch zu lachen.

Der Komplex von Konzentrationslagern, die zusammengenommen als Auschwitz bezeichnet wurden, diente Anfang der vierziger Jahre zunächst als Internierungslager für Polen und später für sowjetische Kriegsgefangene. Das KZ, eine ehemalige österreichisch-ungarische

Artilleriekaserne, lag in der Nähe der polnischen Stadt Oswięcim im östlichen Oberschlesien, einem sumpfigen Landstrich, der von Deutschland mit der Besetzung Polens annektiert wurde. 1941 wurde mit dem Bau eines weiteren Lagers im Sumpfbereich von Birkenau begonnen, wo zwei alte Bauernhäuser mit luftdichten Türen und einem speziellen Belüftungssystem zu Gaskammern umgebaut wurden.

Während in den Konzentrationslagern im Reich Kohlenmonoxid zur Vergasung verwendet wurde, experimentierte die Lagerleitung in Auschwitz mit einem neuartigen Giftgas, das unter seinem Handelsnamen traurige Berühmtheit erlangte: Zyklon B. Das rasch tödlich wirkende Blausäuregas wurde durch Schächte in die Gaskammern geleitet. Pro Kilogramm Körpergewicht reichte ein Milligramm der Substanz aus, um einen Menschen zu töten. Anfangs wurden die Leichen aus den Gaskammern in Massengräbern verscharrt. Doch im Sommer 1942 trat aus den Gräbern, wie ein Überlebender berichtete, «eine schwarze, übelriechende Masse aus, die das Grundwasser in der Umgegend verseuchte».<sup>26</sup> Die Lagerleitung sah sich gezwungen, die verwesenen Leichen wieder ausgraben und in Gruben verbrennen zu lassen. Um ähnliche Probleme zu vermeiden, liess die SS, der das Vernichtungslager unterstellt war, Verbrennungsöfen bauen. Ein Jahr später waren in Auschwitz vier Krematorien und mehrere Gaskammern in Betrieb, ergänzt durch eine Reihe von unterirdischen Verbrennungsöfen im benachbarten Birkenau.

Mit der Hilfe solcher technologischer Innovationen und einer ausgefeilten Logistik verwandelte die SS Auschwitz in das bis dahin grösste und effizienteste Vernichtungslager der Geschichte. Zwischen Dezember 1941 und Oktober 1944, als die Vernichtungsmaschinerie der Nazis auf Hochtouren lief, schätzt der führende Holocaust-Forscher Raul Hilberg die Zahl der in Auschwitz ermordeten Juden und anderer «nicht lebenswerter» Menschen aus Deutschland, Ungarn, der Slowakei und den besetzten Gebieten auf über eine Million. Weitere zwei Millionen Menschen wurden in kleineren Vernichtungslagern wie Treblinka, Belzec, Sobibor und Kulmhof umgebracht. Und Millionen mehr kamen in Konzentrations- und Arbeitslagern oder bei Massenhinrichtungen ums

Leben oder starben an Auszehrung in den Ghettos. Nach Eichmanns eigenen Schätzungen wurden in den Vernichtungslagern vier Millionen Juden umgebracht, weitere zwei Millionen starben im Kugelhagel der mobilen Einsatzgruppen.

Die Vernichtungslager waren ein Musterbeispiel an militärischer Präzision und Effizienz. Wer nicht mehr arbeiten konnte, wurde sofort bei der Ankunft im Lager ausgesondert und in die Gaskammern geschickt. Was immer aus dem Besitz der Opfer noch verwertbar schien, wurde der Wiederverwendung zugeführt. Sobald ein Güterzug voller Juden in Auschwitz angekommen war, mussten Häftlinge das Gepäck in den Waggons durchsuchen. Den Frauen wurde, bevor sie ins Gas geschickt wurden, das Haar abgeschnitten, aus dem später Filzpantoffeln für die Besatzungen der deutschen U-Boote hergestellt wurden. Sogar das Fett, das von den in die Krematorien geworfenen Körpern abgegeben wurde, wurde aufgefangen und als Brennstoff für die Ofen verwendet. Eine Ärztin gab später zu Protokoll, sie habe mit eigenen Augen gesehen, wie 700 jungen Jüdinnen ohne Rücksicht auf die elementarsten Regeln ärztlicher Kunst grosse Mengen Blut abgenommen wurde – Blut, das Berichten zufolge trotz des Blut- und Rassenwahnes der Nazis im letzten Kriegsjahr zur Versorgung verwundeter deutscher Soldaten verwendet wurde.<sup>27</sup>

An den Türen der Gaskammern stand häufig die Aufschrift «Bad», um die Opfer auf ihrem Weg in den Tod in Sicherheit zu wiegen. Die grauenerregendste Aktion war sicherlich das Herausbrechen der Zahngoldfüllungen und die Suche nach Wertgegenständen an den Leichen der Juden. Diese furchtbare Tätigkeit wurde von den Mitgliedern sogenannter Sonderkommandos erledigt, männlichen jüdischen KZ-Insassen, die als Gegenleistung vorerst nicht getötet wurden und höhere Lebensmittelrationen bekamen. Mit Gummistiefeln, Gasmasken und Schläuchen ausgerüstet, gingen die Sonderkommandos in die Gaskammern, um die Körper voneinander zu trennen, die sich im vergeblichen Versuch, den tödlichen Gasschwaden zu entkommen, ineinander verkrallt und verkrampft hatten. Ein Augenzeuge berichtete, sie seien «zu einer einzigen blauen, mit Blut verklebten Pyramide aufgehäuft» in der Gaskammer gelegen.<sup>28</sup>

Die erste Aufgabe der Sonderkommandos bestand darin, «Blut und Exkrementen wegzuspülen und die aneinander verkrallten Leichen mit Schlingen und Haken voneinander zu trennen – als Vorspiel zu der grauenhaften Suche nach Gold und dem Entfernen von künstlichen Gebissen und Haaren, die von den Deutschen als kriegswichtige Stoffe betrachtet wurden.»<sup>29</sup> Ausser nach Goldfüllungen mussten die Sonderkommandos «auch nach Schmuck und Münzen suchen, die die Häftlinge möglicherweise in Körperöffnungen versteckt hatten», bevor sie die Leichen zur Verbrennung in die Krematorien karren.<sup>30</sup>

Hinterher wurde die Beute – Kleider, Juwelen, Geld und sonstige Wertgegenstände – penibel sortiert und entweder an die Reichsbank oder das SS-Wirtschafts- und Verwaltungshauptamt (WVHA) geschickt, das für alle Arbeitseinsätze der KZ-Häftlinge verantwortlich war. Das WVHA war ursprünglich gegründet worden, um mit Zwangsarbeitern möglichst viel Geld für die SS zu erwirtschaften. Leiter des WVHA und verantwortlich für die Rückschaffung aller von den ermordeten Juden konfiszierten Wertgegenstände nach Deutschland war Oswald Pohl. In seiner eidesstattlichen Erklärung, die bei den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen als Beweismittel diente, skizzierte Pohl die Aufgabe des WVHA:

«Im Jahre 1941 oder 1942 hatten sich grössere Mengen von Wertsachen, wie Juwelen, Goldringe, Goldfüllungen, Augengläser, goldene Uhren und anderes in den Vernichtungslagern angesammelt. Diese Wertsachen kamen, in Kisten verpackt, in Berlin im WVHA an. Himmler hatte befohlen, dass diese Gegenstände von uns an die Reichsbank abgeliefert werden sollten. Ich erinnere mich, dass Himmler mir erklärte, dass hierüber mit der Reichsbank, und zwar mit Herrn Funk, verhandelt worden sei. Im Verfolg der Absprache, die mein Vorgesetzter getroffen hatte, verhandelte ich mit dem Reichsbankdirektor Emil Puhl über den Modus der Ablieferung. In diesem Gespräch wurde kein Zweifel gelassen, dass es sich bei den einzuliefernden Gegenständen um die Schmuck- und Wertsachen von Insassen von Konzentrationslagern handelte, vor allem von Juden, die in den Vernichtungslagern getötet worden waren. Es handelte sich um Ringe, Uhren, Augengläser, Goldbar-

ren, Eheringe, Broschen, Nadeln, Brillengestelle, Devisen und andere Wertsachen. Weitere Besprechungen über die Lieferung dieser Gegenstände fanden zwischen meinen Untergebenen und Puhl und anderen Herren der Reichsbank statt. Es war eine Riesenmenge von Wertsachen, da die Lieferungen über Monate und Jahre hinweg eintrafen.»<sup>31</sup>

Nach eigenen Angaben erhielt Pohl 1943 Kenntnis darüber, dass nach der Liquidation von KZ-Häftlingen Goldzähne und Kronen aus ihren Gebissen herausgebrochen wurden und dieses Gold eingeschmolzen und an die Reichsbank geliefert wurde.<sup>32</sup> Gold, Devisen und Edelmetalle wurden unter strengster Geheimhaltung und unter Aufsicht von Hauptsturmführer Melmer, dem Leiter der WVHA A-II (Finanzen und Soldzahlungen) an die Reichsbank geliefert. Melmer selbst trug zwar Zivilkleidung, doch die Lieferungen an die Bank (insgesamt siebenundsiebzig Lastwagenladungen) wurden von einigen uniformierten SS-Männern bewacht, und die Herkunft der Lieferungen blieb nicht lange ein Geheimnis. Ein Grossteil der «Melmer»-Beute war mit Stempeln versehen, auf denen «Auschwitz» oder «Lublin» stand, wo sich, wie sogar die Reichsbankmitarbeiter im fernen Berlin wussten, zwei grosse Konzentrationslager befanden. Ab November 1942 notierten Reichsbankmitarbeiter eine starke Zunahme der Zahngoldlieferungen im Rahmen der Operation «Melmer». Albert Thoms, Chef der Edelmetallabteilung der Reichsbank, war einer der für die Überwachung der «Melmer»-Lieferungen zuständigen Beamten. Er gab vor dem Internationalen Gerichtshof in Nürnberg zu Protokoll, dass «die Lieferungen neben Gold- und Silbermünzen vor allen Dingen auch sehr viel Schmuck, Goldringe, Eheringe, dann Bruchgold, Bruchsilber, Dentalgold und auch alle möglichen Sorten von Gold- und Silberwaren enthielten ... Ich habe noch einen besonderen Hinweis gemacht, dass sich ein Posten von zirka zwölf Kilo Perlen angesammelt hatte und dass ich eine derartig ungewöhnliche Menge bisher in meinem Leben noch nicht gesehen hätte.»<sup>33</sup>

Die Wertsachen aus den KZs wurden auf einem Tisch in einem Lagerraum der Reichsbank von vier bis fünf auf strikte Verschwiegenheit eingeschworenen Bankbeamten sortiert. Der Löwenanteil wurde in ei-

nem besonderen Segment eines Haupttresors gelagert. Das Zahngold wurde zum Einschmelzen an die Preussische Staatsmünze geschickt, dort in Barren geschmolzen und als Feingold an die Reichsbank zurückgeschickt. Der Schmuck wurde über die Berliner Pfandleihanstalt an deutsche Bürger verkauft. Die Einnahmen aus der Verwertung der Besitztümer der KZ-Opfer wurden auf ein Konto der SS überwiesen, das unter dem Decknamen «Max Heiliger» geführt wurde.<sup>34</sup>

Schliesslich nahm die Zahl der Lieferungen aus den Konzentrationslagern aus dem gesamten Reichsgebiet so zu, dass die Beamten in der Reichsbank mit der Arbeit nicht mehr nachkamen. Als in den letzten Tagen des Krieges absehbar wurde, dass die Zeit nicht mehr ausreichte, die restliche KZ-Beute zu sortieren und zu verbuchen, wurden nach Thoms Aussagen 207 mit Gold, Devisen und anderen Wertgegenständen gefüllte Container von Berlin ins westthüringische Merkers transportiert und in einem stillgelegten Salzbergwerk gelagert. Dort blieb die Beute, bis sie von amerikanischen Truppen entdeckt wurde.<sup>35</sup>

Ein Teil der von den Juden in den KZs konfiszierten Gegenstände wurde an deutsche Wohltätigkeitsorganisationen verteilt oder für die Kosten des Krieges verwendet. Aus Stoffen wurden SS-Uniformen geschneidert, Herrenunterwäsche und Oberbekleidung gingen an die Volksdeutsche Mittelstelle, ein Wohlfahrtsverband, der sich der Volksdeutschen annahm, Damenunterwäsche aus Seide (ein kriegswichtiger Stoff) wurde zu Fallschirmen verarbeitet, und ein Teil der beschlagnahmten Uhren und Füllfederhalter landete als Weihnachtsgeschenke auf den Gabentischen von Angehörigen der U-Boot-Waffe und der Waffen-SS. August Frank vom WVHA bilanzierte in einem Bericht über die «Verwertung des jüdischen Hehler- und Diebesgutes» vom 13. Mai 1943 den Eingang von 94'000 Herrenuhren, 33'000 Damenuhren und 25'000 Füllfederhaltern, die in Anerkennung für ihren tapferen Dienst an mehrere SS-Divisionen verteilt wurden.<sup>36</sup> Am 6. November 1943 teilte WVHA-Chef Pohl Himmler in einem Brief seine Absicht mit, SS-Einheiten Armbanduhren und Füllfederhalter als Geschenke zu überreichen. Er fragte an, ob Himmler wünsche, dass die Geschenke in



seinem Namen verteilt würden? Himmler fand Gefallen an Pohls grosszügigem Vorhaben und schlug von sich aus noch vor, 15'000 Damenarmbanduhren Volksdeutschen zu geben, die aus Russland ins Reich übersiedelt waren. Daraufhin regte Pohl an, zusätzliche 3'000 Uhren an die Wachmannschaften der Konzentrationslager und ausgebombte Berliner zu verteilen. Zuletzt setzte er sich bei Himmler noch dafür ein, sechzehn besonders hochwertige Golduhren im Wert von jeweils 300 Reichsmark, die eben erst überholt worden waren, unter den Kommandeuren der technischen Einheiten zu verteilen.<sup>37</sup>

Noch am Tag ihrer Ankunft in Auschwitz wurden Renée und Selma in einen nasskalten Zellenblock geführt, wo sie ihre Kleider ausziehen und alle Wertgegenstände an ein aus KZ-Häftlingen gebildetes Sonderkommando abliefern mussten. Vergeblich versuchte die 46jährige Selma, den nackten Körper ihrer 21jährigen Tochter vor den gierigen Blicken der SS-Offiziere zu schützen, die sich in dem Zellenblock aufhielten.

«Wir haben keinen Grund, uns zu schämen», beruhigte Renée ihre Mutter. Dann deutete sie mit den Augen auf die lüstern starrenden SS-Männer auf der anderen Seite des Raumes und sagte, in ihre Richtung gewandt: «Wenn sich hier jemand schämen muss, dann die da.»<sup>38</sup>

Ihre Unverfrorenheit und ihre Entschlossenheit verliehen Renée die Stärke, ohne die sie in Auschwitz untergegangen wäre. Eines Tages entdeckte sie, dass ihre Mutter auf der Liste der Gefangenen stand, die in die Gaskammer geschickt werden sollten. Renée ging direkt auf den wachhabenden Offizier zu, von dem sie wusste, dass er ebenfalls aus Wien stammte, und bat ihn, ihre Mutter von der Liste zu streichen. «Ich dachte mir, ich habe nichts zu verlieren», erzählte Renée. Am nächsten Tag stellte sie zu ihrer grossen Erleichterung fest, dass ihre Mutter nicht ins Gas geschickt worden war. «Wahrscheinlich hatte ich einfach unwahrscheinliches Glück gehabt. Nur zwei Tage, nachdem der SS-Mann meine Mutter von der Liste gestrichen hatte, sah ich, wie er zwei Mädchen erschoss, die zu fliehen versucht hatten.»<sup>39</sup>

Während des einen Jahres, das Renée und Selma – oder besser gesagt Nr. 81006 und Nr. 81005 nach den auf ihren Unterarmen eintätowierten Häftlingsnummern – in Auschwitz verbrachten, arbeiteten sie in der Nachtschicht der Munitionsfabrik der «Union», einer Tochter des Rüstungskonzerns Krupp. Die Fabrik wurde von weiblichen SS-Offizieren bewacht, die durch die Fabrikhallen patrouillierten und jeden anbrüllten, der sich zu langsam bewegte. Falls einmal eine Arbeiterin mit einem Finger in eine Maschine geriet und die Produktion zum Stillstand kam, wurde sie sofort streng bestraft, bevor sie abgeführt und ihr der Kopf geschoren wurde.

Selma und Renée versuchten, sich so unauffällig wie nur möglich zu verhalten. Zweimal am Tag mussten sie zum Zählappell antreten, ansonsten arbeiteten sie schweigend an ihren Maschinen. Weil Renée fließend Deutsch sprach, musste sie den Fabrikleiter über die Schichten der Arbeiterinnen und ihre Arbeitsleistungen auf dem Laufenden halten. Obwohl sie ihre Aufgabe gewissenhaft erfüllte, unternahm sie nichts gegen eine Gruppe von ungefähr zwanzig polnischen Frauen, die einen Schmuggelring in der Fabrik organisierten. Jeden Tag sah sie stillschweigend zu, wie die Polinnen hier eine Handvoll Schiesspulver und dort einen Zünder einsteckten oder einen Dynamitstab in den Falten ihrer zerschissenen Röcke verbargen.

Falls Renée wusste, was in der Fabrik vor sich ging, dann deckte sie die Polinnen. Sie schwieg auch, als am 7. Oktober 1944 eine Explosion die Lagerbaracken in Birkenau erschütterte und eines der vier Krematorien in Flammen aufging. Einerseits versuchte sie, sich herauszuhalten, andererseits aber bewunderte sie insgeheim den Wagemut der Polinnen, die entscheidend zu der grössten Häftlingsrevolte in Auschwitz-Birkenau beigetragen haben.

Die von einer jungen Zionistin namens Roza Robotka angeführten Frauen «schmuggelten kleine Dynamitscheiben, die wie Knöpfe aussahen, in Streichholzschachteln hinaus, die sie in im Saum ihrer Kleider eingenähten Taschen verbargen».<sup>40</sup> Mit diesem Sprengstoff bauten die Mitglieder des Widerstands und Angehörige des Sonderkommandos Bomben, um die Gaskammern und Krematorien des Lagers in die Luft zu sprengen.

Der Aufstand – er brach vor dem von den Widerstandskämpfern festgesetzten Zeitpunkt aus – begann im Krematorium IV. Mitglieder des dortigen Sonderkommandos fanden heraus, dass sie ebenfalls liquidiert werden sollten. (Obwohl die SS den Angehörigen der Sonderkommandos im Austausch für ihre blutigen Dienste das Leben versprochen hatte, wurden auch sie in regelmässigen Abständen exekutiert. Die Deutschen legten keinen Wert darauf, Augenzeugen ihrer Untaten am Leben zu lassen.) Nach Berichten Salmen Lewentals, der als Angehöriger eines Sonderkommandos die Pläne für den lagerweiten Aufstand koordinierte, griffen während des mittäglichen Zählappells Mitglieder eines Sonderkommandos ihre SS-Bewacher mit Äxten, Pickeln und Brecheisen an und setzten die Matratzen in ihren Baracken in Brand, von wo aus das Feuer rasch auf das Holzdach des Krematoriums IV Übergriff. «Als unsere Männer erkannten, dass sie in den Tod geführt werden sollten», schrieb Lewental in einem kleinen Notizbuch, das er in der Erde unter seiner Baracke versteckt hatte, «versuchten sie im letzten Moment, das Krematorium IV in Brand zu stecken. Sie wollten im Kampf sterben, wollten dort, wo sie standen, im Kugelhagel fallen. Das ganze Krematorium ging in Flammen auf.»<sup>41</sup>

Die Mitglieder des Sonderkommandos des Krematoriums II sahen die Flammen und glaubten, dies sei das Signal für den allgemeinen Aufstand. Bevor sie aber irgendetwas unternehmen konnten, durchkreuzte eine Gruppe von russischen Kriegsgefangenen ihre Pläne. Als die Russen, die ebenfalls im Krematorium II arbeiteten, eine nahende Gruppe von SS-Offizieren sahen, brachen sie in Panik aus und gingen auf die SS-Männer los. Die Juden schlossen sich ihnen an, töteten drei SS-Männer und verwundeten mehrere. Dann schnitten sie in der Nähe des Krematoriums ein Loch in den Zaun, der das Lager umgab, und rannten los. Aber bereits ein paar Minuten später heulten die Alarmsirenen auf, und SS-Mannschaften fuhren mit Hunden auf Lastwagen vor und kreisten die Flüchtlinge ein.<sup>42</sup> Insgesamt bezahlten fast 500 Häftlinge den Ausbruchversuch mit dem Leben.

Nach dem misslungenen Ausbruch führte die SS Verhöre und Folterungen durch, um herauszufinden, wer den Aufstand organisiert und

wer den Sprengstoff beschafft hatte. Ein paar Tage später wurden vier Frauen in den Union-Werken verhaftet und zum Verhör in den gefürchteten Block 11 gebracht. Nach Aussagen von Augenzeugen hielten alle vier Frauen der Folter stand, die sich über mehrere Wochen hinzog. Roza Robata, die den Sprengstoff-Schmuggel organisiert hatte, hielt selbst den sadistischsten Folterungen stand. Obwohl «ihr Haar verfilzt, ihr Gesicht aufgeschwollen und bis zur Unkenntlichkeit entstellt und ihre Kleider in Fetzen zerrissen waren und sie sich nur mit Hilfe von zwei Frauen aufrecht halten konnte», schaffte sie es, eine Nachricht an ihre Kameradinnen zu schreiben.<sup>43</sup> Roza teilte ihnen mit, dass sie die Verantwortung für den Aufstand ganz allein auf sich genommen habe: «Ihr habt nichts zu fürchten. Ich werde nichts sagen», schrieb sie auf einen Papierfetzen, den sie einer Kameradin in die Hand drückte, die zu ihr in den Block 11 gelangt war.<sup>44</sup>

Am 6. Januar 1945 wurden die vier Frauen gehängt, und zwar jeweils paarweise, damit beide Schichten der Union-Werke sehen konnten, wie die Nazis mit aufständischen Häftlingen umsprangen. Renée war gerade zu ihrer Schicht angetreten. Sie wandte den Kopf ab, als die erste Hinrichtung angekündigt wurde. Gleich darauf wurden Roza und eine Mitstreiterin zum Galgen geführt.

«Ich versuchte, wegzuschauen», sagte Renée. «Ich wollte es nicht mitansetzen. Aber die SS-Frau, die neben mir stand, herrschte mich an, ich solle hinsehen, sonst hinge ich als nächste am Galgen.»

Renée grub die Zähne in die Unterlippe und startete mit ausdruckslosem Gesicht und ohne einen Laut von sich zu geben auf die leblosen Körper der beiden Frauen, die an den Seilen hingen und leicht hin- und herschwangen. Nach der Hinrichtung wurden die Arbeiterinnen in die Fabrik geführt und von ihren SS-Aufseherinnen gezwungen, einen deutschen Militärmarsch anzustimmen. Renée sah ihre Kolleginnen durch einen Schleier von Tränen. Verzweifelt sang sie, so laut sie konnte.

Eine Woche später begannen die Deutschen, Auschwitz vor der rasch heranrückenden Roten Armee zu räumen. Mitte 1944 waren viele hoch-

rangige Nazis zu dem Schluss gekommen, dass der Krieg verloren war, und im Herbst 1944 wurden die Massenhinrichtungen in den Vernichtungslagern eingestellt. Die SS versuchte jetzt vor allem, die Spuren ihrer Untaten zu vernichten. Im Januar 1945 löste die SS eine Reihe von Konzentrationslagern auf und brachte die Häftlinge in überfüllten Viehwaggons oder auf langen Märschen weg von der nahenden Front. Am 17. Januar begann die Lagerleitung in Auschwitz mit der Vernichtung der Akten über die Menschenversuche. Nach einem letzten Lagerappell wurden in den folgenden beiden Tagen rund 58'000 Häftlinge bei eisigen Temperaturen und grösstenteils zu Fuss aus dem Lager geführt. Am 20. Januar erschossen SS-Leute 200 Jüdinnen, die zu schwach zum Gehen waren, bevor sie die Gebäude sprengten, in denen die Krematorien I und II untergebracht waren. Als die Rote Armee am 27. Januar 1945 das Konzentrationslager Auschwitz befreite, waren 29 der 35 Magazine und das letzte Krematorium niedergebrannt. In den sechs verbliebenen Lagerbaracken stiessen die Russen auf «einen Teil der Hinterlassenschaft der Opfer: 368'820 Herrenanzüge, 836'255 Damenmäntel und -kleider, 5'525 Paar Damenschuhe, 12'964 Teppiche, grosse Mengen Kinderkleidung, Zahnbürsten, Zahnprothesen, Töpfe und Pfannen. In zurückgelassenen Eisenbahnwaggons wurden Hunderttausende weitere Gegenstände gefunden, und in der Gerberei fand die sowjetische Untersuchungskommission sieben Tonnen Haar.»<sup>46</sup>

Nur 7'000 Häftlinge erlebten die Ankunft der Roten Armee in Auschwitz; der Rest der fast 70'000 Gefangenen wurde auf den berüchtigten «Todesmärschen» in benachbarte, meist schon hoffnungslos überfüllte Konzentrationslager gebracht. Die schwachen und unterernährten Gefangenen mussten marschieren, bis sie tot zusammenbrachen. Die Verlegung der Gefangenen diente nicht nur der Verschleierung der Untaten, sondern auch einem strategischen Zweck. Nach Ansicht des Historikers Martin Gilbert versuchte ein Teil der NS-Führung, das bittere Ende so lange wie möglich hinauszögern: «Eine neue Politik bewog die SS, die Todesmärsche fortzusetzen. Es bestand die Notwendigkeit, so lange wie möglich eine Masse von Zwangsarbeitern für die Bedürfnisse der sich zurückziehenden deutschen Armee bereit zu stel-

len: Sie mussten Strassen und Eisenbahnlinien instand setzen, Schienenböschungen aufschütten, Brücken reparieren, unterirdische Gefechtsleitbunker ausheben und Panzersperren errichten, um den Vormarsch der Alliierten zu bremsen. Ausserdem sollten sie am Bau der Alpenfestungen mitarbeiten, die tief in den Fels getrieben werden sollten.»<sup>47</sup>

Renée und Selma zogen auf einem der Todesmärsche nordwärts zum KZ Ravensbrück. Unterwegs rafften die Kälte und der Hunger Tausende von Gefangenen hinweg, die bereits beim Auszug aus Auschwitz unterernährt und dem Tode nahe gewesen waren. Diese Märsche waren in vielerlei Hinsicht sogar noch schlimmer als die Zwangsarbeit und die furchtbare Behandlung, die die Häftlinge in den Lagern hatten erdulden müssen.

«Wir hatten nichts als die gestreifte Häftlingsuniform und Holzschuhe am Leib», erinnerte sich Renée. «Es war Januar und bitter kalt. Der Schnee war unser Essen, und der Schnee war unser Bett.»<sup>48</sup>

Einmal war Renée so erschöpft und von der Kälte so geschwächt, dass sie ihre Mutter anflehte, sie zum Sterben im Schnee zurückzulassen. «Ich sagte zu ihr, ich werde mich einfach hinsetzen und warten, bis es vorbei ist», erinnerte sich Renée. Sie fügte hinzu, dass jeder Gefangene, der nicht mehr weiterkonnte, auf der Stelle von den SS-Wachen erschossen wurde. «Ich sagte ihr, in einer oder zwei Minuten wäre alles vorüber. Doch sie wollte nichts davon wissen, und schliesslich riss ich mich zusammen und ging mit ihr weiter.»<sup>49</sup>

Nach diesem Moment der Schwäche ergriff die alte Entschlossenheit, um jeden Preis zu überleben, wieder Besitz von Renée. «Meine Mutter und ich lebten füreinander», erzählte sie. «Wir kämpften uns an die Spitze der Kolonne durch. Häftlinge, die am Ende des Zuges marschierten, wurden nämlich immer wieder mit Gewehrkolben zu mehr Eile angetrieben. Wer müde wurde und sich auf den Boden setzte, wurde erschossen. Nur ein knappes Drittel von uns überlebte den Marsch. Leichen säumten unseren Weg wie Blumen.»<sup>50</sup>

Eines Nachts versteckte Renée, bevor sie sich zum Schlafen in den Schnee legte, den Kanten Brot, der ihre Tagesration darstellte. Sie schob

sich das Brot unter ihren Hals, damit «niemand es unbemerkt stehlen konnte». Doch als sie am nächsten Morgen vom Tritt eines SS-Mannes geweckt wurde, war das Brot verschwunden. Renée war verzweifelt. So klein dieses Stückchen Brot auch gewesen war, es konnte auf diesem Marsch durch die schneebedeckten Weiten Deutschlands über Leben und Tod entscheiden.

In der nächsten Nacht lag Renée hellwach auf dem gefrorenen Boden. Ohne darüber nachzudenken, was sie tat, schob sie ihre Hand zu einem neben ihr schlafenden Häftling und stahl ihm sein Brot.

«Ich wusste, dass ich sonst nicht überleben würde», sagte sie. «Aber glauben Sie mir, bis zum heutigen Tag plagt mich die Erinnerung daran. Was soll ich sagen? Ich hoffe nur, dass jener Mensch, den ich bestohlen habe, überlebt hat. Ich wusste, dass ich ohne das Brot zum Tode verurteilt gewesen wäre. Auf diesem Marsch war sich jeder selbst der nächste. Niemand half einem. Ich fühlte mich furchtbar, aber ich habe es einfach tun müssen.»<sup>51</sup>

Unterwegs begegneten ihnen immer wieder verzweifelte deutsche Flüchtlinge, manche auf Fahrrädern oder verbeulten Motorrädern, andere mit schweren Koffern auf dem Kopf oder mit Möbeln und Kindern überladene Karren hinter sich herziehend. Alles floh vor der gefürchteten Roten Armee, nur für die KZ-Häftlinge schien es kein Ziel zu geben. In Bergen-Belsen bei Celle brach die Lagerverwaltung zusammen. Als Zehntausende neuer Häftlinge das Lager überschwemmten, wurden, wie Hilberg schreibt, die «Nahrungsmittelzufuhr und die Lagerappelle eingestellt und die hungernden Häftlinge sich selbst überlassen. Typhus und Durchfall wüteten, in den Baracken und auf den Abfallhaufen verwesten Leichen, Ratten fielen lebende Häftlinge an, die Toten wurden von hungernden Häftlingen aufgegessen.»<sup>52</sup>

Als Renée und ihre Mutter endlich im Pulk der durchfrorenen und ausgelaugten Häftlinge im KZ Ravensbrück ankamen, waren sie verlaust, ihre Zähne blau angelaufen und die ungeschützten Körperstellen mit offenen Frostbeulen bedeckt. Wie die meisten anderen deutschen KZs war auch Ravensbrück hoffnungslos mit sterbenden Juden über-

füllt. «Die Menschen lagen aufeinander», erzählte Renée. «Ein paar fuchsteufelswilde SS-Frauen schossen sogar in die Menschenmenge, um sie zum Schweigen zu bringen. Die SS-Frauen sagten uns immer wieder, wir täten gut daran zu beten, dass die Deutschen den Krieg gewinnen.»<sup>53</sup>

Doch der Krieg war für Deutschland endgültig verloren. Die Front hatte sich aufgelöst, die russischen und die alliierten Truppen rückten von allen Seiten ungehindert vor. «Ich ging gerade hinter ein paar SS-Leuten, die uns aus dem Lager führten, als ein anderer SS-Mann auf einem Motorrad anhielt», erinnerte sich Renée an den Moment, der ihr Leben veränderte. «Der Motorradfahrer sagte: ‚Der Iwan steht vor der Tür!‘ Da wusste ich, dass die Deutschen den Krieg verloren hatten.»<sup>54</sup>

Überall im Reich verstopften lange Kolonnen von Soldaten auf dem Rückzug vor dem nahenden Feind die Strassen. Auf der Strasse vor Ravensbrück sah Renée mit an, wie demoralisierte deutsche Soldaten ihre Waffen auf den Boden warfen, während jubelnde russische Soldaten auf ihren Panzern vorbeirollten.

Die Russen waren entsetzt von dem Anblick der vielen Tausend KZ-Häftlinge, die sie in Ravensbrück entdeckten. Da sie nicht genügend Nahrungsmittel hatten, um den Hunger der zerlumpten Gestalten zu stillen, die überall ziellos herumliefen, forderten sie die Häftlinge auf, die fliehenden deutschen Soldaten zu bestehlen. Renée und ihre Mutter nahmen einem deutschen Soldaten einen Laib Brot und eine Dose Sardinen weg und verschlangen sie in wenigen Sekunden.

Die Grössen des Naziregimes wussten, was ihnen nach der Niederlage bevorstand. Einige versuchten, sich in Deutschland zu verstecken, andere suchten ihr Heil in der Flucht ins Ausland. Die Männer, die die Endlösung, den systematischen Mord an fast sechs Millionen Juden, in die Tat umgesetzt hatten, tauchten ab. SS-Chef Heinrich Himmler streifte durch Deutschland, bis er entdeckt und festgenommen wurde. Er vergiftete sich, bevor ihm der Prozess gemacht werden konnte. Rudolf Höss, zwischen 1940 und 1943 Kommandant von Auschwitz, schaffte es, sich falsche Papiere zu besorgen und nach Dänemark zu fliehen, wurde dort aber wenig später verhaftet. Adolf Eichmann, der skrupellose Organisator des Massenmords an den Juden, rief seine Leute zusam-



men, und teilte ihnen mit, dass der Krieg zu Ende sei. Selbst jetzt zeigte er keine Spur von Reue. Während einer seiner Männer ‚wie ein Kind wimmerte‘, sagte Eichmann, die Gewissheit, fünf Millionen Staatsfeinde getötet zu haben, gewähre ihm eine solche Genugtuung, dass er lachend ins Grab springen werde.<sup>55</sup> Doch Eichmann wollte weiterleben. Nachdem er, ohne erkannt zu werden, mehrere Monate in amerikanischer Gefangenschaft verbracht hatte, verschwand Eichmann von der Bildfläche. Erst fünfzehn Jahre nach Kriegsende wurde er in einer heruntergekommenen Vorstadt von Buenos Aires von Agenten des israelischen Geheimdienstes aufgespürt. Vor den Toren des Lagers sah Renée halb entsetzt und halb belustigt, wie ein paar SS-Offiziere unmittelbar vor Eintreffen der Russen ihre Uniformen mit der gestreiften Häftlingskleidung vertauschten, ihre Waffen wegwarfen und das Weite suchten. «Sie rannten vor den Russen weg», erzählte Renée. «Die Russen waren fair. Sie riefen einmal, zweimal und ein drittes Mal, bevor sie die Fliehenden erschossen. Ich bin nicht für die Todesstrafe, aber damals habe ich das wirklich gerne mit angesehen.»

In der ersten Maiwoche 1945 kapitulierte Deutschland bedingungslos. Renée hatte das Gefühl, dass ihr das Leben neu geschenkt worden war. «Ich meinte, mir gehöre die ganze Welt», sagte Renée, die mit ihrer Mutter in einem Flüchtlingslager in der britischen Besatzungszone langsam wieder zu Kräften kam. «Als wir befreit wurden, hatte ich das Gefühl, dass sei der Anfang und das Ende. Ich fühlte mich phantastisch, ich fand keine Worte, es zu beschreiben. Ich dachte einfach, mir würde die ganze Welt gehören, weil ich die Niederlage der Deutschen miterleben durfte.»<sup>56</sup>

Mehrere Tausend Kilometer weiter im Osten, in den eisigen Weiten Sibiriens, lag Hans Hammersfeld zusammengesunken auf einem aus blanken Holzbohlen geschreinerten Stockbett in einem russischen Arbeitslager und brütete über einer vertrackten mathematischen Gleichung. Hans war zu einem hoch aufgeschossenen, etwas unbeholfenen Burschen von fünfzehn Jahren herangewachsen. Er vertrieb sich in den lan-

gen Wintermonaten die Zeit mit mathematischen und physikalischen Problemen. Ein Mitgefangener hatte ihm ein paar Lehrbücher geliehen, die er in dem Lager gefunden hatte. Vielleicht stammten sie aus dem Besitz eines Studenten, der von einer Krankheit dahingerafft oder an Unterernährung gestorben war. Hans kümmerte das wenig; er war einfach zufrieden damit, sich für ein paar Stunden in die zugige Baracke zurückzuziehen und über komplizierten Gleichungen zu brüten.

Als Flüchtlinge aus dem Deutschen Reich waren Harry, Bronia und Hans von einem russischen Arbeitslager ins nächste verlegt worden. Seit ihrer Flucht aus Mitau 1941 nach Russland hatten sie keinerlei Kontakt mit der Aussenwelt mehr gehabt; sie wussten nicht einmal, dass der Krieg in Europa zu Ende war.

In den ersten Monaten nach der Flucht aus Mitau hatten die drei ein fast schon wildromantisches Leben geführt, waren quer durch Russland gezogen, hatten in Heuschobern übernachtet, waren auf Güterzüge aufgesprungen und einmal, auf der Wolga, sogar auf ein Frachtschiff. Schliesslich jedoch hatte die Polizei sie aufgegriffen, und sie waren für die Dauer des Krieges in Internierungslager eingewiesen worden.

Es war purer Zufall, dass Hans in einem der Arbeitslager seine Eltern traf. Seine Mutter, die in Riga zurückgeblieben war, als Deutschland die Sowjetunion überfiel, war so überwältigt vor Freude, ihren verloren geglaubten Sohn am Leben zu sehen, dass sie in Ohnmacht fiel. Nach diesem glücklichen Zusammentreffen blieb die Familie unzertrennlich. Nur Bronia fehlte. Sie war im ersten Internierungslager an Unterernährung gestorben. Selbstlos wie sie war, hatte sie den Grossteil ihrer Essensration Harry überlassen, der damals an Typhus litt.

Im Frühjahr 1947, zwei Jahre nach Ende des Krieges, wurden die Hammersfelds endlich entlassen. Auf dem Weg zurück nach Wien legte Harry einen Zwischenstop in Lettland ein, um sich in Mitau nach dem Verbleib seiner Eltern zu erkundigen. Vergeblich. Ein Mann erzählte ihm, ein Nachbar habe gesehen, wie Abraham und seine Frau vom aufgebrachten Pöbel aus ihrer Wohnung gezerrt und mit vorgehaltener Waffe in einen Wald am Stadtrand geführt worden seien. Dort habe man

sie, so der Nachbar, gezwungen, ihre eigenen Gräber auszuheben, und sie dann erschossen. Ein anderer Nachbar dagegen berichtete, die Deutschen hätten die beiden in einen Lastwagen gepfercht und nach Auschwitz gekarrt, wo sie an Unterkühlung und Auszehrung gestorben seien.

Die Nachricht vom Tod seiner Eltern traf Harry schwer. Von allen Kindern hatte er seinen Eltern wahrscheinlich am nächsten gestanden. Er versuchte, die letzten, schmerzhaften Erinnerungen an Abraham und Lotte, allein und hilflos in ihrer Wohnung in Mitau, wachzurufen. Welche Gefühle hatten sich in ihren Gesichtern widergespiegelt, als er sie zum Abschied umarmte? Was waren ihre letzten Worte an ihn gewesen?

Vielleicht war das auch der Zeitpunkt, als er sich wieder an die Existenz eines Bankkontos in der Schweiz erinnerte. Aber bei welcher Bank? Wie hiess der Kontaktmann? Hatte sein Vater ihm nicht eine Kontonummer genannt? Einen Kode? Harry zerbrach sich den Kopf, aber es half nichts. Der Verlust seiner Frau und sechs Jahre Haft in russischen Internierungslagern hatten anscheinend sein Gedächtnis für solche Nebensächlichkeiten ausgelöscht.

Es gab nichts, was er noch für seine Eltern tun konnte, ausser in der ehemaligen Synagoge seines Vaters im Wiener Zweiten Bezirk den Kaddish zu sprechen, das hebräische Totengebet. Anschliessend begab er sich in den Wiener Justizpalast. Als in juristischen Dingen bewandeter Kaufmann wusste Harry, dass er seine Eltern offiziell für tot erklären und sich und seine überlebenden Geschwister als rechtmässige Erben anerkennen lassen musste, wenn er eine Chance haben wollte, das letzte Vermächtnis seines Vaters aufzuspüren. Ein Vermächtnis, das aller Wahrscheinlichkeit nach wohlverwahrt in einem Schliessfach in einer Schweizer Bank lag. In einem kleinen Büro in einem Flügel des imposanten Justizpalastes atmete Harry Hammersfeld tief durch, bevor er die wenigen schmerzhaften Details über das Schicksal seiner Eltern diktierte, die der gelangweilte Beamte vor ihm auf Durchschlagpapier tippte.

«Ich, Harry Hammersfeld, floh 1939 mit meinen Eltern von Österreich nach Riga. 1941 zogen meine Eltern in das 27 Kilometer von der

Grenze zu Russland entfernte Mitau ... Bei Ausbruch des deutsch-russischen Kriegs floh ich nach Russland, konnte meine Eltern aber nicht mit mir nehmen. Wie viele andere Flüchtlinge fielen sie den Deutschen in die Hände und wurden mit hoher Wahrscheinlichkeit in ein Konzentrationslager deportiert. Berichten zufolge wurden im September 1941 50'000 Personen aus dem Gebiet von Mitau liquidiert, und es ist so gut wie sicher, dass meine Eltern ebenfalls getötet wurden. Ich kehrte im September 1947 nach Mitau zurück, und falls meine Eltern noch am Leben gewesen wären, hätten sie mir zweifellos ein Zeichen zukommen lassen. Ich beantrage hiermit, Abraham Hammersfeld vor dem Gesetz für tot zu erklären.»

Abraham Hammersfeld, Patriarch, Kaufmann, Gelehrter und Jude, wurde offiziell für tot erklärt. In ein paar kurzen Jahren hatten die Nazis ihm das Haus, den Besitz, die Firma und zuletzt das Leben genommen. Und schliesslich schaffte es der österreichische Beamte, der die Todesurkunde ausfüllte, Abraham Hammersfeld auch noch die Identität zu nehmen. Er buchstabierte seinen Namen falsch. Von diesem Tag an trugen die Hammersfelds offiziell ein «m» weniger in ihrem Namen.

**4** AM 20. APRIL 1947 schrieb die Amerikanerin Frances Greenfield in ihrer Wohnung an der University Avenue im New Yorker Stadtteil Bronx folgenden Brief an das Aussenministerium:

«Ich suche Informationen darüber, wo sich die Bankkonten meiner verstorbenen Schwester befinden. Mir ist bekannt, dass sie ihr Geld in der Schweizer Nationalbank in Zürich (sic) angelegt hatte; doch sie hat bei Kriegsausbruch in Europa die Bank gewechselt. Allerdings weiss ich nicht, zu welchem Institut sie damals gegangen ist. Der Name meiner Schwester war Gisella Tuttmann, geboren in Wien am 14. Februar 1898. Der Name meines Schwagers war Salo (Zalo) Tuttmann, geboren in Czernowitz, Datum unbekannt. Meine Nichte hiess Hertha Tuttmann, geboren in Wien am 29. August 1928. Das Konto könnte auf jeden dieser Namen lauten. Die letzte bekannte Adresse, bevor sie in ein Konzentrationslager verschleppt wurde, war Wien II, Untere Augartenstrasse 4.»<sup>1</sup>

Am 25. Juni schickte ein Beamter des Aussenministeriums Frau Greenfields Brief an den zuständigen Beamten bei der amerikanischen Gesandtschaft in der Schweizer Hauptstadt Bern. Mitte Juli richtete der Handelsattaché der Gesandtschaft eine offizielle Anfrage zum Konto von Frau Tuttmann an das Politische Departement (Aussenministerium) der Schweiz. Am 6. August antwortete ein Beamter der Abteilung für Auslandsangelegenheiten, man könne bei keiner Schweizer Bank ein Konto finden, das Frau Greenfields Angaben entspreche. Diese Antwort stellte die Amerikaner jedoch keineswegs zufrieden. Sie riefen im Schweizer Aussenministerium an und verlangten höflich, aber bestimmt eine erneute Suche.

Der Anruf scheint sich gelohnt zu haben, denn fünf Tage später schrieb ein Ministerialbeamter den Amerikanern, es gebe «Hinweise auf gewisse Guthaben in der Schweiz. Falls Mrs. Greenfield nähere Infor-

mationen wünscht, ist sie allerdings verpflichtet, den Tod der Person oder der Personen nachzuweisen, auf deren Namen das oder die Konten lauten, sowie zu belegen, dass Mrs. Greenfield entweder die einzige Erbin ist oder die Erben der Verstorbenen vertritt.»<sup>2</sup>

In einem Memorandum der amerikanischen Gesandtschaft in Bern für das US-Aussenministerium äussert sich der Beamte Harrison einigermassen erstaunt über die Antwort der Schweizer: «Das Schweizer Gesetz zum Bankgeheimnis verbietet es, über Einlagen auf Schweizer Banken Auskunft zu geben, solange der Anfrager kein Auskunftsrecht nachweisen kann.»<sup>3</sup>

Mit anderen Worten, eben jenes Bankgeheimnis, aufgrund dessen die europäischen Juden auf der Flucht vor den Nazis ihre Vermögen bevorzugt bei Schweizer Banken deponierten, hinderte nun die legitimen Erben wie Frau Greenfield daran, in Sachen nachrichtenlose Konten auch nur Anfragen an die Schweizer Behörden zu richten. Ihre Lage wurde zusätzlich dadurch erschwert, dass viele im Holocaust getötete Juden ihre Vermögen zuverlässigen Mittelspersonen – Anwälten wie Veit Wyler – anvertraut hatten, deren Namen die Erben nicht immer kannten.

Die Überlebenden des Holocaust und ihre Familien schrieben Briefe an die Schweizer Banken oder reisten nach dem Krieg selbst in die Alpenrepublik, um nach den Guthaben ihrer toten Angehörigen zu suchen. Doch jedesmal stiessen sie auf einen höflichen und abweisenden Schweizer Beamten oder Bankier, der nach dem Bankgesetz von 1934 streng verpflichtet war, keinerlei Informationen herauszugeben. Allein um die Suche nach einem ruhenden Konto zu veranlassen, hätte der angebliche Erbe unter anderem einen amtlichen Totenschein vorweisen müssen, um zweifelsfrei zu beweisen, dass der Kontoinhaber verstorben war. Doch in den Wirren des Europa der Nachkriegszeit, in dem die siegreichen alliierten Mächte versuchten, die verwüsteten Länder wiederaufzubauen und Millionen verschleppter Menschen in ihre Heimat zurückzuführen, war der Totenschein für einen im Konzentrationslager umgebrachten Angehörigen kein leicht zu beschaffendes Schriftstück. Denn wie die Überlebenden sofort einwandten, pfl egten die Beamten

an Orten wie Auschwitz und Treblinka keine Totenscheine auszustellen, genausowenig wie die Mitglieder der mobilen Einsatzgruppen nach einem ihrer Massenmorde.

Frau Greenfields vertrackte Lage war typisch für die allein auf sich gestellten Erben, deren Ansprüche in den ersten Nachkriegsjahren in der Schweizer Bürokratie kleingemahlen wurden und schliesslich hinter den geopolitischen Kompromissen der neu entstehenden, tief gespaltenen Welt des Kalten Krieges verschwanden. Zwar verlangten die jüdischen Organisationen lautstark die Rückerstattung des blockierten jüdischen Eigentums, Entschädigung für Überlebende, die materielle Verluste oder gesundheitliche Schäden erlitten hatten, sowie Reparationsleistungen zur Wiedereingliederung der Verschleppten, doch konzentrierten sie ihre Kräfte zunächst vorwiegend auf Deutschland. Die Organisationen schienen in ihrer Arbeit gleichsam einer gemeinsamen Vorgabe zu gehorchen, denn zunächst jedenfalls profitierten nur wenige Juden von den gesetzlichen Rückgaberegungen. Einem Historiker zufolge waren die «Rückerstattungsgesetze auf den oberen Mittelstand zugeschnitten; sie umfassten jene Eigentumswerte, die hinreichend materieller Natur waren, um in identifizierbarer Form erhalten zu bleiben. Für alle diejenigen, die solche Objekte niemals besessen hatten, gab es bis jetzt keine Rechtsmittel. Die Masse der ärmeren Juden, die ihre Verwandten verloren und ihre Gesundheit, ihre Freiheit und ihre Existenz eingebüsst hatten, konnte mit diesen Rückerstattungsgesetzen ihr Eigentum nicht zurückfordern. Diesen Juden konnte man nur durch eine Geldzuwendung helfen, und eine solche Zahlung musste aus öffentlichen Mitteln des Landes geleistet werden, das für die Not dieser Juden verantwortlich war: Deutschland sollte Entschädigungen zahlen, doch das war ein kaum zu verwirklichender Plan.»<sup>4</sup>

Neben den Kampagnen für umfassendere Entschädigungs- und Rückgaberegungen nahmen auch noch andere Probleme die Aufmerksamkeit der jüdischen Organisationen in Anspruch, etwa die Nürnberger Prozesse gegen hochrangige Nazikriegsverbrecher in den Jahren 1945 und 1946 und die Gründung des Staates Israel 1948. In den Wirren der

Nachkriegsjahre gab es nur wenige, die sich politisch für die Offenlegung der nachrichtenlosen Konten von Holocaust-Opfern auf Schweizer Banken einsetzten.

«Wir mussten uns vor allem um die Hunderttausende von Verschleppten in den Konzentrationslagern kümmern, und danach kam der Kampf für den Staat Israel», sagte Gerhart Riegner, während und nach dem Krieg Generalsekretär des Jüdischen Weltkongresses und heute dessen Ehren-Vizepräsident. «Dann kämpften wir um Entschädigung von deutscher Seite, anschliessend um die Eigentumsrückgabe in den osteuropäischen Ländern. Es gab immer wieder andere Prioritäten, die viel Zeit in Anspruch nahmen.»<sup>5</sup>

Hinzu kam der Kalte Krieg, der dem Streben nach Gerechtigkeit die grössten Hindernisse entgegensetzte, und zwar besonders bezüglich der Schweizer Banken. Einem Historiker zufolge war «die Nachkriegssituation, der sich die Juden gegenübersehen... – alles andere als normal. Sie befanden sich inmitten eines kalten Krieges, und keine Seite war auf ihre Unterstützung angewiesen.»<sup>6</sup>

Pragmatische Realpolitik prägte die Verhandlungen der Schweiz mit den siegreichen Alliierten. Zwar wollten viele Vertreter der Alliierten die Schweiz wegen ihrer finanziellen Dienste für die Nazis bestrafen, doch sie wussten, dass sie die Schweizer Banken für den Wiederaufbau Europas benötigten. Später schätzten sie die Schweiz auch als finanziellen Stabilisierungsfaktor in einem Europa, in dem sich nun eine tiefe Kluft auftat zwischen jenen Staaten, die hinter dem Eisernen Vorhang verschwanden, und den anderen, die im Einflussbereich des Westens verblieben.

Zumindest ihren Kritikern zufolge blieb die Schweiz also ungeschoren. Das am 25. Mai 1946 unterzeichnete Washingtoner Abkommen zwischen der Schweiz und den USA, Grossbritannien und Frankreich ist kennzeichnend für diese Tatsache. Zwar hatte das Naziregime nach Einschätzung amerikanischer Geheimdienste während des Krieges Gold im Wert von mehr als 400 Millionen Dollar bei den Schweizer Banken gewaschen, doch die alliierten Regierungen gaben sich mit einem beträchtlich geringeren Entschädigungsbetrag zufrieden, den die



Schweizer für ihr Komplizentum mit den Nazis leisten mussten. Einem Dokument aus den britischen Archiven zufolge «behaupteten die Schweizer beharrlich, ihr Land könne nicht verpflichtet werden, das gesamte aus Deutschland gelieferte Raubgold zurückzugeben, von dem ein Teil in Drittländer weitergeleitet wurde. Im Laufe der Verhandlungen gaben sie zu, Gold im Wert von 88 Millionen Dollar gekauft zu haben, welches nachweislich aus Belgien stammte, sowie deutsches Gold aus den Jahren 1939 bis 1945 im Wert von etwa 415 Millionen Dollar, doch sie widersprachen der Forderung, diese Beträge den Alliierten zurückzugeben.»<sup>7</sup>

Im Austausch für die verhältnismässig kleine Menge Goldes, welche die Schweiz schliesslich den Alliierten zu geben bereit war, entbanden sie die Schweizer Regierung und Nationalbank pauschal von jeder weiteren rechtlichen Verpflichtung im Zusammenhang mit dem von den Deutschen geraubten und in der Schweiz gewaschenen Gold. Die Vereinigten Staaten gaben ausserdem die in amerikanischen Banken eingefrorenen Schweizer Vermögenswerte im Wert von mehr als 4 Milliarden Franken frei. Vor dem Krieg hatten die Schweizer Banken grosse Teile ihrer Einlagen zur sicheren Verwahrung nach Amerika überwiesen, und als die amerikanische Regierung ihre Guthaben später einfro, waren sie zutiefst empört. Während des Krieges unternahmen die Schweizer einige wunderliche Versuche, die Amerikaner unter Druck zu setzen, um wieder an ihr Geld zu kommen. Einem amerikanischen Beamten zufolge, der im Krieg die Westeuropa-Abteilung der amerikanischen Staatsbank in New York leitete, «wurden die Schweizer derart ungeduldig, dass sie im bitterkalten Winter 1941 auf eine kleine Erpressung verfielen und der amerikanischen Botschaft in Bern die Kohlelieferungen sperrten, was eine Reihe zorngefüllter Telegramme ins Washingtoner Aussenministerium zur Folge hatte.»<sup>8</sup>

Nach dem Krieg waren die Alliierten jedoch eindeutig bemüht, ihren Frieden mit den Schweizern zu machen, und die weitreichenden Zugeständnisse an die Schweiz im Washingtoner Abkommen wurden zumindest für ein alliiertes Land zum Problem. Im Jahr 1947 tauchten neue Belege dafür auf, dass die Nazis zwischen 1941 und 1944 in der

Schweiz Gold im Wert von etwa 562 Millionen Franken gewaschen hatten, das der holländischen Zentralbank gehört hatte. Doch das Washingtoner Abkommen verwehrte es den Niederlanden, rechtliche Schritte gegen die Schweiz einzuleiten. Als die holländische Regierung die Schweiz um Entschädigung ersuchte, antworteten die Schweizer, gemäss dem Washingtoner Abkommen dürften keine neuen Ansprüche erhoben werden. Die Regierungen der USA, Grossbritanniens und Frankreichs liessen die Angelegenheit auf sich beruhen.

Der demokratische Senator Harley Kilgore, Vorsitzender des Senatsunterausschusses für die Mobilmachung, muss wohl vorausgeahnt haben, dass ein zu günstiger Handel für die Schweiz solche Folgen haben könnte, als er seine Regierung aufforderte, schärfere Massnahmen gegen die Schweiz einzuleiten. Kilgore schrieb 1946 in einem Brief an Präsident Harry S. Truman, «Gerechtigkeit, Anstand und gesunder Menschenverstand verlangen, dass die Alliierten die Schweiz für alles von den Nazis angenommene ... Raubgold zur Rechenschaft ziehen und den Schweizer Vorschlag ablehnen, die Sache mit 20 Cents für den Dollar zu erledigen.»<sup>9</sup>

Doch «Gerechtigkeit» und «Anstand» hatten offenbar nicht die Oberhand gewonnen in den beiden Monaten (April bis Mai 1946) hitziger Debatten zwischen Amerikanern und Schweizern in Washington. Die Aufmerksamkeit der Regierung Truman und der amerikanischen Öffentlichkeit konzentrierte sich auf andere, vielleicht drängendere innen- und aussenpolitische Probleme. In den Vereinigten Staaten legte der Streik der Bergleute und Bahnarbeiter das Land praktisch lahm. Auf der anderen Seite des Globus versuchte die Sowjetunion, deren militärische Stärke die politische Führung Amerikas beunruhigte, die Besetzung des Nordirak aufrechtzuerhalten, während sich die Staaten der Welt im Kalten Krieg allmählich auf die eine oder andere Seite schlugen.

In Europa gerieten die Alliierten angesichts der sowjetischen Expansion und der glänzenden Geschäfte der Schweizer mit dem Gegner in eine Art Verfolgungswahn. Die Schweiz hatte den Krieg ohne Schaden überstanden und betrieb als stärkstes kapitalistisches Land der Region bereits schwunghaften Handel mit den Sowjets. Besonders wichtig war,

dass sie mit harten Schweizer Franken grosse Mengen sibirischen Goldes aufkaufte. Zwar hatte es in den USA einst Bestrebungen gegeben, Deutschland in ein Agrarland zu verwandeln, doch nun baute man die westlichen Besatzungszonen zügig wieder auf, und die Bundesrepublik Deutschland entwickelte sich nach der Wiederbewaffnung 1956 zu einer starken Militärmacht und zur vordersten Verteidigungslinie der NATO gegen die Sowjetunion. In jenen dunklen Nachkriegsjahren voller Unwägbarkeiten befürchteten die Amerikaner womöglich sogar eine sowjetische Machtübernahme in der Schweiz, wo Wladimir Lenin bis 1917 im Exil gelebt hatte, und sie wollten das Land um jeden Preis neutral halten.

«Die Alliierten wussten, dass die Schweizer das Geld behalten wollten», sagte Gian Trepp, ein Schweizer Journalist, der in vielen Veröffentlichungen über die Kumpanei der Schweizer Bankiers mit den Nazis geschrieben hat. «In Frankreich und Italien gab es starke kommunistische Parteien. Die Alliierten wollten die Schweizer nicht vor den Kopfstossen.»<sup>10</sup>

Die Wurzeln des Washingtoner Abkommens reichen zurück in das Jahr 1943. Damals wollten die Alliierten für alle Zukunft verhindern, dass Deutschland Raubgold in Banken neutraler Länder wusch und sich damit die Grundlage verschaffte, für einen dritten Weltkrieg zu rüsten. Doch trotz der scharfen Warnungen von alliierter Seite wuschen die Schweizer Banken das Nazigold auch weiterhin. Ende Februar 1945 schickten die Alliierten unter Führung der Amerikaner eine Delegation nach Bern, die die Schweizer drängen sollte, die Goldwäsche einzustellen. Ausserdem wollte man herausfinden, wieviel deutsches Vermögen in Schweizer Banken deponiert war. Auf der Konferenz von Jalta der «drei grossen» Alliierten Anfang Februar 1945 war vereinbart worden, deutsche Vermögenswerte im Ausland für Reparationen zu beschlagnehmen. Ende Februar 1945 schickte der amerikanische Präsident Franklin D. Roosevelt den Ökonomen und Diplomaten Laughlin Currie zu Verhandlungen in die Schweiz. Dem von Currie erzielten Abkommen entsprechend musste sich die Schweiz bereiterklären, ihren Handel mit Deutschland einzuschränken und mit einer Reihe von Massnahmen zu

verhindern, dass Nazibesitz gewaschen wurde. Die Schweizerische Nationalbank sollte den Ankauf von Gold aus Deutschland auf kleine Mengen begrenzen, die für die Ausgaben deutscher Diplomaten in der Schweiz bestimmt waren. Die Schweizer Regierung erklärte sich ausserdem bereit, alle deutschen Vermögenswerte einzufrieren, darunter auch die von Schweizer Holdinggesellschaften in der Schweiz, die oft nur «Fassadenfirmen» deutscher Konzerne waren. Weiterhin erklärten sich die Schweizer bereit, mit den Alliierten uneingeschränkt zu kooperieren, um alles «identifizierbare» Gold an die rechtmässigen Eigentümer zurückgeben zu können. Allerdings hatten die Nazis geraubtes Gold umgeschmolzen und Vorkriegsdaten auf die neuen Barren geprägt, und so waren die Chancen gering, «identifizierbares» Gold in den Schweizer Banken zu finden. Als Gegenleistung wollten die Alliierten ihre Blockade weit genug lockern, um ein Zehntel der von der Schweiz benötigten Lebensmittel- und Treibstofflieferungen durchzulassen. (Während des Vormarsches der Alliierten auf Deutschland im Jahre 1944 hatten die Schweizer grosse Schwierigkeiten, Lebensmittel und Rohstoffe wie gewohnt über die italienischen und spanischen Häfen einzuführen.)

Die Schweizer fühlten sich von den Amerikanern erpresst und weigerten sich, dem Druck nachzugeben. Bei den zähen Verhandlungen in Bern blieben sie in zwei Punkten hart: Sie bestanden darauf, die Umfrage zu den deutschen Vermögenswerten in der Schweiz selbst durchzuführen, um das Bankgeheimnis zu wahren, und sie weigerten sich, der Resolution VI des Abkommens von Bretton Woods zu entsprechen, die alle neutralen Länder aufforderte, geraubte Vermögenswerte einzufrieren, Eigentum des Feindes aufzuspüren und zu überwachen und deutsche Vermögenswerte zur Disposition der Behörden zu halten, die Deutschland nach dem Krieg verwalten würden. Die Verwendung des Wortes «Feind» im Abkommen von Bretton Woods widersprach der schweizerischen Auffassung von Neutralität.

Das Currie-Abkommen mochte für viele Schweizer zwar nach völliger Kapitulation riechen, doch hielt wenigstens ein Beobachter fest, dass «die Schweizer am Ende fast jede Zusicherung brachen, zu der

man sie gezwungen hatte. Sie spielten bis zum Beginn des Kalten Krieges einfach auf Zeit, und dann wandten die Amerikaner ihre Aufmerksamkeit schliesslich viel drängenderen Problemen in Europa zu.»<sup>11</sup>

Die Tinte des Currie-Abkommens vom 8. März 1945 war tatsächlich kaum getrocknet, als die Schweizer es schon verletzten. Sie nahmen im April 1945 nicht nur eine letzte Goldlieferung aus Deutschland in Empfang, sondern liessen es auch im Hinblick auf andere Schlüsselbestimmungen des Abkommens vom 8. März bei blossen Lippenbekenntnissen bewenden. Die Bestandsaufnahme deutscher Vermögenswerte im Land durch eine Befragung der Banken von Seiten der Schweizer Regierung war bestenfalls ein kläglicher Versuch. Die Schweizerische Bankiervereinigung und die Schweizerische Anwaltsvereinigung kritisierten die Regierung, weil sie das Bankgeheimnis angetastet und dem amerikanischen Druck nachgegeben habe. Im August 1945 unternahm die Schweizer Regierung den halbherzigen Versuch einer Bestandsaufnahme. Die Staatsbeamten verschickten einheitliche Fragebögen an Anwälte und Bankiers mit der Aufforderung, deutsche Vermögenswerte aufzulisten. Doch blieb es den Adressaten freigestellt, die Fragebögen auszufüllen, und die Schweizer Regierung machte sich nicht die Mühe, die Angaben zu überprüfen. Auf der Grundlage der recht unzuverlässigen Ergebnisse dieser Befragung erstellte die zuständige Verrechnungsstelle einen Bericht, nach dem deutsche Guthaben im Wert von etwa 250 Millionen Dollar in Schweizer Banken gefunden worden seien.

Während die anderen neutralen Länder bereitwillig der alliierten Politik folgten, deutsche Vermögenswerte einzufrieren, auch wenn dies den Prinzipien der Souveränität und dem internationalen Recht völlig zuwiderlief, sträubten sich die Schweizer dagegen. Bern vertrat die Auffassung, die deutschen Vermögen in der Schweiz sollten liquidiert werden, um deutsche Schulden bei Schweizer Finanzinstituten zu begleichen. Des Weiteren hätten die Alliierten kein Recht, der Schweiz Anweisungen zu den im Land deponierten Vermögen zu erteilen.

Auch ein Jahr später blieben die Verhandlungsführer der Schweiz in Washington hartnäckig bei dieser Auffassung und versetzten damit ihre amerikanischen Kontrahenten in Rage, was die Amerikaner auch deut-

lich zum Ausdruck brachten. In einem Brief an Präsident Truman schrieb Kilmore, «mit einem fünfzigprozentigen Ausgleich für gewisse Schweizer Staatsangehörige, die bei ihren lukrativen Geschäften mit den Nazis am Ende auf ein paar unbezahlten Rechnungen sitzenblieben, weil die Nazis den Krieg verloren, [würde]... der Profit jener Personen, die mit den Nazis Handel betrieben, über die Rechte jener gestellt werden, die von den Deutschen beraubt und ausgeplündert wurden».<sup>12</sup>

Am Ende siegte die Schweizer Sturheit. Ein Autor merkt an, das Washingtoner Abkommen sei «ein Tribut an das Durchhaltevermögen der Schweizer, an die Entschlossenheit dieser Nation, angesichts miserabler Chancen trotz allem auf stur zu schalten; deshalb konnten die Banken ihre Kunden und ihre eigenen Interessen schützen.»<sup>13</sup> Die Erlöse aus der Liquidation der auf 250 Millionen Dollar geschätzten deutschen Vermögenswerte in der Schweiz wurden gleichmässig unter den Schweizern und den Alliierten verteilt. Die Alliierten sollten ihren Anteil für die Wiedereingliederung der europäischen Flüchtlinge verwenden. Noch vor der Liquidierung der Guthaben mussten die Schweizer den Alliierten zu diesem Zweck eine Vorauszahlung von 20 Millionen Franken leisten. Die Schweizer brauchten jedoch sechs Jahre, um den Rest des ausstehenden Betrags an die Alliierten zu überweisen. Am 28. August 1952 unterzeichneten die Schweiz und die Alliierten ein Abkommen, in dem der Anteil der Alliierten an den deutschen Vermögenswerten auf nur 135 Millionen Franken geschätzt wurde. Doch die Alliierten erhielten nie auch nur diesen kleineren Betrag, da die Schweizer zehn Prozent als Gebühren abzogen, weil sie bar bezahlten und sechs Jahre zuvor schon 20 Millionen Franken Vorschuss geleistet hatten.

Neben der Frage der deutschen Vermögenswerte in der Schweiz war in den Verhandlungen zum Washingtoner Abkommen vor allem das Thema Raubgold umstritten. Die Schweizer Delegation, geführt von dem streitlustigen Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten Walter Stucki, war in diesem Punkt besonders unnachgiebig. Sie behauptete, die Nazis hätten Gold für ihre geheime Kriegswirtschaft gehortet und

das von Schweizer Banken gekaufte Gold habe tatsächlich den Deutschen gehört. Weiterhin erklärten die Schweizer, dass sie Nazigold angenommen hätten, hiesse noch lange nicht, dass sie es auch behalten hätten. Die amerikanischen Verhandlungspartner hielten dagegen. Sie stützten sich auf Geheimdienstberichte des Projekts Safehaven, laut denen die Schweizer «nicht behaupten können, sie hätten von den Plünderungen und Raubzügen nichts gewusst, welche die Deutschen in den Ländern ihres Machtbereichs durchführten... Nach Ansicht der alliierten Delegationen ist die Schweiz verantwortlich für das gesamte von Deutschland gelieferte Gold.»<sup>14</sup>

Durch diese Feststellung in ihrer Haltung bekräftigt, verlangten die Amerikaner 130 Millionen Dollar von der Schweiz. Die Schweizer blieben hart, erklärten sich schliesslich jedoch bereit, den Alliierten Gold im Wert von 58 Millionen Dollar auszuhändigen. Als Gegenleistung entbanden die Alliierten sie von «allen Ansprüchen gegen die Regierung der Schweiz und die Schweizerische Nationalbank im Zusammenhang mit dem durch die Schweiz während des Krieges von Deutschland erworbenen Gold». Ausserdem wurde die Schweizer Zahlung im Washingtoner Abkommen nicht als Kriegsentschädigung deklariert, sondern als Beitrag des neutralen Landes für den Wiederaufbau Europas. Die Schweiz gestand zu keinem Zeitpunkt ein, dass sie durch die Goldwäsche internationales Recht gebrochen haben könnte.

Die alliierten Unterhändler leiteten den Betrag einem «Gold-Pool» zu, der Ende 1945 bei der Pariser Reparationskonferenz eingerichtet worden und für die Entschädigung jener alliierten Länder bestimmt war, deren Zentralbanken die Nazis ausgeraubt hatten. Der Pool entstand als Reaktion auf Gerüchte, die Amerikaner würden die von ihnen gefundenen Nazischätze als Kriegsbeute einbehalten oder das Gold für den Kauf von amerikanischem Weizen verwenden, um die hungernde europäische Bevölkerung nach dem Krieg zu ernähren. Nach der Potsdamer Konferenz vom 17. Juli bis 2. August 1945 stimmten die amerikanischen Besatzungskräfte einer gerechteren Vorgehensweise zu und erklärten sich bereit, das Gold seinen rechtmässigen Eigentümern zurückzugeben und, wo möglich, Entschädigung zu leisten. Während die Sow-

jets keinen Anspruch auf einen Teil des entdeckten Goldes erhoben, erkannten die Amerikaner, dass Europa dringend Kapital benötigte, um seine zerrüttete Wirtschaft wieder anzukurbeln und die hungernden Menschen zu ernähren.

Eine Kommission der drei westlichen Besatzungsmächte (Grossbritannien, die Vereinigten Staaten und Frankreich) sollte den «Gold-Pool» überwachen und über die Ansprüche der Staaten befinden, deren Zentralbanken die Nazis ausgeraubt hatten. Entsprechende Anträge stellten Belgien, die Niederlande, Luxemburg, die Tschechoslowakei, Polen, Österreich, Jugoslawien, Italien, Albanien und Griechenland. Am 27. September 1946 wurde eine Dreimächtekommission für die Rückgabe von monetärem Gold offiziell eingerichtet, deren Aufgabe es war, Teil III der Schlussakte der Pariser Konferenz umzusetzen und das Gold an die antragstellenden Länder «gemäss ihren Verlusten» zu verteilen. Im Juni 1947 gab die Kommission einen Fragebogen an alle Mitglieder der Inter Allied Reparations Agency (IARA) sowie an Polen und Italien heraus, anhand dessen die widerrechtliche Entnahme von Gold aus den Nationalbanken während des Krieges nachgewiesen werden sollte.

Neben dem Gold im Wert von 58 Millionen Dollar, welches die Schweiz gemäss dem Washingtoner Abkommen herausgegeben hatte, enthielt der «Gold-Pool» auch das Gold und andere Wertsachen aus den Tresoren der Reichsbank, die die Nazis bei Merkers in einem Salzbergwerk versteckt hatten. Einem Historiker zufolge hatte das in den Salzminen bei Merkers gefundene Gold einen Wert von 241 Millionen Dollar.<sup>15</sup> Der Pool der Dreimächtekommission enthielt auch das von den Alliierten in mehreren deutschen Filialen der Reichsbank beschlagnahmte Gold. Der Gesamtwert des Goldes, das der Dreimächtekommission zur Verfügung stand, betrug fast 330 Millionen Dollar.

Doch beugte sich die Dreimächtekommission in ihrer Praxis ebenfalls den geopolitischen Realitäten der Zeit. Schon im Jahr 1948 lag ein grosser Teil Osteuropas hinter dem Eisernen Vorhang. Während die drei Westmächte bestrebt waren, Länder wie Österreich und Italien, die sie für das Kräftegleichgewicht in Europa brauchten, zu belohnen, wa-



ren sie offenbar durchaus gewillt, die Länder in der sowjetischen Einflussphäre zu bestrafen. Während Österreich aus dem «Pool» der drei Westmächte sein gesamtes Gold zurückerhielt, wurden die Anteile von Ländern wie Polen, der Tschechoslowakei und Albanien jahrzehntelang mit bürokratischen Finten zurückgehalten. Polen bekam seinen Anteil am «Gold-Pool» erst 1976, und der Antrag der Tschechoslowakei wurde nach dem kommunistischen Putsch in Prag von 1948 auf Eis gelegt. Die tschechischen Ansprüche wurden erst 1981 erfüllt. Der Kalte Krieg behinderte auch die Goldzuteilungen der Dreimächtekommission für Albanien, das seinen Anteil erst im Oktober 1996, nach dem Sturz des Kommunismus in Tirana, bekam. Obwohl die Lieferung für Albanien schon 1946 erfolgen sollte, wurde sie gestoppt, weil Albanien das Mittelmeer zwischen Griechenland und Korfu vermint hatte. Die Minen hatten britische Schiffe versenkt, und britische Seeleute waren getötet worden. Grossbritannien weigerte sich so lange, das Gold herauszugeben, bis Albanien der britischen Regierung Entschädigung gezahlt hatte.

Portugal hingegen, das fast 100 Tonnen Gold aus Nazideutschland angenommen hatte, wovon die Hälfte vermutlich den besetzten Ländern geraubt worden war, liess man aufgrund geopolitischer Überlegungen ungeschoren. Nach dem Krieg versuchten amerikanische Beamte durch das Einfrieren portugiesischer Vermögenswerte in den Vereinigten Staaten Druck auf das Land auszuüben und es zur Herausgabe von 44 Tonnen Gold für den «Gold-Pool» zu zwingen. Doch das faschistische Regime Antonio Salazars gab den amerikanischen Forderungen nicht nach und erklärte, Portugal habe nicht gewusst, dass das Gold, mit dem die Nazis portugiesische Textilien und Wolfram gekauft hatten, geraubt worden war. Im Jahr 1953 gaben die Alliierten schliesslich auf, vor allem weil der Kalte Krieg in vollem Gange war und die Amerikaner eine strategische Basis auf den Azoren vor der Küste Portugals behalten wollten. Nach dem Krieg hatten die Portugiesen insgeheim damit begonnen, das Nazigold über ihre Kleinkolonie Macao in den Fernen Osten zu verkaufen. In einem Bericht der *New York Times* hiess es jüngst: «Einem Regierungsbeamten zufolge, der persönlich mit der Überwa-

chung zahlreicher Lieferungen befasst war, flog man das für China bestimmte Gold nach Macao und brachte es von dort aus über die chinesische Grenze. Der ehemalige Beamte berichtete, manche der nach Macao geschickten Barren hätten noch die Prägestempel der von den Nazis geplünderten holländischen Nationalbank getragen, andere dagegen Stempel der Reichsbank. Eine gewisse Anzahl Goldbarren seien von Kurieren von Macao auf die Philippinen und nach Indonesien transportiert worden.»<sup>16</sup>

Ein weiterer Nachkriegskompromiss, der es den Schweizern leicht machte, war der alliierte Entscheid gegen die Auflösung der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) in Basel, obwohl in Finanz- und Diplomatenkreisen wohlbekannt war, dass diese Finanzinstitution den Nazis geholfen hatte, eine beträchtliche Menge Goldes zu waschen. Die Delegierten der Bretton-Woods-Konferenz von 1944 verabschiedeten eine Resolution, in der sie die Auflösung der BIZ verlangten, die während des ganzen Krieges von in den Aufsichtsrat berufenen Nazisympathisanten beherrscht worden war. Eine nach dem Krieg veranlasste Untersuchung der Goldwäschegeschäfte der BIZ blieb jedoch ohne greifbares Ergebnis, weil weder die BIZ noch die Schweizerische Nationalbank den alliierten Prüfern Einsicht in ihre Akten gewährten. Die Bankdirektoren übten sich in Hinhaltetaktik und verhinderten die Veröffentlichung der Akten. Bis zum heutigen Tag bleiben viele Fragen zu den Goldgeschäften der BIZ während des Krieges unbeantwortet.

Die siegreichen Alliierten betrachteten die Kriegsgeschäfte der BIZ zwar mit äusserstem Misstrauen, doch beschlossen sie, die ursprünglich für die Regelung komplizierter Reparationsleistungen nach dem Ersten Weltkrieg eingerichtete Bank nicht aufzulösen, weil sie erkannten, dass diese Institution hilfreich sein würde bei ihrem Versuch, das vom Krieg zerrissene Europa wieder aufzubauen. Ein Historiker schrieb, die BIZ sei «eine viel zu wertvolle Institution, um sie angesichts der fürchterlichen Verheerungen im Nachkriegseuropa einfach aufzulösen. Bald war deutlich, dass die westeuropäischen Bankiers – auch die Vertreter der Zentralbanken – überwiegend der Auffassung waren, die BIZ werde gebraucht und müsse als Institution erhalten bleiben. Sie stellte eine Fi-

nanzquelle dar, die die Bemühungen des Internationalen Währungs-fonds und der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung ergänzen konnte. Flexibilität und Erfahrung kamen hier zusammen, und geographisch gesehen erwies sie sich als idealer Treffpunkt für die europäischen Bankiers, an dem sie sich austauschen und Geschäfte tätigen konnten.»<sup>17</sup>

Im Jahr 1946 nahm die BIZ viele Finanzgeschäfte wieder auf, die sie während des Krieges eingestellt hatte, und der Vorstand des Instituts erklärte sich bereit, über das Naziraubgold zu verhandeln, das durch die Hände der Bank gegangen war. Doch die damalige Beweislage liess vermuten, dass nur relativ wenig Raubgold tatsächlich in die BIZ geflossen war, und die Bank musste daher den Alliierten nur 3'740 Kilo Gold aushändigen.<sup>18</sup> 1950 schliesslich erklärten die Vereinigten Staaten offiziell die in Bretton Woods erhobene Forderung nach Auflösung der Bank für gegenstandslos.

Weder Thomas Harrington McKittrick, der amerikanische Präsident der BIZ von 1940 bis 1946, noch der BIZ-Direktor und Vizepräsident der Reichsbank Emil Puhl wurden von den alliierten Beamten gründlich in die Mangel genommen, obwohl hinreichend bewiesen ist, dass die beiden bei der Goldwäsche zugunsten der Nazis zusammenarbeiteten. McKittrick wurde später Vizepräsident der Chase National Bank in New York. 1950 lud er Emil Puhl als «Ehrengast»<sup>19</sup> nach Amerika ein. Puhl, der bei den Nürnberger Prozessen mit den alliierten Vertretern zusammengearbeitet und gegen seinen ehemaligen Chef Walther Funk ausgesagt hatte, erhielt eine recht milde Strafe von fünf Jahren.

Am 22. Januar 1970 veröffentlichte die *New York Times* einen Nachruf auf McKittrick unter dem Titel «T.H. McKittrick, Weltfinanzier». Neben seinem Bildungsgang und seiner beruflichen Laufbahn, seiner Mitgliedschaft in der Amerikanischen Ornithologenvereinigung, im Amerikanischen Club in London und in der Amerikanischen Geographischen Gesellschaft wird in diesem Nachruf auch seine sechsjährige Tätigkeit bei der BIZ erwähnt.<sup>20</sup> Über seine Geschäfte mit hochrangigen Finanzexperten der Nazis oder über die Rolle der BIZ bei der Wäsche von Naziraubgut findet sich in dem Nachruf kein Wort.

Auch andere Nazis, die wichtige Rollen in den zweielichtigen Finanzgeschäften des Dritten Reiches gespielt hatten, wurden von den Militärgerichtshöfen entweder freigesprochen oder zu relativ kurzen Strafen verurteilt. Hjalmar Schacht, der Finanzmagier des Dritten Reichs, der Hitler beim Aufbau seiner geheimen Kriegswirtschaft half, wurde 1946 in Nürnberg freigesprochen. Obwohl ein Entnazifizierungsgericht in Stuttgart ihn später zu acht Jahren Arbeitslager verurteilte, wurde er nicht in Haft genommen. 1950 sprach man ihn von allen Vorwürfen im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit für das Dritte Reich frei, und die argentinische Regierung unter Juan Domingo Peron umwarb ihn sogar mit einer Position als Finanzberater.<sup>21</sup> Schacht lehnte das Angebot zwar ab, doch in den fünfziger Jahren startete er eine sehr erfolgreiche Karriere als Finanzberater für Entwicklungsländer und gründete 1953 in Düsseldorf seine eigene Aussenhandelsbank.

Walther Funk, der Präsident der Reichsbank und Hitlers Wirtschaftsminister, der mit der SS eine Geheimvereinbarung getroffen hatte, die den Juden in den Konzentrationslagern geraubten Wertgegenstände zu verwerten, wurde wegen Kriegsverbrechen schuldig gesprochen und vom Nürnberger Militärgerichtshof am 1. Oktober 1946 zu lebenslänglicher Haft verurteilt. Nachdem Funk jedoch einen Teil seiner Strafe abgesessen hatte, wurde er 1957 wegen Krankheit aus dem Spandauer Gefängnis entlassen. Drei Jahre später starb er im Alter von 69 Jahren.

Viele andere Nazis, die unmittelbar verantwortlich waren für den Mord an Millionen Juden, entkamen gleich nach dem Krieg der Verfolgung. Mit Hilfe wohlgesinnter Vertreter des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz in Genf und des Vatikans, die sie mit Pässen und Reisedokumenten ausstatteten, fanden mehrere tausend Nazis Unterschlupf in Südamerika, vor allem in Argentinien. Mit diesen Helfern gelang hochrangigen Nazis wie Josef Mengele, Adolf Eichmann und dem SS-Offizier Erich Priebke in den ersten Nachkriegsjahren die Flucht nach Argentinien.

Im Europa der Nachkriegszeit musste die Gerechtigkeit den geopolitischen Tagesförderungen weichen, und so kamen viele hochrangige Nazis praktisch straflos davon. Man liess sie durch Schlupflöcher in die

Freiheit entkommen, und in manchen Fällen verliehen ihnen die Alliierten Rang und Namen, um die westlichen Besatzungszonen des inzwischen geteilten Deutschland wiederaufzubauen. Um dieses Ziel zu erreichen, erlaubten die Alliierten riesigen deutschen Industriekonzernen, praktisch unbehelligt weiterzumachen, etwa der I.G. Farben, die für die deutsche Kriegswirtschaft eine zentrale Rolle gespielt und einen wichtigen Stabilisator für die Herstellung des Gases Zyklon B geliefert hatte, mit dem die Nazis die Juden ermordeten.

In den Wirren und Unruhen der ersten Nachkriegsjahre blieben in Europa die Rufe Einzelner nach Gerechtigkeit oft ungehört. Sie kamen in dem heftigen Machtkampf zwischen Amerikanern und Sowjets buchstäblich unter die Räder. Diese unbarmherzige Welt beherrschten Schwarzhändler, die ihre Profite aus dem Elend der Menschen zu schlagen versuchten. Viele einst imposante europäische Hauptstädte waren durch Bombenangriffe verwüstet und in Trümmer gelegt worden. Flüchtlinge suchten in den Trümmern nach Nahrung, und skrupellose Geschäftemacher und sogar Soldaten verdienten kleine Vermögen auf dem Schwarzmarkt. Viele europäische Städte ähnelten damals dem Wien Harry Limes aus dem Film *Der Dritte Mann*. Harry Lime, ein amerikanischer Mafioso, der einen florierenden Schwarzhandel mit gestrecktem Penizillin betreibt, trifft genau dieses vom Kampf aller gegen alle geprägte Klima, wenn er verkündet: «Die Welt schafft keine Helden... Niemand denkt an das Schicksal der Menschen. Die Regierungen tun's nicht, warum sollten wir es dann tun? Sie reden über das Volk und das Proletariat. Ich rede über Dummköpfe und Trottel. Das ist das gleiche. Sie haben ihre Fünfjahrespläne, also habe ich die meinen.»

Verständlich, dass Überlebende des Holocaust wie Renée Europa so schnell wie möglich verlassen wollten. Viele Überlebende hatten es so eilig, den Schrecken des vom Krieg zerrütteten Kontinents zu entkommen und sich in der Neuen Welt wieder eine Existenz aufzubauen, dass sie, selbst wenn sie vermuteten, ihre Verwandten könnten Geld bei Schweizer Banken deponiert haben, vor der Emigration nicht in die Schweiz fahren, um ihr Erbe zu beanspruchen.

«Ich konnte es nicht erwarten, Europa hinter mir zu lassen», sagte Renée. «Ich habe an nichts anderes mehr gedacht. Ich wollte dort nur noch raus.»<sup>22</sup>

Sollte Renée jemals an eine Reise in die Schweiz gedacht haben, um das Konto ihrer Grossmutter ausfindig zu machen, so hat sie den Gedanken jedenfalls rasch verworfen. Sie hatte anderes im Kopf, und vor allem hatte sie gerade den vierundzwanzigjährigen kanadischen Luftwaffensoldaten Charles Appel kennengelernt.

Charlie, wie ihn seine Kameraden nannten, war ein hübscher, gutmütiger Jude aus Toronto, der aus eigenem Antrieb den Überlebenden des Holocaust half, die in Lagern für Verschleppte in ganz Deutschland verteilt waren. Im Frühjahr 1945 durchstreifte Charlie die britische Besatzungszone auf der Suche nach Überlebenden der Konzentrationslager. Seine Familie stammte aus Polen, war bereits lange vor dem Krieg nach Kanada ausgewandert. Charlie wurde in den zwei Jahren, die er in Europa stationiert war, zu einer Ein-Mann-Hilfsorganisation. Auf eigene Initiative half er jüdischen Flüchtlingen, mit ihren Verwandten im Ausland Kontakt aufzunehmen, indem er seine Postvorrechte als Angehöriger der alliierten Streitkräfte ausnutzte. Charlie sammelte Briefe von jüdischen Flüchtlingen und schickte sie an ihre besorgten Verwandten. Viele Juden bekamen nun dank seiner Vermittlungsdienste zum ersten Mal seit Beginn des Krieges wieder Nachricht von ihren Verwandten. Im holländischen Eindhoven, wo er im Dezember 1944 stationiert war, veranstaltete Charlie sogar ein Hanukah-Fest für die jüdische Gemeinde der Stadt.

«Ein Rabbi entzündete Kerzen, hielt eine kleine Rede über Hanukah und dankte uns kanadischen Jungs von ganzem Herzen für die Freude, die wir seiner Gemeinde bereitet hatten», berichtete Charlie in einem Interview mit einer kanadischen jüdischen Zeitschrift. «Wir überreichten den Kindern die Päckchen und hatten unseren Spass dabei, die Weihnachtsmänner zu spielen. Insgesamt glaube ich, die Kanadier haben seit damals einen verdammt guten Ruf in dieser Stadt.»

Einige Wochen nach dem Hanukah-Fest in Holland marschierte Charlie, Funker einer Bodenstation, mit seiner Einheit in das Konzen-

trationslager Bergen-Belsen ein. Was er dort sah, veränderte sein Leben: Offene Massengräber, schmutz- und blutverschmierte, ausgemergelte menschliche Kadaver und bis auf die Knochen abgemagerte Menschen.

Die Schwarzweissfotos, die er mit nach Hause brachte, konnten seiner Familie in Toronto das Grauen nicht vermitteln, dem sich der junge kanadische Soldat gegenüber sah, als er an einem kalten Frühlingstag des Jahres 1945 regungslos inmitten des Lagers Bergen-Belsen stand. «Wir wollten nicht glauben, dass Menschen so etwas tun konnten», sagte er zu seinen Angehörigen. «Wir wollten es einfach nicht glauben.»<sup>23</sup>

Aufgrund seiner Erfahrungen in Bergen-Belsen verstärkte Charlie die Suche nach jüdischen Opfern und bot an, ihnen nach Kräften zu helfen. In dieser Zeit traf er in einem Lager für Verschleppte in Lüneburg die zweiundzwanzigjährige Renée Lang. Renée hatte bei der britischen Militärregierung Arbeit als Übersetzerin gefunden, während sie mit ihrer Mutter auf ein Ausreisevisum nach Schweden wartete. Sie war völlig ausgemergelt, und doch war sie die schönste Frau, die Charlie je gesehen hatte.

Zunächst wollte Renée, die mit ihrer Mutter und vier anderen Mädchen zusammenlebte, mit denen sie sich in den Baracken in Lüneburg angefreundet hatte, nichts von dem wuschelköpfigen, munter dreinblickenden Kanadier wissen. Renée interessierte sich offenbar mehr für den Fortgang des in Lüneburg eingerichteten Militärtribunals gegen einige Nazi-Kriegsverbrecher. Die Zutrittsgenehmigung für den Prozess bewahrt sie als immer noch hochgeschätzten Besitz in einem Fotoalbum auf, das ein paar Erinnerungen an die Nachkriegsjahre enthält.

Irgendwie gelang es Charlie jedoch, Renées Aufmerksamkeit zu erregen. Sie besuchte jetzt die Prozesse seltener. Charlie besuchte sie täglich im Lager, und endlich gelang es ihm, ihr Herz zu gewinnen. Anstelle von Blumen oder Schokolade umwarb er Renée mit nützlicheren Geschenken. Als sie das erste Mal «zusammen ausgingen», schenkte er ihr eine alte Uniform und einen weissen Fallschirm aus Seide. Renée wollte natürlich nach ihren Leiden in Auschwitz gern etwas Neues zum Anziehen haben. Sie fand in Lüneburg eine Schneiderin, die den Fall-

schirm und die Uniform in zwei schicke Kleider verwandelte. Dann machte Charlie ihr einen Heiratsantrag.

«Danach habe ich mich wohl verliebt», sagte Renée.<sup>24</sup>

Im Sommer 1946 erhielten Renée und ihre Mutter schwedische Visa und reisten nach Stockholm, während Charlie nach Toronto zurückkehrte, wo er mit seinem Bruder Israel einen Pelzhandel aufbaute. Obwohl Renée und Charlie heiraten wollten, brauchte Renée, die immer noch als Staatenlose galt, für die Reise nach Toronto ein kanadisches Visum. Sie sollte in Stockholm warten, bis Charlie das Visum für sie besorgt hatte. Marcus Kaplan, ein alter Bekannter der Familie, der auch den Stillmans bei ihrem Zwischenaufenthalt in Stockholm vor der Ausreise in die Vereinigten Staaten geholfen hatte, unterstützte nun auch Renée und ihre Mutter und beschäftigte sie als Akkordarbeiterinnen in seiner Stockholmer Fabrik für Herrenoberbekleidung.

Allmählich fand sich in Stockholm der grösste Teil der Familie Lang wieder ein. Renées Vater Oskar, der den Krieg als Holzfäller in einem sibirischen Arbeitslager verbracht hatte, erfuhr beim jüdischen Gemeindezentrum in Wien, dass seine Frau und Tochter in Stockholm lebten und wohlauf waren. Die Familie, glücklich, dass alle den Krieg überstanden hatten, begann eine neue Existenz aufzubauen. Renées Bruder Siegfried hatte den Krieg nach einem Nervenzusammenbruch in einer psychiatrischen Klinik in London verbracht. Er erholte sich nie mehr ganz und musste für den Rest seines Lebens in der Klinik bleiben.

«Wir waren frei», sagte Renée. «Wir konnten tun, was wir wollten. Wir schätzten gerade die kleinen Dinge des Lebens. In Schweden genoss ich den Blick auf den See, schlenderte gern durch die Strassen oder ging ins Museum. Ich kann Ihnen nicht beschreiben, was es uns bedeutete, frei zu sein.»<sup>25</sup>

Im Frühjahr 1947 erhielt Renée ihr kanadisches Visum und überquerte den Atlantik auf der Jungfernfahrt der Queen Mary. Als das Schiff am 5. August 1947 im New Yorker Hafen anlegte, stand Renée nervös an der Reeling und mühte sich verzweifelt, einen Blick auf ihren Verlobten zu erhaschen, der von Toronto heruntergefahren war, um sie abzuholen. Renée, eine der ersten Überlebenden des Holocaust, die in



Kanada eintraf, wurde eine Art Medienstar. Das *Toronto Telegram* brachte zwei Berichte über die Ankunft der schönen jungen Überlebenden des Konzentrationslagers unter den reisserischen Schlagzeilen: «Verschleppte künftige Frau eines Kanadiers sah den Satan und war dem Tod nahe», und «Hoffnung des Mädchens aus dem Folterlager geht bald in Erfüllung».

Am 7. September 1947 heirateten Renée und Charlie in der Ostrovitzer-Synagoge an der Cecil Street in Toronto. Nach den Flitterwochen an den Niagarafällen begann für Renée ein geruhames Leben in Toronto. Sie machte eine Ausbildung als Zahntechnikerin und bereitete den Umzug ihrer Eltern nach Toronto vor. Renée schwor sich, nie mehr nach Österreich zurückzukehren oder die Stätten des vergangenen Grauens zu besuchen.

«Ich versprach mir selbst, ihnen [den Deutschen] nie zu vergeben, was sie meiner Jugend und meinem Leben angetan haben», sagte Renée. Sie war vierundzwanzig, als sie Charlie heiratete. «Ich hatte das Leben vor mir und wollte von der schrecklichen Vergangenheit nichts mehr wissen.»<sup>26</sup>

Doch die Vergangenheit liess sie nicht los. Renée brauchte nur die auf ihren linken Unterarm tätowierte Nummer anzusehen, und die Bilder der Greuelthaten stiegen wieder in ihr auf, die ihre glückliche Jugend in Wien beendet hatten und denen ihre Grosseltern zum Opfer gefallen waren. Lieber dachte sie an die glücklichen Zeiten in Wien, die langen Sonntagnachmittage im Café Schweden und die Familienferien in Vöslau.

Doch in ihren dunkelsten Momenten musste sie sich einfach Fragen stellen. Wie genau waren ihre Grosseltern gestorben? Hatte ein wütender Mob sie aus ihrer kleinen Wohnung gezerzt in jenem fernen Mitau, von dem sie sich kaum ein Bild machen konnte? Zwang man sie, sich auszuziehen und zitternd vor Kälte auf den Tod zu warten? Zwang man sie, die eigenen Gräber zu schaufeln? Woran dachten sie, bevor sie starben?

Im Jahre 1950 gebar Renée ein Mädchen, das sie zum Gedenken an ihre Grossmutter Charlotte nannte. Sechs Jahre darauf bekam sie einen Sohn, dem sie nach ihrem geliebten Grossvater Abraham den Namen Aubrey gab.

Ein paar Wochen bevor Renée Schweden verliess, schickte sie ein Telegramm an die Tante Paula und den Onkel George Stillman in New York. Im April 1947 öffnete Paula in ihrem Stoffladen an der Second Avenue mit zitternden Fingern das Funktelegramm. Jahrelang hatte sie sich um ihre Familie in Europa gesorgt, und nun war sie vor Angst wie gelähmt, dass dieses Telegramm ihr schlechte Nachrichten bringen könnte. Sie machte sich auf das Schlimmste gefasst und öffnete vorsichtig den Umschlag. Vor Erleichterung und Freude liefen ihr Tränen über die Wangen, und sie las die kurze Nachricht immer von neuem: «Soeben Telegramm aus Wien erhalten... Harry, Dolfi, Edith, Hansi zurück aus Russland. Glückliche Renée Lang.»

Paula und ihr Mann schlossen den Laden früher als sonst und machten sich auf den Heimweg, um ein Paket für die Familienangehörigen zu packen. Paula suchte die getragenen Sachen ihres Sohns Herbie zusammen und packte sie in den Karton, zusammen mit Konservendosen und anderen nützlichen Dingen. George zog einen knisternd neuen Fünfundzwanzigdollarschein aus der Briefftasche, strich ihn auf dem Küchentisch sorgfältig glatt und wickelte ihn in Zellophanpapier ein. Dann leerte er eine Dose Kakao in eine Schüssel, steckte das zellophanumwickelte Geld in die Dose, schüttete das Pulver wieder hinein und schraubte den Deckel wieder zu.

«Das war damals eine Menge Geld», sagte Herbie. Er war vom Militärdienst in Italien und Ägypten zurückgekehrt und hatte sich Hals über Kopf in ein deutsches Mädchen verliebt, das er kurz zuvor in New York kennengelernt hatte. In Italien hatte er Lazarettzelte repariert und war dann als Dolmetscher für deutsche Kriegsgefangene nach Nordafrika geschickt worden. «Doch wir wussten, dass die Zustände in Wien schrecklich waren und dass sie wenig Geld hatten. Sie kamen mit einem Güterzug in Viehwaggons aus Russland in Wien an. Sie können sich vorstellen, in welchem Zustand sie waren.»<sup>27</sup>

Wie für viele Juden, die nach dem Krieg nach Wien zurückkehrten, war das Leben für die Hammersfelds ein einziger Kampf ums Überleben. Viele Juden waren nach dem Ende ihrer Gefangenschaft ratlos und verzweifelt und wären ohne die Suppenküche der Kultusgemeinde am

Schottenring 25 verhungert. Zeitungsberichten zufolge herrschte in Österreich nach dem Krieg die schlimmste Lebensmittelknappheit in Europa. «Wien ist der übelste Ort in Österreich und der Brennpunkt der Probleme», sagte John Wraight, ein Vertreter des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen (UNRRA) im Juni 1946 während einer Mission in Wien. «Österreich geht es mindestens ebenso schlecht, wenn nicht noch schlechter als Deutschland.»<sup>28</sup> Die Lage verschlimmerte sich im ersten Nachkriegsjahr noch weiter, denn 300'000 Flüchtlinge strömten ins Land und mussten zum Teil in Lagern für verschleppte Personen untergebracht und ernährt werden.

Wo sie auch hingingen, überall in Wien kamen den Juden bittere Erinnerungen an den Anschluss, die Enteignungen und den Verlust ihrer Familienangehörigen. Viele, die ihre Gefangenschaft einigermaßen gesund überlebt hatten, bekamen nach der Rückkehr in die Stadt zusehends gesundheitliche Probleme.

«Wir lebten in einer Art Schwebezustand, und was mir aus diesen Tagen am deutlichsten in Erinnerung ist, ist das Warten», erzählte ein Überlebender. «Jeder hoffte, dieser oder jener würde zurückkehren. Arthur Hochemann, der nach Frankreich geflohen war und Auschwitz überlebt hatte, war ausser sich vor Freude, als er hörte, dass seine Frau auf dem Weg zu ihm sei. Als er dann erfuhr, dass sie genau zu der Zeit gestorben war, als er wieder in Wien eingetroffen war, brach er zusammen. Er starb wenig später.»<sup>29</sup>

Bezüglich Entschädigungen oder Rückerstattungen konnten sie kaum etwas unternehmen. Wien war nach der Konferenz von Potsdam in alliierte und sowjetische Einflusszonen geteilt und entwickelte sich zu einem Krisenherd des Kalten Krieges. Zwischen russischen, französischen und britischen Soldaten kam es regelmässig zu Scharmützeln. Zurückkehrende Juden gerieten oft zwischen die Fronten. Dieses Schicksal erlitt auch Oscar Wilhelm. Der jüdische Verwalter des zur Rückgabe vorgesehenen jüdischen Eigentums informierte die österreichische Regierung und die ausländische Presse, die sowjetischen Behörden hätten ihn angewiesen, die sogenannten österreichischen Ent-

schädigungsämter zu liquidieren, die er im Auftrag der Regierung leitete. Wilhelm widersetzte sich und begann, die grossangelegten Beschlagnahmungen jüdischen Landbesitzes in der sowjetischen Besatzungszone anzuprangern. Die österreichischen Entschädigungsämter übernahmen den Besitz jener Institution, die von den Deutschen als Holdinggesellschaft für das beschlagnahmte jüdische Eigentum gegründet worden war. Die *New York Times* berichtete damals: «Die Russen übernahmen auch weiterhin einen grossen Teil dieser Holdings mit der Begründung, der vormals deutsche Besitz gehöre nun ihnen. Den Unterlagen der Ausgleichsgesellschaft zufolge hatten die Russen etwa fünfundzwanzig Prozent des grossflächigen jüdischen Landbesitzes beschlagnahmt, insgesamt etwa 17'000 Hektar.»<sup>30</sup> Ungeachtet der Proteste des österreichischen Kanzlers Leopold Figl wurde der sechzigjährige Wilhelm verhaftet und wegen Befehlsverweigerung gegenüber dem sowjetischen Oberkommando zu zwei Jahren Zwangsarbeit in Sibirien verurteilt.

Auch die österreichischen Landsleute machten es den zurückkehrenden österreichischen Juden schwer, ihr Eigentum zurückzufordern. «Heimzukehren war fürchterlich», sagte Gertrude Schneider, die im Juni 1945 nach ihrer Befreiung aus einem Konzentrationslager mit ihrer Mutter und Schwester nach Wien zurückgekehrt war. «Die Stadt lag in Schutt und Asche, und die Juden wurden behandelt wie der letzte Dreck. Als wir in unsere alte Wohngegend zurückkehrten, waren die Leute dort offenbar wütend auf uns. Sie schauten uns nur an und sagten: ‚Ach ja, wir wussten, dass ihr wiederkommt. Leute wie ihr kommen immer wieder.‘»<sup>31</sup>

Das Warenhaus von Schneiders Vater Pinkas Hirschhorn im 14. Bezirk hatten alliierte Bomben in Schutt und Asche gelegt, und die Nachbarn der Familie hatten ihre Wohnung in Besitz genommen. Die Familie zog schliesslich in eine andere Wohnung, die einst einem Vetter gehört hatte, und musste feststellen, dass das Hausmädchen des Veters, das ihren früheren Arbeitgeber bei den Nazis als Jude denunziert hatte, die Wohnung in Beschlag genommen hatte. Um sie zu behalten, bediente sich das Hausmädchen der Hilfe ihres Sohnes, eines ehemaligen

Nazibeamten, der nun für das Oberkommando der amerikanischen Zone arbeitete. Die Amerikaner, die ehemalige Nazis als Spione in Wien einsetzten, schlugen sich rasch auf die Seite des Hausmädchens und wiesen die Schneiders aus der Wohnung. Schneiders Mutter gelang es jedoch in einem wagemutigen Drahtseilakt des Kalten Krieges, einen russisch-jüdischen Beamten auf ihre Seite zu bringen. Die Amerikaner wollten sich keinen Ärger mit dem Kommandeur der russischen Zone einhandeln und erlaubten den Schneiders schliesslich doch, in der Wohnung zu bleiben.

«Ausgerechnet die Menschen, die uns Juden beraubt und 1938 und später auf diese oder jene Weise geschädigt hatten, gaben vor, immer die Anständigsten gewesen zu sein. Sie waren absolut nicht bereit, ihre unrechtmässig erworbenen Besitztümer zurückzugeben», sagte Schneider.<sup>32</sup>

Die Österreicher litten in der Nachkriegszeit offenbar unter einem kollektiven Gedächtnisverlust im Hinblick auf ihre bereitwillige Teilnahme am Anschluss und der Demütigung und Verschleppung von Juden in die Todeslager der Nazis. Nach dem Krieg hatten viele anscheinend vergessen, dass Zehntausende ihrer Landsleute sich am Dienstag, dem 15. März 1938, vor der Hofburg versammelt hatten, um Hitler nach seinem triumphalen Einmarsch in Wien willkommen zu heissen. Sie erinnerten sich auch nicht mehr daran, wie viele Österreicher sich bereitwillig an der Beraubung und Denunziation von Juden nach dem Anschluss und der Kristallnacht beteiligt hatten. Tatsächlich stellten laut Simon Wiesenthal die Österreicher ein Drittel des Personals, das an der «Endlösung» mitwirkte.

Die österreichischen Politiker bestritten jedoch über Jahre hinweg jegliche Verantwortung für ihre Beteiligung an den Naziverbrechen. «Die Österreicher hielten sich für die ersten Opfer des Nazismus und als solche meinten sie, den jüdischen Opfern keine Entschädigung zahlen oder irgendwelche Hilfe leisten zu müssen»,<sup>33</sup> erklärte die österreichische Historikerin Brigitte Bailer. Auch die Potsdamer Konferenz habe dieses Motiv, sich selbst zum Opfer zu machen, noch verstärkt. Aus geopolitischen Erwägungen heraus und um Österreich im heraufziehenden Kalten Krieg auf ihrer Seite zu halten, hätten die Regierun-

gen der Alliierten Österreich von allen Reparationspflichten befreit und das Land als das erste Opfer des Nazismus bezeichnet.

Für die zurückkehrenden österreichischen Juden hatte dies zur Folge, dass die offizielle Politik in Fragen der Eigentumsrückgabe vom Antisemitismus geprägt war. Ehemalige politische Gefangene zum Beispiel, die die Kriegsjahre in den Konzentrationslagern der Nazis verbracht hatten, konnten sich im Rathaus melden, wo sie Wohnungen, Kleidung und Lebensmittel direkt von der Stadt Wien zugeteilt bekamen. Die Juden hingegen waren bei der Kultusgemeinde oder beim jüdischen Gemeindezentrum gemeldet. Diese jüdischen Organisationen erhielten den Grossteil ihrer Mittel aus dem Ausland und hatten keine offiziellen Befugnisse, um den Juden zu helfen, ihre Wohnungen oder andere Eigentumsgegenstände wieder zu bekommen, die von den Nazis oder den eigenen Nachbarn beschlagnahmt worden waren. Und als die Juden in den neugegründeten, der Regierung nahestehenden «K.Z. Verband» eintreten wollten, weigerten sich laut Schneider die ehemaligen politischen Gefangenen, sie aufzunehmen. Sie fügt hinzu: «Vielleicht waren es solche Vorkommnisse, die vielen in Österreich geborenen und aufgewachsenen Juden deutlich machten, dass es für sie in diesem Land keine Zukunft mehr gab. Sie emigrierten und überliessen das Feld den überlebenden politischen KZ-Häftlingen, die vielleicht Nazigegner sein mochten, aber zugleich Antisemiten waren.»<sup>34</sup>

Dass viele österreichische Politiker trotz ihrer öffentlichen Bekenntnisse zur Rückerstattung und Entschädigung für die Juden sehr doppelzünftig waren, machte die Lage noch schlimmer. Schneider berichtet:

«Während sich die Regierungsmitglieder gegenüber den Überlebenden der Konzentrationslager freundlich gaben, sah die Wirklichkeit ganz anders aus. Der britische Historiker Robert Knight hat in den Wiener Staatsarchiven Dokumente aus den Jahren 1945 bis 1952 entdeckt, die ein sehr hässliches Bild zeigen. Sieht man diese Berichte durch, wird auf erschreckende Weise deutlich, dass die Parlamentsmitglieder, wenn sie unter sich waren, ganz andere Töne anschlugen als in der Öffentlichkeit. Staatskanzler Karl Renner, der spätere österreichische Präsident,

hielt es zum Beispiel für völlig abwegig, dass das Land verantwortlich sein solle für das Eigentum jener Juden, die nur kleine Händler und Krämer waren, und der österreichische Kanzler Leopold Figl sprach in einer Diskussion über die Frage der Rückerstattung von ‚all diesen Juden, die schnell reich werden wollen‘. Als er von in Amerika und England lebenden österreichischen Juden zur Rede gestellt wurde, bestritt er energisch, dass irgendein Angehöriger seiner Regierung antisemitisch sei. Auch der Wiener Bürgermeister Theodor Körner unterstützte Figl und behauptete, die Österreicher seien zu kosmopolitisch, um Vorurteile gegen die Juden zu hegen.»<sup>35</sup>

Viele österreichische Juden erhielten schliesslich eine gewisse Rückerstattung oder Entschädigung für ihre Leiden, doch meist mussten sie lange um ihr Recht kämpfen. Schneider berichtet, ihre Mutter habe erst nach zwanzig Jahren eine Entschädigung für den Verlust der Firma und der Wohnung ihrer Familie bekommen.

Die Hammersfelds, die sich aus dem Lager in Sibirien auf den Rückweg nach Wien machten, hatten mehr Glück als die meisten Juden in der gleichen Lage. Trotz der jahrelangen harten Zwangsarbeit in einem sibirischen Lager waren Harry, Adolf, Edith und Hans bei relativ guter Gesundheit und brannten darauf, sich ein neues Leben in Wien aufzubauen. In den ersten Jahren nach der Rückkehr schienen die Dinge auch gut zu laufen. Hans, der bald seinen siebzehnten Geburtstag feiern sollte, freute sich, wieder in die Schule gehen zu dürfen, und konnte trotz der entstandenen Wissenslücken bald ein Ingenieurstudium beginnen. Der gutaussehende Harry heiratete bald wieder und versuchte, seine alten Geschäftsverbindungen im europäischen Textilhandel wieder aufzunehmen.

Adolf gelang es sogar, seine Textilfirma zurückzubekommen. Hans Allnoch, der Nazi und Geschäftsmann mit den guten Verbindungen, der den Laden 1938 ohne jede Rechtsgrundlage übernommen hatte, war nach dem Krieg verschwunden und hatte all seine unrechtmässig erworbenen Besitztümer zurückgelassen. Adolf betrieb die Firma weiter und stellte auch die vertrauenswürdige Aloisia Griesinger wieder ein. Nach-

dem Allnoch sich den Laden angeeignet hatte, arbeitete ihr Mann Johann als Strassenbahnfahrer und konnte so die Familie ernähren.

Zwar schienen die Hammersfelds in Österreich das Glück auf ihrer Seite zu haben, doch in der Schweiz erreichten sie vorerst nichts. Obwohl sie Abrahams amtlichen Totenschein vorlegen und nachweisen konnten, dass sie seine legitimen Erben waren, kamen die Brüder Hammersfeld in den ersten Nachkriegsjahren mit ihrem Anspruch nicht allzu weit. Die Schweizer Bürokratie war unkooperativ, und sie mussten sich um dringendere Angelegenheiten kümmern.

Als Renée dann anbot, ihnen kanadische Visa zu besorgen, beschloss die Hammersfelds trotz ihres relativen Wohlstands in Wien, ihre Heimatstadt zu verlassen. Adolf verkaufte seinen Laden, Harry dagegen, der immer noch zögerte, alle Bande zu Österreich zu durchschneiden, entschloss sich nur zu einem Besuch in Kanada. Während Adolf, seine Frau Edith und der Sohn Hans sich schliesslich in Toronto niederliessen, entschieden sich Harry und seine neue Frau Paula dafür, ihre beiden Töchter in Wien aufziehen.

Viele Schwierigkeiten bei der Rückerstattung jüdischen Eigentums in Österreich kurz nach dem Krieg wiederholten sich einige Jahre später in der Schweiz.

Im Jahr 1952 waren die Schweizer Bankiers und die Regierung zu der Überzeugung gelangt, nachdem sie ihre Verpflichtungen aus dem Washingtoner Abkommen erfüllt hatten, sei das Problem der Rückerstattung ein für allemal erledigt. In einem Brief an Walter Stucki, den Schweizer Verhandlungschef beim Washingtoner Abkommen, unterstrich Randolph Paul, der Verhandlungsführer der USA und Stellvertretende Finanzminister unter Präsident Harry Truman, «das in der Schweiz befindliche Eigentum von Naziopfern, die inzwischen verstorben sind und keine Erben haben, steht für humanitäre Zwecke zur alleinigen Verfügung der alliierten Regierungen».<sup>36</sup> Über die Schweizer Verrechnungsstelle, die nach dem Krieg zur Verteilung der in der Schweiz eingefrorenen deutschen Vermögenswerte eingerichtet worden war, konnten die Schweizer insgesamt 697 Millionen Franken an deutschem



Besitz ausfindig machen. Von dieser Summe gehörten 6,5 Millionen Franken nachweislich Verfolgten des Naziregimes und wurden den rechtmässigen Eigentümern zurückerstattet. In diesem Betrag waren jedoch die Schweizer Vermögenswerte (4,6 Milliarden Franken) nicht berücksichtigt, die während des Krieges in den Vereinigten Staaten eingefroren worden waren. Mitglieder der Schweizerischen Bankiervereinigung behaupten, sie hätten selbst in der Nachkriegszeit nicht feststellen können, wieviel von diesem Geld tatsächlich Holocaust-Opfern gehört hatte.

Im Jahr 1954 setzte Israel die Schweizer Regierung unter Druck wegen der nachrichtenlosen Konten von Juden, die in den Konzentrationslagern der Nazis umgekommen waren. Israelische Regierungsvertreter legten eine diplomatische Note vor, die auf Artikel 8 der Pariser Reparationskonferenz beruhte und in der die neutralen Regierungen aufgefordert wurden, «alle Vermögenswerte von Naziopfern zugänglich zu machen, die ohne Erben verstorben sind». Doch am 20. Dezember 1962, nach langwierigen Verhandlungen mit jüdischen Organisationen und Banken, lockerte die Schweiz in einem «Bundesbeschluss» das Bankgeheimnis. Dem neuen Bundesbeschluss zufolge durfte das Bankgeheimnis gebrochen werden, um nicht beanspruchte Einlagen in Schweizer Banken von Ausländern zu identifizieren, die «Opfer rassistischer, religiöser oder politischer Verfolgung wurden». Die Nichtbefolgung der Durchführung des Bundesbeschlusses sollte «mit Busse bis zu 10'000 Franken oder Haft bestraft» werden.

Nach der Verabschiedung dieses Gesetzes veröffentlichte die Schweizer Regierung einen internationalen Aufruf an Holocaust-Opfer und ihre Familien, ihre Ansprüche geltend zu machen, falls sie Geld aus der Vorkriegszeit auf Konten von Schweizer Banken vermuteten. Dem Gesetz entsprechend richtete man eine «Meldestelle» im Justizministerium ein und wies alle Banken, Versicherungsgesellschaften, Anwälte, Treuhänder und weitere Beteiligte an, sämtliche nachrichtenlosen Konten innerhalb von sechs Monaten zu melden und auszuhändigen. Mögliche Anspruchsberechtigte hatten bis 1973 Zeit, ihre Anträge zu stellen. Über 7'000 Schreiben gingen ein. Doch als die Suche zu Ende war,

hatte man nur 961 nachrichtenlose Konten gefunden, die Opfern der Naziverfolgung gehörten. In der Schweiz gibt es keine zeitliche Begrenzung für die Führung von nachrichtenlosen Konten. Im Gegensatz zu den Vereinigten Staaten, wo Einlagen auf solchen Konten nach einer gewissen Zeitspanne der Bank zufallen, bleiben sie in der Schweiz praktisch unangetastet. Und wenn ein Konto schliesslich vom seinem Inhaber aufgelöst wird, sind die Banken verpflichtet, die Kontobücher noch weitere zehn Jahre aufzubewahren. Auf den nach 1962 aufgespürten Konten lagen circa 9,5 Millionen Franken. Dreiviertel dieses Betrages erstattete man den rechtmässigen Besitzern zurück, den Rest erhielten der Schweizerische Israelitische Gemeindebund (SIG) und das Schweizer Flüchtlingshilfswerk.

Kritiker weisen jedoch auf Mängel des Bundesbeschlusses von 1962 hin. Erstens hätten die Banken nach aussen keine Rechenschaft ablegen müssen. Zweitens sei es nicht immer möglich gewesen, anhand des Namens, unter dem das Konto geführt wurde, zu ermitteln, ob der Inhaber des Kontos Jude war. Weiterhin sei keine zusätzliche Anstrengung unternommen worden, Ermittlungen zu den Nummernkonten durchzuführen oder die Hilfe von Dritten in Anspruch zu nehmen, die möglicherweise in der Lage gewesen wären, die Kontoinhaber zu identifizieren. Tresorschliessfächer, in denen Verfolgungsoffer der Nazis möglicherweise Testamente, Besitzurkunden, Juwelen oder Patente deponiert hätten, seien bei der Suche nicht berücksichtigt worden. Im Kern behaupten die Kritiker, die Suche sei im Grunde nichts weiter gewesen als eine Überprüfung von Familiennamen. Die zuständige Meldestelle hat nie einen Abschlussbericht veröffentlicht.

«Man hat nicht richtig gesucht», sagte Beat Brenner, Wirtschaftsredakteur der *Neuen Zürcher Zeitung*, des führenden Schweizer Finanzblatts. «Es war eine unmögliche Suche, weil sie nach Flüchtlings typen vonstatten ging. Die Banken mussten nach Ausländern suchen, die Opfer religiöser oder politischer Verfolgung waren. Ein Bankier konnte also gar nicht nach Schweizer Bürgern oder nach homosexuellen Opfern des Nazismus suchen.»<sup>37</sup>

Der Schweizer Historiker Jacques Picard stimmt Brenner zu und weist daraufhin, dass im Jahr 1962 der angesehene Professor für internationales Recht Paul Guggenheim – damals Rechtsberater für verschiedene jüdische Gruppen – den Vorschlag machte, der Gesetzgeber solle eine «Meldestelle», besetzt mit Experten und Schweizer Beamten, einsetzen, um die Suche nach den nachrichtenlosen Konten zu überwachen. «Wäre man Guggenheims Vorschlag gefolgt, würden wir uns heute nicht mit diesem Problem herumschlagen», meinte Picard.<sup>38</sup>

Paul Guggenheims Sohn Daniel, selbst Rechtsanwalt im internationalen Bankgeschäft, bemerkte, der Bundesbeschluss von 1962 sei wohl von Vorneherein zum Scheitern verurteilt gewesen. «Man muss wissen, dass das Bankgeheimnis damals [in den sechziger Jahren] eine Art Religion war, der nicht nur die Bankiers anhängen, sondern auch die Juristen, die sich noch heftiger gegen dieses Gesetz wehrten», sagte Guggenheim. «Die Schwachstelle des Gesetzes von 1962 war vermutlich, dass die Banken selbst eine Erklärung abgeben mussten, ohne dass die Möglichkeit vorgesehen war, diese durch ein unparteiisches Gremium überprüfen zu lassen. Gewiss, im Artikel 13 war ein Strafmass festgesetzt, doch ich denke, das hatte kaum Wirkung.»<sup>39</sup>

Ausserdem beteiligten sich nach neueren Informationen im Jahre 1962 nur 26 von insgesamt 500 Banken an der Suche nach nachrichtenlosen Konten. «Das wirft Zweifel auf, ob auch wirklich jeder Einzelne bereit war, die Fragen zu beantworten, und ob auch wirklich nachgefasst wurde», sagte Paul Volcker, ehemaliger Direktor der amerikanischen Notenbank und nun Leiter einer Anhörungskommission, die die gegenwärtige Praxis der Schweizer Banken bei der Suche nach nachrichtenlosen Konten prüfen soll. Die mangelnde Beantwortung der Fragen durch die Banken im Jahre 1962, so Volcker weiter, lege auch die Überprüfung der Formulierung der Fragebögen nahe.<sup>40</sup>

Die Schweizerische Bankiervereinigung (SBV) erklärte, die Banken hätten das Gesetz 1962 gewissenhaft und mit der angemessenen Sorgfalt befolgt, und eine der grössten Schweizer Banken habe sogar zwei Rabbits verpflichtet, um die Konten und Depots zu überprüfen. Zwar gab die

SBV zu, der auf den Konten gefundene Gesamtbetrag sei nach heutigen Massstäben «kläglich», doch habe er «mit den damaligen Schätzungen des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebundes übereingestimmt, der 1947 von nicht beanspruchten Einlagen ,im Wert von nur wenigen Millionen Frankem» gesprochen habe.<sup>41</sup> Obwohl im Gesetz auch die Berücksichtigung der Ansprüche von Personen aus osteuropäischen Ländern vorgesehen war, mochten die Bankiers nicht das Risiko eingehen, dass Gelder in die Hände kommunistischer Regierungen fallen könnten, statt den rechtmässigen Erben ausgehändigt zu werden. Nach der Suchaktion von 1962 betrachteten die Schweizer Bankiers das Problem der nachrichtenlosen jüdischen Konten als endgültig erledigt. Auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges florierten die Geschäfte, und sie hatten nun mit einer ganzen Reihe neuartiger ausländischer Anleger zu tun, vom Industriellen bis zum Diktator aus der Dritten Welt, vom Spion über den Steuerflüchtling und Drogenhändler bis hin zum Geldwäscher. Tatsächlich liefen die Geschäfte so gut, dass nur wenige Bankiers ihr Augenmerk auf den Sturm richteten, der sich aufgrund des Zorns über die nachrichtenlosen Konten von Holocaust-Opfern auf jüdischer Seite zusammenbraute. Als der Sturm dreissig Jahre später losbrach, überraschte er die Schweizer im Schlaf.

**5** EDGAR BRONFMAN ZEIGT gern die reichhaltige Kunstsammlung in seinem luxuriös eingerichteten New Yorker Büro. An der Wand neben seinem Schreibtisch hängt ein Wandteppich von Joan Miro und hinter seinem Stuhl ein Ölbild von Jean-Paul Riopelle. Skulpturen, religiöse Kultgegenstände und antike Möbel sind in dem Büro im fünften Stock an der Park Avenue geschmackvoll aufgestellt. Früher residierte hier sein Vater, der legendäre Whiskybaron aus Montreal, der als Mr. Sam bekannt wurde.

Der meistgeschätzte Besitz von Edgar Bronfman, den er mit besonderer Freude seinen Besuchern vorführt, ist jedoch die Kopie einer Thora, die König David in die Schlacht mitnahm. Die Thora ist eine hervorragend beleuchtete Schriftrolle, die sich wie in einem Museum in einer Vitrine auf einem Podest am anderen Ende seines Schreibtisches befindet. Sie ist ein Geschenk von Bronfmans Freund Israel Singer, dem Rabbiner und jüdischem Aktivist, und sie liegt dort zu einem ganz bestimmten Zweck: Sie soll Bronfman an die Weisheit der alten jüdischen Könige erinnern, die gewöhnlich mit der heiligen Schriftrolle in die Schlacht zogen, auf denen das Gesetz der jüdischen Völker aufgeschrieben ist, wie es Mose auf dem Berg Sinai von Gott diktiert worden war. Nach der Überlieferung hielten die Könige die Thora vor Beginn der Schlacht hoch, als symbolische Geste für ihre Feinde, dass sie ihnen eine letzte Gelegenheit gewährten, an die Vernunft und an die heiligsten Lehren des Judentums zu appellieren: an das Recht.

«Sie appellierten stets zuerst an die Herrschaft des Rechts», sagte Bronfman. Der Präsident des Jüdischen Weltkongresses hatte vor Kurzem sein Augenmerk auf die Schweizer Bankiers gerichtet. «Und wenn die Feinde beschlossen, dies zu ignorieren, nun, dann kämpften die Juden wie die Löwen.»<sup>1</sup>

Das ist die Philosophie, von der Bronfman sich leiten lässt. In seiner

Funktion als Präsident des Jüdischen Weltkongresses ist er eine Art moderner Monarch des Weltjudentums geworden. Nachdem er 1981 die Führung der Organisation übernommen hatte, musste er in der Tat Kämpfe biblischen Ausmasses ausfechten. In den achtziger Jahren nahm er es mit einer Supermacht auf. Er kämpfte für die Rechte der Juden in der Sowjetunion, und er gewann. Im Jahr 1986 hat er massgeblich dazu beigetragen, den ehemaligen UNO-Generalsekretär Kurt Waldheim als mutmasslichen NS-Kriegsverbrecher anzuklagen. Waldheim war Ordonnanzoffizier beim Armeestab der deutschen Wehrmacht in Westbosnien gewesen. Ihm konnte zwar kein Fehlverhalten nachgewiesen werden, aber Mitwisserschaft und passive Duldung der Deportationen.

Die Anklagen gegen Waldheim wurden während seiner erfolgreichen Kandidatur für das österreichische Präsidentenamt im Frühjahr 1986 erhoben. Ein Jahr später wurde Waldheim das erste österreichische Staatsoberhaupt, das auf der «Watch List» der Vereinigten Staaten als mutmasslicher Kriegsverbrecher aufgeführt und dem nach einer langwierigen Untersuchung des US-Justizministeriums die Einreise in die Staaten als Privatperson verwehrt wurde. Auch Edgar Bronfman hat sich ausführlich mit dem Fall Waldheim auseinandergesetzt.<sup>2</sup>

Die scharfen Anklagen gegen Waldheim zogen eine heftige Auseinandersetzung nach sich. Waldheim drohte, Bronfman wegen Verleumdung zu verklagen, und viele europäische Juden, auch der bekannte Nazi-Jäger Simon Wiesenthal, der in Österreich lebt, fürchteten bereits, Bronfmans Aktion könne den Antisemitismus schüren. Doch Bronfman blockt sofort ab: «Juden erzeugen keinen Antisemitismus, das tun Antisemiten.»<sup>3</sup> Die Waldheim-Affäre verschärfte die Gegensätze zwischen amerikanischen und europäischen Juden. Insgesamt bevorzugen die europäischen Juden, die unter dem schlimmsten Antisemitismus des 20. Jahrhunderts gelitten hatten, eine zurückhaltende, diplomatische Herangehensweise an jüdische Themen, anstelle der direkten und aggressiven Taktik, die von ihren amerikanischen Pendanten favorisiert wird.

«Viele Führer jüdischer Organisationen meinten, dieser ‚Angriff‘

[auf Waldheim] werde Unmut und noch Schlimmeres hervorrufen», schreibt Bronfman in seinen kürzlich erschienenen Memoiren *The Making of a Jew*. «Ich glaube, es war ein moralischer Imperativ, und wo ich auch hinging, stand das Publikum, zu dem ich sprach, hundertprozentig hinter mir.»<sup>4</sup>

Bronfman erbt von seinem Vater die barsche, direkte Art und die philanthropischen Ansichten. Samuel Bronfman war ein in Russland geborener kanadischer Unternehmer und Selfmademan, der während der Prohibition ein Vermögen gemacht hatte. Er war ein stämmiger kleiner Mann, der eine Sprache gebrauchte, die selbst «einem Matrosen die Schamröte ins Gesicht trieb»,<sup>5</sup> und er war ein überzeugter Zionist, Präsident des Canadian Jewish Congress und Vizepräsident des Jüdischen Weltkongresses. Edgar Bronfman ist Vorsitzender des Verwaltungsrats der Seagram Company Ltd., dem Unternehmen, das Samuel Bronfman aufgebaut hat – heute ein 22-Milliarden-Dollar Konzern, der zu 80 Prozent die Universal Studios Inc. kontrolliert, Tropicana Dole Beverages, G. H. Mumm & Co., Martell & Co. und zu 15 Prozent Time Warner. In echter dynastischer Tradition der Bronfmans führt heute Edgar Bronfmans Sohn, der 41jährige Edgar Jr., den Seagram-Konzern.

Bronfmans philanthropische Haltung entstand erst, als er bereits in mittleren Jahren war. Als Teenager rebellierte er gegen das Judentum, und erst nach dem Tod seines Vaters im Jahr 1971 entdeckte er seinen Glauben neu. Er entwickelte den brennenden Wunsch, seinen Mitjuden in der ganzen Welt zu helfen. Im selben Jahr trat Nahum Goldmann, einer der Gründer des Jüdischen Weltkongresses und selbst eine legendäre Figur, an Bronfman heran, er solle der Organisation beitreten. Goldmann wurde bekannt als Vorstandsmitglied der Conference on Jewish Material Claims Against Germany, die nach dem Krieg Hunderte Millionen D-Mark als Entschädigung und Wiedergutmachung für die jüdischen Opfer der NS-Verbrechen mit der bundesdeutschen Regierung aushandelte. Der überzeugte Zionist Goldmann wurde in Litauen geboren und hatte eine höhere Bildung genossen, nachdem seine Eltern 1897 nach Deutschland gezogen waren. Als europäischer Jude war er nicht immer einverstanden mit der draufgängerischen Taktik sei-

ner amerikanischen Freunde, aber er nahm den jungen Bronfman unter seine Fittiche.

«Wir sind in unserer Vorgehensweise und in unserer Herkunft verschieden», schreibt Bronfman in seinen Memoiren. «Er war ein europäischer Jude, geboren im Ansiedlungsrayon, und ein wenig zurückhaltend gegenüber den draufgängerischen amerikanischen Juden. Ich bin ein ehemaliger Kanadier, heute amerikanischer Staatsbürger, und ich war zum erfolgreichen Geschäftsmann bestimmt, mit allem, was dazu gehört. Ich lebe in New York, wo Juden absolut sicher sind, und bin zu jung, um persönliche Erinnerungen an die Schrecken des Holocaust zu haben.»<sup>6</sup>

Bronfman blühte unter der geradezu despotischen Bevormundung durch Goldmann auf. Heute ist er ein anerkannter Philanthrop, der mehrfach international geehrt wurde. Im Jahr 1986 wurde er zum Chevalier de la Légion d'Honneur (Ritter der Ehrenlegion) in Frankreich ernannt, und er trägt mehrere Ehrentitel. In Argentinien ist ein ganzes Universitätsinstitut nach ihm benannt.

Zu Beginn seiner Amtszeit beim Jüdischen Weltkongress tat Bronfman sich mit Israel Singer zusammen, einem ordinierten Rabbiner und ehemaligen Professor für Politikwissenschaft aus New York. Und die beiden machten sich daran, die Welt zu verändern – für die Juden. Bronfman schätzt Singer, den amtierenden Generalsekretär des Jüdischen Weltkongresses, weil dieser ihn zu seinen jüdischen Ursprüngen zurückgeführt hat. Singer lehrte ihn die Thora und den Talmud zu verstehen. Bronfman sagt über Singer, er sei «einer der klügsten... am härtesten arbeitenden, zielstrebigsten und gleichzeitig liebenswertesten»<sup>7</sup> Menschen, die er kennengelernt habe. Heute lese er täglich einen Abschnitt im Talmud und rufe häufig Singer an, wenn er Fragen zu den jüdischen Schriften habe. Bronfmans erster grosser Coup – seine Kampagne für die Rechte der sowjetischen Juden – wurde einerseits von Goldmanns beharrlicher Forderung angeregt, es müsse etwas unternommen werden, um den Juden in der Sowjetunion zu helfen. Andererseits spielten auch Bronfmans erneuerte religiöse Überzeugung und die Tatsache, dass seine Familie aus Russland stammte, eine wichtige Rolle.



«Ich hatte ein wunderbares Leben geführt, weil meine Grosseltern aus diesem Teil der Welt nach Nordamerika ausgewandert waren, also hegte ich den grossen Wunsch, ein wenig von dem, was sie mir gaben, zurückzuzahlen», sagte Bronfman. Er schätzt, dass er gegenwärtig 40 Prozent seiner Zeit Angelegenheiten des Jüdischen Weltkongresses (WJC) widmet. Regelmässig fliegt er in seinem Privatjet um den Globus, um für seine Organisation zu repräsentieren. Seit seinem Amtsantritt als Präsident des WJC hat er nach eigenen Angaben «siebenstellige Summen» ausgegeben, um die Organisation zu unterstützen.

Unter Bronfmans dynamischer Führung hat sich der Jüdische Weltkongress von seinen eher trägen Anfängen als weitgehend unbekannte Lobby der Juden in der Schweiz gewandelt und eine wichtige Rolle in der Weltpolitik übernommen.

Heute liegt das Hauptquartier des Jüdischen Weltkongresses jedoch nicht mehr am Stadtrand von Genf, sondern im Herzen von Manhattan, nur ein paar Blocks vom Seagram Building an der Park Avenue entfernt. Auch wenn die Organisation ihr Genfer Büro weiterbehält, wird die Hauptarbeit heutzutage vom Hauptquartier in New York aus gelenkt. Elan Steinberg, der 43jährige geschäftsführende Direktor des Jüdischen Weltkongresses in New York, sagt stets offen seine Meinung. Als der Skandal um die Schweizer Banken 1996 ans Licht der Öffentlichkeit gebracht wurde, koordinierte Steinberg die Nachforschungen des Kongresses in freigegebenen Geheimdienstakten der Operation Safehaven im Staatsarchiv in Washington. Gleichzeitig musste er beinahe täglich den Fernsehteams, Fotografen und Zeitungsreportern Rede und Antwort stehen, von denen die Büroräume der Organisation regelrecht belagert wurden. In diesen Tagen konnte Steinberg selten mehr als fünf Minuten für Interviews erübrigen, und auch die waren in der Regel begleitet von dem ständigen, nervtötenden Klingeln des Telefons im Hintergrund.

«Wir wissen, dass viele Leute mit unserer Vorgehensweise nicht einverstanden sind, aber das kümmert uns nicht», sagte mir Steinberg einmal zwischen zwei Interviews mit CNN und dem National Public Ra-

dio. «Es ist nicht unsere Aufgabe, nett zu den Schweizern zu sein und ihnen aus der Patsche zu helfen. Wir repräsentieren das jüdische Volk und wir kämpfen für Wahrheit und Gerechtigkeit für jene Menschen, die über 50 Jahre lang ungerecht behandelt worden sind.»<sup>8</sup>

In einem Interview mit der *New York Times* umriss Steinberg später die Strategie, die der Jüdische Weltkongress bis ins nächste Jahrtausend verfolgen werde. «Eine lange Zeit sollte der Jüdische Weltkongress das grösste Geheimnis im Leben eines jeden Juden sein, weil die Diplomatie nach dem Krieg ihrem Wesen nach eine stille Diplomatie war», sagte Steinberg. «Wir haben jetzt eine neue Führung nach amerikanischer Art – weniger zaghaft, energischer, offen jüdisch.»<sup>9</sup>

In der Tat bleibt Bronfmans Strategie bei seinem Feldzug gegen die Regierung und die Banken der Schweiz offen aggressiv. Bronfman bekennt, dass er, als er mit seinen Kollegen in der Führung des Weltkongresses über die Vorgehensweise diskutierte, sofort den alten Brauch der Thora aufgegriffen und beabsichtigt habe, an die schweizerische Liebe für Diplomatie und Recht zu appellieren.

Als erster hatte Nahum Goldmann wegen Entschädigungen für Opfer des Holocaust Druck auf Deutschland ausgeübt, und seither standen die Themen der Entschädigung und Wiedergutmachung für Opfer der NS-Verfolgung durchweg auf der Tagesordnung der Organisation, auch wenn sie gegenüber dringlicheren Aufgaben in den Hintergrund treten mussten, wie dem Kampf für die Rechte von Juden, die hinter dem Eisernen Vorhang verfolgt wurden.

Deshalb begannen Bronfman und Singer erst 1990 nach dem Fall der Berliner Mauer über eine Wiedergutmachung nachzudenken. Im Jahr 1992 wurde die World Jewish Restitution Organization gegründet. Sie hatte die Rückgabe von jüdischen Besitztümern und anderen Vermögenswerten zum Ziel, die kommunistische Regierungen nach dem Zweiten Weltkrieg enteignet hatten. Als bald forderten erste Überlebende des Holocaust, die nach Kriegsende über 50 Jahre lang hinter dem Eisernen Vorhang gelebt hatten, die Rückgabe der Familienvermögen, die sie bei Schweizer Banken vermuteten. Dadurch wurde die Schweiz,

dieses scheinbar korrekte und neutrale Land, in einen neuen Kampf um Wiedergutmachung und Gerechtigkeit hineingezogen; zahlreiche Überlebende baten jüdische Organisationen wie den WJC um Hilfe bei der Suche nach Vermögenswerten, die womöglich immer noch in schweizerischen Tresorräumen lagen.

Eine Flut von Gedenkfeiern zum 50. Jahrestag des Kriegsendes in ganz Europa hat dazu beigetragen, im Jahr 1995 die Wiedergutmachungsfrage abermals zu stellen. Ausserdem hatte das Ende des Kalten Krieges auch eine Neubewertung des Verhaltens der neutralen Staaten während des Krieges zur Folge. In der Schweiz veröffentlichte der Historiker Jacques Picard sein Buch *Die Schweiz und die Juden, 1933-1945*. Picard verurteilt die Behandlung jüdischer Flüchtlinge durch die Schweiz. Sein Buch hat zwar nicht die Vermögen jüdischer Opfer der NS-Verfolgung auf Schweizer Banken zum Thema, doch es gab Anlass zu einer kollektiven Selbstbesinnung der Rolle der Schweiz während des Krieges und entlarvte den Mythos eines mitfühlenden neutralen Staates, dem die Besetzung durch deutsche Truppen dank der festen Entschlossenheit seiner Führer und seiner wohlgerüsteten Armee erspart geblieben war.

«Ich war beunruhigt wegen des Mythos, den die Schweiz um sich gewoben hatte», sagte Picard. Er stammte väterlicherseits von Juden ab, und seine Vorfahren hatten im Krieg in der französischen Résistance gekämpft. Picards Interesse an den Juden in der Schweiz während des Krieges ist darauf zurückzuführen, dass seine von den Nazis verfolgten Eltern es nie über sich brachten, über den Holocaust zu sprechen. «Jahrelang glaubten die Schweizer, die Schweiz sei ein einsamer Fels im von den Nazis besetzten Europa gewesen und sei wegen militärischer Abschreckung nicht besetzt worden. Diese Mythen wurden im Kalten Krieg aufrechterhalten, ebenso wie der Mythos, die Schweiz habe alle jüdischen Flüchtlinge aufgenommen.»<sup>10</sup>

Die neuerliche Suche nach jüdischen Guthaben in Schweizer Banken setzte ein, als Bronfman und seine Leute 50 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges in die Schweiz kamen. Sie sollte symbolhaft für die Entlarvung dieses Mythos des Kalten Krieges stehen.

«Es ist erwiesen, dass die Schweiz sich ihre Neutralität erkauf hat», sagte Bronfman. «Aber im Rückblick darf man Menschen für das, was sie taten, nicht verdammen. Viele Menschen taten zahlreiche unschöne Dinge, um diese Zeit zu überleben. Das tun die Menschen immer. Doch wer eine schöne Zukunft haben will, muss sich seiner Vergangenheit stellen.»<sup>11</sup>

Nachdem Bronfman und seine Mitarbeiter öffentlich Nachforschungen nach den längst vergessenen jüdischen Guthaben forderten, kamen auch andere die Schweiz betreffende Themen der Kriegszeit zur Sprache. Dazu gehörte der Ankauf geraubten Nazigoldes durch Schweizer Banken und die Behandlung jüdischer Flüchtlinge durch die Schweizer Behörden. «Hier geht es nicht um Geld, es geht um Gerechtigkeit», sagte Bronfman, der sich energisch der Sache annahm. «Dies ist das letzte Kapitel des Holocaust.»<sup>12</sup>

Bronfman flog mit seinem Privatjet in die Schweiz und vertraute darauf, dass sein Appell an die Vernunft nicht ignoriert werden würde. Am 12. September 1995 traf Bronfman mit einem Brief des israelischen Ministerpräsidenten Jitzhak Rabin ein, der Bronfman und den Jüdischen Weltkongress ermächtigte, im Namen des jüdischen Volkes zu handeln, um eine Wiedergutmachung für die Holocaustopfer anzustreben. Neben einem Treffen mit dem Schweizer Bundespräsidenten Kaspar Villiger vereinbarten Bronfman und seine Mitarbeiter eine Zusammenkunft mit der Schweizerischen Bankiervereinigung (SBV). Da sie etwas zu früh für das Treffen mit den Repräsentanten der mächtigsten Banken der Schweiz eintrafen, wurden Bronfman und sein Kreis in einen kahlen Raum geleitet, «in dem keine Möbel standen». Zur angesetzten Uhrzeit traten Mitglieder der SBV ein, und einer von ihnen verlas unverzüglich eine vorbereitete Erklärung. Mit seiner förmlichen, monotonen Stimme sagte Georg Kray, der Vorsitzende der Bankiervereinigung, dass die Organisation sich geeinigt habe, eine eigene interne Suche nach ruhenden Konten durchzuführen, und eine Reihe von Richtlinien aufstellen werde, nach denen Holocaustopfer und ihre Familienangehörigen die Durchführung einer Suche beantragen konnten. Nach der Durchführung der internen Suche habe die Organisation ein

Vermögen von über 38 Millionen Franken in ruhenden Konten aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs entdeckt, die Opfern des Holocaust gehören könnten. Nach der Verlesung der Erklärung fragte der Bankier Bronfman, ob er noch irgendwelche Fragen habe.

«Diese Art von Empfang war schon mehr als kühl und grob», sagte Bronfman. Seine buschigen Augenbrauen zogen sich bedrohlich zusammen, als er bei einem Interview in seinem Büro an der Park Avenue an das Treffen zurückdachte. «Also sagte ich ihnen, ich sei nicht in die Schweiz gekommen, um über Beträge zu reden. Ich sei gekommen, um über die Vorgehensweise zu reden. Wenn sie von mir erwarteten, ich solle der Welt erklären, dies sei die Gesamtsumme, dann müsse ich absolute Gewissheit haben. Ich wollte mich nicht auf ihr Wort verlassen.»<sup>13</sup>

In einem folgenden Zeitungsinterview bezeichnete Bronfman die Geste der schweizerischen Bankiers als Bestechungsversuch. Zu der Zeit mutmassten Bronfman und der Jüdische Weltkongress, dass Guthaben im Wert von bis zu sieben Milliarden Dollar in Schweizer Banken verborgen lägen. «Sie [die SBV] hatte schon zuvor Gruppierungen gekauft und erhöhte nun einfach die Bestechungssumme», sagte er. «Ich durchschaute ihre Taktik sofort. Sie wollten im Grunde, dass wir das Geld nahmen und verschwanden.»<sup>14</sup>

Das Treffen war ein Vorbote der Ereignisse, die sich bei den Verhandlungen des WJC mit den Schweizern einstellen sollten. Bronfman und seine Mitarbeiter reisten von diesem ersten Treffen mit einem leisen Hoffnungsschimmer ab. Die Schweizer Bankiers hatten zumindest grundsätzlich dem Vorschlag des WJC zugestimmt, ihre Akten von einer unabhängigen Kommission prüfen zu lassen. Die beiden Organisationen versprachen, zusammenzuarbeiten und eine Kommission zu bilden, die nach erbenlosen Guthaben auf Schweizer Banken aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs forschen sollte.

Einen Tag nach dem peinlichen Treffen zwischen Bronfman und Vertretern der Schweizerischen Bankiervereinigung trat ein junger jüdischer Anwalt namens Sergio Karas nach der Morgendusche erfrischt in

sein Zimmer im malerischen Hotel Helmhaus im Herzen der Altstadt von Zürich. In einen flauschigen, weissen Bademantel gehüllt stand er im Raum und schnappte noch das Ende einer Fernsehsendung des BBC World Service auf, die sofort sein Interesse weckte. Die Rede war von Nazis, dem Holocaust und Schweizer Banken.

Der Anwalt für Einwanderungsfragen aus Toronto, der in Zürich geschäftlich zu tun hatte, rasierte sich eilig, zog sich an und ging hinunter zu einem kurzen Frühstück im Speisesaal des Hotels, bevor er sich zu einem Tag voller Verhandlungen aufmachte. Als er sich zum Kaffeetrinken hinsetzte, blieben seine Augen an der fetten Schlagzeile auf der Titelseite des *Tages Anzeigers* hängen, den ein anderer Hotelgast auf dem Nebentisch zurückgelassen hatte. Karas mühte sich mit seinen dürftigen Deutschkenntnissen und überflog den Artikel, der ausführlich die Entscheidung der Schweizerischen Bankiervereinigung schilderte, neue Richtlinien zu entwerfen, nach denen Überlebenden des Holocaust und ihren Erben die Möglichkeit gegeben werden sollte, eine neuerliche Suche nach Familienvermögen zu beantragen. Karas liess die Hälfte seines Frühstücks stehen und eilte zurück auf sein Zimmer, wo er fast alle Termine des Tages absagte und seine schweizerische Kollegin Caterina Nägeli anrief.

«Weshalb ich so interessiert war?» sagte Karas, als er sich an seine anfängliche Erregung bei der Erwähnung ruhender Konten von NS-Opfern erinnerte. «Ich betrachtete diesen Fall als eine Gelegenheit, für die Gerechtigkeit zu arbeiten. Fünfzig Jahre lang das Geld fremder Menschen zu behalten, ist ein Unrecht. Wie anders wären die Leben vieler Menschen verlaufen, wenn sie Zugang zu dem Geld gehabt hätten? Wie viele Kinder hätten die Universität besucht? Zum erstenmal in meinem Leben konnte ich für die Seite eintreten, die für die Gerechtigkeit kämpft. Mir gefällt das, weil es allzu oft von Anwälten heisst, sie seien immer auf der Seite der Geldsäcke.»<sup>15</sup>

Karas hat Züge eines fahrenden Ritters an sich. Er ist stets für die Gerechtigkeit eingetreten. Anders als die meisten Anwälte machte Karas mit der Vertretung der Interessen von Verzweifelten und Unterdrückten Karriere. Das Wartezimmer seiner Kanzlei für Einwande-

rungsfragen im Geschäftsviertel von Toronto ist häufig überfüllt mit verschleierte muslimischen Frauen aus Asien und Afrika und politischen Flüchtlingen aus Mittelamerika. Sie alle fliehen vor Verfolgung in ihren von politischen Wirren geprägten Heimatländern, und alle vertrauen ganz auf den stattlichen jungen Anwalt, der in Argentinien aufwuchs und weiss, was es heisst, unter einem diktatorischen Regime zu leben.

Bei Karas weckten die ruhenden Konten sofort seinen ausgeprägten Gerechtigkeitsinn. Bereits auf dem kurzen Weg von seinem Hotel zu Nægelis Anwaltskanzlei am Grossmünsterplatz hatte Karas den festen Entschluss gefasst, Überlebenden des Holocaust bei ihrem Streben nach Wiedergutmachung zu helfen. In einem Konferenzsaal mit Blick über Zürich arbeiteten die beiden Anwälte ihre Strategie aus. Karas und Nægeli wollten gemeinsam Überlebende des Holocaust oder ihre Erben vertreten, die Anträge an Schweizer Banken schicken wollten. Weil es Anwälten in der Schweiz untersagt war, aktiv um Mandanten zu werben, sollte Karas Frau Nægelis Dienste in jüdischen Zeitungen in Nordamerika anbieten und kanadische Synagogen aufsuchen.

«Sergio meinte, wir könnten gemeinsam etwas Gutes tun, um Menschen zu helfen», sagte Frau Nægeli, eine ernsthafte 39jährige Anwältin, die sich sofort für die nachrichtenlosen Konten interessierte. Da sie mit den Mythen zur Rolle der Schweiz während des Zweiten Weltkrieges aufgewachsen war, erstaunte sie die Entdeckung, dass Schweizer Banken möglicherweise noch fünf Jahrzehnte nach Kriegsende Guthaben von Juden einbehielten, die von den Nazis verfolgt worden waren. «Hier wachsen die Leute mit dem Märchen auf, die Schweizer seien stets neutrale, gute Menschen und gute Kämpfer gewesen.»<sup>16</sup>

Als Mitinhaberin einer kleinen Kanzlei, die sich auf eine breite Palette juristischer Bereiche spezialisiert hat, hat sich Frau Nægeli den jugendlichen Idealismus bewahrt, der sie in ihrem Jurastudium stets begleitet hatte. Sie hatte mit Ende Zwanzig bei Indios im peruanischen Dschungel gelebt und gearbeitet, und dort war ihre ausgeprägte Menschenliebe geweckt worden. Wie viele junge und gebildete Idealisten beschloss Frau Nægeli, Jura zu studieren, um Menschen bei ihrem Stre-

ben nach Gerechtigkeit helfen zu können. Und jetzt hatte sie genau wie Karas vermutlich die Aufgabe ihrer Träume gefunden.

Karas hoffte zwar auch, dass der Konflikt mit den Schweizer Banken seine Klientel wieder vergrössern würde. Sie hatte im Zuge der Kürzungen des Rechtshilfefonds durch die kanadische Regierung abgenommen; doch in erster Linie handelte er aus ganz persönlichen Motiven. «Ich wollte das für meinen Vater tun», sagte Karas. Sein Vater war ein Überlebender des Holocaust und stammte aus Polen.<sup>17</sup>

Sergio Karas wurde am 22. Mai 1959 in Buenos Aires als einziger Sohn von Aria Karas und Ana Smoisman geboren. Sergios Mutter stammte aus einer Familie jüdischer Gauchos. Diese Gutsbesitzer und Viehzüchter sprachen noch immer ein derbes Jiddisch und waren im 19. Jahrhundert aus Russland ausgewandert, um sich in der kargen Weite der argentinischen Pampa eine Existenz aufzubauen. Sergios Urgrosseltern mütterlicherseits trafen im Zuge eines gewaltigen Exodus von Juden aus Russland in den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts in der Provinz Entre Rios ein. Der Exodus wurde von Baron Maurice de Hirsch finanziert, einem berühmten deutschen Finanzier und Menschenfreund, der wegen seiner Besorgnis über den heftigen Antisemitismus in Russland die Jewish Colonization Association gegründet hatte. Diese Organisation verfolgte hohe Ziele und finanzierte umfassende Neuansiedlungen verfolgter Juden in Nord- und Südamerika. Baron Hirschs Organisation führte Gespräche mit der argentinischen Regierung wegen des Erwerbs riesiger Landstriche, um jüdische Kolonien in dem entlegenen südamerikanischen Land zu gründen. Um 1881 stachen nach Baron Hirschs Plan ganze Auswandererschiffe mit russischen Juden nach Argentinien in See. Auf den windgepeitschten Pampas gründeten die jüdischen Siedler landwirtschaftliche Kooperativen, Synagogen und Talmudschulen. Auch wenn die jüdischen Männer rasch die charakteristischen Hüte mit breiter Krempe und die weiten Hosen ihrer Gaucho-Nachbarn übernahmen, hielten die meisten jüdischen Siedler an ihren Traditionen fest. Sie molken samstags die Kühe nicht, und wie Sergios Urgrossmutter sprachen viele nur Jiddisch und weigerten sich, Spanisch zu lernen.



Aria Karas wuchs in Lodz auf, wo sein Vater, ein polnischer Jude der Mittelschicht, eine Bäckerei besass. Als Aria 14 Jahre alt war, marschierten die Nazis in Polen ein, und über Nacht brach die sichere Existenz der Familie zusammen. Der Familienbetrieb der Karas wurde von den Nazis übernommen, und die Familie wurde mit anderen Juden zwangsweise in ein Ghetto im ärmsten Teil der Stadt geschafft. Arias älterer Bruder war gross und blond und konnte leicht für einen Arier gehalten werden; er entkam nach Krakau. Dort besorgte er sich gefälschte Papiere und floh nach Frankreich und von dort nach Argentinien, wo Verwandte der Familie Karas lebten. Nach der Auflösung des Ghettos im Jahr 1944 wurden Aria, seine Eltern und sein jüngerer Bruder nach Auschwitz deportiert. Nach der Trennung in Auschwitz hat Aria seine Eltern nie wieder gesehen. Nach dem Krieg hat er jedoch herausgefunden, dass sein elfjähriger Bruder gestorben ist, weil ihm von einem Arzt im Konzentrationslager zuviel Blut für Transfusionen an deutsche Verwundete abgenommen worden war. Nach dem Krieg zog Aria drei Jahre lang durch ganz Europa, ehe er seinen Bruder in Buenos Aires aufspürte. Dieser konnte es einrichten, dass Aria illegal nach Argentinien geschleust wurde. Das Land war nach dem Krieg zum wichtigsten Unterschlupf für untergetauchte Nazis geworden.

«Wir kamen mit den Nazis auf denselben Schiffen an, doch im Gegensatz zu uns wurden die Nazis besonders zuvorkommend behandelt und die Juden waren nicht willkommen», erinnerte sich Aria Karas.<sup>18</sup>

Die bevorzugte Behandlung der Nazis durch den argentinischen Diktator Juan Domingo Peron war eine Folge seiner eigenen Begeisterung für den Faschismus. Ausserdem wurden Beutestücke der Nazis gegen argentinische Pässe und Aufenthaltsgenehmigungen getauscht. Historiker behaupten, dass Peron nach seinem Amtsantritt im Jahr 1946 argentinische Blanko-Pässe gegen Beutegut der Nazis eingetauscht habe. Pedro Bianchi, der als untergeordneter Diplomat von 1946 bis 1948 im argentinischen Aussenministerium tätig war, schätzt, dass die Staatspolizei wenigstens 2'000 argentinische Pässe und 8'000 Ausweise ausgegeben hat, die über den Botschaftskurier nach Wien geschickt und in

den Jahren unmittelbar nach dem Krieg an Nazis verteilt wurden.<sup>19</sup> Der Historiker Ronald Newton nimmt an, dass Peron deutsche Wissenschaftler, Techniker und andere Spezialisten in das blühende südamerikanische Land locken wollte; er scherte sich nicht darum, dass sie gesuchte Kriegsverbrecher waren. Peron gab sich nicht die Mühe, «zwischen Technikern, politisch Unverbesserlichen und Kriegsverbrechern zu unterscheiden, und sprach davon, ‚mehrere Tausend‘ [einzulassen]. Die argentinische Zeitung *La Prensa* schrieb einmal von ‚mehreren Tausend cedulas en blanco‘ [Blankoausweisen], die Peron deutschen Flüchtlingen zur Verfügung gestellt hatte, Fachleuten wie Nichtfachleuten; Simon Wiesenthal schätzte die Zahl auf 7‘500.»<sup>20</sup>

In einem Land, das von einem nazifreundlichen Regime regiert wurde, war Aria Karas nicht überrascht, mit einem ausgeprägten Antisemitismus konfrontiert zu werden. Er war auch nicht erstaunt, als er erfuhr, dass Josef Mengele, der berühmte Arzt der Vernichtungslager, den er von Auschwitz her kannte, nur ein paar Blocks von dem Ort entfernt lebte, wo Arias Bruder Mario eine Fabrik für landwirtschaftliche Geräte am Rand der Hauptstadt betrieb. Wie Eichmann war Mengele nach dem Krieg mit Hilfe der katholischen Kirche und des italienischen Roten Kreuzes nach Argentinien geflohen. Im Jahr 1949 gelang es Mengele, sich von dem schweizerischen Konsulat in Genua einen Pass des Roten Kreuzes zu verschaffen. Das gelang ihm durch seine Verbindungen zu einem geheimen Netzwerk ehemaliger SS-Leute mit Kontakten zum Vatikan. In Buenos Aires lebte Mengele unter dem Pseudonym Helmut Gregor unbehelligt in der grossen deutschen Gemeinde der Hauptstadt; später führte er sogar wieder seinen richtigen Namen. Er Hess sich im Telefonbuch von Buenos Aires eintragen und beantragte sogar die Scheidung von seiner Frau in Deutschland; zur Erledigung der juristischen Formalitäten wurde er 1954 beim westdeutschen Konsulat der Stadt vorstellig. Zwei Jahre später durfte er in die Schweiz reisen, um dort mit seinem zwölfjährigen Sohn Rolf zu plaudern. Um 1960 jagten israelische Geheimagenten Mengele jedoch einen gewaltigen Schrecken ein: Sie hatten Eichmann in der Nachbarschaft in Buenos Aires aufgespürt und heimlich nach Israel entführt. In Tel Aviv wurde

er vor Gericht gestellt und wegen Verbrechen am jüdischen Volk und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zum Tode verurteilt. Mengele ging nach Paraguay und später nach Brasilien, wo er 1979 vor einem Strand nahe Sao Paulo bei einem Badeunfall ertrank.<sup>21</sup>

Auch Erich Priebke, der SS-Hauptsturmführer, der die Ermordung von 335 italienischen Juden in den Ardeatinischen Höhlen befohlen hatte, wählte nach dem Krieg Argentinien als Aufenthaltsland. Vor Kurzem hat er in einem Interview für den staatlichen italienischen Fernsehsender KAI zugegeben, dass die Katholische Kirche ihm geholfen hatte, 1948 mit einem Pass nach Argentinien zu entkommen. Den Pass selbst hatte ihm ein Angehöriger des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes in Genf besorgt. Priebke führte in dem Andenort San Carlos de Bariloche ein geruhames Leben, bis ein amerikanisches Fernseheteam ihn im Jahr 1994 aufspürte. In einem Interview mit dem Sender ABC gab er seine Beteiligung an dem Massaker in den Ardeatinischen Höhlen zu. Im Jahr 1995 wurde er an Italien ausgeliefert, wo das Verfahren gegen ihn noch nicht abgeschlossen ist.

Das Regime Perons nahm zwar bereitwillig Tausende von Nazis in Argentinien auf, darunter hochrangige SS-Mitglieder und gesuchte Kriegsverbrecher, doch bei den Juden sah die Sache anders aus. Während Nazis häufig mit dem Luxusdampfer ankamen, in der Tasche einen Pass, den verschiedene Zweigstellen des Roten Kreuzes in ganz Europa ausgegeben hatten, mussten Juden, wenn sie nach dem Krieg in Argentinien einwandern wollten, von Paraguay aus auf Fischerbooten eingeschmuggelt werden. In der Regel wurden jüdische Flüchtlinge, die den Greueln des von den Nazis besetzten Europas zu entkommen suchten, in Argentinien kühl empfangen. «Die legale jüdische Einwanderung... wurde trotz der lautstarken Lobby-Arbeit jüdischer Gruppierungen in Buenos Aires stark gebremst. Bis Juli 1947 war Santiago Peralta, ein überzeugter Antisemit, Direktor der Einwanderungsbehörde; er verhinderte die Einwanderung von Juden, wo er nur konnte. Doch auch nach seinem Ausscheiden besserte sich die Lage nicht wesentlich. Die US-Regierung hatte bedeutenden Einfluss auf die argentinische Einwande-

rungspolitik nach 1947, aber auch sie versäumte es, eine grössere Toleranz den Juden gegenüber durchzusetzen.»<sup>22</sup>

Als Aria Karas 1948 nach Argentinien kam, war eine der beliebtesten Redensarten: «Haga Patria, Mata un Judio» («Erweise deinem Land einen Dienst, töte einen Juden»). Trotz des ausgeprägten Antisemitismus gelang es Aria, ein relativ angenehmes Leben zu führen. Er heiratete Ana, die in Buenos Aires Pharmazie studierte, und baute ein blühendes Textilunternehmen auf. Doch das Leben unter wechselnden Militärdiktaturen erwies sich für Karas Familie als aufreibend. Ende der siebziger Jahre öffnete die Militärregierung die Märkte für billige Textilimporte, was die heimische Industrie an den Rand des Ruins brachte. Karas' Unternehmen musste herbe Verluste hinnehmen. Darüber hinaus hatte die antisemitische Militärregierung einen internen «Schmutzigen Krieg» gegen politische Gegner begonnen. Bekämpft und unschädlich gemacht werden sollten vor allem idealistische Studenten wie Sergio Karas, der an der Universität Belgrano Jura studierte. Auch in der argentinischen Armee wurden Juden verhöhnt und diskriminiert. Aus all diesen Gründen entschloss sich die Familie Karas, ihre Sachen zu packen und nach Kanada auszuwandern.

Fünfzehn Jahre nach der Flucht aus Argentinien sass Sergio Karas in seiner kleinen Anwaltskanzlei in Toronto, deren Wände bedeckt sind mit gerahmten Zeitungsartikeln, in denen ausführlich über seine Erfolge bei Prozessen zu Flüchtlingsfragen berichtet wird. Karas ist in Gerichtskreisen in Toronto als arbeitswütiger Jungeselle bekannt.

Mehr als ein Monat war seit seiner Rückkehr aus Zürich vergangen. Am Vortag war seine Anzeige in einer örtlichen jüdischen Zeitung erschienen, in der er Juden anbot, ihre Interessen gegenüber Schweizer Banken zu vertreten. Das Telefon klingelte am laufenden Band. Die Anrufer waren Überlebende des Holocaust, die vermuteten, dass ihre Familienangehörigen vor über 50 Jahren ihr Vermögen auf Schweizer Banken deponiert hatten. Offensichtlich hatten sie alle ein und dasselbe Problem, und beinahe alle erzählten die gleiche Geschichte von Ange-

hörigen, die es irgendwie geschafft hatten, ihr Vermögen in die Schweiz zu schmuggeln, bevor sie in Konzentrationslager deportiert wurden und spurlos verschwanden. Nein, offenbar wusste niemand eine Kontonummer, ein Kennwort oder auch nur den Namen der Bank.

Einer der hartnäckigsten Anrufer war eine temperamentvolle ältere Frau, die sagte, sie sei in Wien geboren. Ihr Grossvater sei dort ein erfolgreicher Textilexporteur gewesen. Er habe ihr unmittelbar vor seiner Flucht nach Lettland im Jahr 1939 von Geld erzählt, das er auf einem Schweizer Bankkonto angelegt habe. Doch ihr Grossvater sei in Lettland ermordet worden, und sie sei während des Krieges von ihrer Familie getrennt gewesen. Gemeinsam mit ihrer Mutter sei sie nach Auschwitz gebracht worden. Nein, sie habe keine Informationen über die Bank, aber ob sie nicht einen Termin vereinbaren könne, um sich persönlich mit Karas zu treffen. Es sei ihr unangenehm, über solche Dinge am Telefon zu sprechen.

Renée Appel war schon als Kind in Wien zur Pünktlichkeit erzogen worden. Sie erschien am 30. Oktober 1995 zu früh zu ihrem Termin mit Sergio Karas um 14.00 Uhr. Sie wurde von ihrem Vetter begleitet, einem hoch aufgeschossenen, ein wenig gebeugten, aber immer noch gut aussehenden Hans Hammersfeld. Die inzwischen 72jährige Renée hatte sich noch die majestätische Schönheit und Statur ihrer Jugend bewahrt. Renée hob sich mit ihrer eleganten Kleidung und ihren Goldringen und Armreifen ab von den nervösen und abgerissenen Mandanten, die ebenfalls auf ein Gespräch mit Sergio Karas warteten. Hans, inzwischen 65 Jahre, war stolzer Vater von drei erwachsenen Kindern und ein erfolgreicher Geschäftsmann, Leiter einer Gesellschaft, die münzbetriebene Waschautomaten vertrieb. Er sass steif auf einem Bürostuhl mit gerader Rückenlehne und sah sich peinlich berührt im Wartezimmer um.

Renée hatte Hans sofort angerufen, als sie die Anzeige von Karas in den *Canadian Jewish News* gelesen hatte; Hans rief dann die anderen Kusinen und Vettern der Familie Hammersfeld an: Herbie in New York und Charlotte und Anita, und zuletzt die beiden Töchter Harrys in Wien.

Alle waren sich einig, die Anwaltskosten gemeinsam zu tragen und einen Antrag bei den schweizerischen Banken einzureichen. Obwohl Adolf, Hans' Vater, und sein Bruder Harry noch vor ihrem Tod vergeblich versucht hatten, Auskunft über Abraham Hammersfelds Guthaben in der Schweiz zu erhalten, waren die Enkel entschlossen, es jetzt endlich zu finden, auch wenn seit dem Krieg über fünf Jahrzehnte vergangen waren.

Kein Angehöriger der Familie brauchte das Geld. Sie hatten alle nach dem Krieg Erfolg gehabt und sich ein angenehmes Leben in der Mittelschicht von Toronto, New York und Wien aufgebaut. Nein, das Geld sei nicht der eigentliche Grund, der sie zu ihrer Anklage treibe, sagten sie Karas. Als sie dem Anwalt ihre Familiengeschichte erzählten, fielen sich Renée und Hans immer wieder gegenseitig ins Wort. Sie stellten überrascht fest, dass es ihnen viel leichter fiel, diese Geschichte einem völlig Fremden zu erzählen als den eigenen Kindern. Renée dachte schmerzlich an die Ereignisse an jenem Tag im April 1939 zurück (sie konnte sich nicht mehr an den Wochentag erinnern), als sie in der Wohnung in der Negerlegasse in Wien zum letzten Mal mit ihrem Grossvater gesprochen hatte. Sie erzählte Karas, wie Abraham, das Gesicht voller Sorgenfalten, sie in seine Bibliothek geführt und ihr von dem Bankkonto in der Schweiz erzählt hatte.

«Ich will nur, was meiner Familie zusteht», sagte Renée. «Ich will Gerechtigkeit. Mich ärgert die Tatsache, dass die Schweiz das Geld behält und sich am Leid der Juden bereichert.»<sup>23</sup>

Karas sass wie versteinert und erkannte rasch, dass hinter dem Wunsch von Renée und Hans, Abrahams Bankkonto zu finden, etwas Wichtigeres steckte. Renée und Hans berichteten, dass ihre Eltern sich an das Schweizer Konsulat in Toronto gewandt und um Nachforschungen nach Abrahams Konto ersucht hatten, doch sie seien auf eine Wand aus Granit gestossen. «Ich hatte den Eindruck, dass die Vergangenheit den Hammersfelds immer noch keine Ruhe lässt. Sie wollten das Geld vor allem deshalb finden, um die Vergangenheit ein für allemal hinter sich zu lassen», stellte Karas nach seinem ersten Treffen mit Hans Hammersfeld und Renée Appel fest. «Das Wesentliche für mich war die ungläubliche Odyssee, die sie hinter sich hatten. Sie erzählten nicht die ty-

pische Geschichte von Menschen, die den Holocaust überlebt haben. Sie waren sehr redegewandt und hatten eine sehr lebhaftere Erinnerung an diese Ereignisse. Und sie waren fest davon überzeugt, dass irgendwo in einer Schweizer Bank ein Konto existierte, das ihrem Grossvater gehörte.»<sup>24</sup>

Irgendwo bei einer Schweizer Bank. Nun, es hatte tatsächlich den Anschein, als hätten Karas und Nägeli für ihre selbstgewählte Aufgabe die richtigen Mandanten gefunden.

Aber obwohl Hans und Renée ihm nicht die Adresse einer Bank nennen konnten, glaubte Karas ihnen sofort. Ihre offene Art und ihr Eifer müssen ihn überzeugt haben. Ausserdem klang die ganze Geschichte glaubhaft, und alle anderen Mitglieder der Familie Hammersfeld, die alt genug waren, um sich an Kriegsereignisse zu erinnern, erzählten genau das Gleiche. Karas wusste von seinem Vater, dass die meisten Juden, die kurz vor dem Zweiten Weltkrieg in Europa gelebt hatten, nicht über ein so grosses Vermögen verfügten, dass die Eröffnung eines Bankkontos in der Schweiz sinnvoll gewesen wäre. Die Juden, die aller Wahrscheinlichkeit nach Geld in Schweizer Banken angelegt hatten, waren Selbständige der oberen Mittelschicht und Geschäftsleute aus städtischen Zentren wie Wien – also Menschen wie Abraham Hammersfeld.

Karas machte sich während des Gesprächs mit Hans und Renée ausführliche Notizen und schickte dann ein Fax an seine Kollegin in Zürich. Frau Nägeli bereitete den Antrag vor, der an die Dienststelle des schweizerischen Ombudsmannes für Bankenwesen geschickt werden sollte, eine Einrichtung, die die Schweizerische Bankiervereinigung im Jahr 1992 gegründet hatte, um Streitfälle zwischen den 450 Banken der Schweiz und ihren Kunden zu schlichten. Im Herbst 1995 wurde der Ombudsmann damit beauftragt, die Anträge der Überlebenden des Holocaust und ihrer Erben in der ganzen Welt zu bearbeiten. Die neu geschaffene Institution für die Suche nach ruhenden Konten bei Schweizer Banken in der Dienststelle des Ombudsmannes funktionierte wie eine Anlaufstelle und leitete die Anträge an die Banken weiter. Nach Eingang des Antrags führte die Bank auf der Grundlage der aus dem Antrag her-

vorgehenden Informationen eine Suche durch und schickte die Ergebnisse an den Ombudsmann.

Beim Abfassen des Antrags im Namen der Enkel Abraham Hammersfelds fragte sich Frau Nägeli ernstlich, ob die Suche überhaupt Erfolg haben könne. «Die Banken können sagen, was sie wollen», sagte Nägeli mit Bezug auf die 20 Anträge, die sie und Karas inzwischen im Auftrag von Klienten vorbereitet hatten. «Wie werden die Ergebnisse kontrolliert? Kann der Ombudsmann überhaupt nachprüfen, ob die Banken wirklich nach ruhenden Konten suchen?»<sup>25</sup>

Die gleichen Fragen liessen auch Bronfman bei seinem ersten Treffen mit der Schweizerischen Bankiervereinigung keine Ruhe. Um die Sache noch zu verschlimmern, hatte die grösste Bank der Schweiz verkündet, bei ihrer Suche nach Guthaben von Holocaustopfern seien erheblich geringere Summen gefunden worden, als von den Kritikern der Banken angenommen worden sei. Im Februar 1996 erklärte ein Sprecher der Schweizerischen Bankgesellschaft, eine interne Untersuchung habe den Gegenwert von 8,9 Millionen Dollar auf ruhenden Konten ergeben, die möglicherweise von Juden auf der Flucht vor der NS-Verfolgung eröffnet worden seien. Das sei der heutige Wert, mit Zins und Zinseszins, erklärte Robert Studer, der Vorsitzende der Schweizerischen Bankgesellschaft auf einer Pressekonferenz in Zürich. In diesem Fall meine er sagen zu können, dass die ursprünglichen Beträge Peanuts gewesen seien. Studer schätzte, dass die ursprünglichen Summen insgesamt zwischen 100'000 und 500'000 Schweizer Franken lagen (Ende 1996 stand der Franken bei 1,1815 Dollar).<sup>26</sup>

Die Bezeichnung «Peanuts» für die einbehaltenen Gelder löste in der ganzen Welt eine Welle der Empörung aus. Studers abschätzige Bemerkung erboste jüdische Anführer und Überlebende des Holocaust gleichermassen. Sie werteten diese Äusserung als Indiz dafür, dass die Schweizer die Anliegen der Juden herunterspielen wollten. Studer und die Schweizerische Bankiervereinigung, eine selbstregulierende Körperschaft, die nur ihren eigenen Mitgliedern verantwortlich ist, verär-



gerten jüdische Organisationen, weil sie nicht offenlegen wollten, wie sie die Suche nach ruhenden Konten durchführten. Wie die Schweizer dazu gebracht werden könnten, das Anliegen der Juden wirklich ernst zu nehmen, hatte Bronfman seit dem unglücklichen Treffen in Bern im Herbst 1995 stark beschäftigt. Bronfman hatte längst seine Thora zur Seite gelegt und erwog jetzt eine laute, aggressive Kampagne, um die saubere Schweiz ins Mark zu treffen. Doch er wusste selbst, dass der Jüdische Weltkongress nicht die öffentliche Unterstützung oder das politische Gewicht hatte, um der Schweiz auf internationaler Ebene ernsthafte Schwierigkeiten zu bereiten. Deshalb versicherte sich Bronfman mit bemerkenswertem politischen Geschick der Hilfe des US-Senators Alfonse D'Amato, eines der einflussreichsten Politiker des Staates New York.

Als Bronfman Anfang 1996 D'Amato anrief, hatte der republikanische Senator aus Long Island soeben eine Niederlage bei einer Abstimmung erlitten. Seine Anhörungen zur Rolle von Bill und Hillary Clinton in der Whitewater-Affäre (undurchsichtige Immobiliengeschäfte in Arkansas; A.d.Ü.) blieben politisch völlig wirkungslos. D'Amato griff Bill Clinton zu einem Zeitpunkt an, als fast 60 Prozent der Wähler für den Präsidenten stimmten. Der amerikanische Reporter Leonard Lurie hat ausführlich über D'Amatos Karriere berichtet. Den Whitewater-Skandal aus der Mottenkiste zu holen, erwies sich als Fehlschlag, weil «der Präsident seine Wahlkampfversprechen einlöste. Das Defizit nahm ab, die Beschäftigungsquote stieg, NAFTA war verabschiedet worden, und die Finanzlage des öffentlichen Gesundheitswesens besserte sich zum erstenmal seit der Einführung durch Präsident Harry Truman. Einen so erfolgreichen Präsidenten anzugreifen, erschien als undankbare Aufgabe...»<sup>27</sup>

Weil seine dritte Amtszeit im Senat nur noch zwei Jahre dauerte, war D'Amato auf der Suche nach einem medienwirksamen Thema, das seine vierte Amtszeit sichern könnte. Bronfman schlug ihm nun ein britisches Thema vor, das D'Amato die Stimmen seiner zahlreichen jüdischen Wähler sichern würde. Bei seiner Kandidatur von 1992 für den Senat hatte D'Amato lediglich 40 Prozent der jüdischen Stimmen im Staat

New York gewinnen können. Insgesamt machen die Juden etwa 10 Prozent der Wählerschaft in New York aus. Dieser ungestüme, kämpferische Senator erkannte sofort, dass die wunderlichen Bankiers aus Zürich eine leichte Beute waren. Schliesslich hatten sie nicht nur den Nazis geholfen, geraubtes Gold zu waschen, sondern sie bereicherten sich immer noch an den Vermögen der Überlebenden des Holocaust.

«D'Amato suchte verzweifelt etwas, das sein Ergebnis in den Umfragen aufbesserte», sagte Lurie. «Die Schweizer Affäre war ein ideales Wahlkampfthema.»<sup>28</sup>

Tatsächlich bot D'Amato Bronfman an, der Schweiz und ihren Banken in den Vereinigten Staaten den Prozess zu machen. Einige Monate nach seinem Treffen mit Bronfman leitete D'Amato öffentliche Anhörungen zur Frage der Moral und der Sittlichkeit der Schweizer Banken durch den Bankenausschuss des Senats ein, dessen Vorsitzender er ist. Der Kampf gegen die Schweizer Banken wurde in den Vereinigten Staaten ein so populäres Thema, dass es Bronfman sogar gelang, den Demokraten Bill Clinton zur Unterstützung der Kampagne zu bewegen, obwohl sie von einem seiner schärfsten Widersacher geführt wurde. Früher war D'Amato in New York als Senator Schlagloch bekannt geworden und war vor Kurzem noch das unbeliebteste Senatsmitglied bei den Wählern. Heute wird er die Geissel der Schweiz genannt. Dank seiner Kampagne gegen die Schweizer Banken konnte D'Amato beobachten, wie seine Beliebtheit innerhalb eines Jahres um 12 Prozentpunkte auf 37 Prozent kletterte (nach einer Umfrage vom Februar 1997). Auch wenn diese Quote immer noch nicht berauschend ist, sagen politische Beobachter in den Vereinigten Staaten voraus, dass D'Amato im Zuge der Diskussion um die Schweizer Banken ein weiteres Mal gewählt werden wird.

«Er hat bei der Angelegenheit [um die Schweizer Banken] Führungsqualität, Courage und Stehvermögen bewiesen», sagte David Harris, der geschäftsführende Direktor des American Jewish Congress.<sup>29</sup> Der Sprecher des US-Aussenministeriums Nicholas Burns ging noch einen Schritt weiter. Er meinte, der Senator «nehme Gott die Arbeit ab».<sup>30</sup>

«In dieser Frage gibt es zwei Helden in Washington – Präsident Clinton und Senator D’Amato», sagte Steinberg vom Jüdischen Weltkongress. «Dies mag vielleicht ein sonderbares Paar in der Politik sein, aber eine mächtigere Konstellation kann man sich nicht wünschen.»<sup>31</sup> Präsident Clinton hat seinerseits den US-Unterstaatssekretär für den Handel, Stuart Eizenstat, mit der Angelegenheit beauftragt; in seiner Eigenschaft als Sonderbevollmächtigter für Eigentumsansprüche leitet Eizenstat eine Untersuchung der Rolle, die die US-Regierung bei der Aufteilung der Nazi-Vermögen unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg gespielt hat.

Den Schweizern, die schon einmal einem moralisch empörten US-Senator, damals allerdings einem demokratischen, die Stirn bieten müssen, erschienen die Anhörungen von D’Amato wie ein Sprung zurück ins Jahr 1946. Damals hatte Senator Harley Kilgore aus West Virginia die unkritische Haltung der Vereinigten Staaten gegenüber Deutschland und der Schweiz nach dem Krieg kritisiert. Kilgore bemängelte Pläne, die grossen deutschen Konzerne wie die IG Farben nach dem Krieg weiter bestehen zu lassen, und meinte, die Strafen für hochrangige Nazis seien zu milde gewesen. Doch zumindest in der Schweiz ist er auch als einer der schärfsten Kritiker des Washingtoner Abkommens in bleibender Erinnerung. In zahllosen Briefen an Präsident Truman äusserte Kilgore seinen Unmut darüber, dass die Vereinigten Staaten der Schweiz bei der Geldwäsche von gut 400 Millionen Dollar geraubten Nazigoldes aus der Patsche geholfen hatten.

Beinahe 50 Jahre nach der Unterzeichnung des Washingtoner Abkommens schien D’Amato dort weiterzumachen, wo Kilgore aufgehört hatte. Mit Fortschreiten der Anhörungen forderte D’Amato nicht nur die Rückgabe der Guthaben, die auf ruhenden Konten schlummerten, er verlangte auch, die US-Regierung solle noch einmal wegen des Washingtoner Abkommens zusammentreten, die Geldwäsche der Nazi-beute durch Schweizer Banken während des Krieges untersuchen und zu einem allgemeinen Boykott von Schweizer Banken aufrufen.

Am Morgen des 23. April 1996 versammelte D’Amato Stellvertreter von jüdischen Gruppierungen, einen Überlebenden des Holocaust aus

Long Island, der behauptete, Gelder bei Schweizer Banken zu haben, Stuart Eizenstat und Hans Bär, den Vorsitzenden der Julius Bär Bank und Bär Holding Ltd. und gleichzeitig Vorstandsmitglied der Schweizerischen Bankiervereinigung. Von Anfang an wurde deutlich, dass der Zweck der Anhörungen nicht so sehr war, zu einer gemeinsamen Vorgehensweise zu gelangen, sondern das Interesse der Medien auf das Thema zu lenken und die Schweizer Bankiers zu einer vollständigen Kapitulation zu drängen.

«An diesem Morgen trifft sich der Ausschuss, um sich mit einer wichtigen Angelegenheit zu befassen, mit Implikationen, die bis zum Zweiten Weltkrieg zurückreichen, bis zum Holocaust, und es geht nicht nur um Geld, um Millionen, zehn Millionen und vielleicht Hunderte von Millionen oder gar noch mehr als das», sagte D'Amato bei der Eröffnung der Anhörungen. «Vielmehr geht es um die systematische Bestrafung von Menschen.»<sup>32</sup>

Auch wenn D'Amato den Anspruch erhob, bei den «Tatsachen» zu bleiben und einen «ehrlichen Rechenschaftsbericht» erstellen zu wollen, so waren seine Äusserungen doch gespickt mit Andeutungen und wenig durchdachten Bemerkungen. Bei einer Anhörung erwähnte er die Ironie des Schicksals, dass die «Gesetze zum Bankgeheimnis ursprünglich eingeführt worden waren, um die Guthaben der Holocaustopfer vor den Nazis zu schützen [und] nun als Waffe gegen die Opfer und ihre Familien eingesetzt würden».<sup>33</sup> Es spielte keine Rolle, dass diese Bemerkung sachlich falsch war und das Bankgeheimnis einen völlig andern Ursprung hatte – die Rede zeigte Wirkung, und unbekümmerte Journalisten in der ganzen Welt kolportierten alsbald D'Amatos Version vom Ursprung des Bankgeheimnisses als historische Tatsache.

Trotz der Irrtümer und Übertreibungen D'Amatos würden wenige Edgar Bronfmans Kommentar bestreiten, dass die Anhörung im Bankenausschuss «von grosser historischer Bedeutung» gewesen sei, und sei es nur als Mittel, um die Schweiz und ihre Bankiers zu zwingen, die Verantwortung für das Unrecht in der Vergangenheit zu übernehmen.<sup>34</sup>

«Unsere gemeinsame Mission hier ist es, der Gerechtigkeit zum Siege zu verhelfen», sagte Bronfman in seiner Ansprache bei den Anhö-

rungen im April 1996. «Wir sind hier, um daran mitzuwirken, das letzte Kapitel des bitteren Vermächnisses des Zweiten Weltkrieges und des Holocaust zu schreiben.»<sup>35</sup> Einmal mehr wiederholte Bronfman die Bitte, die er bereits ein Jahr zuvor in Bern an die Schweizerische Bankiervereinigung gerichtet hatte. Doch aus der Bitte war nun die Forderung geworden, «ein transparentes Verfahren zu entwickeln und eine nachprüfbare Revision sämtlicher Konten aus der NS-Zeit durchzuführen, und zwar der von Juden angelegten Konten, wie auch der Vermögen, die den Juden von Nazis gestohlen und ebenfalls in der Schweiz angelegt worden waren».<sup>36</sup>

Einige Wochen vor der Anhörung in Washington hatte die Schweizerische Bankiervereinigung an Israel Singer vom Jüdischen Weltkongress einen Brief geschickt, in dem sie ihren Willen bekräftigte, bei einer solchen Revision mitzuarbeiten. Am 2. Mai 1996 wurde das Memorandum der Verständigung zwischen der World Jewish Restitution Organization, dem Jüdischen Weltkongress und der Schweizerischen Bankiervereinigung in New York unterzeichnet. In der Vereinbarung wurden unabhängige Revisoren und unparteiische Ermittler gefordert, welche die Vorgehensweise der einzelnen Banken, der Schweizer Bankiervereinigung und der Dienststelle des Ombudsmanns bei der Suche nach den fraglichen Guthaben und Vermögenswerten überwachen sollten. Ferner sollten die Revisoren ungehinderten Zugang haben zu allen relevanten Akten in Bankinstituten mit Bezug auf ruhende Konten und andere Guthaben und Finanzmittel, die vor, während und unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg angelegt worden waren. Das Memorandum sah eine Kommission aus bekannten Persönlichkeiten vor, Stellvertretern, die von jüdischen Organisationen und der Bankiervereinigung ernannt werden sollten, um die *Methoden* zu überwachen, mit denen Schweizer Banken nach ruhenden Konten forschten. Im Gegensatz zu den geradezu verwirrenden Berichten in der US-Presse, hatte die Kommission nie das Mandat, einzelnen Antragstellern bestimmte Konten zuzuweisen, weil dies gegen die Bestimmungen des Bankgeheimnisses verstossen hätte. Bronfmans ursprüngliche Sorge gründete sich

auf die Tatsache, dass die Schweizerische Bankiervereinigung eine weitgehend selbstregulierende Körperschaft ist, die ihre eigenen Mitglieder überwacht. Es gibt praktisch keine Überwachung ihrer Tätigkeit von aussen oder der Tätigkeit des Ombudsmannes, der wiederum von der Bankiervereinigung mit Geldmitteln ausgestattet wird.

Im Sommer 1996 wurde Paul Volcker, der ehemalige Chef der US-Notenbank, durch die Kommission zum «neutralen» Vorsitzenden ernannt. Die Mitglieder der Kommission wurden paritätisch von schweizerischen und jüdischen Organisationen benannt. Volcker wollte als erste Massnahme eine Gruppe von Wirtschaftsprüfern bilden, die autorisiert waren, Banken in der Schweiz zu überprüfen. Das Überprüfungsverfahren sollte in zwei Phasen gegliedert werden. Die erste Phase betraf das Sammeln von Hintergrundinformationen zur gängigen Praxis der Banken in den dreissiger und vierziger Jahren. Mitglieder von Volckers Mannschaft sollten Interviews mit amtierenden oder ehemaligen Bankangestellten und vermutlichen Anlegern oder deren Erben führen, die vielleicht den Umgang mit den ruhenden Konten erhellen konnten. Wirtschaftsprüfer würden dann «Pilot-Revisionen» in vier oder fünf ausgewählten Banken durchführen, die als repräsentativ für potentielle Empfänger von Geldern verfolgter Juden gelten konnten. Nach Volcker sollten diese vorbereitenden Revisionen möglichst bei einer Privatbank, einer Kantonalbank, einer Regionalbank und bei zwei Filialen der drei grossen Schweizer Geschäftsbanken erfolgen.

In der zweiten Phase sollte eine Überprüfung sämtlicher wichtigen Filialen der 450 Banken in der Schweiz stattfinden. Um auch den geringsten Interessenkonflikt auszuschliessen, sollte die Revision in einer Weise durchgeführt werden, «dass sämtliche Rechnungsunternehmen für die Überprüfung von Instituten ausgeschlossen sind, mit denen die Banken eine regelmässige Geschäftsbeziehung unterhalten. Überdies wird in allen Fällen die Aufsicht über die Bemühungen bei einem Seniorpartner liegen, der aus der internationalen Zentrale kommt und nicht aus der Schweizer Tochtergesellschaft» des Rechnungsunternehmens.<sup>37</sup> Volcker schätzte, dass die Kommission zwei Jahre benötigen werde, um ihren Bericht abzuschliessen. «Wenn die Arbeit so gewissenhaft

und umfassend erledigt werden soll, dass sie ein für allemal Vertrauen schafft und einen echten ‚Schlusstrich‘ darstellt», so Volcker, «und es ist unsinnig, sich etwas anderes vorzunehmen, dann ist der Zeitplan eher zu knapp als grosszügig bemessen.»<sup>38</sup>

Bronfman hätte sich zwar ein rascheres Ergebnis gewünscht, weil er wusste, dass die meisten Überlebenden des Holocaust alt und schwach sind und es sich vielleicht nicht leisten können, noch mehrere Jahre auf eine Wiedergutmachung zu warten. Aber immerhin hatte sich seine Strategie, D'Amato auf die Schweizer Banken anzusetzen, als goldrichtig erwiesen. Wie Bronfman selbst es treffend formulierte: «Ich hatte jetzt ihr Ohr.»<sup>39</sup>

Edgar Bronfman gelang es nicht nur, die Aufmerksamkeit der Schweizer auf sich zu lenken. Mit seinen peinlichen Fragen nach ruhenden Konten öffnete er eine wahre Büchse der Pandora. Zahlreiche nicht aufgearbeitete Themen zur Lage der Juden in der Nachkriegszeit wurden erneut oder erstmals diskutiert. Als besonders dringlich erwies sich die Aufarbeitung der Tätigkeit einer wenig bekannten Behörde, die 1945 aus der Pariser Reparationskonferenz hervorgegangen war, der sogenannten Dreierkommission zur Rückgabe des Münzgoldes.

Nach dem Krieg wurde die Dreierkommission, gebildet aus Vertretern Grossbritanniens, Frankreichs und der Vereinigten Staaten, mit der Rückgabe des geraubten Nazigoldes im Wert von gut 330 Millionen Dollar an die zehn anspruchsberechtigten Länder beauftragt, deren Staatsschatz von den Nazis geraubt worden war. Die Kommission wurde lediglich mit der Wiederaufteilung des «Münzgoldes» beauftragt. Als Münzgold definierten die Regierungen der Alliierten sämtliches Gold, das zur Zeit seines Raubes oder seiner widerrechtlichen Entfernung als Teil der Münzgoldreserve des anspruchsberechtigten Landes geführt wurde, entweder im Vermögen der anspruchsberechtigten Regierungen selbst oder in den Vermögen der jeweiligen Zentralbank oder anderer Finanzbehörden im In- oder Ausland. Die Dreierkommission akzeptierte keine Ansprüche von Einzelpersonen, die Opfer des Nationalsozialismus geworden waren. «Nichtmonetäres» oder «Körpergold», also beispielsweise Schmuck und Zahngold von den Leichen

Ermordeter in Konzentrationslagern, sollte zusätzlich «zu den Vermögen der Opfer von NS-Verbrechen, die inzwischen gestorben waren und keine Erben hinterlassen hatten», dem Intergovernmental Committee for Refugees (ein internationales Flüchtlingshilfswerk der Alliierten; A.d.Ü.) zufließen und für die Entschädigung und Wiederansiedlung der vertriebenen Opfer des Nationalsozialismus verwendet werden. Die Organisation sollte ferner als erste Anzahlung 25 Millionen Dollar deutschen Münzgoldes erhalten.

Die siegreichen Alliierten taten zwar ihr Möglichstes, monetäres- und nichtmonetäres Gold sauber voneinander zu trennen, als sie in Deutschland Golddepots der Nazis fanden. Doch Hinweise aus den vor Kurzem freigegebenen Berichten der Operation Safehaven legen die Vermutung nahe, dass ein Teil des Goldes möglicherweise vermischt worden ist, entweder von den Nazis selbst oder von den alliierten Truppen.

Schmolzen die Nazis die Goldfüllungen von Opfern der Konzentrationslager ein und schickten die Goldbarren an Schweizer Banken? Enthielt das Gold, das von der Dreierkommission verteilt wurde, die immer noch einen «Rest» von 5,5 Tonnen verwaltet, auch nichtmonetäres Gold? Im Oktober 1996 wurde Albanien sein Anteil an dem Gold zurückgegeben. Danach bereitete die Dreierkommission, die von der britischen Botschaft in Brüssel aus gelenkt wird, die Aufteilung des verbliebenen «Restgoldes» an die zehn ursprünglichen Antragsteller vor.

Doch die Verteilung wurde auf Eis gelegt. Über 50 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges stellte ein weiterer streitbarer Politiker aus D'Amatos Schule der Diplomatie unangenehme Fragen. Greville Jänner, Mitglied des Parlaments für die britische Labour-Partei, Vorsitzender des British Holocaust Educational Trust und Vizepräsident des Jüdischen Weltkongresses, war die treibende Kraft, dass die Verhandlungen über die endgültige Aufteilung des Goldes durch die Dreierkommission wieder aufgenommen wurden.

«Etwa 5,5 Tonnen Gold werden in der Bank von England bleiben», sagte Jänner in einer Debatte im britischen Unterhaus. «Ich fordere die Regierung auf, zu erklären, dass sie der Verteilung dieses Restes nicht



zustimmen wird, solange nicht der Ursprung des Goldes untersucht und geklärt worden ist. Ich bin sicher, die Regierung wird mit ehrenwerten Mitgliedern beider Parteien des Hauses übereinstimmen, dass der Anteil des Goldes, soweit es sich um das Gold von Einzelpersonen handelt, zurückgegeben werden muss – wenn schon nicht den Personen, denen es geraubt wurde, dann wenigstens ihren Familien und Nachkommen, die immer noch als Folge der NS-Raubzüge und des Holocaust in Not und Armut leben.»<sup>40</sup> Um seinen Antrag durchzusetzen, schrieb Jänner lange Briefe an die Aussenminister Grossbritanniens, der USA und Frankreichs. Jänner war so überzeugt von der Gerechtigkeit seiner Sache, dass er kurzfristig in Grossbritannien Gerichtsverfahren in die Wege leitete und versuchte, die letzte Auszahlung des Goldes an Albanien im Herbst 1996 zu stoppen.

Jänner ist bekannt für seine schroffe und direkte Art. Auch wenn er ein wenig wie ein schwadronierender Revisionist behandelt wurde, weil er nach der Herkunft des verbliebenen «Goldpools» der Dreierkommission fragte, haben seine Forderungen eine gewisse Berechtigung. Hinweise auf die Vermischung von monetärem und nichtmonetärem Gold bekamen die Alliierten erstmals bei den Nürnberger Prozessen. Albert Thoms, der Leiter der Stelle für Edelmetalle der Reichsbank während des Krieges, machte im Kreuzverhör entsprechende Aussagen. Im letzten Jahr verzweifelter Kriegsanstrengungen ging das geraubte Gold aus den Zentralbanken der besetzten Länder zur Neige. Damals begannen die Nazis, Goldschmuck und Zahngold von Opfern der Konzentrationslager einzuschmelzen. Im Zeugenstand in Nürnberg wurde Thoms befragt, was mit den Goldfüllungen geschehen sei, die aus den Gebissen Ermordeter herausgebrochen worden waren. Thoms antwortete: Sie «wurden von der Preussischen Staatsmünze eingeschmolzen, das Gold wurde dann raffiniert... und das Feingold kam zur Reichsbank zurück».<sup>41</sup> Auch wenn eindeutig feststeht, dass die Nazis einen Teil des «nichtmonetären Goldes» eingeschmolzen haben, meinen Historiker, es könne nicht mehr ermittelt werden, wie viele Goldbarren, die alliierte Soldaten nach dem Krieg beschlagnahmten, nicht aus Münzgold bestanden.

Ebenso unklar ist, wie viel nichtmonetäres Gold von der Schweizerischen Nationalbank gekauft wurde, als die Nazis ihr Raubgold gegen harte Devisen zum Tausch anboten. Jänner und Bronfman vermuteten, dass auch die 58 Millionen Dollar in Gold, die die Schweiz nach den Bestimmungen des Washingtoner Abkommens von 1946 den Vereinigten Staaten übergeben hat, beflecktes Gold enthalten haben könnte.

Zu einer weiteren Vermischung der zwei Goldsorten kann es auch erst nach dem Krieg gekommen sein. Amerikanische Soldaten entdeckten in Bergwerken und Bunkern riesige Lager deutscher Beutegüter. Der grösste Fund enthielt Gold im Wert von über 241 Millionen Dollar aus den Beständen der Reichsbank, geraubte Kunstgegenstände und einen Teil der Beute aus Konzentrationslagern; er wurde in einem Bergwerk in Merkers bei Eisenach entdeckt. Als der Krieg sich im April 1945 dem Ende zuneigte, befahl Hitler auf den Rat von Reichsbankpräsident Walther Funk, Gold, geraubte Kunstwerke und einen grossen Teil der Beute aus den Konzentrationslagern der SS in das Salzbergwerk Kaiserroda in Merkers zu schaffen, auch um sie vor Schäden durch die Bomben der Alliierten zu schützen. Ein Teil der Reichsbank in Berlin lag bereits in Trümmern.

Die amerikanischen Soldaten, die das Goldversteck in den 20 Kilometer langen Schächten in dem Bergwerk entdeckten, transportierten die Wertsachen zu der neu gegründeten Sammelstelle Frankfurt Exchange Depository (FED), in der während des Krieges eine Filiale der Reichsbank untergebracht war. Das Gold wurde am 15. April 1945 mit einem schwer bewaffneten und bewachten Konvoy nach Frankfurt gebracht. Von dort aus sollte es dann durch die Dreierkommission, die ihre Arbeit ein Jahr später aufnahm, an die anspruchsberechtigten Länder verteilt werden. Doch es gibt Hinweise dafür, dass es in der Sammelstelle zur Vermischung des Goldes gekommen ist. Ein Historiker schreibt dazu: «Die FED hatte auch geprägtes Gold, das von deutschen Einzelpersonen geraubt worden war und das von keiner Zentralbank einer Regierung oder anderen anerkannten Münzbehörden gehalten worden war, und das somit geaugenommen nicht zur Goldreserve eines

Staates gezählt werden durfte ... Im Gegensatz zu der erklärten Politik wurden Goldmünzen, die aus den Konzentrationslagern stammten und einen geringeren Sammlerwert hatten als Goldwert, ebenfalls eingeschmolzen.»<sup>42</sup>

In ähnlicher Weise wurde der riesige Schatz, den US-Soldaten in den letzten Kriegsmonaten im Konzentrationslager Buchenwald entdeckten, möglicherweise mit Münzgold vermischt, nachdem er zur Sortierung und Aufbewahrung beim FED eingetroffen war. Von dort wurde das «Shipment 16» an das Intergovernmental Committee for Refugees weitergeleitet. Am n. April 1945 erreichten die 4. und die 6. Panzerdivision der US-Armee das Konzentrationslager Buchenwald, einige Wochen später erzählten ihnen deutsche Insassen von einem Versteck der Beute aus Konzentrationslagern in einem nahegelegenen Steinbruch. Verborgen in einem Bunker in dem Steinbruch gleich vor den SS-Baracken, fanden amerikanische Soldaten Hunderte von Säcken, Koffern und Fässern voller Beutegut, darunter US-Währung, Goldmünzen, Goldbarren, Diamanten, Edelsteine, fast acht Tonnen Tafelbesteck aus Silber, über 600 Säcke mit Füllfederhaltern und Schachteln, die Hunderte Eheringe und Goldfüllungen enthielten.<sup>43</sup> Der Konvoi, der «Shipment 16» zur FED schaffte, bestand aus «sechs Zweieinhalbtunnern, zwei Panzerwagen, einem Motorrad der Militärpolizei und einem Chevrolet»<sup>44</sup>.

Unter dem Kommando von Colonel Bernard Bernstein, dem Chef der Abteilung G-5 (für Finanzen) der Supreme Headquarters Allied Expeditionary Forces (SHAEF), und später unter dem Kommando von General Lucius D. Clay war die US-Regierung zuständig für das Einsammeln, den Transport und die Registrierung des Goldes. Bernstein führte im Frühjahr 1945 die Frankfurter Sammelstelle. Er gab sich grosse Mühe, die Beute nach Münzgold und nichtmonetärem Gold zu sortieren, aber es kann durchaus zu einer Vermischung der beiden Goldsorten gekommen sein. Es könnte also ein Teil des nichtmonetären Goldes in den Goldtopf geflossen sein, der ein Jahr später von der Dreierkommission übernommen wurde.

Ausserdem starteten britische und amerikanische Soldaten am Ende des Krieges die «Operation Sparkler», um Gold, Silber und Juwelen wieder zu beschaffen, die in Deutschland seit Beginn der Besetzung als

vermisst gemeldet worden waren. Nach dem amerikanischen Historiker Arthur Smith wurde die Operation anhand von Listen mit Goldringen, Zahnfüllungen, Uhren und anderem Schmuck durchgeführt, die in den Akten der Reichsstelle für Edelmetalle gefunden worden waren. Diese Suche ergab nachweislich nichtmonetäre Vermögenswerte in Höhe von 150 Millionen Dollar,<sup>45</sup> von denen Gold im Wert von 40 Millionen Dollar in den Topf für das Münzgold kam.

«Nicht das ganze Gold in dem Goldtopf war Münzgold», sagte ein westlicher Diplomat, der mit der Arbeit der Dreierkommission in Brüssel vertraut ist. «Die Wahrheit ist, dass wir nicht genau wissen, was in den Goldtopfgeflossen ist.»

Da die Herkunft des Goldes für die Dreierkommission ungewiss ist, setzten Jänner und Bronfman die Regierungen von Grossbritannien, Frankreich und den Vereinigten Staaten – die ursprünglichen Treuhänder der Dreierkommission – unter Druck, die 5,5 Tonnen Restgold, die zur Zeit in den Tresoren der Bank of England in London und der Federal Reserve Bank in New York lagern, mit Hilfe der World Jewish Restitution Organization an Holocaustopfer und ihre Erben zu verteilen. Wie der britische Aussenminister Malcolm Rifkind in einem Brief an Jänner bemerkte, gibt es aber «enorme juristische und administrative Hindernisse ... für die Verwendung des Goldes der Dreierkommission zum Nutzen von individuellen Antragstellern, wie Sie und Herr Bronfman vorgeschlagen haben».<sup>46</sup> Ein Hindernis liegt gewiss darin, dass die Dreierkommission, wie ihr Auftrag auf der Pariser Reparationskonferenz formuliert wurde, die Ansprüche von Einzelpersonen nicht berücksichtigen sollte. Einige Rechtsexperten meinen, wenn man den Rest des Goldes für individuelle Ansprüche verwenden wolle, müssten die drei ursprünglichen Signatarstaaten der Pariser Reparationskonferenz noch einmal zusammenkommen und die Bestimmungen für die Dreierkommission neu formulieren.

«Die juristischen Folgen von Bronfmans und Jänners Vorschlag sind sehr schwerwiegend», sagte ein britischer Rechtsexperte, der nicht namentlich genannt werden wollte. «Selbst wenn sie erreichen, dass die Verhandlungen wieder aufgenommen werden, sind die Chancen, dass

jüdische Opfer das Gold erhalten, sehr gering. Wie steht es mit den anderen NS-Opfern? Eine Reihe nichtjüdischer Opfer, wie Seeleute auf Handelsschiffen und Kriegsgefangene, haben keinerlei Entschädigung oder Wiedergutmachung erhalten.»

Bronfman und Jänner haben sich jedoch bereits in die Kompetenzbereiche anderer vorgewagt. Am 3. Februar 1997 willigten die Vereinigten Staaten, Grossbritannien und Frankreich ein, zumindest die Verteilung der restlichen 5,5 Tonnen Goldes im Wert von circa 68 Millionen Dollar so lange einzufrieren, bis die drei Regierungen geklärt haben würden, ob der Goldtopf der Dreierkommission tatsächlich nichtmonetäres Gold enthält.

«Den ersten Schritt haben wir geschafft, denn das Gold bleibt nun dort, wo es bislang war», sagte Stuart Eizenstat, der US-Unterstaatssekretär, der auch dafür zuständig ist, eine Lösung für die diplomatischen Probleme zu finden, die mit dem Nazigold verbunden sind. «Doch es besteht noch keinerlei Einigkeit darüber, was als nächstes zu tun ist.»<sup>47</sup>

Auf die Frage, ob er die Entscheidung der Dreierkommission als einen Sieg betrachte, antwortete Bronfman: «Es ist eher Gerechtigkeit als ein Sieg. Offensichtlich gehörte ein Teil dieses Goldes Menschen, die im Holocaust ums Leben kamen, und nun ist es nur recht und billig, wenn diese Regierungen erkennen, dass das Gold zum Nutzen der Überlebenden des Holocaust verwendet werden sollte, um ihnen ein würdevolleres Leben zu ermöglichen. Sie werden alt, und sie benötigen Gehhilfen, Brillen und ärztliche Hilfe für ihre letzten Jahre.»<sup>48</sup>

Unzufrieden mit der Verfahrensweise der Dreierkommission, trachtete Jänner danach, eine weitere umstrittene Vereinbarung der Nachkriegszeit neu zu verhandeln. In einem Brief an Malcolm Rifkind bemerkte Jänner, dass er die Regierung der Schweiz dazu bringen wolle, «einer Überprüfung und Neuverhandlung des Washingtoner Abkommens von 1946 zuzustimmen und das nichtmonetäre Gold, das sie aus Beständen ausgeraubter Staaten gekauft hatte, zurückzugeben».<sup>49</sup> Jänners Forderung, das Washingtoner Abkommen neu zu verhandeln, wurde durch die Veröffentlichung eines Berichtes des britischen Aus-

senministeriums unterstützt. In dem Bericht wird angedeutet, dass die Schweiz immer noch neun Zehntel des Goldes besitzen könnte, das aus von den Nazis besetzten Ländern stammte.

Doch ein Experte für Völkerrecht meinte, es sei nach internationalem Recht vermutlich unmöglich, die Schweiz zu zwingen, das Gold zurückzugeben, weil Schweizer Banken das Gold gegen Schweizer Währung gekauft hätten. «Die Schweizer nahmen sich ja nicht einfach das Gold», sagte er. «Sie gaben den Deutschen dafür den Goldwert in Devisen.»

Das Washingtoner Abkommen neu zu verhandeln wird ein schwieriges Unterfangen werden, weil die Schweiz in die Neuverhandlung einer Vereinbarung einwilligen müsste, die sie immer noch als bindend betrachtet. Die schweizerische Regierung hat eine Neuverhandlung nicht ausgeschlossen, doch sie hat gesagt, dass sie keine Entscheidung fällen werde, bevor sie nicht die Möglichkeit habe, eine eigene korrekte Bilanz zu ziehen. Eine solche Untersuchung, schätzten Schweizer Beamte, könne fünf Jahre dauern.

Doch Jänner, um nur eine Person zu nennen, ist nicht bereit zu warten. Wie Bronfman sagt er, ihn bedrucke, dass viele Opfer des Holocaust nach 50 Jahren es sich nicht mehr leisten könnten, noch länger zu warten. Überdies sei es, politisch gesehen, nicht im Interesse der Schweiz, wenn ihr internationale jüdische Organisationen ständig im Nacken sasen.

«Je länger die Schweiz wartet, desto länger wird sie ein internationaler Paria bleiben», sagte Jänner in einem Interview im Wohnzimmer seines luxuriösen Stadthauses in London. Das Parlamentsmitglied von Labour für Leicester West hat eine Sammlung von jüdischen Silberleuchtern und Trinkpokalen auf dem Kaminsims aufgestellt und betrachtet sich als eine Art Kreuzritter, der für das jüdische Volk kämpft. Er sagt, sein Interesse daran, den Holocaustopfern zu helfen, gehe auf die Zeit unmittelbar nach Kriegsende zurück. Damals war er als junger Ermittler gegen Kriegsverbrecher für die britische Regierung tätig. Heutzutage arbeitet Jänner in seiner Funktion als Vorsitzender des British Holocaust Educational Trust mit einem kleinen Stab junger Forscher zusammen. Beharrlich ermahnt er die britische Regierung, bei Angelegenheiten, die

den Holocaust betreffen, aktiv zu werden. Er sagt, er widme einen grossen Teil seiner Zeit dem Trust, was möglicherweise erklärt, weshalb er so ungeduldig – manche würden gar sagen grob – ist, wenn er Fragen von Reportern beantworten muss.

«Wir haben Resultate», sagte er in der Absicht, das Interview abrupt zu beenden. «Wir sind bislang unglaublich erfolgreich gewesen. Es ist uns gelungen, den Holocaust auf die Titelseite von Time und Newsweek zu bringen.»

Als nächster Schritt, sagte er, müsse die Schweiz eine Form der finanziellen Wiedergutmachung leisten für ihre Rolle bei der Wäsche von Nazigold und für die Einbehaltung von ruhenden Konten von Holocaustopfern. Auf die Frage, welche Form diese Wiedergutmachung haben solle, sagte Jänner kurz und bündig: «Mir ist gleich, ob es eine Entschädigung oder eine Wiedergutmachung ist, solange Geld dabei herausspringt.»<sup>50</sup>

Gizella Weisshaus teilte vermutlich Janners Ansichten. Die 66jährige, in Rumänien geborene Überlebende des Holocaust sagt, dass sie seit über 50 Jahren darauf wartet, die Guthaben ihres Vaters von Schweizer Banken zurückzuerhalten. Am 1. Oktober 1996 erhob Gizella Weisshaus «in ihrem eigenen Namen und im Namen aller Personen sämtlicher nationaler Herkunft, ethnischer Gruppierungen, Glaubensbekenntnisse und Hautfarben, die in ähnlicher Weise Opfer und Überlebende des Holocaust sind», eine Sammelklage gegen die grössten und bedeutendsten Banken der Schweiz in Höhe von 20 Milliarden Dollar. Sie ist die erste Überlebende des Holocaust in den Vereinigten Staaten, die Schweizer Banken wegen Guthaben auf nachrichtenlosen Konten verklagt hat, die von Juden auf der Flucht vor der NS-Verfolgung angelegt worden waren. Ihr Anwalt berichtet, dass sich mehr als 10'000 Mitkläger ihrer Sammelklage angeschlossen hätten.

«Unsere Leute werden nicht jünger», sagte Frau Weisshaus. Sie ist Mutter von sechs Kindern, hat 27 Enkel und lebt zur Zeit in einer chassidischen Gemeinde im Stadtteil Williamsburg von Brooklyn. «Ich werde für eine der jüngsten Überlebenden gehalten, also wird niemand üb-

rig bleiben, der Anspruch auf das Geld erheben könnte. Deshalb hatte ich das Gefühl, dies sei das einzige Mittel, um sie zu zwingen, Rechenschaft über ihre sogenannten ruhenden Konten abzulegen. Wir sind die Überlebenden, und wir haben ein Recht auf das Geld und auf Auskunft.»<sup>51</sup>

Gizella Weisshaus' Lebensgeschichte ist typisch für viele Überlebende des Holocaust. Im Jahr 1944 versammelte ihr Vater, ein erfolgreicher Devisenhändler namens Eugene Stern, kurz vor seiner Verhaftung in ihrer Heimatstadt Sighet in Rumänien die Familie um sich und teilte ihr mit, dass er Geld und andere Wertgegenstände in den Wänden des Familienhauses versteckt und den Rest bei Schweizer Banken deponiert habe. Gizella Weisshaus wurde nach Auschwitz deportiert, wo die meisten Familienmitglieder ihr Leben liessen. Sie überlebte als einzige von 55 Verwandten den Holocaust. Nach der Befreiung des Lagers kehrte das 15jährige Mädchen zu ihrem Vaterhaus zurück und fand dort einige Wertgegenstände, die in Hohlräumen in den Wänden und in der Decke versteckt waren. Bei den Schweizer Banken hatte sie jedoch kein Glück. Sie sagte, sie habe dreimal versucht, das Vermögen ihres Vaters in der Schweiz zurückzufordern – vergeblich. Im Jahr 1950 emigrierte Frau Weisshaus mit ihrem Mann Joseph in die Vereinigten Staaten. Sie trägt zur Zeit einen elektronischen Piepser bei sich, damit ihr Anwalt sie jederzeit erreichen kann. Zu der Klage habe sie sich entschlossen, als sie hörte, dass die Schweizer Banken nach ruhenden Konten forschen würden. Sie sei wütend darüber gewesen, dass diese Untersuchung nach Aussagen der Schweizer Behörden bis zu fünfjahre dauern könnte. Für Gizella Weisshaus ist die Klage im Namen derer, die den Holocaust überlebt haben, geradezu eine Mitzvah – eine gute Tat.

«Warum haben sie mich ausgewählt?» sagte Weisshaus und meinte damit die Nazischergen, die sie für den Zwangsarbeitsdienst aussortiert hatten, während sie den Rest der Familie in die Gaskammern von Auschwitz schickten. «Ich war die Auserwählte, um die Familie am Leben zu erhalten, und ich tue das Richtige. Einige Menschen sagten, sie könnten nicht mehr an Gott glauben. Aber ich konnte nicht so denken.



Also ... musste ich diese Klage erheben. Um ihres Andenkens willen. Und weil ich auserwählt wurde, dies zu tun.»<sup>52</sup>

Ed Fagan, der Rechtsanwalt aus New York, der die Sammelklage vertritt, sagte, seine Kanzlei werde überschwemmt mit Tausenden von Anfragen Überlebender des Holocaust aus der ganzen Welt, die sich der Klage anschliessen wollen. Sie habe bereits gewaltige Ausmasse angenommen.

«Die Klage bezieht sich auf drei Punkte», sagte Fagan. «Der erste... fordert einen Rechenschaftsbericht, um sie [die Schweizer Banken] zu zwingen, alle Informationen über ruhende Konten, die von 1933 bis 1945 eröffnet wurden, offenzulegen. Der zweite Anklagepunkt ist ein Punkt, der Veruntreuung genannt wird. Sie nahmen fremden Besitz entgegen, und sie haben ihn 51 Jahre lang behalten. Und der dritte Punkt lautet unrechtmässige Bereicherung. Sie bereicherten sich unrechtmässig an dem Schweiß und dem Blut dieser Menschen... »<sup>53</sup>

Diese erste Sammelklage hat weitere waghalsige Versuche angeregt, den Schweizer Banken auf gerichtlichem Weg irgendwelche Gelder abzuknöpfen. Es laufen zumindest zwei weitere grosse Sammelklagen gegen verschiedene Schweizer Banken. Eine beim Bundesgerichtshof in Brooklyn erhobene Klage ist im Namen von fünf Klägern eingereicht worden, die in New York, Kalifornien, Grossbritannien und Kanada leben. Im Januar 1997 erhob der World Council of Orthodox Jewish Communities eine Sammelklage gegen die Schweizerische Kreditanstalt, die Schweizerische Bankgesellschaft und die Schweizerische Bankiervereinigung. Ihr Anwalt David Berger macht keine Angaben, wie hoch die Forderung nach Schadensersatz ist. «Wir haben keine konkrete Summe genannt, obwohl die Schäden mit Sicherheit enorm hoch sind», sagte er.<sup>54</sup> Alle Schweizer Banken, die in den Anklageschriften genannt werden, sagten, sie hätten die Absicht, sich gegen die Vorwürfe zur Wehr zu setzen.

Auch wenn die Sammelklagen einen grossen Teil der Überlebenden des Holocaust und ihrer Familien angelockt haben, sind viele der Ansicht, sie würden die Probleme mit den Schweizer Banken nur vergrössern und den Interessen jener Antragsteller schaden, die versuchten, ihr

persönliches Familienvermögen wiederzuerlangen. «Diese grossen US-Klagen richten einen immensen Schaden an», sagte Karas. «Ich rege mich jedesmal sehr auf, wenn Leute von diesen riesigen globalen Schlichtungen reden. Die Sammelklagen haben lediglich eine Massenhysterie hervorgebracht und eine scharfe Reaktion der Schweizer provoziert. Sie nähren nur den Mythos von den jüdischen Anwälten, denen es immer nur ums Geld geht.»<sup>55</sup>

Seit die Sammelklagen in New York eingereicht wurden, haben mehrere Menschen Karas angerufen, die er für Schwindler und Opportunisten hält. Sie wollten, dass er für sie eine Klage über eine Milliarde Dollar übernehmen sollte, weil sie hofften, leicht zu Geld zu kommen.

«Ich wünschte, ich bekäme 100 Dollar für jeden, der mich anruft und vorschlägt, er wolle die Beute mit mir teilen, wenn ich das Geld freibekäme», sagte Karas. Er verlangt einen Vorschuss, weil er nur seriöse Klienten vertreten will, und er fügt hinzu, dass er bislang mit den 20 Antragstellern aus den Vereinigten Staaten und Kanada, die er vertritt, Verlust gemacht hat. «Den wahren Wert eines Antrags erkennt man daran, dass jemand bereit ist, ein paar Scheine für die Suche zu investieren oder nicht. Letzte Woche hat mich eine Dame angerufen, die sagte, sie sei eine Überlebende des Holocaust. Sie gab an, sie habe zwar kein Geld auf Schweizer Banken, aber sie wolle dennoch einen Antrag stellen, weil sie der Ansicht sei, die Schweizer hätten sowieso zuviel Geld. Ich sagte ihr, dass ich ihr nicht weiterhelfen könne. Sie schien sehr beleidigt, dass ich ihren Fall nicht übernehmen wollte und dass ich eine Vorauszahlung forderte.»<sup>56</sup>

Caterina Nägeli stimmt dem zu. Wie Karas zieht sie für die Wiedergewinnung der ruhenden Konten ihrer Klienten die stille, aber entschieden legalistische Vorgehensweise vor. Als ich sie besuchte, sass sie zwischen Stapeln von Gesetzeskommentaren und Akten hinter ihrem Schreibtisch und blickte auf die gothischen Türme der Wasserkirche aus dem 15. Jahrhundert nicht weit vom Helmhausplatz. Die Sonne glitzerte auf dem blauen Wasser des Limmatkanals, der die Altstadt vom Bankenviertel der Stadt trennt. Auf weniger als einem Quadratkilometer stehen dort die Bürogebäude der wichtigsten Banken der Welt. Nägeli blin-

zelte in die Nachmittagssonne, deren Strahlen auf einem Stapel fein säuberlich getippter Dokumente munter tanzten – es war die Akte der Enkel Abraham Hammersfelds.

So weit schien alles in bester Ordnung. Nägeli unterzeichnete ein Dokument, bevor sie den Antrag der Hammersfelds in einen weissen Umschlag schob, der an den Schweizer Ombudsmann des Bankenwesens adressiert war. Sein Büro liegt in der Nähe der Banken auf der anderen Seite des Kanals.

**6** DIE ANLAUFSTELLE FÜR die Suche von nachrichtenlosen Vermögenswerten bei Schweizer Banken, an die Caterina Nägeli die Forderung der Hammersfelds weiterleitete, residiert in einem unauffälligen Wohngebäude in der Zürcher Seestrasse, unmittelbar neben einem Buchladen für Judaica und direkt über dem Frisiersalon Coiffeur Simmer sowie einem Fotogeschäft.

Die 1995 von der Schweizerischen Bankiervereinigung gegründete Anlaufstelle agiert als zentrale Clearingstelle für Überlebende des Holocaust und andere Personen, die gegenüber Schweizer Banken die Herausgabe von nachrichtenlosen Vermögenswerten beantragen. Hanspeter Häni, Ombudsmann der Schweizer Banken, prüft alle eingehenden Anfragen, bevor er an die Antragsteller einen Fragebogen verschickt. Darin werden Details über den Antragsteller, den ursprünglichen Kontoinhaber und die Beziehungen zwischen den beiden erhoben. Den Richtlinien der Schweizerischen Bankiervereinigung zufolge müssen mehrere Bedingungen erfüllt sein, bevor ein Suchauftrag erteilt werden kann: Der Antragsteller muss nachweisen, dass möglicherweise ein Konto in der Schweiz besteht, er muss den Namen der Person, die das Konto eingerichtet hat, angeben und belegen, dass diese Person offiziell für tot erklärt oder seit mindestens zehn Jahren für tot gehalten wird. Ausserdem muss er beweisen, dass er einen rechtmässigen Anspruch auf das Konto besitzt und angeben, in welcher Region der Schweiz gesucht werden soll.

Allerdings verfügen die meisten Antragsteller, die sich an den Ombudsmann der Banken wenden, nur über begrenzte Informationen, und die Banken führen die Suche auf der Grundlage überaus spärlicher Hinweise durch. Im Gegensatz zu der in der Nachkriegszeit üblichen Forderung an die Holocaust-Überlebenden, Todesurkunden und andere offizielle Dokumente vorzulegen, gibt sich die Anlaufstelle grosszügiger

und besteht nicht auf der Vorlage solcher Unterlagen, wenn diese nicht existieren.

«Wir akzeptieren Fotokopien nicht als Beweise»,<sup>1</sup> erklärte Hani. Manchmal hat Häni nur einen Namen als einzigen Anhaltspunkt für seine Suche. Typische Anträge enthalten Aussagen wie:

«Mein Onkel hat mir gesagt, er habe Geld von meinem Vater erhalten und es mit dem Auftrag, es in der Schweiz anzulegen, in Budapest an einen Kurier übergeben.»

«Ich erinnere mich daran, dass mein Vater Bankkonten eingerichtet hat; ich weiss zwar nicht wo, aber wahrscheinlich in der Schweiz.»

«Ich hörte als kleines Kind, dass mein Vater Geld ins Ausland überwies für den Fall, dass wir in die USA auswandern würden.»

Der Hammersfeld-Antrag ist also nicht aussergewöhnlich; er basiert auf Renées Erinnerung an die Bemerkung ihres Grossvaters ein paar Monate vor Ausbruch des Krieges im Jahre 1939. Abraham hatte ihr mitgeteilt, er habe Geld bei einer Schweizer Bank deponiert. Suchaktionen auf Grundlage solch spärlicher Angaben sind sehr schwierig; oft steht nicht einmal fest, ob die betreffenden Personen Konten unter ihrem eigenen Namen eingerichtet hatten. Ab 1935 war es Bürgern des Deutschen Reiches nämlich verboten, Vermögenswerte im Ausland anzulegen oder zu besitzen. Verstösse gegen diese Gesetze wurden mit drakonischen Strafen geahndet. Aus diesem Grund suchten viele Juden und nicht wenige wohlhabende Deutsche, die ihr Vermögen angesichts der politisch instabilen Lage im Ausland in Sicherheit bringen wollten, den Schutz des Schweizer Bankgeheimnisses. Um die Gefahr zu verringern, durch Gestapo-Agenten enttarnt zu werden, die auf der Suche nach nicht deklarierten deutschen und jüdischen Vermögen viele Schweizer Banken unterwandert hatten, richteten viele Anleger ihre Konten auf die Namen von Mittelsmännern ein. Hatte auch Abraham den Weg über einen Treuhänder oder einen Anwalt wie Veit Wyler gewählt und seine Kinder und Enkelkinder zu ihrer eigenen Sicherheit nicht davon in Kenntnis gesetzt? Wie ein Schweizer Anwalt es formulierte: «Nur der liebe Gott weiss, was mit diesen Konten geschehen ist.»

Eine Bemerkung, der viele Schweizer Bankiers zustimmen, aber sie weisen stets auch daraufhin, dass die meisten Grossanleger ihre Vermögen noch während des Krieges in die USA transferiert hätten. «Es gibt nicht allzuvielen Möglichkeiten, was mit diesen Guthaben passiert sein könnte», erklärte Hans Bär, Generaldirektor der Julius Bär Bank, die, von seinem Grossvater gegründet, unmittelbar vor dem Krieg eine der wenigen jüdischen Banken in der Eidgenossenschaft war. «Sie dürfen nicht vergessen, dass zwischen einem Schweizer Bankier und seinem Kunden eine sehr enge Beziehung besteht. Oft ist diese Beziehung enger als die zu den eigenen Kindern. Es ist also durchaus denkbar, dass es jüdische Flüchtlinge gab, die sich sagten: ‚Zuerst will ich mein Leben retten. Sie sind ein netter Mensch und ein guter Bankier, falls mir also etwas zustossen sollte, dann behalten Sie das Geld.‘ Ein jüdischer Flüchtling wird nicht notwendigerweise an seinen Vetter dritten Grades in Australien gedacht haben, der möglicherweise eines Tages einen Anspruch auf sein Vermögen geltend machen könnte. Er dachte in erster Linie daran, sein eigenes Leben zu retten.»<sup>2</sup>

Paul Volcker, der sich mitten in der ersten Phase des Suchprozesses befindet, schloss sich Bärs Sichtweise an. «Es handelt sich um eine Periode, in der strenge, umfassende Devisenkontrollen existierten und in Deutschland die Reisefreiheit und der Transfer jüdischer Vermögen ins Ausland durch Gesetze stark eingeschränkt waren. Verstösse wurden hart bestraft», erklärte der frühere US-Notenbankchef Volcker vor dem Bankenausschuss des Repräsentantenhauses in Washington. «Mit den Verhältnissen vor und während des Zweiten Weltkrieges vertraute Experten verweisen darauf, dass die Einzahlungen von verängstigten und verfolgten Menschen – wahrscheinlich sogar die überwiegende Mehrheit – aus Sicherheitsgründen durch dritte Parteien vorgenommen wurden. Die Namen der tatsächlichen Eigentümer könnten dabei absichtlich auch gegenüber den Banken geheimgehalten worden sein, bei denen die Gelder eingezahlt wurden. In manchen Fällen werden verängstigte Personen an skrupellose Mittelsmänner geraten sein, die ihre Gelder niemals auf Schweizer Banken oder anderen, sicheren Orten eingezahlt ha-

ben. Andererseits werden manche Mittelsmänner sich zur Ruhe gesetzt haben oder verstorben sein, ohne schlüssige Aufzeichnungen hinterlassen zu haben. Davon überzeugt, dass die eigentlichen Eigentümer tot oder unauffindbar waren, werden manche Mittelsmänner wohl auch der Versuchung nicht widerstanden haben, die Gelder illegalerweise in die eigene Tasche umzuleiten. Wie ausreichend bekannt ist, können die potentiell Begünstigten von nachrichtenlosen Konten oftmals nur vage Hinweise auf die Bank geben, bei der die Gelder eingezahlt wurden, oder nur den Namen des Kontoinhabers nennen. Diese Schwierigkeiten sind mit verantwortlich für den bislang relativ geringen Erfolg des Schweizer Banken-Ombudsmannes. In der Praxis ist er gezwungen, mit ungenauen Angaben zu den Konten die Durchsicht einer sehr grossen Anzahl von nicht bei den Banken liegenden Dokumenten anzuordnen.»<sup>3</sup>

Darüber hinaus wird, merkte Volcker weiter an, die Suche nach den nachrichtenlosen Vermögen dadurch zusätzlich kompliziert, dass viele der kleinen Banken, die in der Schweiz vor dem Krieg noch existierten, inzwischen von grösseren Instituten übernommen wurden oder in einigen Fällen ihre Tätigkeit eingestellt haben. Zudem ist auch die Überprüfung von nachrichtenlosen Konten ein sehr zeitraubender Prozess; da die Aufzeichnungen über die Konten bis in die dreissiger Jahre zurückreichen, müssen die Mitarbeiter der Banken sich im wahrsten Sinne des Wortes oft durch ganze Kisten von alten Unterlagen hindurchwühlen.

Trotz dieser Probleme weist die Anlaufstelle keinen Antragsteller ab. Sobald der ausgefüllte Fragebogen vorliegt, leiten Häni und seine vier Mitarbeiter die Angaben an mehr als 400 Banken im ganzen Land weiter. Die Banken sind verpflichtet, ihre Unterlagen zu überprüfen und intern eine Suche nach nachrichtenlosen Konten durchzuführen. Als nachrichtenlose Konten gelten in der Schweiz Vermögenswerte in Banken (auf Konten, Treuhandkonten oder in Schliessfächern), bei denen der letzte Kontakt mit den Eigentümern oder ihren Treuhändern mehr als zehn Jahre zurückliegt. Im Gegensatz zu so gut wie jedem anderen westlichen Land, wo in Banken gehaltene Vermögenswerte an die Bank

oder den Staat fallen, wenn über eine festgelegte Zeitdauer hinaus keinerlei Bewegungen verzeichnet werden, gibt es in der Schweiz keine zeitlichen Begrenzungen oder sonstige Vorschriften, nach denen nachrichtenlose Vermögen in das Eigentum der Bank oder des Staates übergehen könnten. Ein Konto in der Schweiz wird nur dann als aufgelöst betrachtet, wenn der Kontoinhaber oder ein autorisierter Dritter das Guthaben abhebt. Die Banken bewahren Unterlagen über eine Kontoauflösung üblicherweise zehn Jahre auf und vernichten sie dann.

Findet eine Bank einen der im Antrag spezifizierten Namen in ihren Aufzeichnungen, übernimmt sie die Verantwortung für die Verhandlungen mit dem Antragsteller und fordert im Normalfall zusätzliche Informationen an. Falls die Anlaufstelle innerhalb von zwei Monaten nach Unterrichtung der Banken keine Rückmeldung erhält, wird der Antragsteller darüber in Kenntnis gesetzt, dass sein Suchauftrag erfolglos verlaufen ist. Da Häni als Mittelsmann zwischen den Antragstellern und den Banken steht, kann die Suche durchgeführt werden, ohne dass gegen die Vorschriften des Bankgeheimnisses verstossen wird, nach denen Auskünfte über Bankkonten nur an autorisierte Dritte und bestätigte Erben ehemaliger Bankkunden erteilt werden dürfen.

Von den 2229 Antragstellern, die sich 1996 an die Anlaufstelle wandten, schickten 1055 den Fragebogen zurück. Davon erfüllten 892 die Anforderungen für die Aufnahme einer Suche. (Die restlichen schickte Häni mit der Bitte um zusätzliche Angaben zurück.) Die Mehrheit der Antragsteller stammte aus den Vereinigten Staaten und Israel, wobei 70 Prozent der Anfragen von Angehörigen der Opfer des Naziregimes eingereicht wurden. Die übrigen Anträge bezogen sich auf Konten, die aus anderen Gründen vor oder nach dem Zweiten Weltkrieg nachrichtenlos geworden waren. Im ersten Jahr seit Einrichtung der Anlaufstelle identifizierten Schweizer Banken den Gegenwert von 12,8 Millionen US-Dollar auf elf Konten. Fünf der ursprünglichen Kontoinhaber waren Holocaust-Opfer, die zusammengenommen 11'000 Schweizer Franken eingezahlt hatten. Drei dieser fünf Kontoinhaber waren von den Nazis ermordet worden, zwei weitere waren rumänische Juden, die in der



Kriegszeit durch rassistische Gesetze um ihr gesamtes Vermögen gebracht worden waren.

Über die sechs anderen Fälle konnte Häni aus Gründen der Vertraulichkeit keine Angaben machen, weder was die Kontoinhaber noch was die betroffenen Banken anging.

Die Veröffentlichung dieser Zahlen löste scharfen Protest aus. Der Jüdische Weltkongress bezeichnete die Ergebnisse der Suche als «kläglich», und ein amerikanischer Kongressabgeordneter beschimpfte die Anlaufstelle als «Kopierdienst der Schweizer Banken». Von New York aus liess der Vizepräsident des Jüdischen Weltkongresses Kalman Sultanik Schimpftiraden gegen Häni los, verwechselte aber in seiner Empörung die Rolle des Ombudsmanns mit der Rolle der Schweizer Banken.

«Nach 2'000 Anträgen und 1'000 formellen Suchaufträgen hat der Schweizer Ombudsmann nicht einen Cent rückerstattet», wütete Sultanik. Er unterstellte Häni, er sei für die Rückzahlung der Gelder zuständig. «Ein Jahr lang hat Häni jeden Antragsteller abgewiesen. Was die Schweizer Finanzwelt da treibt, ist ein grausames Versteckspiel mit den Holocaust-Überlebenden.»<sup>4</sup>

Die Empörung beschränkte sich aber keineswegs nur auf jüdische Gruppen. Auch die liberale Presse in der Schweiz ging mit der Bilanz der Anlaufstelle ins Gericht. In einem Leitartikel bezeichnete die Basler Zeitung die Vorwürfe des Jüdischen Weltkongresses als gerechtfertigt und stellte in Anbetracht der mageren Bilanz der Anlaufstelle die ganze Prozedur in Frage. Die Zeitung hielt den Banken vor, die blosser Reaktion auf Anfragen von Holocaust-Opfern reiche nicht aus, um das verlorene Vertrauen wieder herzustellen und forderte sie auf, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um die legitimen Erben der nachrichtenlosen Vermögen ausfindig zu machen.<sup>5</sup>

Und der *Tages-Anzeiger* druckte am Tag nach Hänis Gang an die Öffentlichkeit auf der Titelseite eine Karikatur ab, auf der ein Schweizer Bankier von den Mauern einer Festung herab ein paar Münzen auf eine Gruppe von unter ihm stehenden Menschen wirft, die ein Plakat mit der Aufschrift «nachrichtenlose Vermögen» hochhalten und ihnen zuruft: «Das sollte euch genügen.»

Nur die konservative *Neue Zürcher Zeitung* sah die Ergebnisse in Übereinstimmung mit den Erwartungen, die man sich realistischerweise machen konnte. Zudem vertrat sie die Ansicht, dass nur wenige Erben der 32 Millionen US-Dollar gefunden werden könnten, die nach Angaben der Banken noch aufnachrichtenlosen Konten – und zwar nicht nur Konten, die von jüdischen Opfern der Nazis eingerichtet worden waren – lagen.

In den nächsten Tagen wurde Häni weltweit zum Objekt von Spott und Verachtung. Der Jüdische Weltkongress stellte die Unabhängigkeit des Ombudsmanns in Frage und wies darauf hin, dass die Anlaufstelle von der Schweizerischen Bankiervereinigung finanziert wird. «Das ist nur ein weiteres Beispiel für die Verschleppungstaktik der Schweizer», erklärte Edgar Bronfman. «Allein die Tatsache, dass ein Ombudsmann zur Klärung der Frage eingesetzt wurde, ist in höchstem Masse lächerlich.»<sup>6</sup>

Bankiers wie Hans Bär sprechen der Anlaufstelle für das Auffinden von nachrichtenlosen Vermögen zwar grösste Bedeutung zu, warnen aber auch davor, allzu hohe Erwartungen an Häni zu richten. «Es ist von entscheidender Bedeutung, alle potentiellen Ansprüche ernsthaft und mit der gebotenen Feinfühligkeit zu behandeln und den Antragstellern dabei zu helfen, ihre Ansprüche zu belegen. Genau das tut der Ombudsmann», erklärte Bär bei einer Anhörung des Banken-Ausschusses des US-Senats im April 1996. «Allerdings kann es sich keine verantwortungsbewusste Institution leisten, einem Antragsteller aufgrund von kaum mehr als der vagen Hoffnung, dass irgendwo in der Schweiz ein auf einen Verwandten lautendes Konto existiert, eine beliebige Geldsumme auszahlen.»<sup>7</sup>

Obwohl die Anlaufstelle von der Schweizerischen Bankiervereinigung gegründet und von ihr finanziert wird, weist der seinem Berufsethos verpflichtete Wirtschaftswissenschaftler und ehemalige Bankier Häni den Vorwurf entschieden zurück, den Banken auf irgendeine Weise verpflichtet zu sein. «Müsste ich Anweisungen der Banken befolgen, ich würde die Anlaufstelle noch heute schliessen», stellte er klar. «Ich verteile kein Geld. Ich bin nur ein Vermittler und versorge die Banken mit relevanten Unterlagen.

Herauszufinden, ob ein Antrag berechtigt ist, ist ausschliesslich Sache der Banken.»<sup>8</sup>

Häni's Aufgabe als Ombudsmann hatte ursprünglich darin bestanden, Beschwerden von Kunden an Schweizer Banken weiterzuleiten. Er legt jetzt Wert darauf, seine neue Rolle als erster Ansprechpartner für Personen, die nach nachrichtenlosen Vermögen bei Schweizer Banken suchen, präzise darzustellen. «Als Leiter der Anlaufstelle folge ich bei der Suche nach nachrichtenlosen Konten einem einzigen Grundsatz: Alle Vermögen, die an ihre rechtmässigen Eigentümer zurückgegeben werden können, müssen zurückgegeben werden. Ich hätte diese Aufgabe niemals übernommen, wenn ich nicht überzeugt wäre, dass alle beteiligten Institutionen sich in diesem Punkt einig sind.»<sup>9</sup>

Häni ist 47 Jahre alt und Vater von zwei Kindern im Teenageralter. Er beschreibt sich selbst als «sehr durchschnittlich» und verkörpert den typischen Schweizer Geschäftsmann mit dem zugehörigen Berufsethos. Auf den ersten Blick erinnert der spindeldürre Ombudsmann mit seinem sorgsam getrimmten braunen Bart, seinem schütterten Kopfhair und seinem tadellos gebügelten, dunklen Anzug an einen Asketen. Er geizt mit seiner Zeit («Ich kann nur eine halbe Stunde erübrigen»), bemerkt er noch vor Beginn des Interviews) und zieht regelmässig ein umfangreiches deutsch-englisches Wörterbuch zu Rate, um ganz sicher zu gehen, dass er genau das englische Wort verwendet, das seine Gedanken am besten zum Ausdruck bringen wird. Bei aller Exaktheit, Integrität und rigiden Selbstdisziplin, die ihn auszeichnen, ist Häni alles andere als ein Abbild des farblosen Schweizer Bürokraten. Dazu hat er zuviel Mitgefühl mit den Menschen, die sich an ihn wenden und von denen viele ihm in handgeschriebenen Briefen die traurigen Schicksale ihrer Familien während des Krieges anvertraut haben. «Ich kann mir nicht vorstellen, dass jemand, der den Holocaust überlebt hat, aus purem Übermut einen Antrag stellt. Es muss furchtbar sein, die schmerzhaften Erinnerungen an Menschen wieder zu wecken, die auf so schreckliche Weise vernichtet wurden», erklärte Häni, in dessen Büro an manchen Tagen mehr als zwanzig Anträge eingehen. Aufgrund der grossen Anzahl von einge-

henden Anträgen kündigte er an, den Mitarbeiterstab zu verdoppeln und in ein grösseres Büro umzuziehen.<sup>10</sup>

Häni müht sich redlich, der Öffentlichkeit die Funktion der Anlaufstelle verständlich zu machen. Bunte Informationsbroschüren verkünden voller Zuversicht: «Der Schweizer Ombudsmann kann Ihnen helfen.» Doch er beklagt sich bitter über die zahlreichen, von den Medien in Umlauf gebrachten Falschinformationen. Dazu zählt er beispielsweise, dass ihn Vertreter der internationalen Presse als hässlichen Schweizer Bürokraten angeprangert haben, der mit den Schweizer Banken unter einer Decke stecken soll. Ausserdem sei der Anlaufstelle vorgeworfen worden, Antragsteller müssten für einen Suchauftrag eine Gebühr von dreihundert Franken bezahlen. Obwohl Häni üblicherweise nicht auf Presseberichte reagiert, reduzierte die Anlaufstelle als Zeichen des guten Willens die Bearbeitungsgebühr auf einhundert Franken und strich sie ganz im Fall von fast einhundert Antragstellern, die geltend machten, die Summe nicht aufbringen zu können. Trotzdem verteidigt Häni die Gebühr als eine Massnahme gegen den Missbrauch der Institution durch Trittbrettfahrer.

Gegenüber Journalisten gibt er sich extrem zurückhaltend. Bislang, so sagt er, sei ihm noch kein Zeitschriften- oder Zeitungsbericht untergekommen, der den Sachverhalt korrekt dargestellt hätte. «Die – jedem unvoreingenommenen Beobachter als höchst unrealistisch erkennbaren – Berichte über in den Banken schlummernde Milliardensummen provozierten völlig überzogene Erwartungen und heizten die Vorstellungen vieler Antragsteller über die Höhe der auffindbaren Summen noch weiter an», erklärte Häni auf der Pressekonferenz im November 1996 in Zürich, auf der er die Ergebnisse der ersten Suchanträge vorstellte. «So gut wie alle suchenden Parteien gehen davon aus, dass Geld gefunden wird... Die Suche nach nachrichtenlosen Vermögen stösst auf ein gewaltiges, fast schon unverständliches Interesse der Medien und damit der Öffentlichkeit insgesamt. Das Ausmass dieses Interesses steht oft im krassen Gegensatz zu dem Verständnis der tatsächlichen Abläufe. Die Komplexität der Angelegenheit und die Tatsache, dass mehrere An-

wälte damit beschäftigt sind, begünstigt bei oberflächlicher Beschäftigung das Aufkommen irreführender Informationen und führt in manchen Fällen zu grotesken Missverständnissen.»<sup>11</sup>

Doch die wenigsten Journalisten schienen diesen Äusserungen Häni Aufmerksamkeit zu schenken; stattdessen konzentrierten sie sich auf die magere Bilanz der Nachforschungen. Ein zentrales Problem besteht darin, dass die Presse in ihrer Berichterstattung die Frage der nachrichtenlosen Vermögen von Holocaust-Opfern und den Nazigold-Komplex meist zusammen behandelt. Wahrscheinlich hatten die Menschen, die darauf warteten, dass die Banken die vom Jüdischen Weltkongress angekündigten Milliardenbeträge fanden, den geschätzten Wert des von den Nazis geraubten Goldes mit den Einlagen aufnachrichtenlosen Konten verwechselt. Historiker konnten nachweisen, dass Hitler mehr als vier Milliarden US-Dollar (nach heutigem Wert) mit Hilfe von Schweizer Banken waschen liess. Doch niemand kann auch nur einigermaßen verlässlich schätzen, wie hoch der Wert der nachrichtenlosen Vermögen von Holocaust-Opfern ist oder auch nur, wie viele solcher Konten existieren. «In nackten Zahlen ausgedrückt, mag die Bilanz der Anlaufstelle unserer Arbeit auf den ersten Blick enttäuschend erscheinen», gestand Häni selbst ein. «Ich selbst jedoch halte den Umstand, dass überhaupt etwas gefunden wurde, schon für ermutigend.»<sup>12</sup>

Den Ombudsmann und die meisten Schweizer Bankvertreter hatte die magere Ausbeute der Suchaktionen nicht überrascht. Sie waren von Anfang an davon überzeugt gewesen, dass bei Schweizer Banken noch Holocaust-Vermögen in nennenswertem Umfang deponiert sind. Bei Ausbruch des Zweiten Weltkrieges verfügten nur wenige Einleger über Barmittel, und dementsprechend wurden zahlreiche Einlagen in Form von Aktien und Obligationen getätigt, die mit der Zeit ihren Wert verloren. So berichteten viele Banken von Funden heute wertloser Schuldverschreibungen des damaligen Königreiches Rumänien oder von Wertpapieren auf längst aufgelöste Unternehmen wie die Deutsche Reichsbahn und die Bergwerke Gelsenkirchen. Zudem muss davon ausgegangen werden, dass viele deutsche Anleger Reichsmark eingezahlt hatten,

die nach der Niederlage Deutschlands nur noch ein Zehntel ihres ursprünglichen Wertes besaßen.

«Dass grössere Summen gefunden werden, ist so gut wie ausgeschlossen», erklärte etwa der Privatbankier Hans Bär, der dem Vorstand der Schweizerischen Bankiervereinigung angehört. «Vor dem Krieg deponierte Wertpapiere sind praktisch wertlos geworden. Auch was die Zinsen angeht, ist Vorsicht angebracht. Um die Zinsschuld bestimmen zu können, muss man zum einen die Währung, in der die Anlage getätigt wurde, berücksichtigen, zum anderen die Wechselkursentwicklung.»<sup>13</sup>

Beat Brenner, der für die *Neue Zürcher Zeitung* arbeitet und als der respektierteste Schweizer Finanzjournalist gilt, ist derselben Meinung. Während er mit der einen Hand eine Zigarette in einem mit Kippen überfüllten Aschenbecher ausdrückt, tippt er mit der anderen Zahlen in einen Taschenrechner, um den ursprünglichen Wert der fünf Konten zu berechnen. «Sehen wir einmal, was wir erhalten, wenn wir einen Zinssatz von 3 Prozent über einen Zeitraum von 50 Jahren ansetzen. Ich glaube kaum, dass diese Anlagen ursprünglich insgesamt mehr als 2'500 Dollar betragen haben.»<sup>14</sup>

Dass das Geld – gleichgültig, wie viel schliesslich gefunden wird – zurückerstattet wird, ist für all jene, die primär an Gerechtigkeit interessiert sind, nicht unbedingt ausschlaggebend. Schon zwei Monate, bevor Häni die Zahlen der Anlaufstelle der enttäuschten Öffentlichkeit präsentierte, bemerkte die *New York Times* vorausschauend: «Die Suche wird nicht einfach und die gefundene Menge an Gold und anderen Vermögenswerten möglicherweise geringer sein, als mancher sich erhoffen mag. Doch in einer Angelegenheit der historischen Verantwortung wie dieser spielt der Geldwert eine geringere Rolle als Ehrlichkeit und Offenheit. Diese Einsicht ist längst überfällig.»<sup>15</sup>

Bronfman und seine Mitstreiter sahen in den vom Ombudsmann vorgelegten Zahlen nur einen weiteren Beweis der Hinhaltetaktik der Schweiz. Eine Woche, nachdem Häni am 12. November das Arbeitsergebnis der Anlaufstelle vorgestellt hatte, trat der britische Unterhausabgeordnete Greville Jänner mit einer neuen Forderung an die Öffentlich-

keit. Jänner hielt sich zu der Zeit in der Schweiz auf, um die Schweizer Politiker und Bankiers dazu zu bewegen, intensiver nach den nachrichtlosen Vermögen zu suchen. Er forderte die Schweizer Banken auf, als Geste des guten Willens einen mit mehreren Millionen Dollar ausgestatteten Fonds für Holocaust-Opfer einzurichten, denen der Zugriff auf ihre in Schweizer Banken liegenden Vermögenswerte verweigert wurde. Ein Sprecher des Jüdischen Weltkongresses schlug vor, den Fonds mit einer Summe zwischen einhundert und zweihundert Millionen Schweizer Franken auszustatten.

Obwohl einige Schweizer Banken positiv auf Jänners Vorschlag reagierten, blieben ihre Kritiker skeptisch. «Die Schweiz wird alles tun, um kein Geld herausrücken zu müssen und um einen Bruch des Bankgeheimnisses zu vermeiden», verkündete der sozialdemokratische Nationalrat Jean Ziegler zwischen zwei Abstimmungen in Bern. «Sie können Gift darauf nehmen, dass in den Tresoren der Schweizer Banken Holocaust-Gelder in Milliardenhöhe liegen.»<sup>16</sup>

Allerdings muss man Zieglers Äusserungen vor dem Hintergrund seiner persönlichen Biographie sehen. Der Soziologieprofessor der Universität von Genf verbringt seit seiner Wahl in den Nationalrat einen Grossteil seiner Zeit im Parlament damit, die seiner Ansicht nach fragwürdigen Praktiken der Schweizer Banken und die unrühmliche Rolle der Eidgenossenschaft als Drehscheibe der internationalen Geldwäscher zu kritisieren. Seine beiden Bücher, *Die Schweiz wäscht weisser*, eine ironische Abrechnung mit der Geldwäscherei in Schweizer Banken, und *Wie herrlich, Schweizer zu sein*, in dem er die Heuchelei und Selbstgefälligkeit der Eidgenossen aufs Korn nimmt, bescherten ihm von diversen Schweizer Banken insgesamt sieben Klagen wegen Beleidigung und geschäftsschädigender Verleumdung – vorgeblicher Schaden: mehr als sechs Millionen Dollar. Doch auch die Drohung mit Prozessen konnte Ziegler nicht einschüchtern. Er griff seine Gegner in jüngster Zeit so scharf an, dass der Nationalrat sogar seine parlamentarische Immunität aufhob.

«Es ist an der Zeit, dass wir unsere Tresorräume öffnen und eingestehen, dass wir Hitlers Komplizen waren. Moralisch gesehen ist unsere

Position unhaltbar. Wir müssen um Vergebung bitten. Wenn wir uns an die Buchstaben des Gesetzes halten, laufen wir Gefahr, dass auch die letzten Überlebenden tot sein werden, bevor etwas unternommen wird», verkündete Ziegler, bevor er im Abgeordnetensaal verschwand. Ein paar Sekunden später stand er plötzlich wieder in der Vorhalle vor dem Sitzungssaal. «Nehmen Sie sich vor den Schweizer Banken in Acht», flüsterte er mir atemlos zu, bevor er endgültig verschwand.<sup>17</sup>

Die penible Gesetzestreue der Schweizer Bankiers hat ihnen in der Vergangenheit einen zweifelhaften Ruf beschert. Dass die Schweiz nach dem Zweiten Weltkrieg zum Fluchthafen für die zusammengerafften Reichtümer vieler Dritte-Welt-Diktatoren und Drogenhändler wurde, hat einen einfachen Grund: Die Schweizer Banken legten die nationalen Vorschriften zum Bankgeheimnis extrem eng aus. Erst als der Ruf der Schweiz auf dem Spiel stand, erklärten sie sich, wenn auch nur widerstrebend, bereit, Massnahmen zu ergreifen, die unabhängige Untersuchungen erleichterten.

Nachdem im Bankgesetz von 1934 der Grundsatz des Bankgeheimnisses verankert worden war, deponierten nicht nur Juden auf der Flucht vor den Nazis ihre Vermögen auf Nummernkonten und in Bankschließfächern der Schweizer Banken, sondern auch Geldwäscher, korrupte Diktatoren, Drogenbarone und kriminelle Geschäftsleute aus aller Herren Länder, die auf der Suche nach einem sicheren Ort waren, wo sie ihre Gelder dem Zugriff der Steuerbehörden oder Strafverfolger ihrer Heimatländer entziehen konnten. Die Schweizer Banken wurden zu den Schatzkammern von berühmten Diktatoren wie dem Argentinier Juan Peron, dem Kubaner Fulgencio Batista und dem haitianischen Ex-Präsidenten Jean Claude «Baby Doc» Duvalier, der allein über sieben Milliarden US-Dollar in die Schweiz verschoben haben soll – Geld, das er während seiner Amtszeit aus dem ärmsten Land des amerikanischen Kontinents herausgepresst hatte. Mobutu Sese-Seko, Noch-Staatspräsident Zaires, soll Gerüchten zufolge vier Milliarden US-Dollar auf Schweizer Nummernkonten liegen haben. In jüngster Zeit geriet die



Schweiz unter heftigen internationalen Beschuss, weil sie Mobutu erlaubte, sich im Land von einer Krebsoperation zu erholen, während Zaire immer tiefer in den Wirren eines Bürgerkrieges versank. Der internationale Druck wurde schliesslich so heftig, dass die Schweizer Regierung in Bern Mobutu unter Hinweis auf seine Duldung von Menschenrechtsverstössen und der Aussetzung von allgemeinen Wahlen die erneute Einreise verweigerte.

Die ganzen fünfziger und Sechziger Jahre hindurch rückten die Schweizer Banken keinen Millimeter von den Prinzipien des Bankgeheimnisses ab – mit der Konsequenz, dass keine Person, ausser derjenigen (oder denjenigen), auf deren Namen ein Konto eingerichtet worden war, Auskunft über das Konto erhielt. So strikt wurden die Vorschriften eingehalten, dass noch nicht einmal Juan Peron an die 60 Millionen US-Dollar herankam, die seine Frau Evita 1947 auf ein Nummernkonto in der Schweiz eingezahlt haben soll. Evita Peron hatte das Konto nur auf ihren Namen eingerichtet. 1959 warf die französische Regierung Schweizer Banken vor, mittels arabischen Kapitals Waffengeschäfte der algerischen Rebellen zu finanzieren. Doch wegen des Bankgeheimnisses sah sich selbst die Schweizer Regierung ausserstande, die Vorwürfe zu untersuchen. In den sechziger Jahren verklagten die Erben des dominikanischen Diktators Rafael Leonidas Trujillo eine Reihe Schweizer Banken auf die Herausgabe der Staatsüberschüsse, die über dreissig Jahre hinweg auf Konten bei diesen Banken deponiert worden sein sollen. Weder Trujillos Erben noch die neue dominikanische Regierung hatten nennenswerten Erfolg mit ihren Klagen.

Schweizer Banken waren es auch, die dem philippinischen Diktator Ferdinand Marcos halfen, einen der grössten Raubzüge der Geschichte zu decken, auch wenn sie von der unter starkem internationalen Druck stehenden Schweizer Regierung schliesslich zum Einlenken gezwungen wurden. Unterlagen, die im Safe von Marcos' Schlafzimmer im Malacanang-Palast und in seinem von US-Behörden nach seiner Flucht nach Hawaii im Februar 1986 durchsuchten Gepäck entdeckt wurden, belegten detailliert, wie der Marcos-Clan gewaltige Summen an Geld und andere Vermögenswerte in die Schweiz verschoben hatte.

In den zwanzig Jahren von seiner Wahl zum Staatspräsidenten 1965 bis zu seiner Entmachtung Anfang 1986 schaffte Marcos zwischen fünf und zehn Milliarden US-Dollar in Gold und anderen Anlageformen aus der philippinischen Schatzkammer auf verschiedene Banken in Zürich, Genf, Fribourg, Luzern und Lausanne. Um die Herkunft der Gelder zu verschleiern, gründeten Marcos und seine Gehilfen in Liechtenstein eine Reihe von Briefkastenfirmen. Nach Aussage von Untersuchungsbeamten schickte die Marcos-Familie Gold teilweise sogar direkt von den Philippinen in die Schweiz. Als auch noch nach der Vertreibung des Marcos-Clans solche Lieferungen eintrafen, sah sich die Schweizerische Bankiervereinigung veranlasst, ihre Mitglieder vor «unüblichen Transaktionen philippinischer Bürger» zu warnen.<sup>18</sup>

In der Tat fürchtete Bern einen internationalen Skandal so sehr, dass man Marcos' Guthaben in der Schweiz blockierte, noch bevor die neue philippinische Regierung einen Antrag auf eine offizielle Untersuchung stellen konnte. Am 24. März 1986 erschien ein philippinischer Geschäftsmann mit einer von Ferdinand Marcos und seiner Frau Imelda ausgestellten Vollmacht bei der Credit Suisse in Zürich und wollte 213 Millionen US-Dollar in bar abheben. Die Bank sagte zwar zu, das Geld am Morgen des nächsten Tages bereit zu stellen, unterrichtete aber gleichzeitig das Finanzministerium in Bern, das den Bundesrat informierte. Unter Hinweis auf Artikel 102, Absatz 108 der Schweizer Verfassung, der dem Bundesrat die Aufsicht und Pflege der äusseren Interessen und insbesondere der internationalen Beziehungen auferlegt, ordnete die Regierung die sofortige Blockierung aller von Ferdinand Marcos und Mitgliedern seiner Familie in der Schweiz gehaltenen Vermögenswerte an. Am 26. März unterrichtete die Eidgenössische Bankenkommision alle sechs Banken, bei denen Marcos oder seine Geschäftspartner Konten unterhielten, dass die Auszahlung von Vermögen der Marcos-Familie einen Verstoß gegen das Bankgesetz darstelle. Diese unerhörte Entscheidung, die eindeutig politisch motiviert war und darauf abzielte, die internationale Kritik an der Schweiz zu besänftigen, entsetzte die Schweizer Bankiers. Sie «fürchteten, dass damit die Repu-

tation des Landes als Hort des Bankgeheimnisses» in Frage gestellt würde.<sup>19</sup>

Doch eben diese kompromisslose Haltung in Sachen Bankgeheimnis war dafür verantwortlich, dass die Schweiz international in Verruf geraten war. Bereits in den siebziger Jahren gerieten die Schweizer Banken wegen ihrer Weigerung, den Schleier des Bankgeheimnisses im Rahmen von Nachforschungen über illegale Transaktionen zu lüften, ins Kreuzfeuer der internationalen und vor allem der US-amerikanischen Kritik. Offiziell konnte die Schweizer Regierung zwar die Herausgabe von Bankunterlagen an ausländische Regierungen anordnen, mit denen gegenseitige Rechtshilfeabkommen bestanden. Bevor es jedoch soweit kam, musste eine Reihe von juristischen Hürden genommen werden. Die höchste dieser Hürden ist die Erfordernis der «beidseitigen Strafbarkeit», nach der das untersuchte Verbrechen nicht nur in dem um Rechtshilfe anfragenden Land strafbar sein muss, sondern auch in der Schweiz.

So war zum Beispiel Insiderhandel – der Kauf oder Verkauf von öffentlich gehandelten Aktien aufgrund von öffentlich nicht zugänglichen Informationen – in der Schweiz bis 1987 nicht illegal, sondern wurde lediglich als «administratives» Problem betrachtet. Damit war es etwa der US-amerikanischen Securities Exchange Commission nicht möglich, auf die Bankauszüge von Börsenhändlern zuzugreifen, die im Verdacht standen, mit Hilfe von Schweizer Finanzmaklern Insiderhandel betrieben zu haben – trotz eines 1973 unterzeichneten, gegenseitigen Rechtshilfeabkommens. Manche Richter in den USA wollten sich mit der Unnachgiebigkeit der Schweizer nicht abfinden und verhängten in mehreren Fällen Geldstrafen in Höhe von bis zu 50'000 US-Dollar pro Tag gegen Schweizer Banken, die keine Unterlagen herausgaben. Als die US-Strafverfolgungsbehörden schliesslich drohten, eine Reihe von Schweizer Banken vom Handel in den USA auszuschliessen, lenkte Bern ein. 1982 einigten sich die Schweiz und die USA in einem Memorandum auf eine Konvention des Inhalts, dass die Schweiz Insiderhandel bis zur Verabschiedung eines entsprechenden Gesetzes als «Straftat» nach den Vorgaben des gegenseitigen Rechtshilfeabkommens von 1973 «behandeln» würde.

Bis zum heutigen Tag stellt die Erfordernis der «beidseitigen Strafoarkeit» eine erhebliche Hürde beispielsweise bei der Verfolgung von Steuerhinterziehungsdelikten dar. In der Schweiz gilt Steuerhinterziehung nicht als Straftat, und kein Gesetz zwingt die Schweizer Banken, das Bankgeheimnis aufzuheben, um ausländischen Strafverfolgungsbehörden bei der Suche nach Hinweisen auf eine Steuerhinterziehung von ausländischen Staatsbürgern Rechtshilfe zu leisten.

Während der Rest der Welt der Schweiz in dieser Sache Uneinsichtigkeit und Arroganz vorwirft, hängt nach Überzeugung der Schweizer Banken in der von einem scharfen Wettbewerb gekennzeichneten internationalen Bankwirtschaft nicht weniger als ihr Überleben von der Aufrechterhaltung des Bankgeheimnisses ab. «Sie müssen verstehen, dass bei dieser Art von Bankgeschäften das Image eine zentrale Rolle spielt», erklärte Daniel Guggenheim, ein Genfer Anwalt für internationales Bankrecht. «Die Schweiz ist das einzige westliche Land, in dem der Zugriff auf Bankdaten ausschliesslich der Bank und dem jeweiligen Kunden vorbehalten bleibt. Dieses Vertrauensverhältnis kann nur erhalten werden, wenn die Schweiz und die hiesigen Banken stark bleiben und dem internationalen Druck nicht nachgeben.»<sup>20</sup>

In dem Bemühen, wenigstens kooperativ zu erscheinen und die internationale Kritik zu entschärfen, versuchten die eidgenössischen Bankiers immer wieder, ihr Image aufzupolieren. 1977 etwa einigten sich die Schweizerische Bankiervereinigung, die Nationalbank in Bern und die Schweizer Geschäftsbanken auf Standesregeln zur Sorgfaltspflicht. Die Sorgfaltspflichtvereinbarung zielte darauf ab, durch die mandatorische Überprüfung der Identität des Einzahlers den Zufluss von Kapital des organisierten Verbrechens in das Schweizer Banksystem zu unterbinden. Obwohl Einleger sich nach wie vor der Dienste von Schweizer Mittelsmännern bedienen können, müssen diese den Banken nun eine Erklärung vorlegen, nach der sie persönlich die Identität des «wirtschaftlichen Eigentümers» des Kontos kennen und in der sie versichern, dass das eingezahlte Kapital nicht kriminellen Ursprungs ist. Diese Selbstverpflichtung wurde zunächst jedoch durch ein eingebautes

Schlupfloch zur Bedeutungslosigkeit verdammt. Nach der sogenannten «Strohmann»-Klausel konnten Anwälte und Notare die Verantwortung für die Ehrbarkeit ihrer Kunden mittels eines neugeschaffenen «Formular B»-Kontos übernehmen. Für «Formular B»-Konten – von Mittelsmännern im Auftrag ihrer Kunden eingerichtete Konten – reichte es aus zu erklären, dass *nach eigenem bestem Wissen und Gewissen* der wirtschaftlich Berechtigte nicht kriminell war. Da Angehörige der Rechtsberufe durch ihren Amtseid der Geheimhaltungspflicht unterliegen, blieb die Identität des eigentlichen Kontoinhabers nach wie vor unbekannt. Dieses Schlupfloch wurde 1991 gestopft, als die Eidgenössische Bankenkommission die Verwendung des Formulars B untersagte. Seit dem 30. Juni 1991 müssen alle Schweizer Banken die Identität der wirtschaftlichen Eigentümer aller Konten kennen und registrieren.

Doch ausländische wie auch die Schweizer Strafverfolger halten die Vorschriften für nicht weitgehend genug. D'Amato erhob seine Vorwürfe gegen die Schweizer Banken just in dem Moment, als auch die inländischen Strafverfolgungsbehörden mit der Forderung nach schärferen Vorschriften auf eine Reihe von internationalen Skandalen reagierten. Und während Bronfman seine Angriffe gegen die Schweizer Banken vorbrachte, entdeckten Schweizer Untersuchungsbeamte 130 Millionen US-Dollar auf Schweizer Konten, die Raul Salinas, dem Bruder des in Ungnade gefallenen ehemaligen mexikanischen Präsidenten Carlos Salinas de Gortari gehören sollen. Dieses Geld soll, so vermuten die Untersuchungsbeamten, aus Drogengeschäften stammen. Auch als vor einigen Jahren hochrangige italienische Politiker und Geschäftsleute in den Verdacht der Korruption gerieten, konnte die Spur der Schmiergelder bis in Schweizer Banken zurückverfolgt werden. Und in zunehmendem Ausmass setzt das organisierte Verbrechen aus Osteuropa und Russland auf Schweizer Banken, um seine Profite zu waschen.

Carla Del Ponte, Oberste Bundesanwältin der Schweiz, verfolgt das ehrgeizige Ziel, das Schweizer Bankensystem von schmutzigem Geld zu säubern. Die internationale Kritik wegen der nachrichtenlosen Konten könnte, so hofft sie, die Bankiers dazu bewegen, etwas für ihr lädier-

tes Image zu tun. Carla Del Ponte fordert, die Banken per Gesetz zu zwingen, schmutzige Gelder anzuzeigen. Gleichzeitig drängt sie darauf, Steuerhinterziehung als Straftat einzustufen; sie weiss, dass viele der grossen Einlagen in Schweizer Banken Ausländern gehören, die in ihren Heimatländern der Steuerhinterziehung verdächtigt werden. Und nicht zuletzt fordert sie die Verabschiedung eines Gesetzes, das ausser Banken auch die Tätigkeiten von Finanzdienstleistern wie Treuhändern und Vermögensverwaltern reguliert, die oft genug als Strohmänner Konten eröffnen, über die Gewinne aus illegalen Geschäften gewaschen werden.

«Die Banken werfen uns Steine in den Weg», sagt Carla Del Ponte. Sie hat sich den Ruf einer Sauberfrau als Staatsanwältin im Kanton Tessin erworben. 1985 half sie italienischen und amerikanischen Polizeibeamten, die sogenannte «Pizza-Connection» auszuheben, ein von der Mafia kontrollierter Drogen- und Waffenhändlerring. Die Mafiosi schmuggelten Heroin aus dem Nahen Osten via Sizilien in die Vereinigten Staaten, die Gewinne aus dem Geschäft wurden in den Filialen von Schweizer Banken auf den Bahamas gewaschen. Seit ihrem erfolgreichen Schlag gegen den Schmuggelring wird die Bundesanwältin rund um die Uhr von Sicherheitsbeamten bewacht und in einem kugelsicheren Wagen zur Arbeit gefahren. Das Bundesjustizgebäude in der Innenstadt von Bern, in dem sie arbeitet, erinnert an einen veritablen Bunker, mit Metalldetektoren, Sicherheitskameras und Stahltüren vor ihrem Büro. 1992 war Carla Del Ponte noch Staatsanwältin im Tessin; damals fuhr sie zu einem Treffen mit ihrem Freund und Kollegen Giovanni Falcone nach Sizilien. Während sie die Kathedrale von Palermo besichtigte, wurde Falcone von der Mafia ermordet. Sie war nicht sonderlich überrascht, als sie ein Jahr später ihren eigenen Namen an der Spitze einer Todesliste der Mafia las.

Trotz zahlloser Morddrohungen setzt Carla Del Ponte ihren Feldzug gegen das organisierte Verbrechen – und seit neuestem auch gegen die Schweizer Banken – fort. «Es ist von entscheidender Bedeutung, es dem organisierten Verbrechen unmöglich zu machen, Geld zu waschen. Und dazu brauchen wir die Kooperation der Banken», erklärte Del Ponte.

«Die Sache mit den nachrichtenlosen Konten betrifft unsere Arbeit hier nicht, aber vielleicht übt sie genug Druck auf die Banken aus, dass sie gar nicht anders können, als sich um ihr Image zu kümmern.»<sup>21</sup>

Vom Standpunkt der Schweizer Banken aus gesehen hätte der Skandal um die Holocaust-Vermögen, zweifellos der schlimmste in der Geschichte des Finanzplatzes Schweiz, zu keinem ungünstigeren Zeitpunkt kommen können. Obwohl viele Banken nach eigenen Angaben bislang noch keine Auswirkungen auf ihre Geschäfte verspüren, machten die von mehreren Seiten vorgebrachten Drohungen mit einem internationalen Boykott durchaus Eindruck auf sie – zumal in einer Zeit, in der einige der grössten Banken des Landes massive Restrukturierungsprogramme initiieren, einerseits um besser gegen die härtere internationale Konkurrenz gewappnet zu sein, andererseits um die Auswirkungen der kränkelnden nationalen Wirtschaft aufzufangen, zu deren Sozialprodukt die Banken traditionell einen Beitrag von fast zehn Prozent leisten. Nach Einschätzung von Beat Brenner erlebt die Schweiz derzeit die schlimmste Rezession seit Kriegsende. Die Staatsverschuldung hat sich seit 1990 verdoppelt, das Wirtschaftswachstum stagniert seit 1991 und der Immobiliensektor musste mit Preiseinbrüchen auf dem privaten Wohnungsmarkt von 35 und auf dem gewerblichen Sektor von 45 Prozent dramatische Einbussen hinnehmen.

Im vergangenen Jahr kündigten alle drei grossen Schweizer Banken – die Schweizerische Bankgesellschaft, der Schweizerische Bankverein und die Credit Suisse – umfassende Restrukturierungspläne an. Die weitreichendsten wurden Ende November 1996 publik, als der Schweizerische Bankverein, die grösste Bank des Landes, den Abbau von 800 Arbeitsplätzen (oder 4 Prozent des Mitarbeiterstamms) bekanntgab und eine ausserordentliche Rückstellung für Kreditrisiken in Höhe von 3 Milliarden Franken ankündigte. Der Verlust der Bank für das Geschäftsjahr 1996 wurde auf mehr als eine halbe Milliarde Franken geschätzt.<sup>22</sup> Die Credit Suisse gab für dasselbe Jahr einen Nettoverlust von über 2,1 Milliarden Franken bekannt, der erste Verlust in der 140jährigen Geschichte des Instituts überhaupt.<sup>23</sup>

Nach Ansicht von Finanzexperten lassen diese Ankündigungen auf

eine Krise der gesamten Schweizer Bankbranche schliessen, die sich auf Kosten der Kernaktivitäten allzu sehr auf Nebengeschäfte wie Maklerdienste und Versicherungen konzentriert haben. Die Restrukturierungsmassnahmen und die Vorwürfe, Schweizer Banken hätten sich an den Vermögen der Holocaust-Opfer bereichert, lösten eine zwar schwache, aber durchaus spürbare Verunsicherung im Schweizer Finanzmarkt aus. Als dann auch noch jüdische Organisationen drohten, zum Boykott von Schweizer Banken aufzurufen, gaben die Aktienkurse der drei grossen Banken nach. Käme es tatsächlich zu einem internationalen Boykott und dem Abzug der von diesen Banken verwalteten privaten Fonds, dann könnte das nach Einschätzung von Marktanalysten die Grossbanken empfindlich treffen. «Die grossen Schweizer Banken erzielen rund 50 Prozent ihrer Gewinne aus privaten Bankaktivitäten», sagt Madeleine Hoffinan, Bankanalystin bei der Credit Suisse. «Würde ein Boykott diesen zentralen Geschäftsbereich treffen, hätte das zweifellos negative Folgen.»<sup>24</sup>

Angesichts der entscheidenden Rolle, die Image und Ruf in der Finanzbranche spielen, betrachten die Schweizer Banken den Schutz des Bankgeheimnisses als eine Grundvoraussetzung für anhaltendes Wachstum. Ein Bankexperte brachte das auf folgenden Nenner: «Selbst eine nur wahrgenommene Schwächung dieses Schutzes in den Augen der Privatkunden könnte einen erheblichen Rückgang der Bankaktivitäten in der Schweiz nach sich ziehen.»<sup>25</sup>

Nach Aussage des Schweizer Historikers Jacques Picard ist das Geschäft der Schweizer Banken heute weitaus riskanter als in der Nachkriegszeit: «Der Unterschied zwischen heute und den fünfziger Jahren ist die extreme Internationalisierung des Kapitals. Die Grossbanken mussten realisieren, dass Rufschädigungen heutzutage Konsequenzen nach sich ziehen.»<sup>26</sup>

Das war Bronfman durchaus bewusst, als der Skandal um die Holocaust-Vermögen in der Schweiz losbrach. «Ich bin Unternehmer und habe viel mit Banken zu tun. Deshalb weiss ich, dass das wichtigste Kapital eines Bankiers sein Ruf, das Vertrauen seiner Kunden ist», erklärte Bronfman vor dem Bankenausschuss des US-Senats im April 1996.



«Wenn wir an der Integrität, Vertrauenswürdigkeit und Ehrbarkeit eines Bankiers zweifeln, unsere Einlagen zu schützen und eine glaubwürdige und korrekte Abrechnung durchzuführen, dann werden wir die Bank wechseln.»<sup>27</sup>

Mehrere Monate, nachdem die Anhörungen vor dem Bankenausschuss des Senats in Washington die Frage nach dem Verbleib der Holocaust-Vermögen in die internationalen Schlagzeilen gerückt hatten, wurden die Eidgenossen von Gerüchten eines Boykotts der Schweizer Banken im Bundesstaat New York aufgeschreckt. Einige US-Politiker schilderten die möglichen Konsequenzen für die betroffenen Banken mit geradezu apokalyptischen Bildern. «Die Glaubwürdigkeit, die Wahrheits-treue, die Integrität der gesamten Schweizer Bankenwelt steht auf dem Spiel. Die Beweislast liegt einzig und allein bei den Schweizer Banken», erklärte der republikanische Abgeordnete Spencer Bachus bei einer Anhörung vor dem Bankenausschuss des Repräsentantenhauses im Dezember 1996. «Das mag furchtbar unfair sein, und ich neige zu der Ansicht, dass es hart klingt. Aber... so präsentiert sich nun einmal die Sachlage, und wenn Sie das ignorieren, so stellen Sie damit das Überleben Ihrer ganzen Branche in Frage.»<sup>28</sup>

In diesem von moralischer Selbstgerechtigkeit geprägten Klima hatten die Schweizer Banken keine Chance, sich mit Aussicht auf Erfolg zu verteidigen. In einer Welt, die den Skandal zusehends in moralischen Begriffen fasste, war es aussichtslos, auf die komplexen Realitäten des Bankgeheimnisses zu verweisen. Fast alle Medien stellten die «bösen» Schweizer Bankiers den wehrlosen, schwachen Holocaust-Überlebenden gegenüber, die seit mehr als 50 Jahren vergebens versuchten, die Vermögen ihrer Familien den Klauen der Schweizer Bankiers zu entreissen. Doch zumindest einige der von den Medien aufgegriffenen Fälle von Holocaust-Überlebenden, die ohne Erfolg Ansprüche auf kleinere oder grössere Vermögen geltend gemacht hatten, wiesen erhebliche Schönheitsfehler auf.

Im Juni 1995 etwa berichtete Peter Grumbel im *Wall Street Journal* über das Schicksal der drei Töchter eines Mannes namens Moses Blum.

Moses Blum, so sagten seine Töchter, habe vor seinem Abtransport ins Konzentrationslager Dachau im Jahre 1938 sein Vermögen bei der Julius Bär Bank in Zürich angelegt. Nach dem Tod ihrer Mutter Frieda Blum 1987 nahmen die heute in Israel und Grossbritannien lebenden Blum-Töchter die Suche nach dem Konto auf. In ihrem Testament hatte Frieda Blum ihren Erben den Rat gegeben, sich mit der Julius Bär Bank in Verbindung zu setzen. Die Bank beantwortete die erste Anfrage der Töchter mit einem Brief, in dem sie angab, nur Suchaufträge ausführen zu können, die maximal zehn Jahre zurückreichen.

Auf das Erscheinen des Artikels auf der Titelseite des angesehenen *Wall Street Journal* reagierte die Bank mit einer knappen Richtigstellung. Nach Angaben der Bank hatten Frieda und Moses Blum in der Tat ein gemeinsames Konto bei der Bank unterhalten. Allerdings war das Konto neun Jahre nach dem Krieg eröffnet und 1972 wieder aufgelöst worden. In den Jahren 1987 und 1988 hatten die Töchter eines ausländischen Ehepaares sich nach einem angeblich von ihren Eltern angelegten Konto erkundigt. Die Eltern waren 1957 beziehungsweise 1987 in einem westeuropäischen Land verstorben. Auskünfte über mögliche Vermögen eines im Zweiten Weltkrieg verschollenen oder umgekommenen Verwandten wurden nicht angefordert. Das Ergebnis einer bank-internen Suche ergab, dass das betreffende Ehepaar zehn Jahre nach Kriegsende ein Konto bei der Bank eingerichtet hatte. Anfang der siebziger Jahre hatte die Witwe die relativ geringe Einlage abgehoben und das Konto aufgelöst. Abgesehen von den Angaben über die Einrichtung und Auflösung des Kontos, verfügte die Bank 1987 über keine weiteren Informationen, da alle diesbezüglichen Unterlagen und Aufzeichnungen nach Ablauf der zehnjährigen Aufbewahrungsfrist vernichtet worden waren. Aus diesem Grund konnte die Julius Bär Bank den Blum-Töchtern keine weitergehenden Informationen über das Konto geben, das ihre Mutter bereits mehr als eineinhalb Jahrzehnte vor ihrem Tod aufgelöst hatte.<sup>29</sup>

Erst am 7. Oktober 1995, fast vier Monate nach Erscheinen des Artikels, bequeme sich das *Wall Street Journal*, den Sachverhalt richtigzustellen. Zu diesem Zeitpunkt war es jedoch schon gleichgültig, ob der

erste Bericht den Tatsachen entsprochen hatte oder nicht. Der Bericht über die Blum-Töchter hatte eine Flut von ähnlich gelagerten Artikeln in Zeitungen rund um den Globus ausgelöst. Bevor sie wussten, wie ihnen geschah, wurden die Schweizer Banken von allen Seiten unter Beschuss genommen. Als Bronfman im September 1995 in der Schweiz eintraf, war aus der Diskussion um die Holocaust-Vermögen in der Schweiz eine internationale Moraldebatte geworden. «Hinter uns standen die Moral und die gesamte Weltöffentlichkeit. Schweizer Banken sind nun mal nicht sehr beliebt. Sie hatten so gut wie keine Möglichkeit, sich zu wehren», sagte Bronfman später.<sup>30</sup>

In Bern realisierte man schnell, dass nicht nur einer der wichtigsten Wirtschaftszweige des Landes in eine handfeste Krise zu schlittern drohte, sondern dass die Schweiz Gefahr lief, zum, wie Jänner es nannte, «internationalen Paria» abgestempelt zu werden. Kaum eine Schweizer Institution entging der intensiven internationalen Aufmerksamkeit, die auf die Flut von Presseberichten folgte. Nicht genug, dass eine Neu Verhandlung des Washingtoner Abkommens und eine umfassende Offenlegung der Finanzbeziehungen der Schweiz mit Nazideutschland gefordert wurde, sogar der geheiligte Glaube an die Neutralität der Schweiz und die Aktivitäten von so angesehenen Schweizer Einrichtungen wie des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes gerieten plötzlich ins Zwielficht.

«Uns wurde sehr früh bewusst, dass uns ein sehr ernstes *politisches* Problem ins Haus stand. Das war nicht nur ein methodologisches Problem der Banken, sondern ein Problem, das die gesamte Schweiz betraf», erinnerte sich die Zürcher Fernsehjournalistin und Abgeordnete der Unabhängigen, Verena Grendelmeier, die noch vor Bronfmans erstem Schweizbesuch im Frühjahr 1995 im Nationalrat beantragt hatte, das Bankgeheimnis aufzuheben und die Gelder auf den nachrichtenlosen Konten zurückzuerstatten. «Ich fand, dass wir aus Anlass des fünfzigjährigen Kriegsendes ein Zeichen setzen sollten, und da bot sich die ungelöste Frage der nachrichtenlosen Konten an.»<sup>31</sup>

Doch es war erst der internationale Aufschrei über den Skandal, der dafür sorgte, dass Grendelmeiers Initiative in rekordverdächtiger Zeit

vom Parlament in Bern angenommen wurde. Im März 1995 hatte die Abgeordnete beantragt, per «Bundesbeschluss» das Bankgeheimnis aufzuheben und eine Übersicht über alle Vermögen zusammenzustellen, die im Zusammenhang mit der Nazidiktatur in der Schweiz angelegt worden waren. Im Dezember 1996 nahm der Nationalrat den Antrag an – ein Vorgang, für den er normalerweise über zwei Jahre benötigt.

Die Anweisung, die das Bankgeheimnis für einen Zeitraum von fünf Jahren aufhebt, autorisiert eine umfassende Untersuchung aller finanziellen Transaktionen zwischen der Schweiz und dem Dritten Reich von 1933 bis 1945. Dabei sollen Umfang und Verbleib aller Vermögenswerte festgestellt werden, die an Banken, Versicherungen, Anwälte, Notare, Treuhänder, Vermögensverwalter und sonstige Dritte überwiesen wurden. Ausser den nachrichtenlosen Konten von Opfern der Nazi-herrschaft sollen auch die Konten von Mitgliedern der NSDAP sowie der Handel mit Raubgold durch Schweizer Banken untersucht werden. Darüber hinaus erhielt die aus schweizerischen und ausländischen «Experten aus den verschiedensten Fachbereichen» bestehende Untersuchungskommission auch den Auftrag, das Geschäftsgebaren der Schweizer Nationalbank und alle in der Nachkriegszeit im Zusammenhang mit den nachrichtenlosen Vermögen stehenden Massnahmen der Schweizer Regierung unter die Lupe zu nehmen. Der Erlass verbietet die Vernichtung von Unterlagen aus dem Untersuchungszeitraum. Verstösse gegen die Vorschriften der Anordnung werden mit Gefängnis oder einer Strafe von bis zu 50'000 Schweizer Franken geahndet. Nach Angaben Verena Grendelmeiers hat die Schweizer Regierung für die Untersuchungskommission im Haushalt einen Betrag von fünf Millionen Franken vorgesehen.

«Ich habe den ersten Stein geworfen, aber ich konnte nicht ahnen, damit eine ganze Mauer zum Einstürzen zu bringen», sagte die ehemalige Schauspielerin und Theaterdirektorin überrascht. «Mir geht es nicht darum, Berge von Gold zu finden, sondern um Gerechtigkeit. Für uns Schweizer ist jetzt wichtig, dass wir eine unabhängige Kommission aus Experten und Historikern bilden – und sie dann ihre Arbeit ausführt.»<sup>32</sup>

«Bislang lebten wir mit einer Geschichtsvorstellung, die zwar nicht falsch, aber unvollständig war.» Sie spielte mit diesem Satz auf die Mythen an, mit denen die Schweizer sich selbst erklärten, warum sie im Zweiten Weltkrieg nicht von den Deutschen besetzt worden waren. «Für Hitler war eine freie Schweiz einfach wertvoller als eine besetzte Schweiz. Er brauchte Devisen, und die ganze Welt wusste das. Hätte er die Schweiz besetzt, hätte er sich den Zugang zum internationalen Kapitalmarkt versperrt und wäre auf seinen wertlosen Reichsmark sitzen geblieben. Natürlich fing damit der Schwarzhandel mit Gold an. Dennoch konnten wir bis Kriegsende nicht wissen, ob er uns schliesslich nicht doch angreifen und besetzen würde.»<sup>33</sup>

Es war die erste Dezemberwoche, und die Abstimmung im Nationalrat über Grendelmeiers Antrag, die Finanzbeziehungen zwischen der Schweiz und dem Dritten Reich zu untersuchen, stand kurz bevor. Während des Interviews wurde die Nationalrätin mehrfach von dem Signalton des Beepers in ihrer Handtasche, der anzeigte, dass ihre Anwesenheit im Plenarsaal erforderlich war, in ihren Ausführungen unterbrochen.

Der Nationalrat tritt viermal im Jahr für jeweils drei Wochen in Bern zusammen, der geruhsamen Schweizer Hauptstadt mit ihren mittelalterlichen Strassen und kopfsteingepflasterten Plätzen, auf denen die Bauern noch heute ihre Produkte auf den Markt bringen. So auch auf dem Platz direkt vor dem ehrwürdigen, im 19. Jahrhundert erbauten Bundeshaus, im dem der Nationalrat tagt. Manchmal stehen die Marktstände so dicht gedrängt, dass man nur unter Schwierigkeiten in das Bundeshaus gelangt.

Ein gemütlicher, ein bisschen nostalgischer Charme prägt die Stadt, deren Bewohner in der Mittagspause gern mit riesigen, hölzernen Figuren auf fein säuberlich auf den Asphalt aufgezeichneten Feldern Schach spielen, während Zuschauer über den nächsten Zug nachdenken. Zur Weihnachtszeit säumen als Gnome verkleidete Männer in grell bemalten Trikots und absurd zugespitzten Schuhen die überdachten Arkadengänge der Innenstadt und sammeln Spenden für örtliche Wohltätigkeitsvereine. Das offizielle Maskottchen der Stadt ist ein ziemlich wild dreinschauender Bär.

Die meisten Abgeordneten aus anderen Landesteilen mieten sich für Tagungszeiten in einem der Hotels am Ort ein. Aus diesem Grund findet auch ein Grossteil der eigentlichen Verhandlungen in den Hotels oder in der Wandelhalle – auch bekannt als Salle des Pas Perdus – vor dem Plenarsaal statt, wo sich die Abgeordneten in den Sitzungspausen treffen. Im Bundeshaus gibt es keine Abgeordnetenbüros; die Parlamentarier müssen sich mit einem kleinen Schliessfach und einer an die Wandelhalle anschliessenden Reihe von stilvollen Schreibtischen, jeder davon mit einer Messingschreibtischlampe und einem Computer ausgestattet, begnügen.

«So ist es viel praktischer», meinte der Presseattaché des Nationalrats, Alessandro Dalprete.<sup>34</sup> «Eine, wie man sagen könnte, sehr egalitäre und sehr schweizerische Lösung.» In der Tat ist die Schweiz ein Land, in dem sogar der Bundespräsident mit der Strassenbahn oder mit dem eigenen Auto zur Arbeit fährt. Man kann sich vorstellen, wie geschockt viele Schweizer waren, als Bronfman bei einer Visite im Bundeshaus mit einem ganzen Pulk von Assistenten und Leibwächtern in von Chauffeuren gelenkten Limousinen vorfuhr. Der Bundespräsident der Schweiz verzichtete auf einen solch pompösen Auftritt und fuhr am Steuer seines eigenen Wagens zu dem Treffen mit dem Präsidenten des Jüdischen Weltkongresses.

Die Schweizer neigen dazu, Bronfman seine brüske Art und sein grossspuriges Auftreten als Arroganz auszulegen. «Ich habe noch nie erlebt, dass diese Leute ohne ein ganzes Gefolge anreisen oder nicht in einem Fünf-Sterne-Hotel absteigen», moniert ein Schweizer Bankier. «Das macht keinen sonderlich guten Eindruck. Man kann nicht vom Balkon des Hilton aus für soziale Gerechtigkeit streiten.»

Die aggressiven Lobbymethoden Bronfmans und D'Amatos sind den Schweizern nach Ansicht von Frau Grendelmeier fremd. Auch die Nationalrätin wurde das Opfer einer der für D'Amato so typischen Attacken, die zusehends an die Methoden des republikanischen Senators Joseph McCarthy erinnern, der in den fünfziger Jahren ominöse Listen mit angeblichen kommunistischen Agenten aufstellte, um die USA von

Staatsfeinden zu säubern. Ein paar Monate nach ihrer Rede vor dem Nationalrat tauchte der Name Grendelmeier auf einer von D'Amatos Listen auf, einem auf den 22. Mai 1946 datierten Memorandum des US-Aussenministeriums mit dem Titel «List of Swiss Lawyers in Zurich Said to Be Hiding German Assets». Auf der Liste fanden sich auch die Namen von Frau Grendelmeiers 1983 verstorbenem Vater Alois und seines Kanzleipartners. Die Abgeordnete, die durch einen deutschen Journalisten von der Existenz der Liste erfuhr, war entsetzt.

«Natürlich war es ein grosser Schock, als ich die Liste sah», sagte sie. «Meine Familie wurde verurteilt, ohne jemals angeklagt worden zu sein. Mein Vater ist tot. Ich kann ihn nicht mehr fragen, ob er deutsches Geld in Verwahrung genommen hat. Vielleicht hat er das getan. Wenn ja, dann bin ich mir sicher, dass es kein Nazigeld war, sondern Geld von Juden. Falls er auch nur eine Mark angenommen hat, dann, da bin ich mir ganz sicher, hat er es nach dem Krieg zurückgegeben. Aber da ich nicht sicher weiss, was damals passiert ist, weiss ich auch nicht, wie ich meinen Vater verteidigen soll.»<sup>35</sup>

Alle Personen, die Alois Grendelmeier kannten, halten es für überaus unwahrscheinlich, dass er sich damals als Treuhänder für Nazivermögen hergeben haben könnte. Immerhin hatte sich der junge Grendelmeier die ersten Sporen seiner Karriere in der Sozietät von Valdimir Rosenbaum erworben, einem linksgerichteten jüdischen Anwalt. Zudem war Grendelmeier ein entschiedener Gegner der Nazis gewesen und später Gründer des linksorientierten Landesrings der Unabhängigen, eben der Partei, für die seine Tochter heute im Nationalrat sitzt. Nach dem Krieg entdeckte der Anwalt, dass die Friseurin seiner Frau eine Agentin der Nazis gewesen war. Hätten die Deutschen die Schweiz besetzt, wären die Grendelmeiers in Zürich mit als erste verhaftet worden.

«Ich bin bereit, mich der Geschichte meiner Familie zu stellen, meine Familie in einem anderen Licht zu sehen. Aber zuerst will ich Fakten und Zahlen sehen», erklärte die Politikerin. «Dieses dumme ‚said to be‘ ist für mich ohne Bedeutung. Es ist Aufgabe des Mr. D'Amato und des Jüdischen Weltkongresses, herauszufinden, wofür zum Teufel sie mich an den Pranger stellen.»

D'Amatos Liste sorgte auch im ansonsten so geruhsamen und exklusiven Lugano für erheblichen Aufruhr. Die Stadt liegt eingebettet zwischen den Vorbergen der Alpen an einer weiten Bucht des Luganer Sees. Sie ist nicht nur exklusives Urlaubsziel, sondern auch beliebte Steueroase für reiche Italiener.

Auf der Liste der Schweizer Anwälte, die nach Ansicht von US-Geheimdienstlern während des Krieges deutsche Vermögen verwalteten, steht auch der Luganer Anwalt Waldo Riva, Patriarch einer der prominentesten Juristenfamilien der Stadt. Seinen Sohn Pierfranco Riva, der die Kanzlei seines 1987 verstorbenen Vaters fortführt, trafen die Anschuldigungen vollkommen überraschend. Wie auch im Fall Grendelmeier sind die Vorwürfe für alle, die Waldo Riva persönlich kannten, geradezu lächerlich. Nach Aussage von Pierfranco Riva war die Mutter seines Vaters eine deutsche Jüdin, deren Familienangehörige entweder in Konzentrationslagern oder im Krieg ums Leben kamen. Viele Klienten Waldo Rivas waren, so sein Sohn weiter, von den Nazis verfolgte Juden, die sich an ihn als Treuhänder wandten. Nach dem Krieg war Waldo Riva der Honorarkonsul der Bundesrepublik Deutschland in Lugano.

«Ich habe den Eindruck, dass der US-Geheimdienst nicht sonderlich intelligent ist», ereiferte sich Pierfranco Riva während des Interviews in seiner eleganten Luganer Kanzlei, deren Decken mit Fresken aus der Renaissance geschmückt sind. «Dass der Name meines Vaters auf dieser Liste steht, hat zwar überhaupt nichts zu bedeuten, kann aber dennoch sehr schädlich sein. Wenn überhaupt, dann könnte man meinem Vater vorwerfen, mit den Alliierten kollaboriert zu haben, aber doch nicht mit den Nazis! Mein Vater war ein ehrbarer Mann, und seit dem Ende des Krieges ist noch niemand hier vorstellig geworden, um Geld zurückzufordern.»<sup>36</sup>

Die berüchtigte Liste tauchte, so Riva, erstmals 1990 auf. Sie wurde von der Zürcher *Sonntags Zeitung* und einem schweizerischen Rechtsjournal publiziert. Obwohl mindestens ein auf der Liste stehender Anwalt, der Zürcher Wilhelm Frick, ein bekannter Nazikollaborateur war, konnten den meisten anderen beschuldigten Juristen keine Verbindun-



gen zur NSDAP nachgewiesen werden. Nach vor Kurzem freigegebenen US-Geheimdienstberichten betrieb die Anwaltskanzlei Frick, Hoffman & Keller ein Tochterunternehmen namens Atmos A. G. Diese Firma hat deutsche Anleger dazu gezwungen, ihre Einlagen der Naziregierung zu übergeben.<sup>37</sup>

Gegen Ende 1996 lancierte D'Amatos Büro fast tagtäglich eine dieser bislang als geheim klassifizierten «Enthüllungen» in den Medien. Nach den aus dem Nationalarchiv in Washington stammenden Unterlagen D'Amatos hat die Schweiz während des Zweiten Weltkrieges Nazigold im Wert von 400 bis 800 Millionen Dollar gewaschen, darunter, obwohl man um die Herkunft wusste, Gold der belgischen und niederländischen Zentralbanken und zu Barren umgeschmolzenes Zahngold von deportierten Juden. Aus den Unterlagen geht hervor, dass die Schweiz ein geheimes Abkommen mit der polnischen Regierung geschlossen hatte, das Geld polnischer Holocaust-Opfer zur Kompensation der Ansprüche von in Polen enteigneten Schweizer Industrieunternehmen zu verwenden. Diese Angaben waren zum Grossteil jahrzehntelang von den US-Geheimdiensten unter Verschluss gehalten worden. Doch sie waren einfach nicht die sensationellen Enthüllungen, als die D'Amato sie darstellte. So waren zum Beispiel die angeblich geheimen Informationen über die Goldwäsche-Geschäfte der Deutschen der Öffentlichkeit seit mehreren Jahren zugänglich und sogar Gegenstand mehrerer wissenschaftlicher Untersuchungen. Eine davon, die überaus gründliche und umfassende Studie des amerikanischen Historikers Arthur Smith, wurde 1989 unter dem Titel *Hitler's Gold* sogar in Buchform publiziert.

«Ich habe mir den ganzen heutigen Morgen und Nachmittag Dinge angehört, die zum weitaus grössten Teil, zumindest in Umrissen, seit Jahren bekannt sind», erklärte Arthur Smith im Dezember 1996 dem Bankenausschuss des Senats der USA. «Mich überrascht vielmehr der Umstand, dass ein Grossteil davon als neu und sensationell präsentiert wird. Ich beschäftige mich seit 1980 mit diesem Thema und habe 1989 das Buch veröffentlicht, auf das Sie sich bezogen haben. Das Buch fand keinerlei Beachtung.»<sup>38</sup>

Ausserdem war die finanzielle Kooperation der Schweiz mit Nazi-deutschland der amerikanischen Öffentlichkeit seit der Unterzeichnung des Washingtoner Abkommens im Frühjahr 1946 bekannt. Was D'Amato da also der Weltöffentlichkeit präsentierte, war sattsam bekannt, wurde nun jedoch aus unschwer zu verstehenden Gründen zur Sensation aufgeblasen.

Der amerikanische Journalist Leonard Lurie ist der Meinung, dass diese auf Sensation getrimmten Medienattacken auf die Schweiz typisch für D'Amatos politischen Stil sind. Als D'Amato nach seiner Wahl zum Vorsitzenden des Bankenausschusses im Senat im Winter 1994 die Untersuchung der Whitewater-Affäre übernahm, gingen seinen Vorwürfen «immer Hinweise auf Gerüchte voraus – *wird gesagt, wie berichtet wird, wird angedeutet* und das gute, alte *angeblich...* Einmal gestand D'Amato sogar öffentlich ein, er glaube, dass womöglich ‚wenig, wenn überhaupt etwas‘ an der Whitewater-Affäre dran sein könnte. Es ist wohl ein innerer Widerspruch, dass sich ausgerechnet dieser skrupellose Demagoge als Verteidiger der nationalen Moral aufspielt.»<sup>39</sup>

Mindestens ein Schweizer Diplomat beklagte sich öffentlich über D'Amatos Politik in Wildwestmanier. «Aus einem Archiv einzelne Dokumente auszuwählen und sie aus dem Kontext gerissen und ohne jede Rücksicht auf die historischen Realitäten zu publizieren, erfüllt den Tatbestand der Sensationshascherei und stellt die Ernsthaftigkeit der Motive in Frage.»<sup>40</sup>

Lurie sieht im Vorgehen D'Amatos mehr als nur einen «hemdsärmeligen» politischen Stil. «Hier haben wir einen US-Senator, der sich als Patriot ausgibt, dessen gesamtes Streben aber darauf angelegt ist, den Präsidenten der Vereinigten Staaten mit Hilfe des Whitewater-Skandals zu vernichten», sagte Lurie. «Glauben Sie, dass ein solcher Mann davor zurückschrecken würde, die Schweizer Banken zu vernichten?»<sup>41</sup>

In seiner Rede vor dem Bankenausschuss des Repräsentantenhauses im Dezember 1996 verteidigte D'Amato sein Vorgehen. «Ich halte es für etwas anmassend von unseren Kritikern – vielleicht empfinden sie ja das, was wir ausgraben, als peinlich –, den Bankenausschuss des Senats dafür anzuprangern, diese Unterlagen zu veröffentlichen, bezie-

hungsweise sie, wie sie sagen, nach und nach zu veröffentlichen», erklärte D'Amato. «Wir finden sie eben nur nach und nach. In der Tat hatten sie – die Schweizer Regierung und die Schweizerische Bankervereinigung – einige dieser Unterlagen seit 50 Jahren in ihrem Besitz. Wie können sie es dann wagen, uns eines Fehlverhaltens zu bezichtigen, wenn wir zum ersten Mal diese Unterlagen ans Licht der Öffentlichkeit bringen? Einige Dokumente liegen uns erst seit zwei oder drei Wochen vor. Dass sie verärgert sein sollten, weil wir von unseren Entdeckungen schockiert sind, ist der Gipfel der Dreistigkeit.»<sup>42</sup>

Doch D'Amato begnügte sich nicht damit, aus dem Kontext gerissene, schlagzeilenträchtige Zitate aus den Dokumenten des Nationalarchivs an die Presse weiterzuleiten. Er führte auch die emotionsgeladenen Aussagen von Überlebenden des Holocaust – von denen viele im Krieg das Alpenland nicht einmal aus der Ferne gesehen hatten – gegen die Schweiz ins Feld.

«D'Amato hatte einen ganzen Stall voll Witwen, die darauf warteten, ihre Aussage machen zu dürfen», erklärte ein wenig sarkastisch ein prominenter Schweizer Bankier.

Der Friedensnobelpreisträger und KZ-Überlebende Elie Wiesel durfte während eines Hearings in D'Amatos Bankenausschuss ausführlichst über die furchtbaren Erfahrungen berichten, die er und seine Familie im Krieg gemacht hatten. Wiesel ist unzweifelhaft sehr kundig, was bestimmte Aspekte des Holocaust angeht, doch als Experte für das Geschäftsgebaren der Schweizer Banken in der Kriegszeit kann er kaum gelten.

Die Geschichten über angeblich in der Schweiz existierende Konten, die andere Zeugen auf Einladung D'Amatos vor dem Bankenausschuss zu Protokoll gaben, enthüllten nach der Überprüfung der Angaben durch Schweizer Bankvertreter weit mehr über die verworrenen Familienverhältnisse der Zeugen als über die Praktiken der Schweizer Banken. Im April 1996 gab die New Yorker Reiseleiterin Greta Beer, Tochter eines reichen Juden aus Rumänien, vor dem Ausschuss eine bewegende, wenn auch ein wenig konfuse Geschichte zu Protokoll. Greta Beer erzählte, wie sie in den sechziger Jahren mit ihrer bejahrten Mutter auf der Suche nach dem Konto ihres Vaters von Schweizer Bank zu Schweizer Bank

gepilgert und dabei ein ums andere Mal auf schroffe Ablehnung gestossen war. Ein Bankier hatte sogar die Stirn, ihre Mutter zu fragen, ob sie denn von «einem deutschen Soldaten eins mit dem Gewehrkolben über den Kopf gezogen bekommen» habe.<sup>43</sup> Beers Vater war 1940 eines natürlichen Todes gestorben; kurz nach dem Tod hatte die Familie auf der Flucht vor den Nazis Rumänien verlassen müssen.

«Mein Vater brachte den Schweizer Banken ein grenzenloses Vertrauen entgegen. Und sie haben sein Vertrauen missbraucht», erklärte Greta Beer verbittert vor dem Bankenausschuss.<sup>44</sup>

Der Bankier Bär, der auf demselben Hearing sprach, zeigte sich von Greta Beers Schicksal bewegt und lud sie spontan ein, auf seine Kosten eine Woche in der Schweiz nach dem verschollenen Konto ihres Vaters zu suchen. Ein paar Monate später folgte Greta Beer seiner Einladung und flog nach Zürich, wo sie bei der Anlaufstelle einen Suchantrag ausfüllte. Das Büro des Ombudsmanns entdeckte dann auch tatsächlich das Konto des alten Beer, musste aber feststellen, dass es längst von anderen Mitgliedern der Familien Beer abgeräumt worden war.

«Ich sagte ihr, sie müsse froh sein, dass wir wenigstens herausgefunden hätten, was mit dem Konto geschehen sei», erzählte der Bankier, ein massiger Mann mit einer jovialen Art, der als Verbindungsmann der Schweizerischen Bankiervereinigung zum Jüdischen Weltkongress fungiert. «Frau Beers Geschichte zeigt, dass man vorsichtig sein muss mit den Anklagen, die man vorbringt. Jemanden ohne Beweise anzuklagen, das ist eine heikle Sache.»<sup>45</sup>

Auch der eidgenössische Botschafter in Washington, Carlo Jagmetti, will den Fall Beer als Mahnung zur Vorsicht gesehen haben. «Sie [die Schweizer Banken] fanden zwar das gesuchte Konto, stellten aber fest, dass Frau Beers Onkel das Geld von dem Konto abgehoben hatte... Wäre noch Geld auf dem Konto gewesen..., hätte sie es sofort ausgezahlt bekommen. Niemand sollte Vorwürfe erheben, bevor nicht die Aufzeichnungen sorgfältig studiert worden sind – oder aus echter Besorgnis heraus bereits durchgeführten Massnahmen (Suchaktionen der Banken; A.d.U.) unlautere Motive unterstellen.»<sup>46</sup>

Greta Beer reagierte auf die Entdeckung skeptisch; niemand habe ihr, sagte sie, Beweise präsentiert, die belegten, dass andere Familienangehörige Zugang zu dem Konto ihres Vaters gehabt hätten. Und dass Jagmetti die Geschichte ihrer Familie auf einer Pressekonferenz in Washington vor der Öffentlichkeit ausbreitete, betrachtete sie als Unverschämtheit. «Ich bin sehr, sehr wütend», erklärte sie. «Für mich ist das nichts anderes als Verleumdung und Rufmord.»<sup>47</sup>

Eingedenk der taktischen Tiefschläge D'Amatos ist es wenig verwunderlich, wenn die normalerweise nüchtern denkenden Schweizer Politiker und Bankiers anfangen, hinter den Angriffen eine Verschwörung internationaler Banken zu vermuten, die ihre Schweizer Konkurrenten diskreditieren möchten. Ende Januar 1997 warnten der Gouverneur des Bundesstaats New York und der Stadtrat von New York City die Schweiz, man erwäge einen Boykott gegen die Schweizer Banken. Der Journalist Robert Powers merkte dazu an, nun hätten auch andere Politiker die Gelegenheit beim Schopfe gepackt, in die populäre Schelte gegen die Schweiz einzustimmen. «D'Amato hat vorexerziert, wie man mit den Schweizer Banken umgeht, und jetzt beeilen sich alle, es ihm gleichzutun. In New York City debattiert man über einen Antrag, keine städtischen Gelder mehr bei Schweizer Banken anzulegen, und der Gouverneur des Staates New York, George Pataki, wird demnächst eine Überprüfung der Bücher anordnen, mit der festgestellt werden soll, ob geraubte Vermögen auf die Filialen von Schweizer Banken in New York transferiert wurden.»<sup>48</sup>

Peter Vallone, der Präsident des Stadtrats von New York City, forderte die Stadtverwaltung auf, keine städtischen Gelder mehr bei Schweizer Banken anzulegen, bis diese einen Entschädigungsfonds für die Opfer des Holocaust eingerichtet hätten. Ein Sprecher des Stadtrates verkündete später, der Rat ziehe in Betracht, die kommunalen Pensionsfonds anzuweisen, sich von seinen Beteiligungen an der Credit Suisse, dem Schweizerischen Bankverein und der Schweizerischen Bankgesellschaft in Höhe von insgesamt 50 Millionen US-Dollar zu trennen.

«Weltweit gesehen hat der Skandal der Schweiz grossen Schaden zugefügt», meinte ein Bankier aus Zürich, der ungenannt bleiben wollte.

«Unserer Überzeugung nach stecken hinter diesen Aktionen die New Yorker Banken.»

Überhaupt interpretieren die Schweizer Bankiers die gegen sie gerichtete internationale Empörung als Folge einer auf die Diskreditierung des Finanzplatzes Schweiz abzielende Konspiration ihrer Konkurrenten in London und New York. *Finanz und Wirtschaft*, ein einflussreiches Schweizer Finanzmagazin, merkte in einem Leitartikel an, dass «bestimmte Kreise das tragische Schicksal der Holocaust-Opfer dazu missbrauchen, den Vorsprung, über den die Schweiz als Finanzzentrum und ihre Banken gegenüber der globalen Konkurrenz noch verfügen, zu egalisieren.»<sup>49</sup>

Marc Sutter ist ebenfalls dieser Ansicht. «Es ist kein Zufall, dass die harscheste Kritik in London oder im Vorfeld des Wahlkampfes zum Senat in New York geäussert wird», erklärte der Abgeordnete der Freisinnig-Demokratischen Partei. «Hintergrund des Sturms der Entrüstung, der durch den angelsächsischen Blätterwald fegt, könnten durchaus Bestrebungen [der New Yorker und Londoner Banken] sein, die Schweiz als Finanzzentrum zu schwächen, das Schweizer Bankgeheimnis auszuhöhlen und von ihren eigenen Unzulänglichkeiten abzulenken.»<sup>50</sup>

Doch egal wie wütend viele Schweizer Politiker auf D'Amato sein mögen, eines werfen sie ihm nicht vor: dass er versucht, die Sache für seine politische Karriere in den USA auszuschlachten. «In jedem Land ist es die erste Pflicht eines Politikers, wiedergewählt zu werden», sagte Verena Grendelmeier und zeigte Verständnis für den New Yorker Senator. «Ich werfe D'Amato nicht vor, die Sache im Interesse seiner Wiederwahl künstlich aufzubauschen. Was mich aufregt, ist die Art und Weise, wie er das tut.»<sup>51</sup>

Wiederum andere sind sogar der Auffassung, die Schweiz stehe, dafür, dass D'Amato und der Jüdische Weltkongress die Diskussion um die Rolle der Eidgenossenschaft während des Zweiten Weltkrieges in Gang gebracht haben, tief in ihrer Schuld. «Sie zwangen der Schweiz eine nationale Diskussion über ihr Verhalten in dieser Zeit auf», meinte etwa der Herausgeber der *Sonntags-Zeitung*, Ueli Haldimann. «Wenn von aussen kein Druck gekommen wäre, würden wir diesen wichtigen Prozess jetzt nicht durchlaufen.»<sup>52</sup>

Trotzdem schütteln Politiker wie die 51jährige Nationalrätin, Anwältin und Vorsitzende des Rechtsausschusses Lili Nabholz den Kopf, wenn der Name D'Amato fällt. «Wissen Sie, wir versuchen, so objektiv wie nur möglich zu sein», meinte Nabholz, die gemeinsam mit Verena Grendelmeier die Einrichtung der parlamentarischen Kommission vorantrieb, die die Finanzbeziehung der Eidgenossenschaft mit dem Dritten Reich durchleuchten soll. «Uns geht es nicht darum, mit anklagender Geste ein Stück Papier in die Höhe zu halten, wie es in den Vereinigten Staaten so beliebt zu sein scheint. Uns geht es darum, ernsthaft zu arbeiten. Sobald der Bericht der Untersuchungskommission vorliegt, können wir mit der Diskussion beginnen. Dieses Thema eignet sich nicht für politische Ränkespiele. Wir hoffen, dass die internationale Gemeinschaft anerkennt, dass wir alles tun, um die Sache zu klären. Wir wollen unser Bestes tun.»<sup>53</sup>

Die Kritiker der Schweiz in den USA und Grossbritannien begrüßten die Einrichtung der parlamentarischen Untersuchungskommission, doch sie beklagten, dass der auf drei bis fünf Jahre veranschlagte Zeitraum für die Untersuchung viel zu lange sei. Der britische Unterhausabgeordnete Greville Janner forderte, die Untersuchung in zwei Monaten über die Bühne zu bringen, D'Amato scheint der Kommission nicht einmal das zugestehen zu wollen und bezeichnete den fünfjährigen Zeitraum als einen weiteren Beweis für die unkooperative Haltung der Schweizer.

«Wir sind uns zwar bewusst, dass diejenigen, die heute an der Spitze der Schweizerischen Bankiervereinigung und der Schweizer Regierung stehen, nicht für Taten verantwortlich sind, die vor fünfzig oder mehr Jahren begangen wurden. Aber sie sind verantwortlich für das, was sie heute tun oder nicht tun – darüber darf nicht hinweggesehen werden», erklärte D'Amato kurz vor Jahreswechsel vor dem Bankenausschuss des Repräsentantenhauses. «Sie werden hier Aussagen von den Nachfahren der Holocaust-Opfer hören. Einige dieser Personen sind weit über achtzig Jahre alt. Stellen Sie sich vor, dass die Kommission ihren Bericht in, sagen wir, drei bis fünf Jahren vorlegt. Welches Vertrauen können wir daraus schöpfen? Meiner Meinung nach bedeutet das, dass die Schweiz weiterhin zu mauern versucht.»<sup>54</sup>

Heute leben in der gesamten Schweiz noch rund 18'000 Juden. Die meisten von ihnen begrüssen zwar die lange überfällige Debatte über die Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg, wünschen sich aber, dass sie in einer etwas seriöseren Atmosphäre geführt werden würde.

«Natürlich stimmt es, dass die Schweizer Banken sich während und nach dem Krieg nicht korrekt verhalten haben», erklärte beispielsweise Daniel Guggenheim, Anwalt für Internationales Recht in Genf. «Aber ich halte auch nichts von dieser Sündenbock-Politik, die der Jüdische Weltkongress und Herr D'Amato so vehement betreiben. Der Jüdische Weltkongress lebt in einer Traumwelt. Niemand ist so schwarz oder so weiss, wie sie es zu glauben scheinen. Es ist schon verwunderlich. Einerseits kämpfen sie gegen Stereotypen, andererseits arbeiten sie in ihrer Kampagne gegen die Schweiz genau damit. Bronfman verleumdet das Schweizer Volk, wenn er auf einer Pressekonferenz hier behauptet, die Schweizer seien Verbündete der Nazis gewesen. Das ist einfach nicht wahr.»<sup>55</sup>

Daniel Guggenheim, ein Cousin dritten Grades der amerikanischen Kunstsammlerin Peggy Guggenheim, wurde 1938 in der Schweiz geboren, eine Zeit, in der Juden in der Schweiz wie Bürger zweiter Klasse behandelt wurden. Das galt vor allem in Genf, der Stadt des französischen Reformators Johann Calvin, die im 16. Jahrhundert Anziehungspunkt für viele wohlhabende Protestanten aus ganz Europa war. Bis 1866 durften Juden in der Schweiz weder wählen noch in ein öffentliches Amt gewählt werden oder sich nach Belieben niederlassen. Die Zustände waren so unerträglich, dass Guggenheims Urgrossvater seinen Vettern die Auswanderung nach Amerika finanzierte. Auch in den dreissiger Jahren des 20. Jahrhunderts konnten die Schweizer, obzwar grösstenteils Gegner des Nazismus, nicht unbedingt als judenfreundlich bezeichnet werden, sagte Guggenheim, dessen Väter Paul, wie sein Sohn ein geachteter Anwalt für Internationales Recht, nach dem Krieg Präsident des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebunds war.

Auch als nicht praktizierender Jude sei es seine Pflicht, volle Solidarität mit den anderen Juden zu beweisen, sagte Guggenheim hinter ei-



nem grossen Mahagoni-Schreibtisch in seiner stilvollen Kanzlei. Die Kanzlei befindet sich in der Rue des Granges, einer schmalen, mit Kopfsteinen gepflasterten Gasse in der aufwendig renovierten Genfer Altstadt, die Guggenheim mit scherzendem Unterton als das «Calvinistische Ghetto» bezeichnete. Direkt neben Guggenheims Kanzlei steht das Haus, in dem der berühmte Philosoph Jean Jacques Rousseau geboren wurde, und ein paar Türen weiter verlebte der argentinische Schriftsteller Jorge Luis Borges seine letzten Tage.

«In der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg musste mein Vater sich sogar mit der hiesigen jüdischen Gemeinde darum streiten, ob man jüdische Flüchtlinge ins Land lassen sollte», fuhr Guggenheim fort. So sehr sich Paul Guggenheim für die Sache der Juden einsetzte, so erschüttert war er manchmal angesichts der tiefen Gräben, die selbst die vergleichsweise kleine jüdische Gemeinde in der Schweiz durchzogen. «Man darf nicht vergessen, dass innerhalb der jüdischen Gemeinde in der Schweiz ein überraschend starker Rassismus vorherrschte. Manche Juden wurden willkommen geheissen, aber zum Beispiel von polnischen Juden wollte hier niemand etwas wissen.»<sup>56</sup>

Trotz dieser Risse in der jüdischen Gemeinde der Schweiz widmete Paul Guggenheim einen Grossteil seiner Arbeitszeit der Sache der Juden. Zusammen mit Gerhart Riegner vom jüdischen Weltkongress war er, so sein Sohn, einer der ersten, der den damaligen amerikanischen Präsidenten Franklin Delano Roosevelt über die Massenvernichtung der europäischen Juden unterrichtete. Guggenheim wies in einer förmlichen Note, die das Genfer US-Konsulat an Roosevelt weiterleitete, auf den drohenden Holocaust hin. Doch Roosevelt ignorierte die Warnung. Nach dem Krieg setzte Paul Guggenheim sich dafür ein, dass die Schweizer Banken die den Opfern des Holocaust gehörenden Vermögen herausgaben, eine Lobbyarbeit, die sich 1962 schliesslich in einem Gesetz niederschlug, mit dem das Bankgeheimnis zeitweilig gelockert wurde.

Daniel Guggenheim ist überzeugt, dass sein Vater, lebte er heute noch, die Lobbystrategien «der jüdisch-amerikanischen Cowboys» vom jüdischen Weltkongress ablehnen würde.<sup>57</sup>

Rolf Bloch, der gegenwärtige Präsident des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebundes, teilt Guggenheims Vorbehalte gegen die aggressiven Strategien der amerikanischen Juden. Aber er weiss auch aus eigener Erfahrung, dass «Schweigen zu nichts führt», dass die Juden «ihre Stimme erheben müssen». Doch Bloch, der sich mit zurückhaltender Diplomatie unermüdlich für die Sache der eidgenössischen Juden einsetzt, ist auch Schweizer, und er weiss aus jahrelanger Erfahrung, wann er eine Angelegenheit vorantreiben und wann er sie ruhen lassen muss. So trug Bloch über Jahre hinweg Beweise dafür zusammen, in welchem Umfang die Schweizer Juden während des Krieges gezwungen wurden, für den Unterhalt der 25'000 jüdischen Flüchtlinge aufzukommen, die in das Land einreisen durften. Nach seinen Recherchen schuldet Bern der jüdischen Gemeinde mehr als 15 Millionen Franken. Bloch ist zwar entschlossen, die Regierung zur Rückerstattung des Geldes zu zwingen, will aber warten, bis die Zeit für eine Entscheidung reif ist. «Ein Vorstoss zum jetzigen Zeitpunkt wäre verfrüht. Es gibt andere Angelegenheiten, die zuerst geklärt werden müssen», erklärte Bloch, der mit seinen 67 Jahren jeden Morgen um 5 Uhr aufsteht, um die Geschicke der von seinem Vater gegründeten Camile Bloch Chocolates zu steuern – zusätzlich zu seinen Verpflichtungen als Präsident des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebundes. «Als Überlebender des Zweiten Weltkrieges habe ich immer schon eine starke moralische Verpflichtung empfunden», erklärte er. «Ich schulde es meinen jüdischen Glaubensgenossen, einen Teil meiner Zeit auf die Arbeit für jüdische Organisationen zu verwenden.»<sup>58</sup>

Als Teil seiner Verpflichtung gegenüber der Schweiz begleitete Bloch im Dezember 1996 eine Schweizer Regierungs- und Bankendelegation nach Washington, um vor dem Bankenausschuss des Senats auszusagen. Mit beredten Worten brachte Bloch, dessen Familie seit 150 Jahren in der Schweiz lebt, das Dilemma der jüdischen Schweizer zum Ausdruck, die einerseits Gerechtigkeit für die Opfer des Holocaust und andererseits Fairness für die Schweiz fordern.

«Fairness gegenüber der Schweiz», führte Bloch vor dem Ausschuss aus, «heisst... keine Vorverurteilungen auszusprechen, keine Einzeldo-

kumente ausserhalb ihres Kontextes zu produzieren und nicht zu generalisieren.»<sup>59</sup>

In seinem Büro in einem Industriegebiet in den Aussenbezirken von Toronto dachte Hans Hammersfeld über die Schweiz, seinen Grossvater und sein verschollenes Schweizer Bankkonto nach. Es war Freitagmorgen, und Hans freute sich auf ein Ski-Wochenende mit seiner Familie im nördlichen Ontario. Während er Zimmer in einem Hotel reservierte, brachte seine Sekretärin die Post herein. Zwischen den Rechnungen und Werbesendungen stach ein weisser Umschlag mit einer Briefmarke der Helvetischen Bundespost hervor. Absender des Briefes war Caterina Nägeli, seine Schweizer Anwältin. Sie informierte ihn darüber, dass der Suchantrag der Hammersfelds keine Ergebnisse erbracht hatte.

Es war Ende November 1996, und vor den Fenstern des Büros tobte der erste Blizzard des Winters. Äusserlich unbewegt las Hans den beigefügten, in der umständlichen Sprache der Juristen abgefassten Brief des Ombudsmanns Hanspeter Häni mehrere Male durch, als hätte er Probleme, den Inhalt voll zu erfassen.

«Wir haben den von Ihnen ausgefüllten Fragebogen geprüft und die von Ihnen eingereichten Unterlagen über die vermuteten Einleger (Namen und zusätzliche Kennzeichnungen) sorgfältig ausgewertet, wie das beigefügte Datenblatt belegt», hiess es in dem Schreiben der Anlaufstelle. «Diese Angaben wurden an alle Banken in der Schweiz weitergeleitet. Leider müssen wir Sie hiermit davon in Kenntnis setzen, dass von keiner der kontaktierten Banken positive Berichte eingegangen sind. Dies deutet daraufhin, dass bei keiner Schweizer Bank nachrichtlose Konten (Konten, Treuhandkonten oder Bankschliessfächer) unter den von ihnen zitierten Namen oder Kennzeichnungen existieren. Uns bleibt nur, Ihnen gegenüber zu versichern, dass Ihr Antrag mit der grösstmöglichen Sorgfalt bearbeitet wurde. Wir bedauern sehr, Ihnen keine zufriedenstellendere Antwort geben zu können.»<sup>60</sup>

«Ich weiss nicht recht, was das bedeutet», murmelte Hans. Er griff zum Telefon und rief Renée und Herbie an, um sie über das Ergebnis der Nachforschungen zu informieren.<sup>61</sup>

Als er an diesem Abend nach Hause zurückkehrte, brühte er sich eine Tasse Kräutertee auf und tat etwas, was er schon sehr lange nicht mehr getan hatte: Er kramte den Karton hervor, in dem er die alten Familienbriefe aufbewahrte, und suchte in den Briefen nach einem Hinweis auf das Schweizer Bankkonto seines Grossvaters. Er las noch einmal das Telegramm durch, in dem Renée und Selma der Familie mitgeteilt hatten, dass sie noch am Leben waren, und hin und wieder verweilte er bei einer der Postkarten, die sein Onkel Harry von Geschäftsreisen aus der Tschechoslowakei geschickt hatte. Je mehr er las, desto mehr wurde er von Erinnerungen an Ereignisse überwältigt, die so schmerzlich waren, dass er es kaum über sich brachte, darüber mit seinen eigenen Kindern zu reden. Die Flut der Erinnerungen war chaotisch, folgte keiner bestimmten Ordnung. Immer wieder stiegen Bilder von Menschen oder Orten vor seinem inneren Auge auf, die er längst schon vergessen geglaubt hatte. Ihm fiel der Schlitten ein, den er in einem Winter in dem Arbeitslager in Sibirien zusammengezimmert hatte, in dem er mit seinen Eltern und seinem Onkel Harry interniert worden war. Er erinnerte sich an die Seder-Abende in der Wohnung in der Negerlegasse und an Lottes Sammlung chinesischer Porzellantassen, die so dünn waren, dass man durch sie hindurchsehen konnte, wenn man sie gegen das Licht hielt.

«Erstaunlich, woran alles man sich nach so langer Zeit noch erinnert, obwohl man es so lange verdrängt hat», sagte Hans später. Die Erinnerung an den Antisemitismus, den er nach dem Anschluss Österreichs in seiner Schule in Wien ertragen musste, stieg wieder in ihm auf, an das erste Mal, dass er, gerade acht Jahre alt, einem SS-Offizier begegnet war (der ihm ein Eis gekauft hatte und mit ihm im Park spazieren gegangen war), an die kopflose Flucht nach Stockholm – sein erster Flug – und die Schiffspassage über die Ostsee nach Riga, an das Leben bei seinem Grossvater, die Besuche in der Synagoge und die ersten Lektionen in Hebräisch.

«Warum hat Grossvater niemals über das Bankkonto gesprochen, als ich in Riga war?» fragte sich Hans. Er sah von den Briefen auf. Sein Blick wanderte auf die Bilder seiner Eltern, die einen Ehrenplatz auf

dem Klavier in seinem Wohnzimmer einnahmen. «Warum hat er mir nichts gesagt?»<sup>62</sup>

Hans nippte an seinem Tee und überlegte sich, was er als nächstes tun konnte. Er nahm sich vor, die Sache am Wochenende zu überdenken; beim Skifahren hatte er immer die besten Ideen. Am Montag, so beschloss er schliesslich, würde er seinen Anwalt Sergio Karas beauftragen, einen weiteren Suchantrag zu stellen. Er war fest entschlossen, bei der Suche nach dem Konto alle rechtlichen Mittel auszuschöpfen. Wie sein Grossvater, so vertraute auch Hans auf das Gesetz. Auch wenn Abraham Hammersfeld seit über fünfzig Jahren tot war, sein Enkel war entschlossen, an diesen ehrenwerten Grundsätzen festzuhalten.

Dass er sich auf das Gesetz verliess, um das zu retten, was vom Vermächtnis seines Grossvaters noch existierte, mochte einem Aussenstehenden wie eine groteske Ironie des Schicksals erscheinen. Doch Hans verschwendete darauf keinen Gedanken.

«Alles ist Schicksal», verkündete er mit einem langen Seufzer. «Manchmal liegt es einfach nicht in unserer Macht, über unser Leben zu bestimmen.»<sup>63</sup> Sein Leben, wo er und wie er lebte, schien seit jeher von einer ausserhalb seiner selbst liegenden Kraft bestimmt zu werden. Weil er Jude war, musste er vor den Nazis zuerst aus Österreich fliehen, und schliesslich auch aus Lettland. In Russland steckten die Russen ihn und seine Eltern in ein Lager, weil sie Juden und Österreicher waren, Bürger des Dritten Reiches. Selbst dass er sich schliesslich in Kanada niederliess, war nicht wirklich seine eigene Entscheidung gewesen, sondern Folge einer Verkettung glücklicher Umstände, die damit ihren Anfang genommen hatte, dass Renée sich in einem Vertriebenenlager in Deutschland in einen kanadischen Soldaten verliebte. Und nun sollte das Schicksal, dieses Mal in Gestalt der Schweizer Banken und der Schweizer Regierung, einmal mehr darüber bestimmen, ob oder ob nicht er und seine Familie das Konto Abraham Hammersfelds finden würden, das für ihn weit mehr bedeutete als nur Geld. Das verschollene Vermögen war das letzte Vermächtnis eines verehrten und geliebten Grossvaters, dessen Leben das Schicksal gefordert hatte.

Hans trank den letzten Schluck aus und packte die alten Briefe und

Postkarten mit grosser Sorgfalt wieder ein. Er erhob sich und blieb ein paar Minuten vor dem Fenster des Wohnzimmers stehen. Mit den Augen folgte er den fallenden Schneeflocken, während seine Gedanken zu seinem Grossvater zurückkehrten. Schliesslich riss er sich los und ging zu Bett, weil er am nächsten Morgen frühzeitig zum Skifahren aufbrechen wollte.

**7** DER MANN MIT dem schwierigsten Job in der ganzen Schweiz träumt nebenher vom Skifahren.

Thomas Borer, ein neununddreissigjähriger Karrierediplomat, hat die Aufgabe, im Gefolge des Skandals um die nachrichtenlosen Holocaust-Konten und das Nazigold den internationalen Ruf der Schweiz zu retten. Noch eine Woche bis Weihnachten, und Borer, kaum zwei Monate in seinem neuen Amt, ist bereits vollkommen gestresst.

«Ich brauche Urlaub»,<sup>1</sup> sagt Borer und blickt sich in seinem vollgestopften Büro um. Gemälde sind an die Wand gelehnt, und Kartons mit offiziellen Schriftstücken bedecken den Schreibtisch und fast den ganzen Boden. Wer Borer besucht, muss dicke Stapel juristischer Texte und regierungsamtlicher Dokumente beiseiteräumen, um sich auf der Couch Platz zu verschaffen.

Borer hatte bisher keine Zeit gefunden, sein neues Büro richtig einzurichten. Als Chef der von der Schweizer Regierung eingesetzten Arbeitsgruppe zu den Vermögen der Naziopfer ist er gerade von seinem ersten Besuch in Washington nach Bern zurückgekehrt. Dort hatte Borer dem Bankenausschuss des Senats Rede und Antwort gestanden und sich mit den lautesten Kritikern seines Landes getroffen. Borer bemühte sich, Männern wie Alfonse

D'Amato und Edgar Bronfman zu versichern, dass es der Schweiz diesmal wirklich ernst sei mit einer unabhängigen Untersuchung ihrer Finanzgeschäfte mit dem Dritten Reich. Tatsächlich hatte das Schweizer Parlament nur wenige Stunden vor Borers Auftritt in Washington ein Gesetz verabschiedet, mit dem das Bankgeheimnis für einen Zeitraum von fünf Jahren gelockert wurde. Zudem sollte eine Expertenkommission eingerichtet werden, um eine «umfassende Untersuchung» der Schweizer Finanzgeschäfte mit Nazideutschland durchzuführen.

«Ja, sicher, alles ist gut gelaufen», sagte Borer zu einem seiner juristischen Berater, die er in New York angeheuert hat. Sie sollen ihm hel-

helfen, in den USA eine angemessene politische Strategie zu entwickeln. «D'Amato sagt, er traue den Schweizern nicht und er traue den Banken nicht, aber er vertraue mir.»<sup>2</sup>

Der Grund dafür ist wohl, dass Borer ausgesprochen liebenswürdig und ehrenhaft wirkt. Er ist das genaue Gegenteil seines – wenn man so will – Vorgängers Walter Stucki, des aggressiven und sturen Schweizer Unterhändlers bei der inzwischen berüchtigten Amerika-Mission von 1946. Stucki hatte die Bestimmungen des Washingtoner Abkommens massgeblich mitgestaltet. Dieser kahlköpfige Diplomat in mittleren Jahren war für seinen schroffen Verhandlungsstil bekannt, während Borer freundlich und umgänglich ist, und manchmal sogar charmant. Stucki war 1946 unter Geheimhaltung nach Washington geflogen und hatte genaue Anweisungen des Schweizer Bundesrats in der Tasche gehabt, den Alliierten bei den Verhandlungen in Washington möglichst keine Zugeständnisse zu machen. Doch im Gegensatz zu ihm trägt der junge, gutaussehende Diplomat offenbar eine viel grössere Verantwortung und muss sein Handeln vor der Öffentlichkeit rechtfertigen. Borer soll den guten Ruf der Schweiz im Ausland wiederherstellen, und das ist eine Herkulesarbeit. Er hat den Auftrag, «rasche» Massnahmen der Schweizer Bundesbehörden in allen Bereichen zu koordinieren, die mit den zwischen 1933 und 1945 in die Schweiz gebrachten Vermögenswerten zu tun haben. Borer soll die Massnahmen des Aussenministeriums mit den Vertretern des Schweizer Bundesarchivs, des Finanz- und Justizministeriums, der Schweizerischen Nationalbank und des Schweizerischen Bankiervereins abstimmen. Zudem reist er durch das Land und spricht vor Ratsversammlungen und in Gemeindezentren, um den Schweizern die Antwort ihrer Regierung auf den internationalen Skandal zu erläutern. Auf internationaler Ebene ist er Botschafter des guten Willens seines Landes – der Mann, dessen wichtigste Aufgabe es ist, die schärfsten Kritiker der Schweiz zu beschwichtigen.

«Wir haben beschlossen, etwas zu tun, um das Ansehen der Schweiz zu retten», sagte ein Beamter des Schweizer Aussenministeriums, der nicht genannt werden will. «Zunächst waren wir einfach überrascht von der überwältigenden Kritik im Ausland.



In der Vergangenheit haben wir nur reagiert, nun war es an der Zeit, das Heft selbst in die Hand zu nehmen. Wir wollten jemanden, der jung und dynamisch ist und die Amerikaner versteht.»

Also heuerten sie Thomas Borer an, einen in Basel geborenen Anwalt für internationales Recht, der die Amerikaner unter anderem deshalb «verstehen» soll, weil er 1993 ein Jahr als Rechtsberater für die Schweizer Botschaft in Washington tätig war und mit einer Amerikanerin verlobt ist, die im Telekommunikationsgeschäft arbeitet. «Sie kennt sich in solchen Dingen aus», sagt Borer.<sup>3</sup>

Telekommunikation?

«Nein, sie versteht etwas von Marketing und von Politikern, und sie weiss, wie die Amerikaner denken», erklärte er.<sup>4</sup>

Der Arbeitstag in Bern geht zu Ende, während er in New York und Washington beginnt, und Borers Telefon ist pausenlos von Anrufen aus Übersee blockiert. Borer, den Hörer mit der Schulter ans Ohr geklemmt, spricht mit seinem New Yorker Rechtsberater und tippt gleichzeitig eine E-Mail in den Computer. Jetzt läutet sein anderes Telefon, er lässt den New Yorker Anwalt warten und spricht mit der Sekretärin des Schweizer Aussenministers, nun auf französisch.

Borer hat durchaus Grund, gestresst zu sein. Als Beauftragter der Regierung in Sachen einstige Finanzgeschäfte mit dem Dritten Reich ist er unablässigen Angriffen seiner Kritiker in den Vereinigten Staaten ausgesetzt. Sie werfen ihm vor, er handle nicht schnell genug, um das Problem zu lösen. Auch in der Schweiz wurde er jüngst von Parlamentariern unter Beschuss genommen. Sie empörten sich darüber, dass er die Regierung veranlasst hatte, mehr als 20'000 Dollar für amerikanische Public-Relations-Berater auszugeben, die ihn bei der Vorbereitung seines Auftritts beim Hearing des Bankenausschusses im Dezember 1996 in Washington unterstützen sollten. «Hier läuft es anders als in den Staaten», sagte Borer. «Die Schweiz ist kein Land, in dem man Image-Berater beschäftigt. Hier ist man in diesen Dingen sehr konservativ.»<sup>5</sup> Nicht zuletzt deshalb beharrt Borer darauf, dass er keine Image-Berater, sondern juristische Experten angestellt habe.

Politiker und Lobbyisten in Washington und New York sind zwar von den guten Absichten Borer überzeugt, halten ihn jedoch für ein wenig überheblich und manchmal auch ein wenig skurril. «Er ist ein Cowboy aus den Schweizer Alpen, der mit einer ehemaligen Miss Texas verlobt ist und glaubt, alles über Amerika zu wissen», sagte Elan Steinberg vom Jüdischen Weltkongress in New York. «Ich bin früher auch mal mit einem Mädchen aus Texas ausgegangen, doch deshalb habe ich Amerika kein bisschen besser verstanden.»<sup>6</sup>

Auch manche Schweizer Beobachter stimmen dem zu. «Dieser Mann ist ein Desaster für die Schweiz. Er hat absolut kein Gespür für die amerikanische Öffentlichkeit», sagte der internationale Anwalt Daniel Guggenheim.<sup>7</sup>

Trotz des Widerstands schlägt sich Borer weiter durch und bietet so ziemlich jedem amerikanischen Politiker ein Gespräch an, um den Ruf der Schweiz zu retten. «Ich würde mich mit dem Teufel treffen, wenn es etwas nützen würde», sagt Borer. Seine Hauptaufgabe ist es nach seinen eigenen Worten, den Schweizern die Reaktionen der Amerikaner zu erklären und den Amerikanern die Schweizer Denkweise verständlich zu machen. Für Borer ist diese Aufgabe eine Herausforderung – noch schwieriger als sein erster Überseeposten 1987 als Wirtschaftsattaché bei der Schweizer Botschaft im nigerianischen Lagos.

«Ich bin neununddreissig, doch dieser Job lässt mich jeden Tag rascher altern», sagt Borer und fügt hinzu, für ihn sei es die grösste Herausforderung, die US-Politiker davon zu überzeugen, dass sich die Schweiz ernsthaft um eine gründliche Bestandsaufnahme der nachrichtenlosen Konten und des Nazigoldes bemüht. «Für die Amerikaner sind wir jetzt der wirklich böse, böse Bube in Europa, doch in Wahrheit sind wir aufrichtige, nüchterne Leute, die der Sache ebenfalls auf den Grund gehen wollen.»<sup>8</sup>

Einem Land, das rund um den Globus bekannt ist für seinen Widerwillen, in internationalen Streitfragen Partei zu ergreifen oder seine inneren Angelegenheiten den kritischen Augen ausländischer Beobachter preiszugeben, ist diese Durchleuchtung seiner Kriegsgeschäfte mit den Nazis vor der Weltöffentlichkeit entschieden zuwider. Doch nach mehr

als einem Jahr am Pranger erkannten auch die Schweizer, dass sie etwas tun mussten, um ihren öffentlichen Streit mit jüdischen Organisationen und Senator D'Amato zu beenden. Immerhin wuchs sich dieser Konflikt, wie UN-Generalsekretär Kofi Annan bemerkte, zu einem «Public-Relations-Desaster»<sup>9</sup> für die Schweiz aus.

Bevor Borer auf den Plan trat, besass die Schweiz keine erkennbare Strategie für den Umgang mit ihren Kritikern. Welche Vorwürfe auch immer jüdische Gruppen und amerikanische Politiker gegen das Land erhoben, die Regierungsvertreter legten entweder eine schockierend kühle Haltung an den Tag oder bezogen allzu defensive Positionen. Tatsächlich konnte man in den ersten Monaten des Skandals den Eindruck gewinnen, dass die Schweizer Regierung sich aus dem Gezerre heraushalten wollte und die Finanzinstitutionen die Sache allein durchfechten liess. Ende September 1996, als D'Amato, Bronfman und der Brite Greville Jänner ihre Kampagne gegen die Schweizer Banken verschärfen, wagte sich eine der grössten Schweizer Versicherungsgesellschaften recht mutig vor und schaltete eine ganzseitige Anzeige in der Londoner *Financial Times*, in der eine Rede des britischen Premierministers Winston Churchill aus dem Jahr 1944 zitiert wurde:

«Von allen neutralen Staaten darf mit grösstem Recht die *Schweiz* hervorgehoben werden. Sie ist die einzige internationale Kraft, welche die so schrecklich zerrissenen Nationen mit uns verknüpft. Welche Rolle spielt es denn, dass sie uns die Handelsvorteile gewähren kann, die wir brauchen, oder dass sie den Deutschen zuviel gibt, um sich selbst am Leben zu erhalten? Sie ist bis heute ein *demokratischer Staat*, der inmitten seiner Berge die Freiheit verteidigt und im Denken, trotz des anderen Naturells, weitgehend *auf unserer Seite steht*.»

Die 50'000 Franken teure Anzeige, bezahlt von der Winterthurer Schweizerischen Versicherungs-Gesellschaft, dem zweitgrössten Versicherungsunternehmen des Landes, war eine dramatische Geste, mit der die weltweite Leserschaft der *Financial Times* an Churchills Verteidigung der Schweiz erinnert werden sollte. Die Idee dazu stammt von dem Leiter des Unternehmens, Peter Spälti, einem ehemaligen Parla-

mentsmitglied. Mit der Anzeige, die auch in den führenden Zeitungen der Schweiz abgedruckt wurde, wollte man die Weltöffentlichkeit daran erinnern, dass die Schweiz das Dritte Reich nicht unterstützt hatte, und das Vertrauen in das Land wiederherstellen.

«Sicher war es eine Antwort auf die Angriffe gegen uns, was nicht heissen soll, wir hätten irgendetwas zu verbergen... Aber man kann die Sache nicht so einseitig betrachten», sagte die Sprecherin der Versicherungsgesellschaft Anna-Marie Kappeler. «Wir wollten auch ein Sprachrohr sein für viele Schweizer, die sagen: ‚Nicht alles war falsch. Wir waren in einer extremen Lage, unter Druck, ein kleines Land’... Das war die Botschaft, und darauf haben viele Leute gewartet.»<sup>10</sup>

Doch nicht einmal Winston Churchill konnte das angekratzte Bild der Schweiz wieder aufpolieren. Kaum einen Monat nach Erscheinen der Anzeige erlebte die Schweiz einen weiteren Alptraum: D’Amato legte Beweise dafür vor, dass die Schweiz Geheimabkommen mit kommunistischen Staaten geschlossen hatte. Unbeanspruchte Guthaben von nachrichtenlosen Konten der Holocaust-Opfer und anderer wurden dazu verwendet, Schweizer Bürger für das von den kommunistischen Regierungen Osteuropas verstaatlichte Eigentum zu entschädigen. Ein Schweizer Historiker untermauerte die Anschuldigungen D’Amatos. Er hatte in den Schweizer Nationalarchiven Beweise dafür entdeckt, dass die Schweiz nach dem Krieg tatsächlich mit mehreren Ostblockländern solche Geheimabkommen getroffen hatte.

Die Schweizer Regierung ging mit dieser Enthüllung um wie mit den meisten anderen. Zunächst dementierten ihre Sprecher die Anschuldigungen vehement, dann mauerten sie, und schliesslich gaben sie wenige Tage später klein bei, wenn ihnen die stichhaltigen Beweise präsentiert wurden, die zu einem grossen Teil die Ermittler des Aussenministeriums selbst in den Bundesarchiven ausgegraben hatten.

Die Enthüllungen über die geheimen Nachkriegsabkommen der Schweiz mit den kommunistischen Regimen in Osteuropa begannen Mitte Oktober 1996. D’Amato verkündete, seine Rechercheure hätten Dokumente gefunden, die belegten, dass die Schweiz und Polen ein bi-

laterales Entschädigungsabkommen mit einer geheimen Zusatzvereinbarung unterzeichnet hätten. Das Büro des New Yorker Senators veröffentlichte eine Erklärung des Schweizer Aussenministers vom 22. März 1950, nach der das in der Schweiz befindliche herrenlose Vermögen polnischer Bürger auf ein Schweizer Bankkonto der polnischen Nationalbank überwiesen werden sollte. In der Erklärung, die sich in den Archiven des American Jewish Distribution Committee fand, hiess es weiter, dass die polnische Regierung das Geld der polnischen Bürgern gehörenden nachrichtenlosen Schweizer Konten dazu verwenden werde, Schweizer Bürger, Banken und Lebensversicherungsgesellschaften zu entschädigen, deren Eigentum in Polen beschlagnahmt oder «verstaatlicht» worden sei.<sup>11</sup> Das American Jewish Distribution Committee hatte schon 1949 versucht, das Geheimabkommen publik zu machen, um es zu vereiteln.

Zwei Tage nach D'Amatos Anschuldigungen gab das Schweizer Aussenministerium bekannt, es habe in den Bundesarchiven einen geheimen Briefwechsel zwischen Polen und der Schweiz aus dem Jahr 1949 gefunden, in dem die Einzelheiten des Abkommens dargelegt seien. In diesen unveröffentlichten Briefen, Teil des offiziellen bilateralen Abkommens zwischen den beiden Staaten, war festgehalten, dass die Schweizer Bankkonten und Lebensversicherungs-Policen polnischer Bürger, die fünf Jahre lang niemand beanspruchen werde, an Polen ausgehändigt würden. Der Öffentlichkeit wurde mitgeteilt, dass Polen der Schweiz als Entschädigung für beschlagnahmtes Schweizer Eigentum 52,1 Millionen Franken zu zahlen habe. Der Handel kam auf wachsenden Druck der Schweizer Wirtschaft und einzelner Bürger hin zustande, die sich tatkräftig für Reparationen aus jenen osteuropäischen Ländern einsetzten, deren von den Sowjets installierte kommunistische Regime Eigentum von Ausländern beschlagnahmt hatten.

Die Kritiker der Schweiz stürzten sich sogleich auf diesen neuen Fund.

«Die Schweizer haben aus unlauteren Motiven jüdisches Eigentum an Polen ausgehändigt», sagte Kalman Sultanik, ein Vizepräsident des Jüdischen Weltkongresses in New York.<sup>12</sup> Sultanik und andere forder-

ten von der Schweiz mehrere Millionen Dollar Entschädigungszahlungen an jüdische Organisationen, die sich für die Eigentumsrückgabe einsetzten.

D'Amato nannte die damalige Vorgehensweise «skrupellos» und verurteilte scharf das «unmoralische Verhalten» der Schweizer Regierung und der Schweizer Finanzwelt. «In der ganzen Geschichte des Bankenwesens hat es so etwas nicht gegeben», sagte er. «Damals war der Krieg schon lange vorbei. Es war 1949. Hier kann keiner sagen, wie man es von gewissen Leute sonst hört, ‚Nun gut, sie [die Schweizer] haben sich bedroht gefühlt. Sie waren eingekesselt. Sie mussten hin und wieder beiseite schauen.‘»<sup>13</sup>

Selbst der diplomatische und zurückhaltende Rolf Bloch, Präsident des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebundes, konnte seine Wut nicht im Zaum halten. «Wir missbilligen es, dass die Schweiz Mittel von Holocaust-Opfern einsetzt, um es den Polen oder anderen Staaten leichter zu machen, Schweizer für verstaatlichtes Eigentum zu entschädigen», sagte Bloch. «Wir fordern eine rasche Feststellung der Tatsachen und des fraglichen Geldbetrags und deren Übergabe an die Erben oder an den Fonds, der nach dem Meldebeschluss von 1962 eingerichtet wurde, um nachrichtenlose Vermögen an Wohltätigkeitsorganisationen zu verteilen.»<sup>14</sup>

Als das Geheimabkommen bekannt wurde, bestritt der Aussenminister Flavio Cotti jegliches Fehlverhalten der Schweiz. Dieser Vorwurf sei trotz des in den Archiven ausgegrabenen geheimen Briefwechsels «völlig haltlos»<sup>15</sup>. Ausser dem Geheimabkommen mit Polen fanden die staatlichen Rechercheure auch Hinweise, dass die Schweiz ähnliche Verträge mit Ungarn, Rumänien, Bulgarien und dem ehemaligen Jugoslawien geschlossen hat.<sup>16</sup> Einem Schweizer Historiker zufolge wurde Geld jedoch nur gemäss den geheimen Entschädigungsabkommen mit Ungarn und Polen transferiert.

Um die Lage noch zu verschlimmern, schrieb der Schweizer Historiker Peter Hug in der angesehenen *Neuen Zürcher Zeitung* einen vernichtenden, mit einzelnen Rechercheergebnissen gespickten Artikel zu

diesem Thema. Die Schweizer Regierungsvertreter konnten die nun vorliegenden Beweise nicht mehr ignorieren, versicherten jedoch unverzüglich, Geldmittel von den nachrichtenlosen Konten der Holocaust-Opfer seien nicht zur Entschädigung von Schweizer Industriellen verwendet worden. Die Abkommen mochten aus heutiger Sicht zwar als unmoralisch erscheinen, doch hätten sie vollkommen dem internationalen Privatrecht entsprochen. Peter Hug wandte sinngemäss ein, die Schweiz habe wohl tatsächlich das Gesetz auf ihrer Seite gehabt, als sie die Verträge unterzeichnete, nicht jedoch die Moral.

Nach der monatelangen eingehenden Überprüfung von über 6'500 Kartons mit Dokumenten im Schweizer Nationalarchiv in Bern, so Hug, sei klar, dass die Schweizer Geld von nachrichtenlosen Konten dazu verwendet hätten, die Schweizer Wirtschaft zu entschädigen, und dies in mindestens drei Fällen zwischen 1960 und 1975. Hug sagte einem Reporter der *New York Times*, bei einer Gelegenheit sei Geld von nachrichtenlosen Schweizer Konten «direkt an Schweizer Geschäftsleute» verteilt worden, um ihre Entschädigungsansprüche für Eigentum zu decken, das nach der kommunistischen Machtübernahme in Ungarn beschlagnahmt worden war.<sup>17</sup> Die Schweiz habe sich 1950 bereit erklärt, Ungarn – das wie Polen auf harte Devisen erpicht war – bei der Suche nach nachrichtenlosen Schweizer Konten ungarischer Bürger zu helfen. Doch als die Schweizer Regierung den bilateralen Entschädigungsvertrag mit Ungarn 1973 dem Parlament vorlegte, verschwieg sie ein vertrauliches Protokoll, das Ungarn 325'000 Franken von nicht beanspruchten Konten zusicherte, deren wahre Eigentümer ungarische Bürger waren.<sup>18</sup> Ausserdem sollen Gelder von nachrichtenlosen Konten, auf die in der Zeit nach 1962 – als die bislang unbeanspruchten Vermögen der Naziopfer per Gesetz rückerstattet werden sollten – niemand Anspruch erhoben hatte, ebenfalls für geheime Zahlungen an Ungarn und Polen verwendet worden sein. Nach dem Gesetz von 1962 hätte das Geld an jüdische Wohlfahrtsorganisationen fliessen sollen. Im Jahr 1973 jedoch, als die Schweizer das Entschädigungsabkommen mit Ungarn schlossen, wurden die 325'000 Franken vom Sonderkonto der Regierung abgehoben, erklärt Hug. «Das Geld blieb in der Schweiz», zi-

tierte ihn die *New York Times* am 24. Oktober 1996. «Es wurde direkt an Schweizer Geschäftsleute verteilt», die noch Entschädigungsansprüche hatten.<sup>19</sup>

Für Entschädigungen an Schweizer Bürger, die Polen zu leisten hatte, zahlte die Schweizer Regierung 1975 mehr als 460'500 Franken auf ein Sonderkonto der polnischen Regierung bei der Schweizerischen Nationalbank ein. Dieses «Konto N» war ein von Polen bei der Schweizer Nationalbank eröffnetes Ausgleichskonto, auf dem die Erlöse aus dem Verkauf polnischer Kohle an die Schweiz zusammen mit Geldern von nachrichtenlosen Konten polnischer Bürger aus der Zeit vor 1939 einschliesslich aller Schweizer Entschädigungsansprüche miteinander verrechnet werden sollten.

Zu Anfang jeden Monats, so das Geheimprotokoll, beginnend mit dem 1. Januar 1951, sollten die Reparationen der Schweizer Regierung auf dem «Konto N» zur Verfügung gestellt werden. Die Beträge sollten als Teilzahlung für die gesamte in Artikel 1 und 3 des Vertrages festgesetzte Entschädigungsleistung betrachtet werden. In einem separaten Protokoll hiess es, die Summe der Gelder auf nachrichtenlosen Konten von polnischen Bürgern in der Schweiz belaufe sich auf schätzungsweise 1,6 Millionen Dollar.<sup>20</sup>

Hug zufolge wurde in dem Geheimabkommen zwischen Polen und der Schweiz auf Betreiben der Schweizer Banken hin festgelegt, Polen und nicht die Schweiz habe zu garantieren, dass die Gelder von den nachrichtenlosen Konten den rechtmässigen Erben ausgehändigt würden. Als die Schweiz das Geld überwies, teilte sie den Polen jedoch die Namen der Kontoinhaber nicht mit. Hug hält es für moralisch sehr fragwürdig, dass die Schweiz 50 Jahre lang keinen Versuch unternommen hat, die Leute zu finden, denen dieses Geld eigentlich gehörte.<sup>21</sup> Bei einer Zahlung im Jahr 1975, so Hug, weigerte sich die Schweiz wiederum trotz wiederholter Anfragen der Polen, die Namen der Kontoinhaber zu nennen. Die Schweizer hätten sich auch geweigert, den ungarischen Behörden eine Liste möglicher Erben zu übergeben, da man im Kalten Krieg die Politik verfolgte, die Namen der Kontoinhaber den kommunistischen Regimen nicht preiszugeben, aus Furcht, ihr Leben und das ihrer Erben zu gefährden.



Kürzlich in Washington freigegebene Dokumente belegen, dass die Amerikaner Teile des Abkommens zwischen Polen und der Schweiz kannten und den Schweizern am 23. Dezember 1949 eine Protestnote schickten. In diesem Schreiben heisst es, das US-Aussenministerium habe Informationen erhalten «im Zusammenhang mit dem Handels- und Finanzabkommen zwischen der Schweiz und Polen vom 25. Juni 1949, das gegenwärtig dem Bundesparlament zur Ratifizierung vorliegt». In diesem Abkommen, so beanstandeten die Amerikaner, sei «dem Vernehmen nach eine Klausel enthalten, der gemäss die Vermögenswerte polnischer Staatsbürger in der Schweiz, die ohne Erben verstorben sind, der Regierung Polens ausgehändigt werden sollen».<sup>22</sup> Die Vereinigten Staaten verzichteten jedoch aufgrund geopolitischer Erwägungen im Kalten Krieg darauf, sich direkt in die inneren Angelegenheiten des kommunistischen Polen einzumischen.

Erst als D'Amato im Herbst 1996 die Sache wieder auf den Tisch brachte, etwa 47 Jahre nach der Unterzeichnung jener Nachkriegsabkommen, richtete sich der Zorn der Weltöffentlichkeit gegen die Schweiz. Während man dort selbst abwehrend blieb und weiterhin fadenscheinige Ausreden für diese unmoralischen Verträge vorbrachte, waren andere Länder sogleich bereit, die Abkommen zu verurteilen. Selbst manche osteuropäischen Unterzeichnerländer der Entschädigungsabkommen mit der Schweiz äusserten sich missbilligend.

Polen, inzwischen eine Demokratie, erklärte, die ehemaligen kommunistischen Machthaber hätten mit dem Entschädigungsabkommen von 1949 unmoralisch gehandelt. Nach einer zwei Monate dauernden Prüfung des Vertrags von 1949 stellte der polnische Aussenminister Rosati fest, das Abkommen enthalte «viele rechtliche Mängel... Es wurde vom polnischen Parlament nicht ratifiziert... die Art und Weise, wie das Geld angenommen wurde, war nicht rechtmässig, weil keine Suche nach möglichen Erben stattgefunden hat». Rosati fügte hinzu, seine Regierung werde nun versuchen, noch lebende Erben zu finden, und zu diesem Zweck die Schweizer Behörden um nähere Angaben zu den rechtmässigen Eigentümern der Vermögen auf nachrichtenlosen Kon-

ten bitten. Zehn Tage später übergab die Schweiz Polen eine Liste mit Namen von 53 polnischen Staatsbürgern, darunter mehrere Holocaust-Opfer, deren Schweizer Bankkonten nach dem Zweiten Weltkrieg für erbenlos erklärt worden waren. Ein paar Tage später händigte die Schweiz Ungarn eine ähnliche Liste mit den Namen von 33 Personen aus, die meisten davon Opfer des Holocaust, deren Bankkonten nach dem Zweiten Weltkrieg für erbenlos erklärt und dem ungarischen Staat überlassen wurden. Die Schweiz gab diese Listen heraus, um den beiden Staaten bei der Suche nach den Erben der Kontoinhaber zu helfen.

Inmitten des internationalen Wirbels wegen der Enthüllungen über die Schweizer Nachkriegsvereinbarungen mit den Ostblockländern ernannten die Schweizer Regierungsvertreter Thomas Borer zum Sonderbotschafter, der das internationale Ansehen der Schweiz wiederherstellen sollte. Borer unternahm die richtigen Schritte und versuchte, seine Schweizer Bedenken zu Sorgfalt, Genauigkeit und Rechtmässigkeit hintanzustellen. Er bemühte sich nicht erst, einleuchtende Erklärungen für diffizile Vereinbarungen zu finden, etwa für die geheimen Abkommen mit kommunistischen Staaten. Die ökonomischen und politischen Probleme in der damaligen Situation waren zu komplex, als dass sie in einem Fernsehspot von zwei Minuten hätten dargestellt werden können. Vielleicht hat er Verachtung empfunden für seine amerikanischen Kontrahenten, weil sie demagogisch argumentierten und Tatsachen einfach ignorierten, aber er verbarg solche Empfindungen sorgfältig. Schliesslich wusste Thomas Borer genau, dass er den Kampf um das Ansehen der Schweiz nicht mit historischen oder juristischen Erklärungen zu Ereignissen in der Vergangenheit gewinnen konnte, sondern nur mit öffentlicher Zerknirschung und Reue.

Bei seinem ersten öffentlichen Auftritt in Washington vor dem Bankenausschuss gab sich Borer als einfülsamer Diplomat zu erkennen, der sich anscheinend persönlich verpflichtet fühlte, die Wahrheit über die Geschäfte der Schweiz mit dem Dritten Reich herauszufinden. Er erläuterte die verschiedenen Bemühungen von Schweizer Seite, die Sache zu prüfen, darunter die vom Parlament beauftragte Kommission aus

neun internationalen Historikern. Diese Wissenschaftler konnten ohne Beschränkung die Archive durchkämmen und sollten die Rolle der Schweiz im Krieg gründlich untersuchen.

Ein weiterer Versuch Borers, sein Engagement für die jüdische Sache zu unterstreichen, war der Hinweis, er sei in Basel aufgewachsen. In Basel hatte Theodor Herzl im August 1897 den ersten zionistischen Kongress veranstaltet.

«Ich möchte allen Beteiligten versichern, dass ich meinen gegenwärtigen Auftrag sehr ernst nehme», sagte er. «Gestern nachmittag, nachdem ich mich auf das heutige Hearing vorbereitet hatte, habe ich das Holocaust-Museum besucht. Ich war schon einmal dort, als es 1994 eröffnet wurde. Dieses Mal wollte ich in der Umgebung einer so wichtigen Gedenkstätte darüber nachdenken, ob die Schweiz und auch ich persönlich genug tun... Ich glaube, dass mein Land alles in seinen Kräften Stehende unternimmt und dass die Initiativen, die ich heute vorstellen werde, alle Fragen auf einfühlsame, moralische und gerechte Weise lösen werden. Wir tun das Richtige... Der politische Wille der Schweiz und die Moral ihrer Bürger stimmen überein in ihrer Antwort auf alle jene, die während des Krieges verfolgt wurden oder starben. Wir erkennen an, dass die Rechenschaft über die Vergangenheit der Schlüssel für die Zukunft ist.»<sup>23</sup>

Doch trotz aller Eloquenz machte Borer einen grossen Fehler: Er blieb nicht da, um sich die Zeugenaussagen der Holocaust-Überlebenden anzuhören, die nach ihm sprachen. Die Auschwitz-Überlebende Alice Burger Fisher wies in ihrer Aussage vor dem Bankenausschuss auf den raschen Abgang des Sonderbotschafters Borer hin. «Es verletzt mich zu sehen, dass Botschafter Borer, im Auftrag der Schweizer Regierung, es nicht für nötig hielt zu bleiben, um sich die Aussagen der Opfer und der Erben der Kontoinhaber anzuhören.» Anschliessend schilderte sie, warum es ihr nicht möglich gewesen war, die Einlagen ihres Vaters bei Schweizer Banken zu bekommen.<sup>24</sup>

Bronfman war ebenfalls nicht beeindruckt, und kurz nach der Aussage Borers vor dem Bankenausschuss griff er die Schweizer Regierung und die Schweizer Finanzinstitutionen heftig an, weil sie so lange

brauchten, um die Einlagen auf nachrichtenlosen Konten an die rechtmässigen Erben auszuzahlen. «Bis jetzt kann man nicht einmal von Schneckentempo sprechen», meinte der empörte Bronfman. «Trotz aller Diskussionen in den vergangenen Jahren ist bis heute kein einziger Franken ausgezahlt worden. Und die Holocaust-Überlebenden sind nun in hohem Alter, sie sterben... Deshalb muss das Erfordernis, die historische Wahrheit aufzudecken, gegen die handfesten Bedürfnisse der alternenden Opfer aufgewogen werden.»<sup>25</sup>

Borer schien die Kritik und die Vorliebe des Jüdischen Weltkongresses für rasche Antworten vorausgeahnt zu haben. «Wir sind uns vollkommen darüber im Klaren, dass nichts weniger als unser Ansehen als ehrenhaftes Land und verlässlicher Freund auf dem Spiel steht», sagte er, wohl als Antwort auf Bronfmans Kritik. «Wie Sie vielleicht wissen, stehen die Schweizer in dem Ruf, nüchterne Leute zu sein, die harte Arbeit und strenge Korrektheit schätzen. Zu unserem Nationalcharakter gehört eine deutliche Vorliebe für Realismus im Gegensatz zur Fantasterei, eine Vorliebe für den Kompromiss und nicht für die Ideologie.»<sup>26</sup> Bei einem privaten Treffen mit Borer wiederholte Bronfman die Forderung des Jüdischen Weltkongresses nach einer ersten finanziellen «Geste» der Schweizer Regierung in Form von 250 Millionen Dollar, um den bedürftigen Holocaust-Opfern zu helfen, die Auskunft über die ruhenden Konten ihrer Familien auf Schweizer Banken erwarteten.

Borer fixierte Bronfman bei diesem ersten Treffen mit Vertretern des Jüdischen Weltkongresses mit verständnisvollem Blick, nickte an den richtigen Stellen und erklärte ihm, er sei persönlich darauf verpflichtet, den Holocaust-Überlebenden zu helfen. Er werde sich bei der Regierung für diesen Fonds stark machen, versicherte er seinem Gegenüber. Bronfman hatte jedoch das kurze Scharmützel mit Schweizer Beamten ein Jahr zuvor immer noch in schlechter Erinnerung. Er war jetzt nicht bereit, sein ganzes Vertrauen in Sonderbotschafter Borer zu setzen, doch gab er zu, Borer sei für einen Schweizer wirklich ein sympathischer Mensch.

Nach den Hearings des Bankenausschusses fuhr Borer in die Schweiz zurück, ganz zuversichtlich, einen guten Eindruck hinterlassen zu ha-

ben. Ein amerikanischer Kongressabgeordneter hatte seine Rede als «kraftvolle Bekundung der Selbstverpflichtung»<sup>27</sup> bezeichnet, die Wahrheit aufzudecken. Gewiss war die Schweiz nun auf dem besten Weg, ihr beschädigtes internationales Ansehen wiederherzustellen. Die 20'000 Dollar der Regierung für die Entwicklung einer medienwirksamen Strategie hatte Borer zweifellos gut angelegt. Zumindest erklärte Borer dies alles seinem Chef, Aussenminister Flavio Cotti. Die Sache lief so gut, meinte Borer, dass er erstmal einiges zurückstellen konnte. Die Gemälde in seinem Büro würde er auch noch in ein paar Wochen aufhängen können, die Aktenberge konnten ebenfalls warten. Borer fühlte sich gut. «Man riet mir, nicht in die Vereinigten Staaten zu reisen, weil man mich dort schlachten würde», gestand Borer. «Doch ich denke, die Sache lief gut.»<sup>28</sup> So gut, dass Borer und seine Verlobte nun guten Gewissens zu ihrem langersehnten Skiurlaub in die Alpen aufbrechen konnten.

Doch gerade als er ein Zimmer in einem beliebten Ferienort reservieren wollte, rief die französischsprachige Sekretärin Flavio Cottis wieder an. Ein etwas entspannterer Sonderbotschafter nahm den Hörer ab, murmelte ein paar Worte auf französisch, legte auf und eilte aus dem Büro.

«Tut mir leid, ich muss gehen», sagte er und zog seine Krawatte fest. «Flavio Cotti will mich sprechen, und er mag es nicht, wenn ich ihn warten lasse.»<sup>29</sup>

Weniger als einen Monat nach Borers Debut in Washington sollten seine internationalen diplomatischen Bemühungen um die Wiederherstellung des angekratzten Schweizer Ansehens sich als vergeblich und eitel erweisen. Schliesslich lag es nicht in Borers Macht, seinem Land die Folgen der törichten Äusserungen hochrangiger Mitglieder der Schweizer Regierung und der Bankenwelt zu ersparen.

Die spektakuläre Serie von Peinlichkeiten begann 31. Dezember 1996, nachdem die Schweiz bereits ein Jahr am Pranger der Weltöffentlichkeit gestanden hatte. An diesem Tag gab der scheidende Bundespräsident Jean-Pascal Delamuraz der Schweizer Presse das traditionelle In-

terview zum Jahresende. Delamuraz, zugleich Wirtschaftsminister der Schweiz, übergab am 1. Januar 1997 die Präsidentschaft seinem Nachfolger Arnold Koller. In einem langen Interview mit der französischsprachigen *Tribune de Genève* brachte Delamuraz seine Ansicht über die Stimmung im Schweizer Volk und bei seinen Kabinettskollegen zum Ausdruck.

«Das ist nichts anderes als Wucher und Erpressung», sagte Delamuraz mit Blick auf die wiederholten Forderungen des Jüdischen Weltkongresses nach einem «Interimsfonds» für die Holocaust-Opfer, die Auskunft über die Vermögen ihrer Familien in der Schweiz erwarteten. «Dieser Fonds würde es viel schwieriger machen, die Wahrheit herauszufinden. Ein solcher Fonds würde als Schuldeingeständnis betrachtet werden. Niemand... scheint zu sehen, dass es abgesehen von der hartnäckigen Suche nach der historischen Wahrheit auch ein starkes politisches Interesse gibt, die Schweiz zu destabilisieren und zu kompromittieren... – Die wirtschaftliche Konkurrenz ist scharf [für die Schweizer Banken], und diese Affäre beweist es. Hier gibt es Verbindungen zu Schaltstellen in Washington und London, wo man nichts anderes als die Zerstörung des Finanzplatzes Schweiz im Sinne hat.»<sup>30</sup>

Delamuraz mochte vielleicht tatsächlich geglaubt haben, er gebe die Verärgerung vieler seiner Landsleute wieder, doch auf der internationalen Bühne hatte er dem Land und sich selbst einen Bärendienst erwiesen. Thomas Borer brach seinen Skiurlaub ab und eilte nach Bern zurück, um die Wogen zu glätten. Journalisten in der ganzen Welt druckten Teile des Interviews der *Tribune de Genève* nach, unter Schlagzeilen wie «Schweizer Präsident bezeichnet Holocaust-Ansprüche als ‚Erpressung‘». <sup>31</sup> Die Begriffe «Erpressung» und «Wucher» waren die einzigen, die zahllose eifrige Kritiker der Schweiz von dem unglücklichen Interview in Erinnerung behielten. Und darauf pochten sie mit grösster Hartnäckigkeit. Da nützte es auch nichts mehr, dass der neue Präsident Arnold Koller die Äusserungen seines Kollegen verteidigte und bemerkte, er schätze es nicht, von den Kritikern der Schweiz herumgestossen zu werden, denen er «Arroganz und unfaire Methoden»<sup>32</sup> vorwarf.

Abraham Burg, Vorsitzender der israelischen Jewish Agency, einer halbstaatlichen Organisation, nannte Delamuraz' Äusserungen «eine

Verschwörung seitens des Schweizer Präsidenten, welche die Verhandlungen zwischen uns zum Scheitern bringen soll, damit die Schweizer keine Verantwortung für ihr Handeln... während des Krieges übernehmen müssen.»<sup>33</sup>

In den Vereinigten Staaten reagierten jüdische Gruppen voller Zorn. «Es ist der Gipfel der ‚Chuzpe‘, wenn der Präsident eines Staates, der Milliarden von Dollar an seinen Geschäften mit dem Nazireich verdient hat, die 55 Jahre später erhobenen Forderungen nach Gerechtigkeit und Rückerstattung für seine Opfer als ‚Erpressung‘ bezeichnet», sagten die Rabbis Marvin Hier und Abraham Cooper, Leiter der Zweigstelle des Simon-Wiesenthal-Zentrums in Los Angeles in einer gemeinsamen Presseerklärung.<sup>34</sup>

Jüdische Gruppen in der Schweiz berichteten von einer Welle antisemitischer Aktivitäten im Gefolge von Delamuraz' Äusserungen. Martin Rosenfeld vom Schweizerischen Israelitischen Gemeindebund in Bern sagte, seine Organisation habe eine Flut antisemitischer Briefe erhalten. Die meisten Briefe stammten von älteren Menschen, die sich gegen die jüdischen Entschädigungsforderungen 50 Jahre nach dem Krieg zur Wehr setzten.

«Die ganze Entwicklung kam nach den Äusserungen von Delamuraz und dem darauffolgenden Aufruhr in Gang», sagte Rosenfeld. «Zuvor war es ruhig gewesen. Viele fühlen sich durch Delamuraz ins Recht gesetzt und meinen, wenn ein Kabinettsmitglied sich so ausdrücken darf, sei die Schwelle für antisemitische Äusserungen gesenkt worden... Nicht dass die Schweizer besonders antisemitisch wären. Einen unterschweligen Antisemitismus gab es immer, doch bis jetzt haben die Leute nicht gewagt, ihn offen zum Ausdruck zu bringen.»<sup>35</sup>

Tatsächlich öffnete der Präsident mit seinen Bemerkungen die Tore für eine Flut aufgestauter Feindseligkeit der Schweizer gegen Juden, und zwar vor allem gegen die amerikanischen und israelischen Juden. In einem Brief, den die *Neue Zürcher Zeitung* veröffentlichte, heisst es, die Juden wollten nur Geld von der Schweiz haben, nichts weiter als Geld. Wenn der Friede mit den Palästinensern Geld bringen würde, hätten die Juden ihn inzwischen erzwungen.<sup>36</sup>

In einem liberalen Blatt wie der *SonntagsZeitung*, das vorwiegend die jüngere Generation in der Schweiz anspricht, hiess es in einem Leitartikel, Delamuraz habe ein Tabu gebrochen. Der junge Chefredakteur des Blattes, Ueli Haldimann, schrieb, Delamuraz habe mit seinem Vorwurf, die jüdischen Organisationen würden unehrenhaft handeln, ein Signal gesetzt. Nun würden die alten Vorurteile gegen die Juden wieder zum Vorschein kommen, und zwar nicht bei den Neonazis. Die latente antijüdische Stimmung sei immer noch vorhanden, besonders unter den Älteren in der Bevölkerung.<sup>37</sup>

Ein Journalist im *Tagsanzeiger* ging noch einen Schritt weiter. Wenn er Minister Delamuraz und seine vielen Freunde höre, fühle er sich ins Mittelalter zurückversetzt: Der Jude, der seine Grundrechte beanspruche, sei lästig und erpresserisch. Die Juden, so die Stimmung, sollten nicht so dreiste Forderungen erheben, sondern freundlich bleiben, selbst wenn die Schweiz nach einem halben Jahrhundert immer noch zögere, ihre seit Langem bekannten Fehler einzugestehen und die Juden durch einen Fonds zu entschädigen, sofern es nicht bereits zu spät sei.<sup>38</sup>

Die Schweizer Sozialdemokraten, die grösste Koalitionspartei, forderten, das Kabinett solle sich von den Äusserungen des Ministers Delamuraz distanzieren. Der Jüdische Weltkongress forderte dasselbe und drohte mit einem Boykott der Schweizer Banken, falls Delamuraz sich nicht entschuldige. Doch das Schweizer Kabinett stellte sich einmütig hinter Delamuraz, wie auch die Mehrheit der Schweizer Bevölkerung in jeder neuen Meinungsumfrage. Delamuraz seinerseits verweigerte zunächst eine Entschuldigung, gab jedoch zu, er «bedauere», dass seine Äusserungen falsch verstanden worden seien und die Gefühle der Holocaust-Opfer und ihrer Familien verletzt haben könnten.<sup>39</sup>

Schliesslich jedoch gab Delamuraz angesichts der internationalen Kritik nach. Zwei Wochen nach seinem aufsehenerregenden Interview mit der *Tribune de Genève* schrieb er an den Präsidenten des Jüdischen Weltkongresses Edgar Bronfman, er bedaure sehr, «Ihre Gefühle und die ... der jüdischen Gemeinschaft insgesamt verletzt zu haben. Ich versichere Ihnen, dass dies nicht in meiner Absicht lag. Die Information,



auf die ich meine Stellungnahme hinsichtlich des Fonds gründete, war unzutreffend. Ich freue mich auf die Wiederaufnahme einer konstruktiven Zusammenarbeit mit den Schweizer Behörden und den Schweizer Banken, um die verbleibenden Fragen zu klären und uns den gemeinsamen Zielen der Wahrheit und Gerechtigkeit näher zu bringen.»<sup>40</sup>

Die zerknirschte Entschuldigung hatte die gewünschte Wirkung. Der Jüdische Weltkongress blies sein Vorhaben ab, die Schweizer Banken zu boykottieren, und setzte die Verhandlungen mit den Schweizer Behörden über Bronfmans «Interimsfonds» für die Holocaust-Opfer fort.

Doch kaum hatten Borer und seine Kollegen in der Schweizer Regierung einen kollektiven Seufzer der Erleichterung ausgestossen, brach ein weiterer aufsehenerregender Skandal über das Land herein.

Am Donnerstag, dem 9. Januar, drehte der Wachmann Christoph Meili nach Geschäftsschluss seine Runden in der Hauptniederlassung der Schweizerischen Bankgesellschaft an der eleganten Zürcher Bahnhofstrasse, dem Finanzzentrum der Stadt. Im Schredder-Raum der Bank bemerkte er zwei grosse Behälter auf Rädern, die mit alten Hauptbüchern und anderen Dokumenten gefüllt waren. Meili blickte sich kurz um und betrat schnell den Raum. Der achtundzwanzigjährige Wachmann blätterte in einem Stoss Unterlagen aus den Behältern, und was er las, verblüffte ihn: deutsche Verträge aus den dreissiger und vierziger Jahren und mit Federhalter geführte Hauptbücher, die aussahen, als stammten sie aus dem 19. Jahrhundert.

Meili weiss nicht genau, warum er zu lesen aufhörte oder warum er eine Viertelstunde später einen Paken Dokumente und ein grosses Hauptbuch unter sein Hemd stopfte. Irgendetwas, erinnert sich Meili, schien einfach nicht in Ordnung zu sein mit diesen Dokumenten, die offensichtlich vernichtet werden sollten.

«Ich dachte mir: ,Warte mal einen Moment. Das ist historisches Material», erklärte Meili einem Reporter der *New York Times*. «Da gab es mehr als 40 Seiten über Grundstücke, und sie stammten aus den Jahren 1933, 1934 und 1937. Ich sah die Daten von Zahlungen und Kreditauf-

nahmen. Ich sah Strassennamen und Hausnummern, manche davon in Berlin.»<sup>41</sup> Meili stellte fest, dass einige Dokumente, die er aus der Bank herausgeschmuggelte, Informationen über «Zwangsversteigerungen» oder Enteignungen in Berlin zwischen 1930 und 1940 enthielten, Aufzeichnungen über Kredite an Schweizer und deutsche Firmen zwischen 1920 und 1926 sowie handgeschriebene Protokolle von Zentralbanksitzungen aus dem Jahr 1875.

Am nächsten Tag rief Meili die israelische Botschaft in Bern an und fragte, was er mit dem grossen Hauptbuch und den 59 losen Aktenblättern tun solle. Ein Vertreter der Botschaft antwortete ziemlich schroff, er solle die Dokumente entweder zur Botschaft in Bern bringen, oder sie in den Briefkasten werfen. Meili steckte die Unterlagen jedoch in eine Einkaufstasche und brachte sie in ein jüdisches Gemeindezentrum in Zürich, in dem vor allem Kinder betreut werden. Werner Rom, Direktor des Gemeindezentrums, war schockiert, als er die Dokumente sah. Zunächst misstraute er Meili. Er wollte soviel wie möglich über Meili herausfinden und besuchte ihn in seiner bescheidenen Wohnung in einem Arbeiterviertel von Baden, ganz in der Nähe von Zürich, wo der Wachmann mit seiner Frau Giuseppina und zwei kleinen Kindern lebt.

«Ich wollte sehen, was für ein Mensch er ist», sagte Rom, nachdem er mit Meili und seiner Frau gesprochen hatte. «Es sind einfache Menschen, aber es sind gute Menschen – sie haben viel Würde.»<sup>42</sup> Rom warnte Meili, er werde vermutlich seine Stelle verlieren, wenn er die Dokumente der Presse übergebe. Meili sprach mit seinem Vater, einem kleinen Geschäftsmann, und mit seiner Frau. Beide rieten ihm von einem solchen Schritt ab, doch Meili entschloss sich mutig, die Welt über seinen Fund zu informieren.

«Als Gott mir diese Dokumente in die Hände gab, musste ich handeln», sagte Meili, und fügte hinzu, er habe nicht weiter über die laufende Debatte in seinem Land zur Rolle der Banken und ihrer Verbindungen zum Dritten Reich nachgedacht, als er die Dokumente an sich nahm.<sup>43</sup>

Und so ging Meili ein paar Tage später tatsächlich an die Öffentlichkeit. Wie Rom vorausgesagt hatte, verlor er sofort seine Stelle bei der

privaten Sicherheitsfirma, die für die Schweizerische Bankgesellschaft arbeitet. Auch eine polizeiliche Untersuchung bekam Meili an den Hals. Es sollte geprüft werden, ob er das Bankgeheimnis verletzt hatte, als er die Unterlagen dem jüdischen Gemeindezentrum vorgelegt hatte. Stundenlang wurde er von Polizeibeamten zu seinen Beweggründen verhört. War er Mitglied einer politischen Partei? Einer terroristischen Organisation? Bekam er Geld für die Weitergabe der Dokumente? Nein, sagte Meili immer wieder. Er habe einfach *gespürt*, dass etwas nicht in Ordnung sei, als er diese wichtigen historischen Dokumente kurz vor ihrer Vernichtung entdeckt habe. Es sei seine Pflicht als Schweizer Bürger gewesen, sie zu retten.

Meilis naives und impulsives Vorgehen trieb die Schweizerische Bankgesellschaft und mit ihr das ganze Land noch tiefer in den Skandal. Die Affäre um die Dokumente im Schredder-Raum verblüffte Kritiker wie Verteidiger der Schweiz. Schliesslich hatte vor kaum einem Monat das Schweizer Parlament per Gesetz beschlossen, eine Kommission einzusetzen, die die finanziellen Beziehungen des Landes zu den Nazis untersuchen sollte. Danach wurde es als Straftatbestand eingestuft, historische Dokumente zu vernichten, die Licht auf diese Zeit werfen konnten.

Die Schweizerische Bankgesellschaft reagierte sofort und nannte die Aktenvernichtung einen «bedauerlichen Fehler». Allerdings, so wurde angemerkt, habe der hauseigene Historiker erklärt, die Dokumente hätten nichts mit der aktuellen Diskussion über den Holocaust zu tun. Die Bekundungen der Bank schienen jedoch etwas zweifelhaft, besonders als die Chefsprecherin der Bank, Gertrud Erismann-Peyer, darauf hin wies, dass Erwin Haggenmüller, der Bankarchivar, bei dem Versuch, die Dokumente zu vernichten, auf eigene Faust gehandelt habe. Haggenmüller, ein langjähriger Vizepräsident der SBG und seit 1993 mit den Archiven der Bank betraut, hatte keine Bestandsliste der vernichteten Dokumente angefertigt. Aus diesem Grund konnten die Schweizer Behörden nicht sagen, ob er das Gesetz von 1996 zum Schutz historischen Materials aus der Nazizeit verletzt hatte. Haggenmüller hatte nach Aussage der Ermittler drei grosse Packkisten von jeweils einem Kubikme-

ter Inhalt und zwei anderthalb Meter hohe Plastikmülltüten zur Aktenvernichtung aussortiert.

«Der Historiker traf das Urteil, diese Dokumente hätten nichts mit der gegenwärtigen Diskussion um den Holocaust zu tun – nichts, und das ist der entscheidende Punkt», sagte Frau Erismann-Peyer<sup>44</sup> und fügte hinzu, Haggemüller habe just zu dem Zeitpunkt, als das gesetzliche Verbot der Vernichtung von Dokumenten in Kraft getreten sei, «zufällig» eine auf drei Wochen veranschlagte Prüfung begonnen, welche Dokumente vernichtet werden sollten. Haggemüller erhielt keine Gelegenheit, seine Version der Geschichte zu schildern. Ein paar Tage nach dem Vorfall im Schredder-Raum wurde er beurlaubt. Die SBG liess sogar einen Trupp Wachleute vor seinem Haus am Stadtrand von Luzern postieren.

Die SBG geriet weiter ins Zwielficht, als die Ermittler entdeckten, dass ein Teil des zur Vernichtung bestimmten Materials von einer Tochtergesellschaft, der Eidgenössischen Bank, stammte. Sie war im Zweiten Weltkrieg eine der grössten Schweizer Banken, deren Schicksal direkt mit dem Aufstieg und Fall des Dritten Reichs verknüpft war. Als das Naziregime zusammenbrach, kam auch die Bank in wirtschaftliche Schwierigkeiten; 1945 wurde sie von der SBG übernommen.

Der Schweizer Journalist Gian Trepp, der vier Bücher über die Schweizer Banken verfasst hat, bemerkt dazu: «Es gab mehrere Schweizer Banken, die irunden dreissiger Jahren enge Beziehungen zu Deutschland unterhielten, und die Eidgenössische war eine davon. Sie verknüpften ihr Schicksal mit dem des Naziregimes. Das bedeutet, dass alles, was die Eidgenössische betrifft, potentiell mit dem Holocaust zu tun hat.»<sup>45</sup>

Die Kritiker der Schweiz reagierten auf die Aktenvernichtung mit ungläubigem Erstaunen. «Wenn man bedenkt, wieviel Aufsehen diese Sache in der Schweiz erregt hat», sagte D'Amato, «dann kommt es einem erstaunlich vor, dass sie dieses Zeug 50 Jahre lang herumliegen liessen und ausgerechnet diesen Monat damit anfangen, es zu schreddern.»<sup>46</sup>

Der grosse, leise auftretende Schweizer Staatsbürger Meili, wurde für jüdische Gruppen weltweit zum sogenannten «Dokumenten-Hel-

den». Er bekam Fanpost aus Israel, New York und aus der ganzen Schweiz. In Israel pflanzte man zu seinen Ehren einen Baum. Im Februar lud das israelische Parlament Meili als Ehrengast zu einem Besuch des Landes ein. «Sie sind nicht nur ein Held für uns, das jüdische Volk, sondern für die Geschichte», sagte Abraham Foxman, Direktor der New Yorker Anti-Defamation League. Foxman überreichte Meili eine goldene Menora und eine Spende von 50'000 Franken für seine Anwaltskosten. Mindestens zwei Schweizer Banken weigerten sich, das Geld anzunehmen.

«Mag sein, dass er das Gesetz gebrochen hat, um ein Verbrechen zu verhindern», sagte Foxman über die strafrechtlichen Ermittlungen gegen Meili, weil er mit der Entwendung der Dokumente das Bankgeheimnis verletzt haben könnte. «Doch um welches Verbrechen geht es? Um das Verbrechen, die Vergangenheit zu vertuschen. Es gibt Tausende von Leuten, einfachen Leuten, die in den Kriegsjahren Bankbeamte, Sekretäre, Boten oder Schreiber waren. Sie wissen etwas von der Wahrheit, die in der Vergangenheit in die Schredder geworfen wurde und verschwunden ist.»<sup>47</sup>

Meili, bestärkt womöglich durch die Aufmerksamkeit der Medien und den Beifall aus Israel, appellierte an seine Schweizer Mitbürger, es ihm bei entsprechender Gelegenheit gleichzutun. «Wenn es Menschen in der Schweiz gibt, die von solchen Dingen wissen, möchte ich an sie appellieren: Haben Sie den Mut, etwas zu tun, um Licht auf dieses Problem zu werfen.»

Doch die öffentliche Meinung in der Schweiz war zu Meilis Vorgehen gespalten, wie über den gesamten Skandal um die Beziehungen des Landes zum Dritten Reich. Robert Studer, der Präsident der Schweizerischen Bankgesellschaft, stellte im Schweizer Fernsehen Meilis Beweggründe in Frage.

Seines Wissens dürfe er davon ausgehen, dass die Motive, die Meili für sein Handeln genannt habe, nicht seine einzigen seien, erklärte Studer. Er weigerte sich jedoch, diesen Punkt weiter auszuführen. Studer ist nicht gerade bekannt für grosses Geschick im Umgang mit den Medien. Anfang 1996 hatte er verkündet, dass seine Bank weniger als 10 Millionen Dollar auf den nachrichtenlosen Konten gefunden habe. Er

bezeichnete den Betrag bei einer Pressekonferenz als «Peanuts». Und zum Vorgehen Christoph Meilis meinte er, der Wachmann hätte auch seine Vorgesetzten informieren und auf diesem Wege versuchen können, die Vernichtung der Dokumente zu verhindern.<sup>48</sup>

Nachdem Studer die Lauterkeit von Meilis Motiven im Fernsehen angezweifelt hatte, nahm sich der arbeitslose Wachmann einen Anwalt und verklagte Studer wegen Verleumdung. In der Anzeige, in der keine Schadenssumme genannt wird, heisst es, Robert Studer habe Meili verleumdet, indem er die Redlichkeit seiner Bewegungsgründe für die Mitnahme der Dokumente angezweifelt habe.

Aus Protest löste Meili sein Konto bei der Schweizerischen Bankgesellschaft auf. Der Zürcher *Blick* traf mit einer dicken Schlagzeile auf der Titelseite den Kern der Sache: «Liebe SBG. Es stinkt!».

Für Sonderbotschafter Borer hätte die Schlagzeile genausogut lauten können: «Liebe Schweiz: Es stinkt!» Die Aktenvernichtung bei der SBG kurz nach den «Erpressungs»-Vorwürfen eines scheidenden Bundespräsidenten war ein regelrechter Alptraum. Er verbrachte viel Zeit bei Treffen mit hochrangigen Schweizer Politikern oder versuchte in telefonischen Unterredungen mit seinen New Yorker Beratern einen Weg zu finden, die Schweiz aus dem Schlamassel herauszuholen. Mitglieder des Bundesrates, zuvor noch wegen der Einrichtung von Bronfmans Interimfonds zerstritten, verbrachten nun stundenlange Sitzungen mit der Frage, wie ein solcher Fonds den Schweizern nahezubringen wäre, ohne antisemitische Gefühle wachzurufen oder politische Gegner des rechten Spektrums zu bestärken.

Während sich Borer hinter verschlossenen Türen mit den politischen Spitzen des Landes traf, um die organisatorischen Einzelheiten des Regierungsfonds festzulegen, geriet die Schweiz durch die Vorgehensweise eines angesehenen Schweizer Diplomaten erneut ins Rampenlicht der internationalen Öffentlichkeit.

Am 24. Januar 1997 erhielten die Redakteure der *SonntagsZeitung* ein vertrauliches Dokument zugespielt, in dem die neue Strategie der Schweiz im Umgang mit den Forderungen der jüdischen Organisatio-

nen dargelegt wurde. In dem internen Memorandum des Aussenministeriums, verfasst von Carlo Jagmetti, dem Schweizer Botschafter in Washington, wurden die Anschuldigungen jüdischer Organisationen gegen das Land als «Krieg» bezeichnet, den die Schweiz an zwei Fronten, der inneren und der äusseren, führen und gewinnen müsse. Jagmetti stellte weiterhin fest, man könne den Gegnern der Schweiz in diesem Krieg «nicht trauen», und die jüdischen Ansprüche müssten mit einer Pauschalzahlung abgegolten werden, um den Frieden auf allen Ebenen wiederherzustellen. Als Jagmettis interne Beurteilung der Lage zwei Tage später in der *SonntagsZeitung* veröffentlicht wurde, verlangten jüdische Organisationen in der Schweiz und im Ausland seinen Rücktritt. Sie bezeichneten seine Äusserungen als gefühllos, ja sogar als antisemitisch.

Der freimütige Abraham Burg, Vorsitzender der Jewish Agency in Jerusalem, verurteilte Jagmettis Wortwahl. «Wir werden nicht eine einzige dieser Bemerkungen vor der Öffentlichkeit unangefochten stehen lassen», sagte Burg und fügte hinzu, er habe nach Delamuraz' «Erpressungs»-Vorwurf eine Morddrohung aus der Schweiz erhalten. «Verbale Gewalt führt zur Aufwiegelung, zu Rassismus und Mord. Wir werden sie mitsamt der Wurzel ausreissen.»<sup>49</sup>

Auch die US-Regierung reichte eine formelle Beschwerde ein. «Wenn es stimmt, dass sich der Schweizer Botschafter in dieser Weise geäussert hat», erklärte der Sprecher des Aussenministeriums Nicholas Burns, «offenbart dies einen elementaren Mangel an Verständnis für die Verpflichtung der amerikanischen Regierung ihren Bürgern gegenüber und für die Suche nach Gerechtigkeit für Menschen, deren Rechte während des Zweiten Weltkriegs tiefgreifend verletzt wurden. Das ist sehr beunruhigend.»<sup>50</sup>

Jagmetti hatte schon einige Monate zuvor die Wut angeheizt. Damals hatte er Greta Beers Ansprüche gegenüber der Schweiz in Frage gestellt und öffentlich die «Fehldarstellungen und Verzerrungen»<sup>51</sup> in den Anschuldigungen gegen die Schweiz verurteilt. Besonders scharf zurückgewiesen hatte er die auf 20 Milliarden Dollar Schadenersatz veranschlagte Sammelklage in den USA gegen die grössten Banken der Schweiz. Er bestritt ausserdem öffentlich Behauptungen, die Schweiz

habe nach dem Krieg Geheimabkommen mit kommunistischen Ländern getroffen, um Schweizer Bürger mit den erbenlosen Einlagen von Holocaust-Opfern zu entschädigen.

Doch in all diesen Fällen behauptete Jagmetti, er versuche nur, der Wahrheit näher zu kommen, und er bemühe sich um eine zutreffende und historisch angemessene Darstellung der Schweizer Rolle im Krieg. Borer hatte zuvor freilich schon die Erfahrung gemacht, dass in einer so emotionsgeladenen Debatte für Genauigkeit und Fakten wenig Raum bleibt. Obwohl Jagmetti mit dem, was er sagte, vermutlich recht hatte, erschien den Gegnern des Landes und der internationalen Presse dieser Veteran des Schweizer diplomatischen Korps mit seinen 35 Dienstjahren als Elefant im Porzellanladen. Jagmetti muss gewusst haben, dass er aus dem internationalen Medien-Spektakel nicht als Sieger hervorgehen konnte. Einen Tag nach dem Erscheinen des Artikels in der *Sonntags-Zeitung* kündigte er seinen Rücktritt an. Er stellte anheim, nicht erst wie vorgesehen im Juli 1997, sondern schon mehrere Monate vorher in den Ruhestand zu treten.

Bei einer Pressekonferenz in Washington erklärte Jagmetti, seine Äusserungen seien aus dem Zusammenhang gerissen worden und begründete, warum er vorzeitig in den Ruhestand gehen wollte: «Ich halte es nicht mehr für angebracht, meine Tätigkeit als Botschafter in diesem Land bis zum... ursprünglich geplanten Zeitpunkt fortzusetzen», sagte der angesehene Diplomat, der eine Anwaltsausbildung absolviert hatte und dessen solide diplomatische Laufbahn ihm Posten in einigen der bedeutendsten Weltstädte eingebracht hatte, darunter Brüssel, Paris, Rom und London. «Die Weitergabe interner Papiere an die Presse, die darauf folgenden Berichte in den Medien und die Reaktionen der betroffenen Personen und der Öffentlichkeit haben eine für mich intolerable Lage entstehen lassen.»<sup>52</sup>

Jagmetti unterstrich, insbesondere habe ihn die Anschuldigung verletzt, die Äusserungen in dem vertraulichen Memorandum seien tendenziell antisemitisch. «Der Vorwurf des Antisemitismus ist besonders widerwärtig und schädigt mutwillig mein Ansehen als Verfechter allgemein menschlicher Werte», stellte Jagmetti in einer vorbereiteten Erklärung fest.



Zum Schluss machte Jagmetti deutlich, worin der Kern des Problems zwischen der Schweiz und ihren Kritikern in den Vereinigten Staaten besteht – im mangelnden Verständnis der verschiedenen Kulturen, das Jagmetti selbst nicht hatte verbessern können. «Die Animositäten in Amerika und in der Schweiz sind nicht die gleichen; die Kunst der Kommunikation oder der Gebrauch der Sprache unterscheiden sich in vieler Hinsicht... Missverständnisse können und werden leider hin und wieder auftauchen», sagte er. «Mochte ich auch harte Worte im Text dieses internen, vertraulichen, nicht für die Öffentlichkeit bestimmten Dokuments verwendet haben, so sollten sie doch unsere Entscheidungsträger darin bestärken, dieses Problem so schnell wie möglich anzugehen. Meine Worte waren und sind eine Aufruf an die Schweizer, unsere Hausaufgaben zu machen... Nichts ist wichtiger für das Volk und die Regierung der Schweiz, als die vollständige Wahrheit in dieser Sache so schnell und human wie möglich herauszufinden... Sollte festgestellt werden, dass Vermögenswerte von Opfern des Holocaust immer noch in der Schweiz festgehalten werden, wird meine Regierung nicht ruhen, bis sie an die rechtmässigen Eigentümer oder an eine Wohlfahrtsorganisation ausgehändigt worden sind.»<sup>53</sup>

Aussenminister Flavio Cotti tat wenig, um die Missstimmung der internationalen Öffentlichkeit wegen Jagmettis Äusserungen zu beseitigen. Zwar verurteilte er die Weitergabe des vertraulichen Berichts an die Presse und erklärte, er werde das Schweizer Kabinett ersuchen, eine strafrechtliche Untersuchung einzuleiten, doch er entschuldigte sich nicht für das Vorgehen des Botschafters und deutete in der Öffentlichkeit auch nicht an, dass derart schroffe Bemerkungen selbst in einem vertraulichen Memorandum völlig fehl am Platze seien. Cotti hielt zu seinem Botschafter und bedauerte, dass ein so gewissenhafter und erfolgreicher Diplomat seine Laufbahn auf diese Weise beenden musste.

Aufgrund dieser Taktlosigkeiten auf höchster Ebene traten viele Schweizer auf die Seite jüdischer Gruppen, um sich für den Bronfman-Fonds stark zu machen. In der ganzen Schweiz versuchten viele einfache Bürger, das Ansehen ihres Landes wiederherzustellen und sich von

ihren scheinbar gleichgültigen Regierenden abzusetzen. Sie unterzeichneten Petitionen, in denen sie die Regierung aufforderten, als Geste des guten Willens einen gut ausgestatteten Fonds einzurichten. Kirchliche Gruppen organisierten Schweigemärsche in Solidarität mit den Opfern des Holocaust und des Antisemitismus. Schulkinder sammelten Spenden für die verarmten Holocaust-Überlebenden in Osteuropa. Schweizer Wissenschaftler, Schriftsteller und Politiker gründeten einen privaten Hilfsfonds und hofften, bei ihrer ersten Spendenkampagne mehr als eine Million Franken für Juden in der weissrussischen Hauptstadt Minsk und für das Warschauer Institut für jüdische Geschichte zusammenzubringen. Die Gruppe setzte eine ganzseitige Anzeige in die Schweizer Zeitungen, in der es hiess, die Unterzeichner, Bürger und Bewohner der Schweiz, fühlten sich durch das Verhalten der Banken und der Regierung ihres Landes diskreditiert... Das Ansehen und die Glaubwürdigkeit der Schweiz als demokratische Nation seien kompromittiert und gefährdet.<sup>54</sup>

Sogar die Schweizer Banken, deren Ruf wegen der Boykottdrohungen in den Vereinigten Staaten angeschlagen war, boten an, zunächst jene 32 Millionen Dollar, die sie fast ein Jahr zuvor auf nachrichtenlosen Konten gefunden hatten, einem Fonds für verarmte Holocaust-Überlebende zur Verfügung zu stellen. Auf Drängen Rainer Guts jedoch, des Direktors der Credit Suisse, verdoppelten die Banken ihr Spendenangebot.

Solche Gesten entgingen Borer und den Vertretern des Schweizer Kabinetts nicht, die hinter den Kulissen heftig bemüht waren, die Reputation des Landes wiederherzustellen. Am 26. Februar beschloss der Schweizer Bundesrat die Gründung eines Humanitären Fonds für die bedürftigen Opfer des Holocaust, der von einem Gremium aus vier Schweizern und vier von der World Jewish Restitution Organization zu benennenden Personen geleitet werden sollte. Dieser Fonds sollte bedürftigen Personen zugute kommen, die wegen ihrer Rasse, ihrer religiösen oder politischen Überzeugungen oder aus anderen Gründen verfolgt wurden oder auf andere Weise Opfer des Holocaust wurden. Zwar sollte der Fonds auch Sinti und Roma, Homosexuelle und Behinderte unterstützen, die unter der Verfolgung durch die Nazis gelitten hatten,

doch die Schweizer Regierungsvertreter erklärten, der Grossteil der Gelder werde an Juden verteilt, die den Holocaust überlebt hätten und nun in Osteuropa lebten, wo sie wegen des Kalten Krieges nicht in den Genuss der Nachkriegsentschädigungen hatten kommen können. Nun mussten die Schweizer nur noch eine Geldsumme benennen.

Eine Woche später verblüffte der Schweizer Bundespräsident Arnold Koller die Weltöffentlichkeit, als er in einer Rede vor dem Bundesparlament erklärte, seine Regierung werde sieben Milliarden Franken für einen neu zu gründenden Fonds bereitstellen.

Heute müsse sich die Schweiz nicht schämen, dass sie vom Krieg verschont geblieben sei, sagte Koller in einer morgendlichen Sondersitzung des Parlaments. Jedes Land habe vor allem seine eigenen Interessen verteidigt. Auch die Schweizer hätten das Recht darauf gehabt. Sie hätten das Recht gehabt zu überleben. Doch stelle er sich dennoch die Frage, ob und in welchem Ausmass es allen Schweizer Bürgern gelungen sei, den hohen moralischen Anforderungen während des Krieges gerecht zu werden. Daher müssten die Schweizer offene Selbstkritik zulassen und sich die dunklen Seiten dieser schwierigen Epoche eingestehen.<sup>55</sup>

Falls die verblüffend hohe Geldsumme als demonstrative Geste verstanden werden sollte, mit der man an die vorwiegend amerikanischen Kritiker der Schweiz appellieren und der Kritik aus dem Ausland den Boden entziehen wollte, so hat sie ihren Zweck jedenfalls erfüllt. Bronfman nannte den Fonds einen «Sieg für das jüdische und das Schweizer Volk» und erklärte sich bereit, mit den Schweizer Behörden bei der Verwendung des Geldes für langfristige humanitäre Projekte zusammenzuarbeiten. Selbst Greville Jänner, der britische Parlamentsabgeordnete, äusserte ein widerwilliges Lob. «Sie wollen nicht die Parias von Europa sein, deshalb haben sie einen richtigen Vorschlag auf den Tisch gelegt und diesen Fonds eingerichtet.»<sup>56</sup>

Die Stiftung war tatsächlich ein grosser Public-Relations-Erfolg für die Schweiz, die damit ihre Tradition als Land der Humanität und des Roten Kreuzes fortsetzte. Sofort nach der Bekanntgabe, der Entschei-

dung sprangen private Schweizer Banken mit auf den Zug und richteten einen mit 70 Millionen Dollar ausgestatteten Fonds für die bedürftigen Opfer des Holocaust ein. Der Weltöffentlichkeit sollte die Bedeutung dieser Geste nicht entgehen, und so erklärte Koller, die historische Stiftung werde im Jahr 1998 mit aufwendigen Feierlichkeiten anlässlich des 150. Jubiläums der Schweizer Verfassung von 1848 offiziell gegründet.

Koller und manche seiner Kabinettskollegen erfreuten sich für einen kurzen Moment des internationalen Lobgesanges, der auf die spektakuläre Ankündigung folgte. Doch nur für einen Moment, denn nun mussten sie die recht grosszügige finanzielle Geste den Bürgern eines Landes erklären, in dem die Wirtschaft seit mehreren Jahren stagniert, der Immobilienmarkt zusammenzubrechen droht und die Arbeitslosigkeit ungewöhnlich hoch ist. Koller fand für seinen Plan keine allgemeine Zustimmung, auch nicht bei den Kabinettskollegen. Der Plan, mit Hilfe von Sonderbotschafter Borer unter besonders strenger Geheimhaltung ausgearbeitet, gewann nur begrenzte Unterstützung im Kabinett. Drei der sieben Mitglieder vertraten die Auffassung, das Konzept sei einfach nicht durchdacht genug.

Um die Kritiker zu besänftigen, wies Koller sofort daraufhin, dass die Stiftung nicht durch höhere Steuern oder durch Sparmassnahmen der Regierung finanziert werden solle. Koller und seine Berater hatten nämlich ein recht verwickeltes Verfahren ausgearbeitet, um mit der Einrichtung des Fonds nicht den Haushalt des Landes zu belasten. Die Schweiz werde ihre unterbewerteten Goldreserven aufwerten und einen grösseren Teil der Gewinne für den Grundstock des Fonds verwenden. Die Goldreserven der Schweizerischen Nationalbank sind per Gesetz auf einen Wert von 117 Dollar pro Unze fixiert. Der gegenwärtige Marktpreis liegt jedoch bei 350 Dollar für die Unze. Die Schweizer Goldreserven sind gegenwärtig mit 12 Milliarden Franken bewertet, doch ihr Marktpreis liegt beträchtlich höher. Nach Kollers Plan sollte die Schweizerische Nationalbank den offiziell festgestellten Wert ihrer Goldreserven erhöhen, um die höheren Weltmarktpreise zu berücksichtigen. Die Wertsteigerung sollte sie dazu verwenden, die Schweizer

Stiftung für Solidarität einzurichten. Hans Meyer, dem Direktor der Schweizerischen Nationalbank zufolge, wollte die Stiftung das ihr ausgehändigte Gold in einem Zeitraum von etwa zehn Jahren frei verkaufen «und die Erlöse in zinsbringende Anlagen investieren».<sup>57</sup> Mit soliden Investitionen könnte der Fonds nach Meinung von Finanzexperten bis zu 400 Millionen Dollar im Jahr für langfristige Hilfsprojekte erwirtschaften.

Um der Schweizer Opposition gegen den Fonds den Wind aus den Segeln zu nehmen, verlieh Koller der neuen Stiftung einen umfassenden Auftrag. Er verlagerte den Schwerpunkt weg von Fragen jüdischer Ansprüche und des Holocaust und erklärte, der Fonds solle auch Opfern von Armut und Katastrophen, von Völkermord und schweren Verletzungen der Menschenrechte zugute kommen. Um Kritik aus dem eigenen Land zuvorzukommen, erklärte die Regierung, dass mindestens die Hälfte der Mittel in der Schweiz selbst ausgegeben werden solle, die andere Hälfte im Ausland.

Doch trotz aller Planungen im Vorfeld regte sich in der Schweiz Widerstand gegen Koller. Er musste nun die Bevölkerung davon überzeugen, dass die Stiftung im besten Interesse der Schweiz sei, vor allem, da die Schweizer am Ende wohl bei den nächsten Wahlen über diese aussergewöhnlichen Schritte entscheiden würden. Denn für eine Neubewertung der Schweizer Goldreserven war eine Verfassungsänderung durch Volksabstimmung notwendig. In der ganzen Geschichte des Landes hatte es bisher nur einen einzigen Versuch der Regierung gegeben, die Verfassung zu ändern. Die Schweizer stimmten 1992 darüber ab, ob sie der Europäischen Union beitreten wollten. Damals scheiterte die Regierung. Wie standen nun die Chancen, dass die Mehrheit der Schweizer dem Vorschlag zustimmen würde, sieben Milliarden Franken, immerhin öffentliche Mittel, herzugeben? Zwar schienen viele Schweizer bemüht, das internationale Ansehen ihres Landes wiederherzustellen, indem sie Petitionen unterzeichneten und Geld sammelten, doch würden sie bereit sein, sich von einem derart grossen Batzen öffentlicher Mittel zu trennen?

Christoph Blocher, ein siebenundfünfzigjähriger Millionär und die führende Gestalt in der ultrakonservativen Schweizer Volkspartei, stell-

te sich eben diese Frage. «Der Bundesrat hat den Verstand verloren», sagte Blocher. Seine Partei ist der kleinste Partner in der regierenden Viererkoalition. Sie ist dezidiert gegen eine Entschädigung der Holocaust-Opfer aus öffentlichen Mitteln. Blocher, der mit seiner Partei 1992 eine Mitgliedschaft der Schweiz in der EU verhinderte, berichtete, nach Kollers Bekanntgabe der Fondsgründung hätten seine Wähler das Parteibüro mit Anrufen geradezu bombardiert. Blochers Partei war 1992 gegen die Mitgliedschaft der Schweiz in der Europäischen Union zu Felde gezogen und hatte gewonnen. «Dies sind öffentliche Mittel, nicht einfach nur Geld. Um was geht es denn hier im Grunde. Nüchtern betrachtet geht es um Forderungen nach Geld aus der Schweiz. Nicht so klar hingegen ist, warum die Schweiz dieses Geld bezahlen sollte.»<sup>58</sup>

Herbie Stillman fragte sich dasselbe. An einem hellen Wintermorgen sass er in der Küche seines Wolkenkratzer-Apartments in Queens, las die Zeitung und schüttelte den Kopf. «In gewisser Weise hat er recht», meinte Herbie zu Blochers Widerstand gegen den Humanitären Fonds. «Warum zahlt die Schweiz diese Riesensumme Geld? Ich glaube nicht, dass es um Gerechtigkeit geht oder um Wiedergutmachung für das, was sie in der Vergangenheit getan haben. Sie kaufen sich nur Respekt, das ist alles.»<sup>59</sup>

Als Arnold Koller den mit mehreren Milliarden Franken ausgestatteten Fonds ankündigte, wussten Herbie, seine Kusine Renée und sein Vetter Hans nicht genau, was sie davon halten sollten. Sie fragten sich, was wohl aus ihrem Anspruch auf das Vermögen des Grossvaters werden sollte, den sie gegen die Schweizer Banken geltend machten. Würden die Banken weiter suchen, nachdem die Schweizer Regierung einen Lösungsvorschlag unterbreitet hatte? Und wer genau konnte Ansprüche gegenüber diesem Entschädigungsfonds geltend machen? Würde das Geld den Antragstellern oder anderen Holocaust-Überlebenden zugute kommen, die nie Vermögen auf Schweizer Banken hatten?

«Die ganze Sache ist im Grunde aus dem Ruder gelaufen», sagte der Anwalt Sergio Karas wütend. Er vertritt die Ansprüche der Familie Hammersfeld und be für chtet ebenfalls, nachdem die Aufmerksamkeit

der Weltöffentlichkeit jetzt auf den Fonds gerichtet wurde, könnten die individuellen Ansprüche in dem Medienrummel untergehen. «Die Schweizer scheinen sich damit zufriedenzugeben, das Problem mit Geld zu erledigen und es dabei zu belassen. Und wer bekommt das Geld? Der Jüdische Weltkongress? Es sieht so aus, als ob seine Führer meine Klienten ausstechen und das Geld einheimsen wollten. Ich sag's nicht gerne, aber ich glaube wirklich, meine Klienten werden jetzt vom Jüdischen Weltkongress übervorteilt.»<sup>60</sup>

Herbie vergrub den Kopf in der Morgenzeitung. «Wir wollen nur das, was Grossvater gehörte», sagte er. «Ob es nun 20, 2'000 oder 200'000 Dollar sind, ist gleichgültig. Wir wollen es einfach zurückhaben.»<sup>61</sup>

**8** IM HERBST DES JAHRES 1937 lief ein dünner, schlaksiger Herbie Stillman, ganze elfeinhalb Jahre alt, in der Levias-Chaim-Synagoge hinter der hoch aufragenden Gestalt seines Grossvaters her. Dieser begab sich zu seinem Platz, um an diesem hohen Feiertag dem Gottesdienst in der Synagoge im Zweiten Bezirk Wiens beizuwohnen.

Abraham Hammersfeld war elegant gekleidet. Er trug seinen dunklen, dreiteiligen Anzug, und ein grosser weisser Tallit oder Gebetsmantel bedeckte seine Schultern, dessen Kragen mit silbernem Brokat besetzt war. Die Fransen des Tuchs reichten ihm bis unter die Taille. Herbie schien sich in seinem gestärkten weissen Hemd und seinem besten Anzug – ein dunkler Wollblazer und Hosen, die ihn kratzten – nicht sonderlich wohl zu fühlen. Als ältestes männliches Enkelkind nahm Herbie den Ehrenplatz neben seinem Grossvater ein. Er griff nach einem Gebetbuch, um sich in der hebräischen Sprache zu üben. Abraham brachte einen Grossteil seiner Freizeit damit zu, Herbie bei seiner Vorbereitung auf seine Bar Mizwa zu helfen, welche in eineinhalb Jahren stattfinden sollte. Der riesige, schnauzbärtige Patriarch strahlte, als er auf seinen Enkel hinunterblickte, dessen aufgeschossene, knochige Gestalt sich in stiller Andacht über die alten Schriften beugte.

Während des heiligsten Abschnitts dieses besonderen Rosch-Ha-Schana-Gottesdienstes hob der Rabbiner die Thora aus dem Schrein. Abraham Hammersfeld tat, was viele orthodoxe Juden in traditioneller Weise tun. Er schlug die Augen nieder, bedeckte seine Stirn mit dem Gebetbuch und umarmte sanft seinen ältesten Enkel. Dabei bedeckte er diesen mit den schützenden Falten seines Umhangs, so dass der Enkel keinen Blick auf die Thora werfen konnte. Es handelte sich um eine symbolische Geste, die Demut angesichts der Enthüllung des heiligen Textes ausdrückte – der Gesetze des jüdischen Volkes, die Gott Moses auf dem Berg Sinai verkündet hatte.



Das neue jüdische Jahr 5698 sollte für die Hammersfelds und alle anderen österreichischen Juden ein Jahr der Unsicherheit und der Angst werden. Doch die Juden, die sich in jener kleinen Synagoge im Zweiten Bezirk Wiens versammelt hatten und hebräische Glückwünsche für das neue Jahr austauschten, konnten kaum ahnen, was Hitler im Schilde führte und welche Greueltaten über sie und ihre Familien in den nächsten Monaten hereinbrechen würden. In der zärtlichen Umarmung seines Grossvaters fühlte sich der elfjährige Herbie Stillman vollkommen geborgen. Unter dem Gebetsmantel seines Grossvaters, der für ihn wie ein warmer, schützender Baldachin war, konnte ihm niemand etwas antun. Unter den Fransen von Abrahams Tallit schmiegte er sich eng an seinen Grossvater und hatte das Gefühl, dass in seiner kleinen Welt alles in Ordnung sei.

Doch es stellte sich bald heraus, dass keineswegs alles in Ordnung war. Knapp ein Jahr später flohen Herbie, seine Schwester Sylvia und ihre Eltern Paula und Georg gemeinsam mit Adolf, dessen Frau Edith und ihrem Sohn Hans nach Schweden, um der Verfolgung durch die Nazis zu entgehen. Ein verhärmter Abraham Hammersfeld, der aussah, als wäre er innerhalb weniger Monate nach dem Anschluss Österreichs an Nazideutschland um zehn Jahre gealtert, fuhr mit dem Taxi zur Wohnung seines Schwiegersohns Georg, um sich von seiner Familie zu verabschieden. Er sagte seinem Enkel Herbie Lebewohl und nahm ihm das Versprechen ab, seine hebräischen Studien fortzusetzen, so dass er auf seine Bar Mizwa, welche nun in Schweden stattfinden musste, gut vorbereitet sein würde. Wie sehr bedauerte es doch Abraham, seine Familie nicht begleiten zu können! Und sei es nur, um an der Freude teilzuhaben, wie sein ältester Enkelsohn den für die jüdischen Männer wichtigsten Brauch vollzog.

Einige Monate nach seiner Ankunft in Stockholm erhielt Herbie als Vorbereitung auf seine bevorstehende Bar Mizwa, die am 10. Juni 1939 in der Hauptsynagoge Stockholms stattfinden sollte, ein Geschenk von seinem Grossvater. Dieser hatte ihm seine Tefillin geschickt, zeremonielle Gebetsriemen aus Leder, die von den jüdischen Männern an Stirn und Armen getragen werden. Die Tefillin, welche die Grossväter auf

traditionelle Weise an ihre ältesten Enkel an deren Bar Mizwa weiterreichen, enthalten winzige Thora-Rollen, die von schwarzen, mit Lederriemen verbundenen Dosen umschlossen sind. Herbie öffnete das Päckchen seines Grossvaters und fand darin die schwer beschädigte Tefillin. Die Thora-Rollen waren von Postinspektoren der Nazis aufgerollt worden, und auf den heiligen, die Gesetze des Judentums enthaltenden Text – jene Gesetze, die Abraham Hammersfeld sein ganzes Leben lang so getreulich befolgt hatte – waren in willkürlicher Manier Hakenkreuze und unheilvolle Nazi-Adler gestempelt. Herbie hatte gerade seinen dreizehnten Geburtstag gefeiert. Er starrte auf die mutwillig zerstörte Tefillin und die entweihten jüdischen Gesetzesrollen. In diesem Augenblick wusste er, dass er seinen Grossvater nie wiedersehen würde.

Viele Jahre später lief Herbie die Negerlegasse in Wien entlang, jene schmale, kopfsteingepflasterte Strasse, in der sein Grossvater gewohnt hatte. Bei der Erinnerung an die Tefillin und die besondere Umarmung seines Grossvaters füllten sich seine Augen mit Tränen. Der Enkel war nun dem Alter seines Grossvaters, als er diesen das letzte Mal gesprochen hatte, sehr viel nähergerückt. Er dachte an den letzten Rosch-Ha-Schana seiner Kindheit in Wien 1937 zurück. Es war ihm alles noch so lebhaft in Erinnerung: der scharfe Geruch der Schwefelcreme, mit der sich der Grossvater rasiert hatte, das Ticken seiner Schaffhausen-Taschenuhr und die Wärme und Geborgenheit, die seinen ganzen Körper durchströmte, als der Grossvater ihn unter seinen Gebetsmantel zog.

«Ich kannte Grossvater nur zwölftehalb Jahre meines Lebens, und meine bedeutsamste Erinnerung ist die, dass ich mich als kleiner Junge unter seinem Tallit versteckte und mich so geborgen fühlte»,<sup>1</sup> sagte Herbie, der 1972 in die österreichische Hauptstadt zurückgekehrt war, um die Stätten seiner Kindheit noch einmal zu besuchen.

Alles war kleiner, als er es in Erinnerung hatte. Die Strasse, in der seine Grosseltern gewohnt hatten, schien so winzig und eng mit ihren dicht aneinandergedrängten Mietshäusern aus dem 19. Jahrhundert. Herbie stand vor der Negerlegasse 1, einem grauen, ziemlich nichtssagenden Eckhaus mit mehreren Wohnungen.

Der staubige Vorplatz war mit verrosteten Fahrrädern vollgestellt. Diese gehörten wohl den Studenten der Universität, die sich einige der grösseren Wohnungen teilten. Einige Minuten lang stand Herbie schweigend da, bis er schliesslich seinen ganzen Mut zusammennahm und hineinging. Er stieg langsam die drei Treppen hinauf. Der aus Queens stammende Mann mittleren Alters wurde wieder zu dem zwölfjährigen Jungen, der in fröhlicher Erwartung hinauflief, um an einem Festmahl seiner Grosseltern teilzunehmen oder mit Grossvater Hammersfeld in der wohlbestückten Bibliothek zu sitzen und sich in die Enzyklopädie zu vertiefen, während sich der Grossvater mit exotischen Orten und aufregenden wissenschaftlichen Entdeckungen befasste.

Herbie tupfte sich mit einem feuchten Taschentuch die Tränen ab und näherte sich der Wohnung Nummer 18. Dabei zersprang ihm schier das Herz. Sein hartes Klopfen durchbrach die Stille des friedlichen Frühlingsnachmittags, und das Echo schien durch das ganze zugige Mietshaus zu hallen. Herbie wartete. Es erschien ihm wie eine halbe Ewigkeit, bis schliesslich eine alte, stämmige Frau, die mit ihrem Kopf-tuch wie eine Babuschka aussah, zögernd die Tür öffnete.

«Was wollen Sie?» fragte die Frau auf Deutsch.

Herbie erklärte ihr, er sei der Enkel von Abraham Hammersfeld, der vor dem Krieg in dieser Wohnung gelebt habe. Und da er gerade in Wien sei, habe er beschlossen, vorbeizukommen und sich das alte Viertel anzusehen.

«Hammersfeld?» fragte die alte Frau.

«Ja, Abraham Hammersfeld», sagte Herbie aufgeregt. Er hoffte, sie könne ihm irgendetwas über seinen Grossvater erzählen.

«Hammersfeld? Hammersfeld? Nein, der Name sagt mir nichts», meinte die alte Frau und öffnete die Tür noch ein Stück weiter. «Möchten Sie hereinkommen?»

Beim Betreten der alten Wohnung wurde Herbie von einem Schauer ergriffen. «Ich stand einen Moment nur schweigend da und sah mich um», sagte er. Er lief durch die kleinen, düsteren Räume und stellte bestürzt fest, dass die meisten Möbel seiner Grosseltern unversehrt waren. Der Mahagonitisch, an dem er beim Seder so oft gegessen hatte, nahm

im Esszimmer noch immer denselben Platz ein. Herbie trat durch die mit Jalousiestäben versehene Flügeltür in das grosse Schlafzimmer und erkannte das antike Messingbett seiner Grosseltern. Es hatte an Glanz verloren, und die alte Matratze schien unter dem Gewicht so vieler Jahre durchzuhängen. Dennoch war es dasselbe Bett, unter dem er, seine Cousine Renée und sein Cousin Hans am Purimfest immer ihre Geschenke versteckt hatten.

Er wollte die alte Frau fragen, wie lange sie schon in der Wohnung lebte und wie sie in den Besitz der Möbel seiner Grosseltern gekommen war. Doch seine Augen füllten sich erneut mit Tränen, und er brachte lediglich ein heiseres «Danke, Frau» zustande, bevor er wieder zur Tür hinaustrat.

Auch den anderen Enkelkindern der Hammersfelds brach die Konfrontation mit der Vergangenheit fast das Herz. Bis vor einigen Jahren fiel es Hans Hammersfeld sogar schwer, mit seiner eigenen Familie über die Kriegsjahre zu sprechen. Er kehrte in den achtziger Jahren zusammen mit seinem ältesten Sohn während einer Busreise durch Europa nach Wien zurück, konnte sich jedoch nur dazu durchringen, eine einzige Nacht in seiner Heimatstadt zu verbringen. Er sagte, er fühle sich dort wie ein entwurzelter Fremder.

«Alle Plätze, die ich aus meiner Kindheit kannte, sahen so anders aus, als ich dorthin zurückkehrte», erklärte Hans. «Als Kind kam mir alles viel grösser vor, und als ich zurückkam, war plötzlich alles so winzig.»<sup>2</sup>

Renée, die von allen Hammersfeld-Enkeln die längste Zeit in Wien verbracht hatte, bevor sie 1943 mit ihrer Mutter nach Ungarn floh, ist nie mehr an ihren Geburtsort zurückgekehrt.

Renée und ihr Ehemann Charlie, beide mittlerweile Anfang siebzig, reisen mindestens einmal im Jahr nach Europa, in erster Linie, um Renées Bruder Siegfried zu besuchen, der sich von seinem Nervenzusammenbruch während eines deutschen Luftangriffs nie mehr erholt hat und nun in einem jüdischen Pflegeheim in London untergebracht ist. Doch Renée weigert sich, nach Wien zurückzukehren oder auch nur deutsch zu sprechen. Wenn sie über Deutschland und Österreich hinwegfliegt und der Pilot verkündet, dass die Maschine gerade durch

«deutschen Luftraum» fliegt, hat Renée mit Übelkeit und Atemnot zu kämpfen. Auch Oskar und Selma, Renées Eltern, weigerten sich, nach dem Krieg nach Österreich zurückzugehen. 1948 folgten sie ihrer Tochter und ihrem Schwiegersohn nach Toronto, wo sie einen in der Nachbarschaft gelegenen kleinen Laden führten. Sie bedauerten es niemals, vor dem Tod ihre Heimat nicht wiedergesehen zu haben. Beide liegen heute auf einem jüdischen Friedhof am Stadtrand von Toronto begraben.

Renées Hass auf Deutschland hat ein solches Ausmass erreicht, dass sie alle Waren vor dem Kauf ganz genau prüft, um sicherzugehen, dass sie nicht in Deutschland hergestellt wurden. Beim Kauf einer teuren Standuhr vor einigen Jahren liess sie sich vom Verkäufer mehrmals versichern, dass die Uhr kein deutsches Fabrikat sei. Sie nahm die Uhr mit nach Hause und stellte sie voller Stolz auf ein Regal in ihrem Wohnzimmer. Da entdeckte ihr Sohn Aubrey, dass Teile der Uhr tatsächlich in Deutschland hergestellt worden waren, worauf die wütende Renée sie prompt wieder in den Laden brachte und ihr Geld zurückverlangte.

«Ich muss mich jeden Tag im Spiegel ansehen», sagte sie. «Ich hasse die Deutschen für das, was sie mir und meiner Familie angetan haben. Es geschah nur einmal in meinem Leben, und ich hoffe, dass niemand anders das durchmachen muss, was ich durchgemacht habe. Denn es ist wirklich unbeschreiblich.»<sup>3</sup>

Heute leben Renée und ihr Mann Charles in einem komfortablen Bungalow in einem Vorort von Toronto und reisen mindestens einmal im Jahr nach Israel. Renée hatte sich über ihr jüdisches Erbe eigentlich nie viele Gedanken gemacht, doch sie ist heute eine engagierte Jüdin und Zionistin. «Meine stark ausgeprägte jüdische Identität kam nach dem Krieg zum Vorschein, nach dem, was sie mir angetan haben», sagte Renée. In Israel wurde Renée kürzlich die Woman of Valour-Auszeichnung verliehen, da sie ganz allein über 1,5 Millionen Dollar für jüdische karitative Einrichtungen aufgebracht hat.

«Bei meiner Ankunft in Kanada habe ich mir geschworen, nie wieder nach Wien, Deutschland oder Polen zurückzugehen», sagte Renée. «Und selbst wenn sie mir ganz Europa schenken, würde ich nicht zurückgehen.»<sup>4</sup>

Für Renée, die auch einige glückliche Erinnerungen an ihre Kindheit und Jugend in Wien hat, könnte eine Rückkehr schlichtweg traumatisch werden. Wie würde sie etwa reagieren, wenn sie das alte Bürogebäude ihres Grossvaters in der Wipplingerstrasse wiedersähe und feststellte, dass die elegante Fassade aus dem 19. Jahrhundert zerstört und in den frühen fünfziger Jahren durch ein primitives Betonrelief ersetzt worden ist, auf dem sowjetische Hafenarbeiter dargestellt sind? In der Wipplingerstrasse 35, wo Abraham seinen Textilgrosshandel leitete, befindet sich heute die Zentrale des Österreichischen Gewerkschaftsbundes.

Trotz der Veränderungen an dem Gebäude scheint die alte Hammersfeld-Firma unversehrt zu sein, obgleich sie nun einen anderen Namen trägt. Auf einem Schild am Hintereingang des Gebäudes ist eine Textilfirma genannt, die Tischtücher und Servietten für Hotels, Pensionen und Restaurants herstellt. Vielleicht ist es reiner Zufall, dass jene Textilfirma, die einst Abraham Hammersfeld gehörte und von ihm geleitet wurde, noch immer im selben Gebäude ihre Geschäfte tätigt. Wenn es tatsächlich ein Zufall ist, dann ist es jener Zufall, der im heutigen Österreich und in anderen ehemals von Nazis besetzten osteuropäischen Ländern offenbar häufig anzutreffen ist. In diesen Ländern wurden zahlreiche von den Nazis enteignete jüdische Unternehmen nie von den ursprünglichen Eigentümern zurückgefordert, da diese entweder in Konzentrationslagern ihr Leben gelassen oder sich einfach nicht darum bemüht hatten, zurückzukehren und ihr Vermögen zurückzufordern.

«Die meisten jüdischen Familien wollten nicht zurückkommen, um ihren Besitz zurückzufordern, und der österreichische Staat verfügte über keinen effektiven Mechanismus, um sich nach dem Krieg um diese Angelegenheiten zu kümmern», sagte die österreichische Politologin Irene Etzersdorfer, die eine der wenigen Studien über die von Nazis durchgeführten Enteignungen in Österreich gemacht hat.<sup>5</sup>

Der Nazi-Jäger Simon Wiesenthal, selbst österreichischer Jude, teilt diese Ansicht: «Viele Überlebende der Konzentrationslager sind nie zurückgekommen. Die Vergangenheit ist einfach zu schmerzlich.»<sup>6</sup>

Im Zweiten Bezirk gibt es nur noch wenige Juden. Vor dem Krieg hatte sich die dynamische jüdische Bevölkerung Wiens auf etwa 200'000 Einwohner belaufen. Die Strassen des Zweiten Bezirks waren von koscheren Metzgereien und jüdischen Buchhandlungen gesäumt. Heute ist nur noch eine geringe Anzahl dieser kleinen jüdischen Familienbetriebe erhalten. Diese gelten in einer Stadt, in der gegenwärtig je nach Informationsquelle zwischen 8'000 und 12'000 Juden leben, fast nur noch als kuriose Minderheiten. In der gleichen Strasse, die auch den Sitz des Auktionshauses Dorotheum beherbergt, dem René 1939 die Erbstücke der Hammersfeld-Familie übergeben hat, befindet sich das jüdische Museum Wiens. Es enthält verstaubte Regale mit Hunderten von Menoras aus Silber und Messing sowie andere Relikte des jüdischen religiösen Lebens. In dem Museum sind keine Schilder zu finden, welche die Herkunft dieser Gegenstände erklären. Stattdessen werden diese in einem Lagerraum im obersten Stockwerk des Museums gestapelt, wie irgendwelche sentimentale Andenken, für die man keine andere Verwendung mehr hat, die wegzuwerfen man jedoch auch nicht übers Herz bringt.

Niemand kümmerte sich richtig darum, die von der Negerlegasse aus gleich um die Ecke gelegene alte Synagoge wiederaufzubauen, die in der Kristallnacht zerstört wurde. In der Tat würde man nicht einmal erkennen, dass es sich bei dem verfallenden Gebäude, das nur einen Katzensprung von Abrahams alter Wohnung entfernt liegt, um eine ehemalige Synagoge handelt. Lediglich ein liebevoll angebrachtes Schild am Eingang des Gebäudes erinnert daran, dass an dieser Stelle eine der bedeutendsten Synagogen Wiens aus dem 19. Jahrhundert gestanden hat. Nach dem Krieg war das Gebäude zu einem Mietshaus umfunktioniert worden, in dem islamische Grossfamilien aus der Türkei und dem Iran in winzigen Wohnungen zusammengepfercht hausen.

Die einzige Spur, die auf das jüdische Leben hindeutet, ist eine kleine, behelfsmässige Jeschiwa (Raum für religiöse Studien), welche in einem schmutzigen Raum im zweiten Stock des Gebäudes eingerichtet wurde. Die Jeschiwa ist kaum mehr als eine triste Ansammlung von

wackligen Stühlen, einigen Holzbänken, auf denen sich Wintermäntel stapeln, und zwei grossen Arbeitstischen mit billigen, mit Blumenmustern bedruckten Plastiktischdecken. Die Jeschiwa wird von einem strengen, dunkel gekleideten und ultraorthodoxen Rabbiner geleitet, der mit hoher, klagender Stimme seine Vorträge hält und in einer Tasche seines schwarzen Mantels ein elegantes Funktelefon mit sich führt. In seiner winzigen Jeschiwa in der Grossen Schiffgasse drängen sich häufig jüdische Flüchtlinge aus dem Iran und der ehemaligen Sowjetunion. Die Männer sitzen vorn, so wie es die orthodoxe Sitte verlangt, und die Frauen, deren Köpfe mit bunten Tüchern bedeckt sind, sitzen hinter einer Absperrung aus Plexiglas im rückwärtigen Teil des Raums.

Vor der Israelitischen Kultusgemeinde, dem jüdischen Gemeindezentrum, in dem sich Eichmann als junger Bürokrat die ersten Sporen verdiente – vor dem Zweiten Weltkrieg verwies er in einem Emigrationsprogramm Tausende von Juden zwangsweise des Landes –, haben zwei israelische Sicherheitskräfte mit Funkgeräten und automatischen Waffen Posten bezogen. Die Sicherheitsmassnahmen wurden nach einer Flut von antisemitischen Aktionen hiesiger Skinheads aus der Neonazi-Szene verschärft. Unweit des Gemeindezentrums wurden Hakenkreuze und Sprüche wie «Ausländer raus» auf eine Mauer gesprüht. Dies sind kleine, aber doch eindringliche Mahnungen, dass der Fremdenhass, der zum Mord an mehreren Millionen Menschen führte, in dieser sonst hochzivilisierten Gesellschaft noch immer sehr lebendig ist. So verwundert es kaum, dass unerwartete Besucher der Israelitischen Kultusgemeinde eine gründliche, zwanzigminütige Befragung durch die israelischen Sicherheitskräfte über sich ergehen lassen müssen, bevor man sie an einer Reihe von Metalldetektoren vorbei und durch automatische, kugelsichere Schiebetüren hereinlässt.

Der Antisemitismus ist auch heute noch sehr lebendig in Österreich. Viele Menschen praktizieren noch immer das, was die österreichische Historikerin Gertrude Schneider «selektive Amnesie» nannte: Sie vergessen ganz bewusst die Rolle, welche ihre Landsleute bei den Greueln der Nazis spielten. Eine ganze Generation von Österreichern



möchte nicht daran erinnert werden, dass die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung ihren Landsmann Adolf Hitler willkommen hiess, als dieser 1938 in Österreich einmarschierte. Ebenso wenig möchte sie daran erinnert werden, dass sich viele Österreicher und Mitglieder der Nationalsozialistischen Partei bereitwillig an der Verfolgung der Juden beteiligten oder dass ein Drittel der Nazis, die die Endlösung durchführten, Österreicher waren.

Viele Österreicher würden die Vergangenheit am liebsten hinter sich lassen. Gleichzeitig fürchten zahlreiche Juden, dass sie dazu verdammt sind, die Vergangenheit nochmals zu durchleben. 1991 ergab eine Meinungsumfrage des Gallup-Instituts, dass 50 Prozent der Österreicher mehr oder weniger die Auffassung vertraten, die Juden seien an ihrer Verfolgung in allen Epochen der Geschichte selbst schuld. 19 Prozent sagten, es sei besser für Österreich, keine Juden im Land zu haben. In einer weiteren, 1996 fertiggestellten Studie fanden Forscher der Wiener Universität heraus, dass 53 Prozent der befragten Österreicher der Meinung waren, die Juden hätten auf internationaler Ebene einen zu grossen Einfluss.

«Wenn man an einem Ort wie diesem lebt, wird man stets an die Vergangenheit erinnert», sagte Robert Liska, Vizepräsident der österreichischen Vereinigung jüdischer Gemeinden. «Man steht immer an einem Scheideweg der Geschichte.» Liskas Familie stammt aus der Tschechoslowakei. Sein Vater, heute Österreichs bekanntester Kürschner, sprang während des Kriegs von einem Viehwaggon, der auf dem Weg nach Auschwitz war. Seine Mutter überlebte in Budapest mit falschen Papieren, die sie als Christin auswies. Heute leitet Liska, ein redgewandter Talmudist, neben seiner Arbeit für die jüdische Gemeinde Österreichs das Familienunternehmen in Wien.

«Niemand gibt sich der Illusion hin, dass die Juden hier beliebt sind», meinte Liska. «Wir sind realistisch.»<sup>7</sup>

Der Fall der Berliner Mauer im Jahr 1989 hat in Österreich eine Welle der Ausländerfeindlichkeit ausgelöst. Eine wahre Flut von Wirtschaftsflüchtlingen aus Osteuropa strömte ins Land. Überdies wird die wirtschaftliche Lage des Landes immer instabiler. Die Arbeitslosigkeit

steigt kontinuierlich, und öffentliche Dienstleistungen und die Sozialleistungen wurden jüngst durch drastische Budget-Kürzungen eingeschränkt, um eines der Kriterien für die vollständige wirtschaftliche Integration Österreichs in die Europäische Union erfüllen zu können.

Österreich tritt dem neuen Europa und der Zukunft mutig entgegen. Gleichzeitig ringen in Österreich jedoch viele Angehörige der geburtenstarken Jahrgänge mit der Vergangenheit und insbesondere mit der Art und Weise, wie ihr eigenes Land die Juden behandelt hat. Die Mauerbach-Auktion im Herbst 1996 erinnerte die Österreicher daran, wie reichhaltig ihr jüdisches Erbe vor dem Krieg gewesen war und wieviel davon durch den Nazi-Terror ausgelöscht wurde. Bei der offiziellen Eröffnung der Auktion wiederholte der frühere österreichische Bundeskanzler Franz Vranitzky jene Entschuldigung, die er einige Jahre zuvor ausgesprochen hatte. Er zerstörte den Nachkriegsmythos, dass die Österreicher lediglich Opfer des Nazismus gewesen seien. In diesem neuen Klima der Mitverantwortung für den Zweiten Weltkrieg vollbringen einige Bürger Österreichs aussergewöhnliche Leistungen. Eine Gruppe von vorwiegend nichtjüdischen Historikern gründete 1984 mit Unterstützung der österreichischen Regierung das bedeutendste Forschungszentrum des Landes. Dieses beschäftigt sich mit Nazi-Verbrechen gegen Juden und dem österreichischen Widerstand während des Kriegs. Das Archiv des österreichischen Widerstands ist in einigen zugigen Räumen im ersten Stock des Alten Rathauses in Wien untergebracht. Seine Mitarbeiter setzen sich grösstenteils aus engagierten Freiwilligen zusammen, die nach dem Krieg geboren wurden.

Unter dem Eindruck dieses kollektiven Schuldbekenntnisses der jüngeren Generation hadern die Juden selbst mit der Erinnerung. Insbesondere machen sie sich Gedanken darüber, wie sie künftigen Generationen im Gedächtnis bleiben möchten. Wollen sie die fortwährenden jüdischen Verdienste um das Land feiern, oder wollen sie der Menschheit als Opfer des grössten Pogroms der modernen Zivilisation in Erinnerung bleiben? In der jüdischen Gemeinde ist mittlerweile eine hitzige Diskussion darüber entbrannt, verkörpert in dem Streit um das erste Holocaust-Mahnmal der Stadt.

Die Stadt Wien unternahm 1988 den ziemlich halbherzigen Versuch, ein antinazistisches Mahnmal in Auftrag zu geben. Doch das von dem Wiener Künstler Alfred Hrdlicka gestaltete «Monument gegen Krieg und Faschismus», das auf dem Albertinaplatz in Wien errichtet wurde, war bei lokalen jüdischen Führern keineswegs beliebt, unter anderem weil die Skulptur einen alten Juden zeigt, der den Gehweg schrubbt, und somit an die Juden erinnert, die unmittelbar nach dem Anschluss von den Nazis gezwungen wurden, mit Zahnbürsten und kochendem Wasser die städtischen Strassen zu reinigen. Zahlreiche Juden empfanden die Skulptur als entwürdigend, insbesondere als Passanten begannen, das Mahnmal als Sitzbank zu verwenden. Zudem verweist Hrdlickas Monument nicht ausdrücklich auf die Greuelthaten des Nazismus.

Deshalb ordnete Wiens Bürgermeister vor drei Jahren auf einen Vorschlag Simon Wiesenthals an, auf dem Judenplatz, einem kleinen, mittelalterlichen jüdischen Platz im Herzen der Altstadt Wiens, ein neues, den Opfern des Holocaust geweihtes Denkmal zu errichten. Viele Juden widersetzten sich sofort diesem Vorschlag, vor allem nachdem Archäologen auf dem für das Holocaust-Denkmal ausgewählten Platz die Überreste einer mittelalterlichen Synagoge entdeckten. Über das Schicksal dieser Synagoge existieren widersprüchliche Berichte. Einigen Historikern zufolge wurde sie mit einer Gruppe von Juden, die in ihrem Innenraum beteten, bei einem Pogrom im Jahr 1421 niedergebrannt. Anderen zufolge setzte eine Gruppe aufsässiger Juden, die eher sterben wollten, als sich zum Christentum zu bekehren, die Synagoge in Brand und starben in den Flammen. Auf jeden Fall hängt an dem Platz noch immer eine 500 Jahre alte Tafel, auf der in lateinischer Sprache an die Abschachtung der «hebräischen Hunde» erinnert wird.

«Die Ausgrabungen sind extrem wichtig für die jüdische Gemeinde und ihre Identität», sagte Avshalom Hodik, Mediävist und Vorstandsmitglied der jüdischen Gemeinde Wiens. «Sie zeigen die grosse Bedeutung der mittelalterlichen jüdischen Gemeinde in Wien, und sie zeigen, dass die jüdische Geschichte ein fester Bestandteil der Geschichte dieses

Landes ist, die ihre eigene Bedeutung hat. Und sie zeigen auch, dass die Juden auch noch etwas anderes waren als die Opfer des Holocaust.»<sup>8</sup>

Auch jenseits der österreichischen Grenze, in der Schweiz, wird die Vergangenheit ausgegraben. Dies war ein relativ schwieriges Unterfangen, weil sich die Eidgenossen in den letzten Jahren durch die bröckelnden Schichten ihrer selbstgeschaffenen Mythen hindurchkämpfen mussten, bevor sie auf den Kern der Wahrheit stiessen.

Doch die Wahrheit erweist sich als schmerzlich und kontrovers. Denn sie untergräbt die kollektive Identität der Schweizer als Bürger eines modernen, demokratischen Staates, der sich internationalen humanitären Prinzipien verschrieben hat. Und sie untergräbt Recht und Ordnung.

«Die Wahrheit ist stets für alle schwer zu ertragen», meinte Frédéric Koller, ein junger Korrespondent bei der französischsprachigen Genfer Zeitung *Journal de Genève*. «Jeder hat immer irgendetwas zu verbergen.»<sup>9</sup>

Die Eidgenossen bilden dabei keine Ausnahme. Über 50 Jahre lang zogen sie es vor, ihre Finanzgeschäfte mit den Nazis während des Krieges zu leugnen. Schweizer Schulkinder lernten, dass ihr Land ein Bollwerk der Menschlichkeit und Demokratie gewesen sei. Wie die Österreicher, die den Mythos kultivierten, dass Österreich das Hauptopfer des Nazismus gewesen sei, glaubten die Schweizer, dass ihr schmuckes kleines Land durch seine Armee und seine uneinnehmbaren Gebirgszüge einer Nazi-Invasion entgangen sei. Doch die Wahrheit, die erst kürzlich aufgrund des unablässigen Drucks von Seiten Edgar Bronfmans und Alfonse D'Amatos ans Licht kam und einer breiten Öffentlichkeit bekannt wurde, ist, dass Schweizer Wirtschaftsbesse und Politiker einen faustischen Handel mit ihren faschistischen Nachbarn abschlossen: Um als unabhängiger, demokratischer Staat im Zweiten Weltkrieg bestehen zu können, fungierte die Schweiz als Bank des Dritten Reichs.

«Dieser Skandal diene uns als Anlass, um gewisse Diskussionen wieder aufzunehmen», erklärte Antoine Maurice, Chefredakteur des *Journal de Genève*, einer der führenden französischsprachigen Zeitungen des Landes, die sogar Diskussionsgruppen im Internet eingerichtet

hat und die Schweizer auffordert, über die Aktivitäten ihres Landes in der Vergangenheit und dessen Zukunftsperspektiven zu diskutieren. «Die Sache hat einen tieferen psychologischen Aspekt. Wir versetzen uns in die Vergangenheit zurück und sehen die Schweiz in einem schlechten Licht. Zuvor gaben wir uns der Illusion hin, die Schweiz sei nicht nur neutral, sondern geradezu heroisch. Nun tragen wir erstmals eine Kontroverse über unsere Rolle im Zweiten Weltkrieg aus, so wie einst die Deutschen in ihrem Land.»<sup>10</sup>

Heute sind viele Eidgenossen aufgrund der Rolle, die ihr Land im Zweiten Weltkrieg spielte, so sehr von Schuldgefühlen geplagt, dass eine auf den ersten Blick so harmlose Angelegenheit wie eine Werbekampagne für einen schweizerischen Uhrenhersteller eine nationale Debatte über Ethik und Moral auslösen kann. Die Firma Swatch, die offiziell die Zeitmessgeräte für die Ski-Weltmeisterschaften Anfang 1997 in Sestriere, Italien, zur Verfügung gestellt hatte, beschloss, die Leistungen der Schweizer Athleten, die bei dem Wettkampf zwei Goldmedaillen gewannen, mit folgender Werbeanzeige zu feiern: «Gibt es Gold, landet ein grosser Teil davon wie immer in der Schweiz.» Viele Schweizer Geschäftsleute waren der Meinung, die Anzeige zeuge von einem Mangel an Sensibilität. Denn die Schweiz musste sich schon zu dieser Zeit emotional mit ihrer Rolle auseinandersetzen, die sie durch das Waschen geraubten Nazigolds während des Zweiten Weltkriegs gespielt hatte.

Doch nicht alle Schweizer sind von derartigen Schuldgefühlen geplagt. Nicht alle wollen sich an dieser mittlerweile sehr lebhaften nationalen Debatte beteiligen. Heute sind es ebenso wie in Österreich vorwiegend die jüngeren, nach dem Krieg geborenen Generationen, die mutig versuchen, ihre Zukunft in den Griff zu bekommen, indem sie die Verantwortung für die Vergangenheit übernehmen. Ihre Eltern ziehen es grösstenteils vor, die Vergangenheit zu verdrängen. Sie schimpfen über die Kritiker der Schweiz und beschuldigen sie, bewusst die Schweizer Geldinstitute schädigen und den internationalen Ruf ihres Landes untergraben zu wollen. Die Debatte in der Schweiz bringt nicht nur Generationen, sondern auch ethnische Gruppen gegeneinander auf.

Den Schweizern auf der italienischen und französischen Seite liegt im Allgemeinen sehr viel mehr daran, sich an einer ausführlichen Debatte über die Vergangenheit zu beteiligen und sich eine moderne, fortschrittliche Zukunftsperspektive zu eigen zu machen. In einem nationalen Kontext bedeutet dies für die Schweiz, sich der Welt zu öffnen und Mitglied der Europäischen Union zu werden. Der Grossteil der älteren, deutschsprachigen Schweizer hingegen würde die Vergangenheit am liebsten begraben. Genau diese Menschen streben auch eine Rückkehr zu dem strengen Isolationismus der Schweiz an.

Die Auseinandersetzung der Schweiz mit ihrer Vergangenheit begann schon, bevor Edgar Bronfman im Herbst 1995 zu seinem unglückseligen Treffen mit der Schweizerische Bankiervereinigung in Bern eintraf. Etwas früher im gleichen Jahr entschuldigte sich der Schweizer Bundespräsident Kaspar Villiger offiziell für die Art und Weise, wie sein Land während des Kriegs die Juden behandelt hatte. Er erklärte, seine Regierung bereue insbesondere die Entscheidung, 30'000 jüdische Flüchtlinge an der Schweizer Grenze abgewiesen und sie somit wieder der Gestapo ausgeliefert zu haben. Ebenso entschuldigte er sich für das Drängen der Schweizer Regierung, die Nazis sollten die Pässe der Juden mit einem «J» stempeln, um sie an der Schweizer Grenze leichter identifizieren zu können.

Der lange und schmerzliche Prozess der Gewissensprüfung, der zu Villigers offizieller Entschuldigung führte, begann schon sechs Jahre früher, nämlich mit dem Ende des Kalten Krieges. Im Jahr 1989 fiel die Berliner Mauer. Gleichzeitig verlor die Schweiz ihre Daseinsberechtigung als einziges neutrales Land inmitten des geteilten Europa.

Im Klima des moralischen Absolutismus, von dem der Kalte Krieg geprägt war, schien das Konzept der Neutralität in Europa ebenso klar umrissen zu sein wie die internationale Rolle der Schweiz. Die Schweiz war Vermittlerin. Sie war der wichtige, neutrale und zentrale Standort in einer bipolaren Welt, die zwischen dem Westen und dem kommunistischen «Reich des Bösen» hinter dem Eisernen Vorhang gespalten war. Internationale Organisationen, wie etwa die Vereinten Nationen, eröff-

neten in Genf ihre Büros, und die Stadt fungierte als Gastgeberin bei Gipfeltreffen der Supermächte, bei denen kommunistische Führer auf neutralem Boden mit ihren westlichen Kollegen Zusammentreffen konnten. Um diese Neutralität zu wahren, vermied es die Schweiz, irgendwelche kompromittierenden moralischen Standpunkte zu vertreten. Sie weigerte sich, den Vereinten Nationen oder der NATO beizutreten oder bei internationalen Konflikten Partei zu ergreifen.

«Während des Kalten Krieges dachten wir Schweizer, dass wir die Besten auf der ganzen Welt seien und dass unsere Demokratie mit der Präzision eines Uhrwerks funktioniere», sagte Antoine Maurice. «Doch in Wirklichkeit konnte die Schweiz während des Kalten Krieges in moralischer Hinsicht tun und lassen, was sie wollte.»<sup>11</sup>

Die Schweiz konnte auch schon vor dem Kalten Krieg tun und lassen, was sie wollte. Denn wie die Finanzgeschäfte der Schweizer mit den Nazis zeigen, war die angebliche Neutralität der Schweiz während des Kriegs kaum mehr als eine Illusion. In Wirklichkeit war die Schweiz nur dann neutral, wenn es bequem war, neutral zu sein. Während des Zweiten Weltkriegs versteckten sich viele Schweizer Institutionen hinter ihrer Neutralität, wenn es darum ging, schwierige Entscheidungen zu treffen. Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK), die renommierteste humanitäre Organisation der Welt, ist ein treffendes Beispiel. Funktionäre des IKRK wussten lange vor Ende des Krieges, dass Juden in Konzentrationslager deportiert und von den Nazis ermordet wurden. Die Vorstandsmitglieder des IKRK grübelten über diese Informationen nach. Sie waren geteilter Meinung darüber, was man bezüglich des Holocausts unternehmen sollte. Sollten sie der Öffentlichkeit mitteilen was sie wussten, und damit möglicherweise ihre eigene Neutralität gefährden? Dies hätte bedeuten können, dass man ihnen den Zugang zu Kriegsgefangenen und zivilen Häftlingen erschwerte. Oder sollten sie lieber ihre Neutralität wahren, alles stillschweigend übergehen und sich aus der Sache heraushalten? Auf Anordnung von Carl Jacob Burckhardt, dem damaligen Vizepräsidenten der Organisation, und Philipp Etter, dem Bundespräsidenten der Schweiz und Mitglied des

Rotkreuz-Komitees, beschloss die Organisation, zu schweigen. Etter und Burckhardt waren der Ansicht, es gehöre nicht zum Mandat des IKRK, die Gesetze Deutschlands, eines souveränen Staates, anzutasten. Sie störten sich offenbar nicht daran, dass deutsche Führer einen grossen Teil ihrer Bevölkerung praktisch von einem Tag auf den anderen völlig entrechtet hatten und dass sie diese Menschen in Deutschland sowie in von den Deutschen besetzten Ländern während des Kriegs systematisch ermordeten. Wie das IKRK selbst in einer seiner Veröffentlichungen bemerkte: «Die Hilfe für die Juden hatte keine juristische Grundlage.»

«In keinem Abkommen war dies vorgesehen. Auch lieferte das Internationale Komitee nicht den geringsten Vorwand zu einer Einmischung. Im Gegenteil, alles sprach gegen ein solches Unterfangen. Die Erfolgchancen hingen ausschliesslich von dem Konsens der betreffenden Mächte ab. Und es gab all die anderen Aufgaben, welche die Konventionen oder die altherwürdige Tradition dem Internationalen Komitee auszuführen gestatteten, oder die es unter so grossen Mühen noch zusätzlich mit einbeziehen konnte. Eine Beteiligung an der Kontroverse über die jüdische Frage hätte diese ganze Arbeit gefährdet, ohne auch nur einen einzigen Juden zu retten.»<sup>12</sup>

Ein so kleinkariertes und selbstgerechter Respekt vor den Bestimmungen des Völkerrechts, während jenseits der Schweizer Grenze die schlimmsten Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen wurden, zeugt in der Tat von «moralischem Versagen». Diesen Ausdruck verwendete der Präsident des IKRK kürzlich, um die mangelnde Handlungsbereitschaft seiner Organisation zu kritisieren, als es darum ging, den grössten Völkermord der Moderne zu verhindern.

«Wir haben uns erneut Gedanken gemacht über unsere Mitverantwortlichkeit für das nahezu vollständige Versagen einer Kultur, ja einer Zivilisation, welche es versäumte, die systematische Ermordung eines ganzen Volkes und bestimmter Minderheiten zu verhindern», erklärte der Präsident des IKRK, Cornelio Sommaruga, am 50. Jahrestag des Kriegsendes 1995. «Aber glauben Sie mir, in jedem Moment, in dem



wir heute unseren humanitären Verpflichtungen nachkommen, um den Opfern von Kriegen oder politischer Gewalt zu helfen, wird mir das moralische Versagen unserer Institution während des Holocausts bewusst. Denn es gelang ihr nicht, sich über den begrenzten juristischen, von den Staaten festgelegten Rahmen hinwegzusetzen. Das heutige IKRK kann nichts weiter tun, als die eventuellen Versäumnisse und Irrtümer der Vergangenheit zu bereuen.»<sup>13</sup>

Das IKRK hat nicht nur aufgrund seiner Weigerung, sich gegen den Holocaust auszusprechen, bei der internationalen Gemeinschaft das Gesicht verloren. Auch lässt das beständige, hartnäckige Festhalten an der Neutralität die Organisation rasch zu einem Anachronismus in einer multipolaren Welt werden, in der Konflikte nicht mehr durch zwei leicht zu identifizierende, gegnerische Seiten charakterisiert sind. Die modernen Konflikte lassen sich nicht durch Schwarzweissmalerei darstellen. Vielmehr handelt es sich um Bürgerkriege und ethnische Rivalitäten, an denen mehrere Interessengruppen beteiligt sind, wie etwa in Tschechien, Bosnien, Ruanda, Liberia und Zaire. Die kriegführenden Parteien halten sich dort nicht notwendigerweise an die Bestimmungen des Völkerrechts, wie sie in internationalen Abkommen, etwa der dem IKRK als Richtschnur dienenden Genfer Konvention, festgelegt werden.

Ebenso wie das IKRK stellt auch die Neutralität der Schweiz in der sogenannten neuen Weltordnung an sich einen Anachronismus dar. Jenes Land, das sich während des unbehaglichen Friedens, von dem der Kalte Krieg geprägt war, als neutrales Bollwerk betrachtete, leidet nun unter einer schweren Identitätskrise. Wie der Schweizer Journalist Beat Brenner es ausdrückte: «Wir konnten uns durch monolithische Institutionen definieren. Nach dem Ende des Kalten Krieges wussten wir nicht mehr, was wir in der neuen Weltordnung waren oder sein wollten.»<sup>14</sup>

Die Schweiz ist in der Tat das Hauptopfer des Kalten Krieges, und viele Schweizer begreifen dies erst jetzt. Denn die Schweiz wird von der Welt in ihrer alten Funktion nicht mehr gebraucht, was auch erklärt, warum sich die Eidgenossen nun widerwillig dazu entschlossen haben, ein Teil der Welt zu werden. Sie weigern sich zwar noch immer, den

Vereinten Nationen beizutreten oder sich in Krisengebieten an Massnahmen zur Sicherung des Friedens zu beteiligen. Doch allmählich lösen sie sich von ihrer isolationistischen Vergangenheit. 1992 wurde die Schweiz Mitglied der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds. 1995 liess sie sogar zu, dass NATO-Truppen auf ihrem Weg nach Bosnien schweizerisches Territorium überquerten, was ein ungeheurer Bruch mit der eigenen Tradition war. Und letztes Jahr stellte der Schweizer Verteidigungsminister den Antrag auf Mitgliedschaft in der «NATO-Partnerschaft für den Frieden».

Wenn die Schweiz in der neueren Geschichte in moralischer Hinsicht tatsächlich tun und lassen konnte, was sie wollte, so wird sie nun zur Kasse gebeten, rückwirkend und unter Einforderung von Zinsen. Da wären zunächst einmal die emotionalen Kosten der Debatte über die nationale Identität der Schweizer. Neben der Arbeit der sogenannten Volcker-Kommission, die zur Zeit ruhende Konten auf Schweizer Banken prüft, durchforstet eine weitere Kommission, bestehend aus Historikern des In- und Auslands, Regierungs- und Bankarchive, um der Wahrheit bezüglich der Finanzgeschäfte zwischen der Schweiz und Nazideutschland näherzukommen.

Dann wären noch die Kosten der Busse zu nennen. Im Gefolge eines Skandals, in dem die früheren, ziemlich unbeholfenen Versuche der Schweiz, das Richtige zu tun, das Land nur noch tiefer in die Krise stürzten, hoffen die Schweizer Politiker, durch Beschwichtigung der Kritiker ihren internationalen Ruf zu retten. Deshalb bewahren sie auf den Rat des Sonderbotschafters Thomas Borer Stillschweigen und beteiligen sich an der kostspieligen Reue. Die drei Schweizer Grossbanken haben widerwillig eingeräumt, dass sie die Erben der Holocaust-Überlebenden nach dem Krieg möglicherweise nicht mit dem angemessenen Feingefühl behandelt haben. Sie weigern sich noch immer, das Bankgeheimnis aufzuheben und ihre ruhenden Konten offenzulegen. Dennoch zeigen sie sich um eine Wiedergutmachung bemüht. Um ihre Sünden der Vergangenheit zu büssen, haben die Banken 70 Millionen Dollar bereitgestellt, um bedürftigen Holocaust-Überlebenden zu helfen. Die Schweiz will sich mit einem geplanten Fonds für Opfer des Ho-

locausts und anderer Menschenrechtsverletzungen in der ganzen Welt um eine Wiedergutmachung bemühen. Die Einlage soll 7 Milliarden Franken betragen.

Edgar Bronfman bemerkte zu Beginn seiner Kampagne der Gerechtigkeit für Holocaust-Überlebende, dass «jeder zurückerstattete Dollar ein kleines Stück Würde repräsentiert, nicht nur für die Überlebenden, die unmittelbar davon profitieren, sondern für die ganze Menschheit, die dadurch demonstriert, dass es für jedermann moralisch inakzeptabel ist, aus der Asche der grössten Unmenschlichkeit Kapital zu schlagen».<sup>15</sup>

Doch trägt die Schweiz wirklich zur Gerechtigkeit bei, oder will sie lediglich ihre eigene Würde und ihr internationales Ansehen zurückkaufen? Aber kann man Gerechtigkeit kaufen, insbesondere, nachdem man, wie Bronfman so treffend bemerkte, von der Asche der grössten Unmenschlichkeit profitiert hat?

Nun, es scheint so. «Es geht nicht um Geld, es geht um Gerechtigkeit», sagte Bronfman. «Doch ohne irgendeine finanzielle Entschädigung ist auch keine moralische Entschädigung möglich.»<sup>16</sup>

Doch nicht jeder kann Bronfmans Vorstellung einer Entschädigung oder der Methoden, die er zur Erreichung derselben anwendet, akzeptieren. Die Frage, ob die Vernichtung einer ganzen Zivilisation überhaupt wiedergutzumachen ist, spaltet das jüdische Volk seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. In den frühen fünfziger Jahren löste die Frage, ob man für die Massenvernichtung der sechs Millionen Juden deutsche Reparationen akzeptieren solle, in Israel beinahe einen Bürgerkrieg aus. Oppositionsführer Menachem Begin führte Tausende von wütenden Demonstranten an, die vor der Knesset erklärten, dass man Deutschland durch das Akzeptieren der Reparationen weniger als ein Jahrzehnt nach dem Holocaust Anerkennung und sogar Verzeihung signalisiere.

1992 wurde die «World Jewish Restitution Organization» (WJRO) gegründet, um Regierungen in Osteuropa zu zwingen, in diesen Ländern – nach der Abkehr vom Kommunismus – jüdischen Gemeindebesitz zurückzugeben. Heute bemüht sich die Organisation, jüdische Privatvermögen zurückzufordern. Doch die aggressive Taktik der WJRO befrem-

det nicht nur Regierungsbeamte in ganz Osteuropa, sondern sie empört auch die dortige jüdische Bevölkerung. Die Vorgehensweise der WJRO stört das prekäre Gleichgewicht, das diese Gemeinden mit lokalen Behörden schaffen mussten, um unter atheistischen und oftmals feindseligen kommunistischen Regimes zu überleben.

Bronfman fungiert nicht nur als Präsident des Jüdischen Weltkongresses, sondern auch als Vorsitzender der WJRO. Um jüdische Vermögen in Osteuropa wiederzuerlangen, wandte er dieselbe Dringlichkeit und die selbstgefälligen, autoritären Strategien an, die er sich auch bei seinen Attacken gegen die Schweizer Banken zunutze machte. Die Verfahrensweise der WJRO besteht offenbar darin, sich in Situationen hineinzumanövrieren, ohne mit den konkreten Bedingungen vor Ort ausreichend vertraut zu sein, und einen so grossen Skandal anzuzetteln, dass die lokalen Behörden zum Nachgeben gezwungen sind. Viele Juden befürchten, dass die plumpe Effekthascherei des Jüdischen Weltkongresses und der WJRO empörte Gegenreaktionen auslösen und die Situation der Juden eher verschlechtern könnte, insbesondere in Ländern, die erwiesenermassen antisemitische Strömungen aufweisen. Andere befürchten, dass ein derart aggressiver Lobbyismus durch jüdische Gruppen dazu führen könnte, dass die Palästinenser die Rückgabe konfiszierter Vermögen von Israel fordern.

Bronfman wurde so häufig gefragt, ob seine Taktik den Antisemitismus nicht wieder neu entfachen werde, dass er die Antwort mittlerweile in seinen Reden und Interviews vorwegnimmt: «Der Antisemitismus wird von Antisemiten und nicht von Juden hervorgebracht. Wenn irgendjemand unsere Bitte um Gerechtigkeit [als Vorwand] für den Antisemitismus verwenden will, so ist dies sein Problem und nicht meines.»<sup>17</sup> Anders ausgedrückt: Bronfman weigert sich, irgendeine Verantwortung für sein Handeln zu übernehmen.

In der Schweiz machten sich Bronfman und seine Gefolgsleute nicht die Mühe, führende jüdische Persönlichkeiten des Landes zu befragen, bevor sie ihre Kampagne gegen das Land starteten. Die gemeinsame Kampagne des Jüdischen Weltkongresses und Senator D'Amatos gegen die Schweiz stützte sich fast ausschliesslich auf Verzerrungen der

Wirklichkeit und grobe Vereinfachungen höchst komplexer geschichtlicher Ereignisse und internationaler juristischer Vereinbarungen. «Wir wurden nicht gefragt, und dies führte zu allen möglichen Verzerrungen», sagte Rolf Bloch, Präsident des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebundes. Diese Organisation wurde kürzlich von der Schweizer Regierung beauftragt, die Verteilung der Gelder an Holocaust-Überlebende und andere Personen, die aus dem geplanten staatlichen Fonds entschädigt werden sollen, zu überwachen. «Die Schweiz mag vom Krieg profitiert haben. Doch sie profitierte nicht bewusst oder absichtlich vom Holocaust. Die Schweiz war kein Auschwitz, und dennoch erwecken diese Anschuldigungen den Eindruck, als hätten die Schweizer die Ausrottung der Juden unterstützt.»<sup>18</sup>

Mit D'Amatos Hilfe machte der Jüdische Weltkongress aus den moralisch einwandfreien Bemühungen um Rückerstattung ein Medienspektakel. Dieses basierte auf fragwürdigen Schriftstücken, die nach und nach dem Nationalarchiv in Washington entnommen wurden. Sie wurden einer leichtgläubigen internationalen Presse, die aus der lüsternten Faszination der Öffentlichkeit für die Nazigreuel Kapital zu schlagen versuchte, als sensationelle, historische Wahrheit präsentiert. Doch das Schlimmste ist, dass diese von Amerika gegen die Schweiz geführte Kampagne sich der tragischen Leidensgeschichten bediente, die von einer Gruppe alter und schwacher Holocaust-Überlebender in den Medien und vor Regierungsausschüssen in Washington erzählt wurden. Für ein globales Publikum durchlebten diese Personen die traumatischsten Episoden ihres Lebens erneut. Doch ihnen wird heute kein bisschen mehr Gerechtigkeit zuteil als bei Kriegsende 1945.

Wie der Schweizer Skandal gezeigt hat, haben die Menschen häufig merkwürdige Vorstellungen von Gerechtigkeit. Angespornt durch den Erfolg des Jüdischen Weltkongresses in der Schweiz, haben einige amerikanische Anwälte, die nicht Mitglieder der Organisation sind, gegen Schweizer Banken Klagen in Milliardenhöhe eingereicht. Eine Klage gegen einige europäische Versicherungsunternehmen, die sich weigern, die Versicherungsansprüche von Holocaust-Überlebenden anzuerken-

nen, ist ebenfalls in Vorbereitung. Viele be fürchten jedoch, dass Gerichtsprozesse, bei denen Schadenersatzansprüche von mehreren Milliarden Dollar gestellt werden, dem Anliegen der Holocaust-Überlebenden wenig dienlich sind und lediglich dazu beitragen, das 2'000 Jahre alte Klischee des geldgierigen Juden aufrechtzuerhalten. Eine Schweizer Parlamentarierin kommentierte die Klagen gegen die Schweizer Banken mit folgenden Worten: «Gesetz und Gerechtigkeit degenerieren unter diesem Aspekt rasch zum Big Business.»<sup>19</sup>

Jüdische Kritiker sind ebenfalls dieser Ansicht. «Kein Volk kann eine unbegrenzte Anzahl moralischer Forderungen an die Welt stellen», sagte Efraim Zuroff vom Israel-Büro des Simon-Wiesenthal-Dokumentationszentrums in einem Interview mit dem *Jerusalem Report*. «Es wäre weitaus sinnvoller, unsere Energie in andere Dinge zu investieren, etwa wenn es darum geht, Kriegsverbrecher vor Gericht zu bringen. Wenn wir all unsere Bemühungen darauf konzentrieren, unsere Vermögen zurückzufordern, so wird dies lediglich antisemitische Klischees verstärken, insbesondere in den armen Ländern Osteuropas.»<sup>20</sup> Weiter erklärt Zuroff in dem Interview, dass die lautstarken Bemühungen um Wiedererlangung der Vermögen sogar seiner eigenen Kampagne geschadet haben, als er Nazi-Kriegsverbrecher vor Gericht bringen wollte. Dies gilt für Länder wie beispielsweise Litauen. Dort versuchten hochrangige Regierungsbeamte kürzlich, Zuroffs Arbeit im lokalen Fernsehen zu diskreditieren. Sie unterstellten ihm, dass seine Motive nichts mit Gerechtigkeit, sondern ausschliesslich mit Geld zu tun hätten. Daraufhin versuchten jüdische Gemeinden in Ungarn, in der Tschechoslowakei und in Polen, eine respektvolle Distanz zur WJRO zu wahren. Sie wollten das Ansehen, das sie in moralischer Hinsicht in der Öffentlichkeit geniessen, nicht gefährden, indem sie an ihre Regierungen übertriebene Forderungen stellten.

Heute ist der noble Kampf für die Entschädigung der Opfer von Nazi-Greuelthaten zu einer erbitterten Fehde verkommen, die genau jenes Volk zu spalten droht, dem sie eigentlich zu Würde und Einheit hätte verhelfen sollen. Bronfman und sein Jüdischer Weltkongress mö-

gen die Schlacht um die Würde und Entschädigung der Juden in der Schweiz gewonnen haben, aber wie werden sie nun das Geld aufteilen? Bislang liegen diesbezüglich keine definitiven Pläne vor. Bronfman erklärte mehrmals, es werde bedürftigen Holocaust-Überlebenden zufallen. Doch wie lässt sich «bedürftig» definieren, und wer soll darüber entscheiden? Angesichts der Situation in Osteuropa sind praktisch alle der Meinung, dass zunächst die besonderen Bedürfnisse älterer Holocaust-Überlebender befriedigt werden sollten. Doch bezüglich der Verwendung des restlichen Geldes ist noch keine Einigung erzielt. Sollte es pädagogischen Einrichtungen der Juden zufallen? Dem Staat Israel? Es wurde sogar vorgeschlagen, einen Teil des Geldes für «Nachfolgergemeinden», etwa die ultraorthodoxenjüdischen Sekten, beiseite zu legen.

«Der Holocaust musste für alle Zwecke herhalten, einschliesslich der Geldbeschaffung durch amerikanische Juden für Israel», sagte Zuroff. «Es ist unerhört, Entschädigungssummen aus Osteuropa für die Ausbildung amerikanischer Juden verwenden zu wollen. Es ist Aufgabe der amerikanischen Juden, deren Erziehung zu finanzieren. Entschädigungssummen sollten für soziale und pädagogische Zwecke in Osteuropa verwendet werden, und damit basta.»<sup>21</sup>

Die Organisatoren der Mauerbach-Auktion in Wien gaben Ende Oktober 1996 bekannt, dass sie durch die Auktion über 14,5 Millionen Dollar eingenommen hatten. Daraufhin wollten zahlreiche österreichische Juden wissen, wem das Geld rechtmässig zustehe. Albert Sternfeld ist ein einundsiebzigjähriger Jude aus Wien, dessen Familie seit vielen Generationen in Österreich lebt. Er vertritt die Ansicht, dass die jüdischen Organisationen die Situation noch verschlimmern könnten, wenn sie die Gewinne aus einer Auktion, bei der durch die Nazis enteignete Kunstgegenstände versteigert wurden, erst vor Kurzem aus Osteuropa eingewanderten Juden zukommen liessen. Diese Personen hätten laut Sternfeld kein Recht auf die Gelder. Knapp ein Jahr nach der Auktion spielt man mit dem Gedanken, das Geld der jüdischen Gemeinde Österreichs zu spenden. Doch niemand äussert sich über die Verteilung der Gelder. «Wir sind noch immer dabei, ein Konzept und ein Verfahren für die

Verteilung der Gelder auszuarbeiten», erklärte Saul Kagan, einer der Organisatoren der Mauerbach-Auktion und Vizepräsident der Kommission zur Aufspürung jüdischer Konten von Holocaust-Opfern, ein internationales Gremium aus 22 jüdischen Gemeinden mit Sitz in New York.<sup>22</sup>

Doch viele österreichische Juden, die die Mauerbach-Auktion verfolgten, sind empört über die ihrer Meinung nach vagen Pläne des Lenkungsausschusses bezüglich der Verwendung der Einnahmen. «Es hört sich zwar sehr plausibel und fair an, die Gewinne der jüdischen Gemeinde Österreichs zukommen zu lassen, doch das ist ein Irrtum», sagte Albert Sternfeld wütend. Er ist ein Jude aus Wien, dessen Familie vor dem Krieg in der Stadt lebte. Sternfelds Familie konnte der Nazi-Tyrannie entkommen, doch der Grossteil ihres Vermögens wurde von geschäftstüchtigen österreichischen Nachbarn und Nazi-Verbrechern vereinnahmt. Mehr als 50 Jahre nach dem Krieg wartet Sternfeld noch immer auf eine Entschädigung.

«Sie setzen lediglich den Enteignungsprozess fort», kritisierte Sternfeld die Organisatoren der Mauerbach-Auktion. «Juden, die vor 1938 noch nicht hier waren und erst nach dem Krieg kamen, haben keinerlei Recht auf die Gewinne aus gestohlenen Gegenständen von Juden, die vor 1938 hier waren. Das ist keine Art der Entschädigung nach über 50 Jahren.»<sup>23</sup>

Wie können wir nach 50 Jahren überhaupt Entschädigung leisten? Können wir die Erinnerung an den Holocaust zu einem Vorwand für globale Geldbeschaffungsmassnahmen machen? Wie können wir die Enteignung und die Ermordung eines ganzen Volkes wiedergutmachen?

Diese Fragen beschäftigten Sergio Karas seit jenem kühlen Septembertag, an dem er zufällig auf den verhängnisvollen Artikel im Zürcher Tages-Anzeiger gestossen war, der ihn zu seinem Kreuzzug für die Wiedererlangung der Vermögen von Holocaust-Überlebenden veranlasste.

Sollten die Schweizer nicht die Ergebnisse der Volcker-Kommission abwarten, bevor sie Gelder an Holocaust-Überlebende verteilen? Wie wollen sie festlegen, wem das Geld aus dem Fonds der Schweizer Regierung zukommt?



Sergio Karas liess sich diese Fragen durch den Kopf gehen. Er rückte seine Krawatte zurecht und holte das elegante, vergoldete Etui hervor, in dem er seine Visitenkarten aufbewahrt – schöne rechteckige Karten in weiss und aus feinem Leinenpapier. Ein dezentes rotes Ahornblatt, das Nationalsymbol Kanadas, ist geschmackvoll neben «Karas & Partner, Anwälte für Fragen der Immigration» plazierte, als wolle Karas künftige Kunden auf seine Verdienste in Einwanderungsangelegenheiten aufmerksam machen. Karas stand in einer langen Reihe von Journalisten, jüdischen Würdenträgern und kanadischen Industriellen, die darauf warteten, Edgar Bronfman zu treffen. Dieser hatte soeben eine Rede beendet, die er im verblichenen Glanz des grossen Ballsaals in einem der vornehmsten Hotels von Toronto vor den bedeutendsten kanadischen Wirtschaftsführern gehalten hatte. Karas hat Bronfman während des letzten Jahres immer wieder geschrieben, dass der Jüdische Weltkongress seiner Ansicht nach jene gewöhnlichen Antragsteller vergesse, die seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs darauf drängten, Vermögenswerte ihrer Familien bei Schweizer Banken wiederzufinden. Zu diesen Menschen gehören auch Karas' Klienten, deren Bemühungen bislang gescheitert sind.

Viele andere Holocaust-Überlebende haben in den Geschäftsstellen lokaler jüdischer Organisationen angerufen, um zu erfahren, wie sie von den Geldern des geplanten Schweizer Fonds für Holocaust-Opfer profitieren könnten. Karas' Klienten hingegen warten noch immer darauf, Zugang zu den Vermögenswerten ihrer Familien auf Schweizer Banken zu erhalten. Der Ombudsmann der Schweizer Banken fand auf ruhenden Konten von Holocaust-Opfern nur rund 8'000 Dollar. Dennoch wird Karas' Liste von Klienten immer länger. Ausser von den Forderungen der Familie Hammersfeld weiss er mittlerweile von Forderungen Holocaust-Überlebender aus ganz Europa und den Vereinigten Staaten zu berichten. Karas verwies sie alle pflichtbewusst an seinen Partner in Zürich, der sie wiederum an den Bankenombudsmann weiterverwies.

Karas ist empört. Er befürchtet, dass Bronfmans lautstarker Lobbyismus die Stimmen derjenigen übertönt hat, die ernsthaft auf ihren indivi-

duellen Forderungen bestehen, und dass die Schweizer Bankiers keine Veranlassung mehr sehen, nach jenen schwer auffindbaren, individuellen Vermögen zu suchen, die vielleicht nicht mehr als einige hundert Dollar wert sind, aber für die Familien von Holocaust-Überlebenden, die eine gerechte Entschädigung suchen, dennoch grosse Bedeutung haben.

Der zweijährige Kampf gegen die Schweizer Banken hat Karas zu einem Zyniker gemacht, der felsenfest davon überzeugt ist, dass noch keine Entschädigung geleistet wurde. Stattdessen fanden seiner Ansicht nach weiterhin Enteignungen statt. Die Juden, behauptet er, vollenden jetzt den von den Nazis begonnenen Enteignungsprozess. Die Erinnerung, die in vielen Fällen das einzige ist, was den Holocaust-Überlebenden bleibt, wird ausgeschlachtet, um die politische Karriere eines US-Senators zu fordern und den Schweizern ein finanzielles Zugeständnis abzurufen.

«Sie wollen die Menschen mit einem Pauschalbetrag abspesen, ohne sich um die individuellen Forderungen zu kümmern», erklärte Karas und fügte hinzu, dass es seinen Klienten nicht um riesige Geldbeträge gehe, sondern darum, den Besitz ihrer Familien, das heisst einen Teil ihrer Vergangenheit, zurückzuerlangen. Karas geht es nicht um Milliarden von Dollar, sondern um Gerechtigkeit. «Ich möchte lediglich, dass meine Klienten das bekommen, was einst ihren Familien gehörte. Das ist alles.»<sup>24</sup>

Karas attackierte also nicht nur die Schweizer Banken, sondern auch den Jüdischen Weltkongress, der weder Karas' Briefe beantwortet, noch auf seine Telefonate reagiert. Eben aus diesem Grund wartete er hier zur Mittagszeit, gekleidet mit seinem besten schwarzen Anzug und einer roten Krawatte. Er war entschlossen, den milliardenschweren Diplomaten zu treffen, der offenbar so viel Macht besitzt.

Karas holte tief Luft, als er sich dem Pult näherte, an dem Bronfman sich in den Lobpreisungen seiner Anhänger sonnte. Ein älterer Holocaust-Überlebender verneigte sich sogar, um Bronfman aus Dankbarkeit die Hand zu küssen. Karas zog eine Visitenkarte hinaus, die er in Bronfmans Hand gleiten lassen wollte mit den Worten: «Dies ist keine Gerechtigkeit, Mr. Bronfman.» Und: «Dies ist keine Entschädigung, sondern Betrug.»

Karas trat auf den lächelnden Edgar Bronfman zu und streckte seine rechte Hand zum Gruss aus. «Mr. Bronfman, ich...» Doch in diesem Augenblick stürzte sich eine Schar von Fernsehreportern auf Bronfman und stiess Karas beiseite.

«Wenigstens hat er meine Visitenkarte», sagte Karas, um sich zu trösten. Dann machte er sich auf den Weg zurück zu seinem Büro. «Vielleicht ruft er mich ja eines Tages an.»

Doch während er Bronfman beobachtete, wie der sich angestrengt bemühte, vor einer laufenden Fernsehkamera die Frage des Reporters zu verstehen, wurde ihm klar, dass er auf verlorenem Posten stand. «Begriffst du denn nicht, dass all das Geld, welches er aus den Schweizer Banken und der Schweizer Regierung herausgeholt hat, uns der Gerechtigkeit kein Stückchen näherbringt?»<sup>25</sup>

«Selbst wenn man ihnen das Geld sämtlicher Schweizer Banken aushändigen würde», sagte der Schriftsteller und Holocaust-Überlebende Elie Wiesel, «könnte man dadurch keinem jüdischen Kind das Leben wiedergeben.»<sup>26</sup>

Im Herbst 1996 sass eine elegant gekleidete Wiener Opernsängerin im vornehmen Hilton-Restaurant in Wien. Sie nippte an ihrem Kaffee und sah einen Stoss von Dokumenten aus dem österreichischen Staatsarchiv durch. Es handelte sich um Fotokopien der ursprünglichen Enteignungsdokumente, die ihr Grossvater vor 58 Jahren sorgfältig ausgefüllt hatte und in denen all seine irdischen Besitztümer aufgeführt waren. Beim Anblick dieser Nazi-Relikte zuckte sie jedesmal zusammen – ein Stempel, der einen kühnen, auf einem Hakenkreuz sitzenden Adler zeigte, oder das obligatorische «Heil Hitler» am Schluss eines Behördenbriefes. Sie durchforstete begierig die Dokumente, um Hinweise auf ein Leben zu finden, von dem sie nur aus Erzählungen wusste. Sie kannte die Geschichten über ihre willensstarke Cousine Renée auswendig, die entschlossen war, die Schrecken von Auschwitz zu überstehen. Ebenso die Geschichten über ihren Cousin Hans, der in einem sibirischen Arbeitslager autodidaktisch Physik studiert hatte. Und dann gab es noch den Cousin Herbie und die lange, gefährvolle Reise seiner Familie nach Amerika, wenige Monate bevor die Vereinigten Staaten

durch den japanischen Bombenangriff auf Pearl Harbor in den Zweiten Weltkrieg hineingezogen wurden. Und dann war da natürlich noch ihr Vater Harry, der aufs Spielen versessene Lebemann, dem trotzdem die Rettung der meisten Mitglieder des Hammersfeld-Clans zu verdanken war. Denn er beschaffte Visa, um den meisten von ihnen die Ausreise aus Österreich zu ermöglichen.

Über ihren Grossvater wusste sie jedoch kaum etwas, ausser dass er tief religiös gewesen war und dass er gerne Goethe und Schiller gelesen hatte. Ja, sagte sie, während sie die offiziellen Regierungsdokumente durchsah, dies sei ihr Grossvater gewesen, Abraham Hammersfeld, der jüdische Textilhändler, der in der Negerlegasse 1, Wohnung Nummer 18, im Zweiten Bezirk gewohnt hatte und mit Lotte Hammersfeld (geborene Faust) verheiratet gewesen war, und dessen Firma sich in der Wipplingerstrasse 35 im Ersten Bezirk befunden hatte. Und dann hielt sie, von Gefühlen übermannt, mitten im Satz inne und schloss für einen Moment die Augen, um die Fassung wiederzugewinnen.

«Wissen Sie, ich habe nicht einmal gewusst, wann Grossvater Hammersfeld geboren wurde», erzählte Anita Hammersfeld, die nach dem Zweiten Weltkrieg als Tochter von Abrahams jüngstem Sohn Harry und dessen zweiter Frau Paula auf die Welt kam. Dann wiederholte sie langsam das Datum: «24. 12. 1847.» Durch die Aussprache dieser Zahlen schien sie eine tiefe innere Sehnsucht zu befriedigen.

Es war nicht mehr als ein Datum, eine Reihe von Zahlen. Doch als Enkeltochter, die vom Geist eines Grossvaters träumte, den sie nie kennengelernt hatte, glaubte sie, dass diese Zahlen ihn irgendwie der Wirklichkeit näherbrachten. Und vielleicht konnte sie dadurch auch einen Teil ihrer selbst wiedererlangen.

Tausende von Meilen von ihr entfernt, in einem Wohnzimmer in einem Vorort von Toronto, grübelte eine andere Enkeltochter über die Bedeutung von Zahlen nach. Die Zahlen auf ihrem linken Unterarm – 81006 – erinnern sie täglich an die Schrecken der Vergangenheit. Doch jene Zahlen, die der mittlerweile 74jährigen Renée Sorgen bereiten, ist die mehrstellige Nummer eines Bankkontos irgendwo in der Schweiz. «Er hat mir womöglich alle Details des Bankkontos genannt», sagte

Renée. «Ich bin mir sicher, dass er es getan hat, aber ich kann mich nicht mehr an die Kontonummer erinnern.»<sup>27</sup>

Wenn sie sich doch nur daran erinnern könnte, was ihr Grossvater bei jenem traurigen Zusammentreffen in seiner Bibliothek im April 1939 gesagt hatte. Vielleicht könnte sie dann sogar das letzte Erbe ihrer Familie wiedererlangen – das einzige Relikt aus jener schrecklichen Vergangenheit, das unversehrt und unberührt geblieben ist.

Wenn sie sich nur an die Nummern erinnern könnte ...

## *Anmerkungen*

### *Einleitung*

- <sup>1</sup> Interview mit der Autorin, 6. März 1996, New York.
- <sup>2</sup> Robert Liska, Interview mit der Autorin, 31. Oktober 1996, Wien.
- <sup>3</sup> Interview mit der Autorin, 29. Oktober 1996, Wien.
- <sup>4</sup> Interview mit der Autorin, 29. Oktober 1996, Wien.
- <sup>5</sup> Interview mit der Autorin, 28. Oktober 1996, Wien.
- <sup>6</sup> Interview mit der Autorin, 28. Oktober 1996, Wien.
- <sup>7</sup> Ebenda.
- <sup>8</sup> Franz Vranitzky am Vorabend der Mauerbach-Versteigerung, 28. Oktober 1996, Wien.
- <sup>9</sup> Barry Meier, «War's Plunder and the Swiss», in: *New York Times*, 2. November 1996.
- <sup>10</sup> Interview mit der Autorin, 10. Dezember 1996, Bern.
- <sup>11</sup> Interview mit der Autorin, 10. Dezember 1996, Bern.

### *Kapitel 1*

- <sup>1</sup> Interview mit der Autorin, 2. Januar 1997.
- <sup>2</sup> Interview mit der Autorin, 27. November 1996.
- <sup>3</sup> Steven Beller, *Wien und die Juden, 1867-1938*, Wien, Köln, Weimar 1993, S. 162.
- <sup>4</sup> Ebenda, S. 180.
- <sup>5</sup> Interview mit der Autorin, 7. Februar 1997, New York.
- <sup>6</sup> Beller, S. 183.
- <sup>7</sup> Ebenda, S. 207.
- <sup>8</sup> Interview mit der Autorin, 2. Januar 1997, Toronto.
- <sup>9</sup> Ebenda.
- <sup>10</sup> William L. Shirer, *Aufstieg und Fall des Dritten Reiches*, Köln, Berlin 1961, S. 327.
- <sup>11</sup> Ebenda, S. 315.
- <sup>12</sup> Interview mit der Autorin, 2. Januar 1997, Toronto.
- <sup>13</sup> Ebenda.

- <sup>14</sup> Shirer, S. 335.
- <sup>15</sup> Interview mit der Autorin, 2. November 1996, Wien.
- <sup>16</sup> Martin Gilbert, *The Holocaust*, William Collins Sons & Co. Ltd., London 1986, S. 59h
- <sup>17</sup> Gertrude Schneider, *Exile and Destruction. The Fate of Austrian Jews, 1938-1943*, Praeger Publishers, Westport, Conn. 1995, S. 15.
- <sup>18</sup> Interview mit der Autorin, 5. November 1996, Wien.
- <sup>19</sup> Brief von Abraham Hammersfeld an Harry Hammersfeld, 27. Juli 1938, Wien.
- <sup>20</sup> Meldung über das Vermögen von Juden, Stand: 27. April 1938, Abraham Hammersfeld, Staatsarchiv, Wien, ausgefüllt am 13. Juli 1938.
- <sup>21</sup> Memorandum des amerikanischen Generalkonsuls an das State Department vom 13. Juni 1938, Wien, verfasst von: John C. Wiley, amerikanischer Generalkonsul, Gegenstand: Lage der Juden.
- <sup>22</sup> Hannah Arendt, *Eichmann in Jerusalem. Ein Bericht von der Banalität des Bösen*, München, Zürich 1976, S. 73.
- <sup>23</sup> Ebenda, S. 74h
- <sup>24</sup> Nora Levin, *The Holocaust. The Destruction of European Jewry, 1933-1945*, Thomas Y. Crowell Company, New York 1968, S. 102.
- <sup>25</sup> Interview mit der Autorin, 5. November 1996, Wien.
- <sup>26</sup> Genehmigung des Kaufantrags, unterzeichnet von Johann Greisinger, 30. August 1938, Staatsarchiv, Wien.
- <sup>27</sup> Ebenda.
- <sup>28</sup> Brief von Adolf Hammersfeld an Georg Stillman, 27. Oktober 1938.
- <sup>29</sup> Brief an Josef Bürckel, Reichskommissar für die Wiedervereinigung Österreichs, 4. Januar 1939, von Franz Celnar, Staatsarchiv, Wien.
- <sup>30</sup> Ebenda.
- <sup>31</sup> Brief an die Vermögensverkehrsstelle, Wien, von Josef König, 18. Januar 1939, Staatsarchiv, Wien.
- <sup>32</sup> Brief von Abraham Hammersfeld an Harry Hammersfeld, 27. Juli 1938, Wien.
- <sup>33</sup> Brief von Abraham Hammersfeld an Georg und Paula Stillman, 24. Dezember 1938, Wien.
- <sup>34</sup> Telegramm von der US-Botschaft in Berlin, 28. März 1940 (State CDF 862.4016/2159).
- <sup>35</sup> Interview mit der Autorin, 2. Januar 1997, Toronto.
- <sup>36</sup> Brief von Renée Lang an Sylvia Stillman, 3. Dezember 1938, Wien.
- <sup>37</sup> Brief von Renée Lang an Harry Hammersfeld, 11. Juli 1938, Wien.
- <sup>38</sup> Zitiert in Levin, S. 101.
- <sup>39</sup> Schneider, S. 26.

- 40 Interview mit der Autorin, 2. Januar 1997, Toronto.  
 41 Georg Stillman, Brief ohne Datum.  
 42 Interview mit der Autorin, 2. Januar 1997, Toronto.

## *Kapitel 2*

- 1 Interview mit der Autorin, 6. Dezember 1996, Zürich.  
 2 Nicholas Faith, *Safety in Numbers: The Mysterious World of Swiss Banking*, Hamish Hamilton, London 1982.  
 3 Bundesgesetz der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Banken und Sparkassen vom 8. II. 1934 mit Ergänzung vom 11. 3. 1971. (*Office Collection of Federal Laws and Regulations of the Swiss Confederation*, 1971.)  
 4 Interview mit der Autorin, 6. Dezember 1996, Zürich.  
 5 Interview mit der Autorin, 6. Dezember 1996, Zürich.  
 6 Interview mit der Autorin, 17. Februar 1997, Toronto.  
 7 Constance Howard, »Switzerland«, in: *Survey of International Affairs, 1939–1946: the War and the Neutrals*, Arnold Toynbee und Veronica M. Toynbee, Hg., Oxford University Press for the Royal Institute of International Affairs, London 1956.  
 8 Larry McShane, »Document shows Nazi Extortion,« Associated Press, 16. November 1996.  
 9 Faith, S. 85f.  
 10 Interview mit der Autorin, 6. Dezember 1996, Zürich.  
 11 Memorandum »Hermann Göring«, from the US Embassy London, England, 22. September 1940, National Archives, Washington.  
 12 One of ten reports submitted to Department by American Embassy, London, 1. Dezember 1940, RG407; entry 368; box 1033, National Archives, Washington.  
 13 Bernard Edinger, »Göring said he used criminals to loot jewish art,« Reuters Paris, 29. Januar 1997.  
 14 Memorandum to Herbert J. Cummings, Department of State: Miscellaneous Safe Haven Items from Switzerland, 13. Februar 1946, National Archives, Washington.  
 15 Memorandum to Herbert J. Cummings, Department of State: »Miscellaneous Safe Haven Items from Switzerland«, by Jason Paige, Jr., 13. Februar 1946, National Archives, Washington.  
 16 Memorandum to US Treasury Department from the British Embassy, 10. Dezember 1941, RG131; 1942–60; box 51, National Archives, Washington.



- 17 Interim Report on Johann Wehrli & Co., Zürich, 23. Juni 1945, National Archives, Washington.
- 18 Faith, S. 107.
- 19 Memorandum to the Files, Subject: Richard Holtkloft, 30. Oktober 1945, RG84; box 39, National Archives, Washington.
- 20 OSS XL 12 759, zitiert in: Faith, S. 116.
- 21 Memorandum from Henry Morgenthau, Secretary of the Treasury, to Joseph C. Grew, Acting Secretary of State, Washington DC, 800.515/ 2-745, National Archives, Washington.
- 22 Memorandum from the American Embassy, Buenos Aires, to Secretary of State, Washington, 11. April 1945, Number 703, National Archives, Washington.
- 23 Ebenda.
- 24 Interview mit dem Rechercheur der Autorin in Argentinien, 6. Januar 1997, Buenos Aires.
- 25 Jorge Camarasa, «La maniobra conto con la complicitad Demokratie grandes empresas», in: *La Nacion*, Buenos Aires, 1. Dezember 1996.
- 26 Ebenda.
- 27 Charles Higham, *Trading with the Enemy: An Expose of the Nazi-American Money Plot, 1933-1949*, Delacorte Press, New York 1983, S. 2.
- 28 Reichsbankpräsident Walter Funk, Aussage beim Nürnberger Prozess, 6. Mai 1946, IMT, Bd. 13, S. 162.
- 29 Arthur L. Smith Jr., *Hitler's Gold: The Story of the Nazi War Loot*, Berg Publishers, Oxford 1989, S. 27.
- 30 Memorandum to Herbert J. Cummings, Department of State; Subject: Interview with Dr. Landwehr; from: Jason Paige Jr., Liaison Officer; 27. Mai 1946, L4-10,829-2, National Archives, Washington.
- 31 Smith, S. 7
- 32 Zitiert in: Reuters, «Swiss took stolen gold after Sweden refused document», 30. Januar 1997.
- 33 Smith, S. 49.
- 34 Memorandum from R. W. Auburn, British Embassy, Washington, to Frank Dietrich, US Treasury Department, Stabilization Office, Washington, 19. Januar 1942, ref.WTiO75/PC/2/42, National Archives, Washington.
- 35 «Swiss defend war time gold shippings to Iberia», Reuters, 13. Januar 1997-
- 36 Telegram from the Department of State to Officer in Charge of American Mission, Bern, 800.515/12-445 CS/LE, National Archives, Washington.

- 37 Faith, S. 102.
- 38 Memorandum from Department of State to Officer in Charge of American Mission, Bern, 850.3 SH-Q, German Assets in Switzerland, 18. Juli 1946, National Archives, Washington.
- 39 Foreign Economic Administration memorandum, 27. Januar 1945, RG131, 1942-60, box 457, National Archives, Washington.
- 40 Zitiert in: Faith, S. 94.
- 41 Zitiert in: Faith, S. 96.
- 42 Interview mit der Autorin, 16. Dezember 1996, Bern.
- 43 Zitiert in: Reuters-Bericht, »Document accuses Swiss of aiding Nazi war effort«, von Arthur Spiegelman, 9. Januar 1997.
- 44 Ebenda.
- 45 Interview mit der Autorin, 16. Dezember 1996, Bern.
- 46 Faith, S. 98.
- 47 Edwin Roth, »Red Cross Inhumanity, No Surprise«, *Jerusalem Post*, 4. September 1990.
- 48 Personal message from the President of the International Committee of the Red Cross to the President of the German Red Cross, concerning the taking of hostages in Holland, 1. Juni 1942, International Committee of the Red Cross, *The Work of the ICRC in German Concentration Camps*, Genf 1975, S. 38.
- 49 Raul Hilberg, *The Destruction of the European Jews*, Holmes & Meier, New York, S. 314.
- 50 Interview mit der Autorin, 12. Dezember 1996, Genf.

### Kapitel 3

- 1 Interview mit der Autorin, 2. Januar 1997, Toronto.
- 2 Interview mit der Autorin, 5. Februar 1997, New York.
- 3 Interview mit der Autorin, 2. Januar 1997, Toronto.
- 4 Selma Lang, Brief an Paula Stillman, Wien, 6. August 1940.
- 5 Selma Lang, Brief an Paula Stillman, Wien, 28. Juni 1940.
- 6 Selma Lang, Brief an Paula Stillman, Wien, 6. August 1940.
- 7 Selma Lang, Brief an Paula Stillman, Wien, 1. Januar 1941.
- 8 Abraham Hammersfeld, Brief an Georg Stillman, Riga, 1. März 1940.
- 9 Abraham Hammersfeld, Brief an Georg Stillman, Riga, ohne Datum.
- 10 Abraham Hammersfeld, Brief an Georg Stillman, Riga, 25. März 1940.
- 11 Abraham Hammersfeld, Brief an Georg Stillman, Riga, 31. Mai 1940.

- <sup>12</sup> William Shirer, *Aufstieg und Fall des Dritten Reiches*, Köln und Berlin 1961, S. 772.
- <sup>13</sup> Martin Gilbert, *The Holocaust*, London 1986, S. 182.
- <sup>14</sup> Hauptmann Paul Salitter, Schutzpolizei Düsseldorf, 26. Dezember 1941, TR-3/138, Yad Vashem Archive.
- <sup>15</sup> Abraham Hammersfeld, Brief an Georg Stillman, Riga, ohne Datum.
- <sup>16</sup> Abraham Hammersfeld, Brief an Georg Stillman, Riga, ohne Datum.
- <sup>17</sup> Gilbert, S. 178.
- <sup>18</sup> Interview mit der Autorin, 5. Februar 1997, New York.
- <sup>19</sup> C. Gwyn Moser, «Jewish U-Boote in Austria, 1938-1945», in: *Simon Wiesenthal Center Annual*, Bd. 2, New York 1985, S. 54.
- <sup>20</sup> Interview mit der Autorin, 2. Januar 1997, Toronto.
- <sup>21</sup> Interview mit der Autorin, 2. Januar 1997, Toronto.
- <sup>22</sup> Livia Rothkirchen, *Hungary – An Asylum for the Refugees*. Yad Vashem Studies on the European Jewish Catastrophe and Resistance, Jerusalem 1968, S. 127f
- <sup>23</sup> Christopher Browing, *The Final Solution and the German Foreign Office*, New York 1968, S. 130.
- <sup>24</sup> Browing, S. 128.
- <sup>25</sup> Interview mit der Autorin, 2. Januar 1997, Toronto.
- <sup>26</sup> Hilberg, S. 1044.
- <sup>27</sup> Hilberg, S. 1020f, Fussnote 339.
- <sup>28</sup> Shirer, S. 887.
- <sup>29</sup> Ebenda.
- <sup>30</sup> Lucien Steinberg, *The Jews Against Hitler*, o.O. 1973, S. 285.
- <sup>31</sup> *Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof, Nürnberg 1947-1949. Verhandlungsniederschriften*. Bd. 20, 30. Juli – 10. August 1946, S. 346 h
- <sup>32</sup> Affidavit Pohl vor dem Internationalen Militärgerichtshof, 15. Juli 1946, PS-4045.
- <sup>33</sup> *Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof*, Bd. 13, 3. Mai – 15. Mai 1946, S. 664.
- <sup>34</sup> Ebenba, S. 663.
- <sup>35</sup> Raul Hilberg, *Die Vernichtung der europäischen Juden*, Frankfurt a.M. 1990, Bd. 2, S. 1026.
- <sup>36</sup> Hilberg, S. 1023.
- <sup>37</sup> Affidavit Pohl vor dem Internationalen Militärgerichtshof, 15. Juli 1946, PS-4045.
- <sup>38</sup> Interview mit der Autorin, 2. Januar 1997, Toronto.
- <sup>39</sup> Interview mit der Autorin, 2. Januar 1997, Toronto.

- <sup>40</sup> Yuri Suhl, *They Fought Back: The Story of Jewish Resistance in Nazi Europe*, New York 1967, S. 220.
- <sup>41</sup> Gilbert, S. 745.
- <sup>42</sup> Gilbert, S. 746.
- <sup>43</sup> Suhl, S. 222.
- <sup>44</sup> Gilbert, S. 747.
- <sup>45</sup> Interview mit der Autorin, 2. Januar 1997, Toronto.
- <sup>46</sup> Hilberg, S. 1051.
- <sup>47</sup> Gilbert, S. 789.
- <sup>48</sup> Interview mit der Autorin, 2. Januar 1997, Toronto.
- <sup>49</sup> Interview mit der Autorin, 2. Januar 1997, Toronto.
- <sup>50</sup> Interview mit der Autorin, 2. Januar 1997, Toronto.
- <sup>51</sup> Interview mit der Autorin, 2. Januar 1997, Toronto.
- <sup>52</sup> Hilberg, S. 1054.
- <sup>53</sup> Interview mit der Autorin, 2. Januar 1997, Toronto.
- <sup>54</sup> Interview mit der Autorin, 2. Januar 1997, Toronto.
- <sup>55</sup> Hilberg, S. 1055.
- <sup>56</sup> Interview mit der Autorin, 2. Januar 1997, Toronto.

## ***Kapitel 2***

- <sup>1</sup> Brief von Frances Greenfield an das Aussenministerium, 20. April 1947, RG 84, 1942-49, Box 30, National Archives, Washington.
- <sup>2</sup> Marcel E. Malige, Attaché commercial près la Légation des Etats-Unis d'Amérique, Bern, 13. August 1947, Name files, 1942-49, Box 30, National Archives, Washington.
- <sup>3</sup> Memorandum der amerikanischen Gesandtschaft in Bern an das Aussenministerium, Washington, A-371, 15. August 1947, National Archives, Washington.
- <sup>4</sup> Raul Hilberg, *Die Vernichtung der europäischen Juden*, Frankfurt a.M. 1990, Bd. 3, S. 1242.
- <sup>5</sup> Interview mit der Autorin, 12. Dezember 1996, Genf.
- <sup>6</sup> Raul Hilberg, *Die Vernichtung der europäischen Juden*, Bd. 3, S. 1234.
- <sup>7</sup> «Nazi Gold: Information from the British Archives», Foreign & Commonwealth Office, General Services Command, No. 11, September 1996.
- <sup>8</sup> Peter Bernstein, «Frozen assets», Brief an den Herausgeber des *Economist*, 5.-11. Oktober 1996, London. Gleichlautend auch im späteren Interview mit der Autorin vom 6. Februar 1997 in New York.

- 9 Robert Franklin Maddox, *The Senatorial Career of Harley Martin Kilgore*, Garland Publishing Inc., New York 1981, S. 237.
- 10 Imre Karacs, »It Cost 4.6 billion pounds to stop Swiss »going Soviet«, in: *The Independent on Sunday*, 15. September 1996, London.
- 11 Nicholas Faith, *Safety in Numbers*, Hamish Hamilton, London 1982, S. 129.
- 12 Maddox, S. 237.
- 13 Faith, S. 144.
- 14 Reuters, »Swiss Knew Nazi Gold was Looted – D’Amato«, 2. Februar 1997.
- 15 Arthur L. Smith Jr., *Hitler’s Gold*, Berg Publishers Ltd., Oxford 1989, S. 92.
- 16 Marlise Simons, »Nazi Gold and Portugal’s Murky Role«, in: *New York Times*, 10. Januar 1997.
- 17 Arthur L. Smith Jr., *Hitler’s Gold*, S. 92.
- 18 Smith, S. 154.
- 19 Charles Higham, *Trading with the Enemy*, Delacorte Press, New York 1983, S. 19.
- 20 »T. H. McKittrick, World Financier: Head of International Bank During World War II Dies«, in: *New York Times*, 22. Januar 1970.
- 21 Ronald C. Newton, *The Nazi Menace in Argentina, 1931–1947*, Stanford University Press, Stanford, California, 1992.
- 22 Interview mit der Autorin, 2. Januar 1997, Toronto.
- 23 Interview mit der Autorin, 2. Januar 1997, Toronto.
- 24 Interview mit der Autorin, 2. Januar 1997, Toronto.
- 25 Interview mit der Autorin, 2. Januar 1997, Toronto.
- 26 Interview mit der Autorin, 2. Januar 1997, Toronto.
- 27 Interview mit der Autorin, 2. Januar 1997, Toronto.
- 28 John MacCormac, »Austria’s Plight Declared Worst: UNRRA Official says Country’s Food Situation is Most Desperate in Europe«, in: *New York Times*, 27. Juni 1946.
- 29 Gertrude Schneider, *Exile and Destruction: The Fate of Austrian Jews, 1938–1945*, Praeger Publishers, Westport, Connecticut, 1995, S. 160.
- 30 Albion Ross, »Austrian Receives Siberian Sentence«, in: *New York Times*, 13. September 1946.
- 31 Interview mit der Autorin, 7. Februar 1997, New York.
- 32 Schneider, S. 159.
- 33 Interview mit der Autorin, 31. Oktober 1997, Wien.
- 34 Schneider, S. 161.
- 35 Schneider, S. 162f.

- <sup>36</sup> Brief von Randolph Paul, Sonderbeauftragter des Präsidenten, an Walter Stucki, 21. Mai 1946, National Archives, Washington.
- <sup>37</sup> Interview mit der Autorin, 5. Dezember 1996, Zürich.
- <sup>38</sup> Interview mit der Autorin, 16. Dezember 1996, Zürich.
- <sup>30</sup> Faxinterview mit der Autorin, 11. März 1997.
- <sup>40</sup> Peter Nielsen, Reuters, «Swiss banks may have more Holocaust money – Volcker», 31. Januar 1997, Zürich.
- <sup>41</sup> Stephanie Cooke, «Digging up the past», in: *Euromoney*, August 1996.

## *Kapitel 5*

- <sup>1</sup> Interview mit der Autorin, 6. Februar 1997, New York.
- <sup>2</sup> Edgar Bronfman, *The Making of a Jew*, G. P. Putnam's Sons, New York, S. in.
- <sup>3</sup> Interview mit der Autorin, 6. Februar 1997, New York.
- <sup>4</sup> Bronfman, S. 115.
- <sup>5</sup> Ebenda, S. 6.
- <sup>6</sup> Ebenda, S. 51.
- <sup>7</sup> Ebenda, S. 44.
- <sup>8</sup> Interview mit der Autorin, 6. Februar 1997, New York.
- <sup>9</sup> Frank Bruni, «With Swiss Success, a Strong, Younger Voice for Jews Shows its Range», *New York Times*, 16. Februar 1997.
- <sup>10</sup> Interview mit der Autorin, 16. Dezember 1996, Bern.
- <sup>11</sup> Interview mit der Autorin, 6. Februar 1997, New York.
- <sup>12</sup> Interview mit der Autorin, 6. Februar 1997, New York.
- <sup>13</sup> Interview mit der Autorin, 6. Februar 1997, New York.
- <sup>14</sup> Johanna McCreary, «Echoes of the Holocaust», *Time*, 24. Februar 1997.
- <sup>15</sup> Interview mit der Autorin, 30. Juli 1996, Toronto.
- <sup>16</sup> Interview mit der Autorin, 4. Dezember 1996, Zürich.
- <sup>17</sup> Interview mit der Autorin, 30. Juli 1996, Toronto.
- <sup>18</sup> Interview mit der Autorin, 19. November 1996, Toronto.
- <sup>19</sup> Joshua Hammer, «Don't Cry for Him: Peron's Nazi Outreach Program», *Newsweek*, 3. Februar 1997.
- <sup>20</sup> Ronald C. Newton, *The «Nazi Menace» in Argentina, 1931-1947*, Stanford University Press, Stanford, California 1992, S. 378.
- <sup>21</sup> Gerald Astor, *The «Last» Nazi. The Life and Times of Dr. Joseph Mengele*, Donald I. Fine, Inc., New York 1985, S. 166f.
- <sup>22</sup> Newton, S. 378.

- <sup>23</sup> Interview mit der Autorin, 3. Januar 1997, Toronto.
- <sup>24</sup> Interview mit der Autorin, 18. Februar 1997, Toronto.
- <sup>25</sup> Interview mit der Autorin, 4. Dezember 1996, Zürich.
- <sup>26</sup> Marcus Kabel, Reuters, «Swiss bank denies holding huge sums from Holocaust victims», 23. Februar 1996.
- <sup>27</sup> Leonard Lurie, *Senator Pothole. The Unauthorized Biography of Al D'Amato*, Carol Publishing Group, New York 1994, S. 534.
- <sup>28</sup> Telefoninterview mit der Autorin, 21. Februar 1997, Toronto.
- <sup>29</sup> Richard S. Dunham, «Why Al, the Bankers' Pal, Could Make a Comeback», *Business Week*, 24. Februar 1997.
- <sup>30</sup> Ronald Powers, «D'Amato hailed on Swiss stance», Associated Press, 3. Februar 1997.
- <sup>31</sup> Ronald Powers, «D'Amato hailed on Swiss stance», Associated Press, 3. Februar 1997.
- <sup>32</sup> Mitschrift, Hearing des Senate Banking, Housing and Urban Affairs Committee, 23. April 1996, Washington.
- <sup>33</sup> Senate Banking Hearings, 23. April 1996.
- <sup>34</sup> Ebenda.
- <sup>35</sup> Ebenda.
- <sup>36</sup> Ebenda.
- <sup>37</sup> Paul Volcker, Erklärung von Paul A. Volcker vor dem Committee of Banking and Financial Services of the US House of Representatives, 11. Dezember 1996, Washington.
- <sup>38</sup> Volcker, 11. Dezember 1996, Washington.
- <sup>39</sup> Interview mit der Autorin, 11. Dezember 1996, Washington.
- <sup>40</sup> Mitschrift, Debatte im House of Commons, «Holocaust Victims (compensation)», 12. November 1996.
- <sup>41</sup> Internationaler Militärgerichtshof – Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher, Bd. 13, Sitzungsprotokolle, 15. Mai 1946, S. 674.
- <sup>42</sup> Arthur L. Smith Jr., *Hitler's Gold. The Story of the Nazi War Loot*, Berg Publishers Limited, Oxford 1989, S. 143.
- <sup>43</sup> Carolsue Holland und Thomas Rothbart, «The Merkers and Buchenwald Treasure Troves», *After the Battle*, Nr. 93, London, S. 22.
- <sup>44</sup> Ebenda.
- <sup>45</sup> Smith, S. 112.
- <sup>46</sup> Brief von Malcolm Rifkind, Secretary of State, Foreign and Commonwealth Office, an Ehrenw. Greville Janner, MP, QC, 25. Oktober 1996.
- <sup>47</sup> David E. Sanger, «US, UK, France Agree to Freeze Gold Looted by Nazis», *New York Times*, 4. Februar 1997.
- <sup>48</sup> Interview mit der Autorin, 6. Februar 1997, New York.

- 49 Brief des Ehrenw. Greville Janner, QC, MP an Malcolm Rifkind, Secretary of State, Foreign and Commonwealth Foreign Office, 17. September 1996.
- 50 Interview mit der Autorin, 8. November 1996.
- 51 Charisse Jones, »Armed with Faith and Memory, Survivor Leads Fight for Holocaust Money«, *New York Times*, 12. November 1996.
- 52 Jones, *New York Times*, 12. November 1996.
- 53 »Breaking the Code«, 19. November 1996, Online NewsHour.
- 54 Reuters, »Jewish group files class action naming Swiss banks«, 31. Januar 1997.
- 55 Interview mit der Autorin, 18. Februar 1997, Toronto.
- 56 Interview mit der Autorin, 18. Februar 1997, Toronto.

## *Kapitel 6*

- 1 Interview mit der Autorin, 5. Dezember 1996, Zürich.
- 2 Interview mit der Autorin, 6. Dezember 1996, Zürich.
- 3 Aussage des früheren US-Notenbankchefs Paul Volcker vor dem Committee for Banking and Financial Services des US-Repräsentantenhauses, Washington D.C., 11. Dezember 1996.
- 4 »Progress Seen in Swiss Hunt for Holocaust Accounts«, Reuters, 13. November 1996.
- 5 Associated Press, 13. November 1996.
- 6 Interview mit der Autorin, 6. Februar 1997, New York.
- 7 Sitzungsprotokolle, Hearing des Senate Banking, Housing and Urban Affair Committee, 23. April 1996, Washington.
- 8 Interview mit der Autorin, 5. Dezember 1996, Zürich.
- 9 Pressekonferenz Hanspeter Häni, 12. Dezember 1996, Zürich.
- 10 Interview mit der Autorin, 5. Dezember 1996, Zürich.
- 11 Pressekonferenz Hanspeter Häni, 12. November 1996, Zürich.
- 12 Pressekonferenz Hanspeter Häni, 12. November 1996, Zürich.
- 13 Interview mit der Autorin, 6. Dezember 1996, Zürich.
- 14 Interview mit der Autorin, 5. Dezember 1996, Zürich.
- 15 »The Secrets of Swiss Bankers«, *New York Times*, 25. September 1996.
- 16 Interview mit der Autorin, 10. Dezember 1996, Bern.
- 17 Interview mit der Autorin, 10. Dezember 1996, Bern.
- 18 Peter J. Hoets und Sara G. Zwart, »Swiss Bank Secrecy and the Marcos Affair«, in: *New York Law School Journal of International and Comparative Law*, Bd. 9, 1988, S. 83.



- <sup>19</sup> «Manila Pursuing Assets of Marcos in Switzerland», *New York Times*, 27. April 1986.
- <sup>20</sup> Interview mit der Autorin, 13. Dezember 1996, Genf.
- <sup>21</sup> Interview mit der Autorin, 11. Dezember 1996, Bern.
- <sup>22</sup> «Union Bank cuts Swiss Operation», Reuters, 27. November 1996.
- <sup>23</sup> William Hall, «Credit Suisse first loss heavier than forecast at \$ 1.7 billion», *Financial Times*, 6. März 1997.
- <sup>24</sup> Alice Ratcliffe, «Holocaust factor weighs heavily on Swiss financial markets», Reuters, 8. Januar 1997.
- <sup>25</sup> Niklaus Blattner, «European Integration and the Swiss Financial Centre: A Summary of Results», in: Niklaus Blattner, *European Integration and the Swiss Financial Centre*, Zürich 1993, S. 16.
- <sup>26</sup> Interview mit der Autorin, 16. Dezember 1996, Bern.
- <sup>27</sup> Sitzungsprotokolle, Hearing des Senate Banking, Housing and Urban Affairs Committee, Washington D.C., 23. April 1996,.
- <sup>28</sup> Sitzungsprotokolle, Hearing des Committee for Banking and Financial Services des US-Repräsentantenhauses, Washington D.C., 11. Dezember 1996.
- <sup>29</sup> Julius Bär Bank, «Clarification», 29. Juni 1995, Zürich.
- <sup>30</sup> Interview mit der Autorin, 6. Februar 1997, New York.
- <sup>31</sup> Interview mit der Autorin, 10. Dezember 1996, Bern.
- <sup>32</sup> Interview mit der Autorin, 10. Dezember 1996, Bern.
- <sup>33</sup> Interview mit der Autorin, 10. Dezember 1996, Bern.
- <sup>34</sup> Interview mit der Autorin, 10. Dezember 1996, Bern.
- <sup>35</sup> Interview mit der Autorin, 10. Dezember 1996, Bern.
- <sup>36</sup> Interview mit der Autorin, 9. Dezember 1996, Lugano.
- <sup>37</sup> Walter W. Catrow, Repräsentant der US-Treasury, Memorandum to the Files: «Pro-Nazi Activities of Zurich law firm of Frick, Hofmann and Keller», Bern, 16. Juli 1946.
- <sup>38</sup> Sitzungsprotokolle, Hearing des Committee for Banking and Financial Services des US-Repräsentantenhauses, Washington D.C., 11. Dezember 1996.
- <sup>39</sup> Leonard Lurie, *Senator Pothole*, New York 1994, S. 534.
- <sup>40</sup> Es handelt sich um den Sondergesandten Thomas Borer. Auszüge seines Briefes an D'Amato wurden abgedruckt in: «Swiss hit back at D'Amato's Holocaust Charges», Reuters, 8. November 1996.
- <sup>41</sup> Telefoninterview mit der Autorin.
- <sup>42</sup> Sitzungsprotokolle, Hearing des Committee for Banking and Financial Services des US-Repräsentantenhauses, Washington D.C., 11. Dezember 1996.

- 43 Sitzungsprotokolle, Hearing des Senate Banking, Housing and Urban Affairs Committee, Washington D.C., 23. April 1996.
- 44 Sitzungsprotokolle, Hearing des Senate Banking, Housing and Urban Affairs Committee, Washington D.C., 23. April 1996..
- 45 Interview mit der Autorin, 6. Dezember 1996, Zürich.
- 46 Rob Wells, »Swiss Banks Mistreated Jews«, Associated Press, 30. Oktober 1996.
- 47 Rob Wells, »War Money sits in Swiss Banks«, Associated Press, 5. November 1996.
- 48 Ronald Powers, »D'Amato hailed on Swiss Stance«, Associated Press, 3. Februar 1997.
- 49 Michael Shields, »Swiss Suspect foreign agenda for wartime review«, Reuters, 1. Oktober 1996.
- 50 Ebenda.
- 51 Interview mit der Autorin, 10. Dezember 1996, Bern.
- 52 Interview mit der Autorin, 5. Dezember 1996, Zürich.
- 53 Interview mit der Autorin, 10. Dezember 1996, Bern.
- 54 Sitzungsprotokolle, Hearing des Committee for Banking and Financial Services des US-Repräsentantenhauses, Washington D.C., 11. Dezember 1996.
- 55 Interview mit der Autorin, 13. Dezember 1996, Genf.
- 56 Interview mit der Autorin, 13. Dezember 1996, Genf.
- 57 Interview mit der Autorin, 13. Dezember 1996, Genf.
- 58 Interview mit der Autorin, 16. Dezember 1996, Bern.
- 59 Rolf Bloch, »Gerechtigkeit und Fairness«, *Neue Zürcher Zeitung*, 12. Dezember 1996, sowie Interview mit der Autorin, 16. Dezember 1996, Bern.
- 60 Brief der Banken-Anlaufstelle zur Suche nach nachrichtenlosen Konten an Caterina Nägeli, Zürich, 8. November 1996.
- 61 Interview mit der Autorin, 27. November 1996, Toronto.
- 62 Interview mit der Autorin, 27. November 1996, Toronto.
- 63 Interview mit der Autorin, 27. November 1996, Toronto.

## *Kapitel 7*

- 1 Interview mit der Autorin, 16. Dezember 1996, Bern.
- 2 Interview mit der Autorin, 16. Dezember 1996, Bern.
- 3 Interview mit der Autorin, 16. Dezember 1996, Bern.
- 4 Interview mit der Autorin, 16. Dezember 1996, Bern.

- 5 Interview mit der Autorin, 16. Dezember 1996, Bern.
- 6 Interview mit der Autorin, 6. Februar 1997, New York.
- 7 Interview mit der Autorin, 13. Dezember 1996, Genf.
- 8 Interview mit der Autorin, 16. Dezember 1996, Bern.
- 9 Elif Kaban, »UN boss calls Swiss row with Jews PROBLEM disaster«, Reuters, 30. Januar 1997.
- 10 Michael Shields, »Battered Swiss Use Churchill Ads to Polish Image«, Reuters, 27. September 1996.
- 11 Arthur Spiegelman, »Jewish group demands restitution from Swiss«, Reuters, 18. Oktober 1996.
- 12 Michael Shields, »Swiss vow to clear up 1949 deal on Polish wealth«, Reuters, 19. Oktober 1996.
- 13 Transcripts, House Banking and Financial Services Committee, Washington, 11. Dezember 1996.
- 14 Michael Shields, »Swiss Jews slam deal on Holocaust victims' wealth«, Reuters, 23. Oktober 1996.
- 15 Balz Bruppacher, »Swiss Deny Misusing Deposits«, Associated Press, 23. Oktober 1996
- 16 Balz Bruppacher, »Swiss Deny Misusing Deposits«, Associated Press, 23. Oktober 1996
- 17 Alan Cowell, »Swiss Used Nazi Victims' Money for War Payments, Files Reveal«, in: *New York Times*, 24. Oktober 1996.
- 18 Michael Shields, »Swiss Jews slam deal on Holocaust victims' wealth«, Reuters, 23. Oktober 1996.
- 19 Alan Cowell, »Swiss Used Nazi Victims' Money for War Payments, Files Reveal«, in: *New York Times*, 24. Oktober 1996.
- 20 Michael Shields, »Swiss-Polish deal used wartime funds for Swiss«, Reuters, 22. Oktober 1996.
- 21 Carolyn Henson, »World War II heirs have valid claims«, Associated Press, 24. Oktober 1996.
- 22 Alan Cowell, »Swiss Used Nazi Victims' Money for War Payments, Files Reveal«, in: *New York Times*, 24. Oktober 1996.
- 23 Transcripts, House Banking and Financial Services Committee, Washington, 11. Dezember 1996.
- 24 Transcripts, House Banking and Financial Services Committee, Washington, 11. Dezember 1996.
- 25 Transcripts, House Banking and Financial Services Committee, Washington, 11. Dezember 1996.
- 26 Transcripts, House Banking and Financial Services Committee, Washington, 11. Dezember 1996.

- <sup>27</sup> So der Kongressabgeordnete James Leach, Vorsitzender des Banken- und Finanzausschusses, in: Transcripts, House Banking and Financial Services Committee, Washington, n. Dezember 1996.
- <sup>28</sup> Interview mit der Autorin, 16. Dezember 1996, Bern.
- <sup>29</sup> Interview mit der Autorin, 16. Dezember 1996, Bern.
- <sup>30</sup> Clare Nullis, «Jews attack Swiss government remarks», Associated Press, 2. Januar 1997.
- <sup>31</sup> Marcus Kabel, «Swiss president calls Holocaust claims ‚Blackmail’», Reuters, 31. Dezember 1996.
- <sup>32</sup> Clare Nullis, «Swiss president reaps criticism», Associated Press, 31. Dezember 1996.
- <sup>33</sup> Clare Nullis, «Jews attack Swiss government remarks», Associated Press, 2. Januar 1997.
- <sup>34</sup> Clare Nullis, «Swiss president reaps criticism», Associated Press, 31. Dezember 1996.
- <sup>35</sup> Michael Shields, «Swiss Jews fear anti-Semitism mounts in funds row», Reuters, 13. Januar 1997.
- <sup>36</sup> Michael Shields, «Swiss Jews fear anti-Semitism mounts in funds row», Reuters, 13. Januar 1997.
- <sup>37</sup> Ueli Haldiman, *Sonntags Zeitung*, 12. Januar 1997.
- <sup>38</sup> Michael Shields, «Swiss Jews fear anti-Semitism mounts in funds row», Reuters, 13. Januar 1997.
- <sup>39</sup> Peter Nielsen, «Swiss minister regrets offense at blackmail remark», Reuters, 2. Januar 1997.
- <sup>40</sup> Marcus Kabel, «Swiss minister apologises for ‚blackmail’ remark», Reuters, 15. Januar 1997.
- <sup>41</sup> Edmund L. Andrews, «Swiss Bank’s Discarded Files Saved by Night Watchman», in: *New York Times*, 17. Januar 1997.
- <sup>42</sup> Edmund L. Andrews, «Swiss Bank’s Discarded Files Saved by Night Watchman», in: *New York Times*, 17. Januar 1997.
- <sup>43</sup> Edmund L. Andrews, «Bank Says Shredded Papers May Not Have Involved Nazis», in: *New York Times*, 16. Januar 1997.
- <sup>44</sup> Edmund L. Andrews, «Bank Says Shredded Papers May Not Have Involved Nazis», in: *New York Times*, 16. Januar 1997.
- <sup>45</sup> Edmund L. Andrews, «Bank Says Shredded Papers May Not Have Involved Nazis», in: *New York Times*, 16. Januar 1997.
- <sup>46</sup> David E. Sanger, «Swiss ‚Regret’ Trying to Shred Wartime Files», in: *New York Times*, 17. Januar 1997.
- <sup>47</sup> Michael Shields, «US Jews hail Swiss bank whistle-blower as a hero», Reuters, 17. Januar 1997.

- <sup>48</sup> Alexander Higgins, «Swiss lawyer wants explanation», Associated Press, 19. Januar 1997.
- <sup>49</sup> «Jewish Agency welcomes Swiss envoy resignation», Reuters, 27. Januar 1997.
- <sup>50</sup> «US lambasts Swiss envoy comments on Holocaust», Reuters 27. Januar 1997.
- <sup>51</sup> Patrick Worsnip, «Swiss envoy says Nazi victims' claim too high», Reuters, 30. Oktober 1996.
- <sup>52</sup> Michael Shields, «Swiss envoy to US quits over Holocaust row», Reuters, 27. Januar 1997.
- <sup>53</sup> Robert Green, «Swiss ambassador says memo was misunderstood», Reuters, 31. Januar 1997.
- <sup>54</sup> Clare Nullis, «Swiss try to restore reputation», Associated Press, 1. Februar 1997.
- <sup>55</sup> Alan Cowell, «Swiss to Use Gold for a Holocaust Fund», in: *New York Times*, 6. März 1997.
- <sup>56</sup> Louise Jury, «Swiss to give 3 billion pounds to victims of Nazis», in: *The Independent*, 6. März 1997.
- <sup>57</sup> Alan Cowell, «Swiss to Use Gold for a Holocaust Fund», in: *New York Times*, 6. März 1997.
- <sup>58</sup> Blocher-Zitate nach Artikeln der *New York Times* vom 6. und 7. März 1997.
- <sup>59</sup> Interview mit der Autorin, 6. März 1997, New York.
- <sup>60</sup> Interview mit der Autorin, 3. März 1997, Toronto.
- <sup>61</sup> Interview mit der Autorin, 6. März 1997, Toronto.

## ***Kapitel 8***

- <sup>1</sup> Interview mit der Autorin, 6. März 1997.
- <sup>2</sup> Interview mit der Autorin, 21. November 1996, Toronto.
- <sup>3</sup> Interview mit der Autorin, 2. Januar 1997, Toronto.
- <sup>4</sup> Interview mit der Autorin, 2. Januar 1997, Toronto.
- <sup>5</sup> Interview mit der Autorin, 1. November 1996, Wien.
- <sup>6</sup> Interview mit der Autorin, 4. November 1996, Wien.
- <sup>7</sup> Interview mit der Autorin, 31. Oktober 1996, Wien.
- <sup>8</sup> Interview mit der Autorin, 31. Oktober 1996, Wien.
- <sup>9</sup> Interview mit der Autorin, 13. Dezember 1996, Genf.
- <sup>10</sup> Interview mit der Autorin, 12. Dezember 1996, Genf.
- <sup>11</sup> Interview mit der Autorin, 12. Dezember 1996, Genf.

- 12 Internationales Komitee vom Roten Kreuz, «Inter Arma Caritas: The  
Work of the International Committee of the Red Cross during the Second  
World War», Internationales Komitee vom Roten Kreuz, Genf, 1973.  
«Red Cross admits ‚moral failure‘ in Holocaust», in: *Jerusalem Post*, 31. Mai  
13 1995.  
Interview mit der Autorin, 5. Dezember 1996, Zürich.
- 14 Abschriften, Anhörung des Senate Banking, Housing and Urban Affairs Com-  
15 mittee, Washington, D.C., 23. April 1996.  
Edgar Bronfinans Zitat stammt aus der Ansprache, die er am 17. März 1997  
16 vor dem Canadian Club in Toronto hielt.  
Bronfmans Ansprache vor dem Canadian Club in Toronto, 17. März 1997.  
17 Interview mit der Autorin, 16. Dezember 1996, Bern.
- 18 Bei der Parlamentarierin handelt es sich um Verena Grendelmeier, in einem  
19 Interview mit der Autorin, 10. Dezember 1996, Bern.  
Yossi Klein Halevi, «The Accounting», in: *TheJerusalem Report*, 6. März  
20 1997-  
Yossi Klein Halevi, «The Accounting», in: *TheJerusalem Report*, 6. März  
21 1997.
- 22 Interview mit der Autorin, 6. Februar 1997, New York.  
23 Interview mit der Autorin, 1. November 1996, Wien.  
24 Interview mit der Autorin, 17. März 1997, Toronto.  
25 Interview mit der Autorin, 21. März 1997, Toronto.
- 26 Lance Morrow, «The Justice of the Calculator», in: *Time*, 24. Februar 1997-  
Interview mit der Autorin, 2. Januar 1997, Toronto.  
27

## Bibliographie

- Astor, Gerald, *The «Last» Nazi. The Life and Time of Dr. Joseph Mengele*. New York, Donald J. Fine Inc. 1985.
- Beller, Steven, *Wien und die Juden, 1867-1938*. Wien, Köln, Weimar 1993.
- Blattner, Niklaus, Hg., *European Integration and the Swiss Financial Center*. Zürich, Verlag Reegger 1993.
- Bronfman, Edgar M., *The Making of a Jew*. New York, Putnam's Sons 1996.
- Browning, Christopher R., *The Final Solution and the German Foreign Office*. New York, Holmes & Meier Publishers Inc. 1978.
- Clare, George, *The Last Waltz in Vienna. The Destruction of a Family, 1842-1942*. London, Macmillan London Ltd. 1981.
- Faith, Nicholas, *Safety in Numbers. The Mysterious World of Swiss Banking*. London, Hamish Hamilton 1982.
- Foreign & Commonwealth Office, *Nazi Gold. Information from the British Archives*. London September 1996; überarbeitete Auflage Januar 1997.
- Fraenkel, Josef, *The Jews of Austria. Essays on their Life, History and Destruction*. London, Vallentine, Mitchell & Co. Ltd.
- Gilbert, Martin, *The Holocaust*. London, William Collins Sons & Co. Ltd. 1986.
- Graml, Hermann, *Reichskristallnacht. Antisemitismus und Judenverfolgung im Dritten Reich*. München 1988.
- Häsler, Alfred, *Das Boot ist voll... Die Schweiz und die Flüchtlinge 1933-1943*. Zürich 1967.
- Higham, Charles, *Trading with the Enemy. An Expose of the Nazi-American Money Plot, 1933-1949*. New York, Delacorte Press 1983.
- Hilberg, Raul, *Die Vernichtung der europäischen Juden*. Bd. 1-3, durchgesehene und erweiterte Auflage, Frankfurt/M. 1990.
- International Committee of the Red Cross, *Inter Army Caritas. The Work of the International Committee of the Red Cross during the Second World War*. Geneva 1973.
- Levin, Nora, *The Holocaust. The Destruction of European Jewry, 1933-1943*. New York, Thomas Y. Crowell Company 1968.
- Lurie, Leonard, *Senator Pothole. The Unauthorized Biography of Al D'Amato*. New York, Carol Publishing Group 1994.

- Newton, Ronald C., *The «Nazi Menace» in Argentina, 1931-1947*. Stanford, Kalifornien, Stanford University Press 1992.
- Nicholas, Lynn H., *The Rape of Europe. The Fate of Europe's Treasures in the Third Reich and the Second World War*. New York, Vinage Books 1985.
- Schneider, Gertrude, *Exile and Destruction. The Fate of Austrian Jews, 1938- 1943*. Westport, Connecticut, Praeger 1995.
- Shirer, William L., *Aufstieg und Fall des Dritten Reiches*. Köln, Berlin 1961.
- Smith, Arthur L., *Hitler's Gold. The Story of the Nazi War Loot*. Oxford, Berg Publishers Ltd. 1989.
- Steinberg, Lucien, *The Jews Against Hitler*. Gordon & Cremonesi 1973.
- Suhl, Yuri, *They Fought Back. The Story of Jewish Resistance in Nazi Europe*. New York, Schocken Books 1967.
- The Project for the Study of Anti-Semitism, Tel Aviv University, *Anti-Semitism Worldwide, 1995/96*. Tel Aviv 1996.
- Toynbee, Arnold, und Veronica Toynbee, *Survey of International Affairs, 1939-1946: the War and the Neutrals*. Oxford, Oxford University Press 1956.
- Von Lang, Jochen, und Claus Sibyll, Hg., *Eichmann Interrogated. Transcripts from the Archives of the Israel Police*. New York 1983.
- Weber, Harry, *Fotografien aus dem jüdischen Leben von Wien*. Wien, Böhlau Verlag 1996.



## *Liste der geführten Interviews*

Renée Appel, io. Oktober 1996; 2. und 3. Januar 1997.  
Hans Bär, 6. Dezember 1996.  
Brigitte Bailer, 31. Oktober 1996.  
Wilhelm Becker, 28. Oktober 1996.  
Renée Bellas, 30. Oktober 1996.  
Ruben Beraja, 30. August 1996; 6. Januar 1997 (Rechercheur).  
Rolf Bloch, 16. Dezember 1996.  
Thomas Borer, 16. Dezember 1996.  
Beat Brenner, 5. Dezember 1996.  
Edgar Bronfman, 6. Februar 1997; 17. März 1997.  
Jorge Camarasa, 6. Januar 1997 (Rechercheur).  
Emrys Davies, 25. November 1996 (Rechercheur).  
Carla del Ponte, 11. Dezember 1996.  
Alessandro Delprete, 10. Dezember 1996.  
Irene Etzersdorfer, 31. Oktober 1996.  
Antoine Fleury, 16. Dezember 1996 (Rechercheur).  
Kurt Fraser, 29. Oktober 1996.  
Curt Gasteyger, 12. Dezember 1996 (Telefoninterview).  
Aloisia Greisinger, 5. November 1996.  
Verena Grendelmeier, 10. Dezember 1996.  
Paul Grosz, 29. Oktober 1996.  
Daniel Guggenheim, 13. Dezember 1996.  
Erich Haberer, 15. November 1996.  
Ueli Haldimann, 5. Dezember 1996.  
Willy Halpert, 17. Januar 1997.  
Hans Hammersfeld, 10. Oktober 1996; 2 5. November 1996 (Telefoninterview); 27. November 1996.  
Anita Hammersfeld, 30. Oktober 1996.  
Hanspeter Häni, 5. Dezember 1996.  
Rafael Harpaz, 16. Dezember 1996.  
Avshalom Hodik, 31. Oktober 1996.  
Greville Jänner, 8. November 1996.  
Saul Kagan, 6. Februar 1997 (Telefoninterview).  
Sergio Karas, 30. Juli 1996; 26. September 1996; 19. November 1996 (Telefoninterview); 21. März 1997.

Aria Karas, 19. November 1996.  
Frederic Koller, 13. Dezember 1996.  
Mathias-Charles Krafft, 10. Dezember 1996.  
Annette Landers, 28. Oktober 1996.  
Stephen Lash, 28. Oktober 1996.  
Frank Laufer, 29. Oktober 1996.  
Robert Liska, 28. und 31. Oktober 1996.  
Janice Lopatkin, 9. November 1996.  
Leonard Lurie, 20. Februar 1997.  
Walter Manoschek, 1. November 1996.  
Antoine Maurice, 12. Dezember 1996.  
Lili Nabholz, 10. Dezember 1996.  
Caterina Nägeli, 4. Dezember 1996.  
Jacques Picard, 16. Dezember 1996.  
Lord Poltimore, 28. Oktober 1996.  
Gerhart Riegner, 12. Dezember 1996.  
Pierfranco Riva, 9. Dezember 1996.  
Martin Rosenfeld, 10. Dezember 1996.  
Hans Safrian, 21. Januar 1997 (Telefoninterview).  
Gertrude Schneider, 7. Februar 1997.  
Israel Singer, 29. Oktober 1996.  
Henry Sobel, 22. August 1996.  
Leopold Spira, 3. November 1996.  
Elan Steinberg, 17. März 1997.  
Albert Sternfeld, 2. November 1996.  
Herbert Stillman, 3. Februar 1997 (Telefoninterview);  
5. Februar 1997; 6. März 1997 (Telefoninterview);  
21. März 1997 (Telefoninterview).  
Linus von Castelmur, 16. Dezember 1996.  
Sergio Widder, 27. Dezember 1996 (Rechercheur).  
Simon Wiesenthal, 4. November 1996.  
Veit Wyler, 6. Dezember 1996.  
Jean Ziegler, 10. Dezember 1996.

## *Danksagung*

DIESES BUCH WURDE während eines Forschungsaufenthalts im Rahmen des Southam Research Fellowship am Massey College der Universität Toronto geschrieben. Ich bin der Southam Corporation für ihre grosszügige Unterstützung dankbar, insbesondere möchte ich Conrad Black danken, einem tatkräftigen Förderer junger Journalisten. Ich danke ihm vielmals für seine Flexibilität und sein unerschütterliches Vertrauen in meine Fähigkeiten.

Menschen aus drei Kontinenten haben an diesem Projekt mitgearbeitet. In den Vereinigten Staaten danke ich Claire Wachtel, meiner Lektorin bei William Morrow, die so grosses Vertrauen in mich setzte, dass sie mich für dieses Forschungsstipendium vorschlug. Ferner danke ich Rick Hornung und Kate Fillion, die mir bei meiner Arbeit tatkräftig halfen.

In Kanada möchte ich meiner unermüdlichen Agentin Anne McDermid danken, die von Anfang an an mich glaubte, meinem Redakteur David Kilgour, der mit geübter Hand mein Manuskript bearbeitete, sowie Ken Whyte von *Saturday Night*, der mir ständig als Quelle der Inspiration und der Aufmunterung zur Seite stand. Rick Cash von der Bibliothek *Globe and Mail* war ein guter Rechercheur, Louise Dennys vom Verlag Knopf in Kanada war eine aussergewöhnliche und gewissenhafte Lektorin. Vielen Dank an Dietlinde Frey für ihre Einblicke in das Schweizer Bankwesen und an meine Übersetzer Eva Cooper, Monica Krueger-Bandy und Frank Gabriel, die im Wettlauf mit der Uhr zahlreiche vergilbte und schwer lesbare Briefe und offizielle Dokumente übersetzten. Manuel Prutschi, der geschäftsführende Direktor des Canadian Jewish Congress, sprang jedesmal ein, wenn ich ein Empfehlungsschreiben oder Kontaktadressen in jüdischen Gemeinden in ganz Europa benötigte. Jordan Pearlson hatte stets Zeit für mich und viel Geduld mit mir, wenn ich ihn bat, unklare Anspielungen auf Bibelstellen zu klären. Ich möchte auch meinen Kollegen von Southam danken, die

mir so grosszügig und bereitwillig einige Pflichten während des Studienjahres abnahmen, damit ich mich darauf konzentrieren konnte, dieses Buch zu schreiben.

In Österreich danke ich Hans Peter und Susanne Martin für ihre Gastfreundschaft und ihre Einblicke in die österreichische Politik und Geschichte. Ferner möchte ich den Mitarbeitern im Staatsarchiv in Wien danken, vor allem Dr. Steiner für seine Hilfe bei der Suche nach Originaldokumenten. Vielen Dank auch an Elfie Rometsch, die mir bei der Übersetzung half, und an Kurt Fraser, dessen Einblicke in die Kriegsgeschichte von Riga unschätzbar waren.

In England möchte ich Martin Dowie und Fabricio Jorge da Silva für ihre Gastfreundschaft danken und dafür, dass sie mir halfen, so kurzfristig Interviews zu arrangieren. Ich danke auch Andrew Nurnberg und seinem Stab für ihre Mithilfe bei diesem Projekt.

In der Schweiz möchte ich meiner Rechnerin Jessica Hottinger danken, die Artikel sammelte, Interviews arrangierte und mir Einblicke in die Mentalität der Schweizer gewährte. Vielen Dank auch an Alessandro Delprete aus dem Schweizer Parlament in Bern und Daniel Guggenheim für die Klärung von Fragen zum internationalen Finanzrecht, sowie an Hans Bär von der Julius Bär Bank für seine Aufrichtigkeit und seine erhellenden Einblicke in das Schweizer Bankwesen. Zahlreiche Schweizer Journalisten halfen mir bereitwillig mit Auskünften und Kontaktadressen, darunter Beat Brenner von der *Neuen Zürcher Zeitung*, Antoine Maurice vom *Journal de Genève* und Ueli Haldimann von der *SonntagsZeitung*. Vielen schweizerischen Regierungsbeamten und Bankiers, die hier leider nicht namentlich genannt werden können, möchte ich ebenfalls meinen Dank aussprechen.

In Argentinien möchte ich meiner langjährigen Freundin und Rechnerin Monica de Escardo sowie Ruben Beraja vom Jüdischen Weltkongress danken, deren hohe Integrität und Aufrichtigkeit ich sehr schätze und bewundere.

Ich danke auch den Familien Hammersfeld, Appel und Stillman, ohne deren Offenheit und Geduld ich dieses Buch nicht hätte schreiben können. Ferner möchte ich Sergio Karas und seiner Familie dafür dan-

ken, dass sie mir gestatteten, einen Blick in die schmerzlichen Kapitel ihrer Familiengeschichte zu werfen, die sie vermutlich lieber in der Vergessenheit gelassen hätten. Ich möchte meiner Familie für ihre beharrliche Unterstützung und Ermunterung danken.

Zum Schluss möchte ich meinem Mann James Cooper danken. Seine Liebe, seine Hilfe und seine Begeisterung für mein Vorhaben, aber auch seine scharfsinnigen Kommentare zum Bankrecht und zur europäischen Politik sind in dieses Buch eingeflossen. Wegen seines einzigartigen Weitblicks, seines scharfen Verstands und seiner unentwegten Aufmunterung möchte ich ihm dieses Buch in Liebe widmen.

